Die Entstehung und Entwicklung der ostdeutschen Landsmannschaften von 1947 bis 1952

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
am Fachbereich Politische Wissenschaften
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Diplom-Politologe Bernd Sonnewald
aus Berlin

Berlin 1975

Die Entstehung und Entwicklung der ostdeutscher Landsmannschaften von 1947 bis 1952

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
am Fachbereich Politische Wissenschaften
der Freien Universität Berlin
vorgelegt von

Diplom-Politologe Bernd Sonnewald
aus Berlin

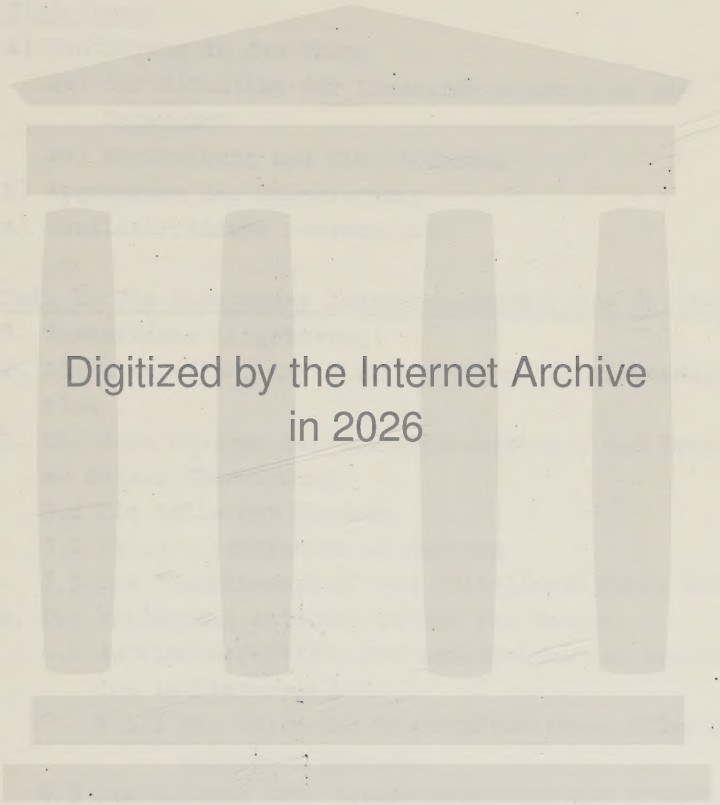
Berlin 1975

1. Referent: Prof. Dr. Hartmut Jäckel

2. Referent: Prof. Dr. Georg Kotowski

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Januar 1975

UNIV.
LEIDEN
BIBL.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547206_0002

Gliederung 5

Einleitung 9
a) Einführung in das Thema 9
aa) Zur Situation der Landsmannschaften in der Gegenwart 9
ab) Vertreibung und Eingliederung 14
b) Abgrenzung der Untersuchung 20
c) Quellenkritische Bemerkungen 24

Teil I: Die Entstehung landsmannschaftlicher Verbände
1. Thematische Eingrenzung 27
2. Die Einstellung der Alliierten zum Vertriebenenproblem 29
3. Die Auswirkungen des Koalitionsverbotes und Versuche zu dessen Überwindung 34
3.1 Die Rolle der Kirchen 37
3.2 Kathers Bemühungen in Hamburg 40
3.3 Der "Hauptausschuß" des Geistlichen Rates Goebel 44
4. Die Konkurrenz zwischen Kather und Goebel 47
4.1 Aufeinandertreffen der konkurrierenden Organisationen in Niedersachsen 50
4.1.1 Die Rolle des niedersächsischen Flüchtlingsministers Albertz 51
4.2 Die Bildung der "Gesamtvertretung der Ostvertriebenen" 53
4.2.1 Vorbereitung der Godesberger Tagung 55
4.2.2 Die Ausschaltung Kathers 57
4.2.3 Verlauf und Ergebnis der Godesberger Tagung 59
4.3 Die Verselbständigung der landsmannschaftlichen Gruppen 62
4.4 Ergebnis 67

Teil II: Das Selbstverständnis der ostdeutschen Landsmannschaften

1. Vorbemerkung 71
1.1 Heimatverlust und Aufnahme in den Westzonen 72
1.2 Probleme der gesellschaftlichen und beruflichen Isolation 74
1.3 Die Rolle der familiären und nachbarschaftlichen Bindungen 78
1.4 Die Unterschiede der landsmannschaftlichen Herkunft 80
2. Die Inhalte des "landsmannschaftlichen Gedankens" 83
3. Die Durchsetzung des "landsmannschaftlichen Gedankens" 86
3.1 Die Vertriebenenverbände im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld 86
3.2 Der heimatpolitische Aspekt 91
3.2.1 Die Erhaltung des Rückkehrwillens 95
3.2.2 Die Rechtsansprüche der Landsmannschaften 98
3.2.3 Das Wecken eines "gesamtdeutschen Interesses" an den verlorenen Ostgebieten 105
4. Exkurs: Darstellung und kritische Würdigung der Gedanken Eugen Lembergs 118
5. Versuch einer ideologischen Einordnung der Landsmannschaften 126
5.1 Konservativismus 126
5.2 Antikommunismus 130
5.3 Nationale Selbständigkeit 133
5.4 "Starker Staat" und politische Tugenden 136
5.5 Ergebnis 139

Teil III: Die Entwicklung der ostdeutschen Landsmannschaften bis zur Gründung des "Verbandes der Landsmannschaften" (VdL) 1952

1. Vorbemerkung 141
2. Ausgangssituation in Bayern 142
   2.1 Formen und Auswirkungen des politischen Kampfes der Sudetendeutschen in der CSR 144
      2.1.1 Konsequenzen der Sudetendeutschen 146
      2.1.2 Die Akteure 147
      2.1.3 Ergebnis 157
   2.2 Die landsmannschaftliche Entwicklung in Bayern unter besonderer Berücksichtigung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) 159
      2.2.1 Entstehung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Landesverband Bayern 163
      2.2.2 Der parteipolitische Weg 165
      2.2.3 "Notparlament der Ausgewiesenen und der Flüchtlinge für das Land Bayern" 169
      2.2.4 Die Bundestagswahlen von 1949 171
         2.2.4.1 Die "Tatgemeinschaft freier Deutscher" 172
         2.2.4.2 DNG und WAV 174
         2.2.4.3 Perspektiven der Vertriebenenverbände nach den Bundestagswahlen von 1949 181
      2.2.5 Endgültige Konsolidierung der Landsmannschaften in Bayern 184
         2.2.5.1 Die "Eichstädter Adventsdeklaration" und die "Detmolder Erklärung" 185
3. Die "Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL) 192
   3.1 Auseinandersetzung mit dem ZvD 194
   3.2 Innerverbandliche Spannungen und Spaltung der VOL 201
   3.3 BvD und VOL e.V. 222

4. Der "Verband der Landsmannschaften" (VdL) 226
4.1 Kathers unterbrochener Weg ins Bundesvertriebenenministerium 226
4.1.1 Die Spannungen zwischen Kather und Lukaschek 232
4.1.2 Die Haltung Bundeskanzler Adenauers 236
4.1.3 Ministerkoalition gegen Kather 240
4.1.4 Spaltung des BvD 243
4.2 Gründung des VdL 247
4.2.1 Vorverhandlungen 247
4.2.2 Konstituierung 252
5. Der Einfluß der Landsmannschaften auf die erste Regierung Adenauer 258

Dokumentarischer Anhang 273

Quellen- und Literaturverzeichnis 299

Verzeichnis der Abkürzungen 309

Einleitung

a) Einführung in das Thema

aa) Zur Situation der Landsmannschaften in der Gegenwart

Die Landsmannschaften haben in den letzten Jahren einen Bedeutungsverlust registrieren müssen, der sie in tiefe Verwirrung stieß und den sie sich doch überwiegend selbst zuzuschreiben hatten.

Seit Beginn der 60er Jahre hatten die Führer der Vertriebenenorganisationen den Wandel der weltpolitischen Situation, die auf eine Entspannung des Ost-West-Gegensatzes hindrängte, zunächst nicht zur Kenntnis genommen und sich ihm dann konsequent, aber erfolglos widersetzt.

Unmerklich für die Vertriebenenverbände, versuchte sich die Bundesrepublik schon unter der letzten Regierung Adenauer in die Entspannungsbemühungen in Europa einzugliedern. Doch solange sich die westdeutsche Außenpolitik unter Gerhard Schröder noch der Formeln der 50er Jahre bediente, den Alleinvertretungsanspruch aufrechterhielt und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze strikt ablehnte, dennoch aber andere Akzente setzte, war die eingetretene Diskrepanz im außenpolitischen Wollen der Bundesrepublik zu den Wünschen der Vertriebenenverbände nur schwer erkennbar.

Noch war es für die Landsmannschaften möglich, sich mit den Zielen bundesdeutscher Außenpolitik zu identifizieren. Schröders Politik der Bewegung vollzog sich ja unterhalb der Aufgabe von Rechtspositionen.

Erst allmählich und nur zaghaft setzte sich in der Bundesrepublik die Erkenntnis durch, daß die Suche nach einem modus vivendi mit den Ostblockstaaten nur auf der Grundlage einer Anerkennung des status quo erfolgreich sein konnte.

Gegen diese Erkenntnis, die schon 1963 in Egon Bahrs Rede vor der Evangelischen Akademie in Tutzing anklang, ihren Niederschlag in der Denkschrift der EKiD und dem Memorandum von Wilhelm Wolfgang Schütz fand, versuchten sich die Landsmannschaften zu wehren, denn sie waren und sind die erklärten Gegner des status quo: ihre politische Existenzberechtigung setzt den Kampf gegen die Festschreibung der gegenwärtigen Machtverhältnisse in Osteuropa geradezu voraus. Doch die Waffen, die diesen Kampf führen, haben ihre Schärfe längst verloren. Es reichte unter den veränderten Bedingungen der 60er Jahre nicht mehr aus, die Politik der Ostblockstaaten von einer moralisch überhöhten Warte zu beobachten und auf die Zeit zu hoffen, die die inneren Widersprüche der Regimes im Ostblock zutage fördern und qualitative Änderungen hervorbringen müßte. Gerade auf den Faktor Zeit konnten die Landsmannschaften am wenigsten hoffen, weil in der Bundesrepublik das Unrecht der Vertreibung sowohl von einem grossen Teil der damals Betroffenen als auch von der überwiegenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung verkraftet worden war. Das Unrechtserlebnis hatte seine Triebkraft mit den verstärkten Bemühungen um eine gerechte Eingliederung der Vertriebenen bereits in den 50er Jahren verloren. Doch für die Landsmannschaften blieb die Vertreibung die Quelle eines unerschöpflichen politischen Erfahrungsschatzes; sie maßen die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin mit der Elle ihrer Rechtsansprüche. Die Berufung auf diese Rechtsansprüche wurde schließlich zum Politikersatz, denn die Vertriebenenverbände zeigten keine Bereitschaft, auch die Ansprüche der osteuropäischen Nachbarn zu berücksichtigen. Wenn zwischen den eigenen und den Positionen der anderen nicht abgewogen wird und nur auf die Durchsetzung der eigenen Ansprüche gehofft wird, gerät eine solche Politik in die Gefahr, rechthaberisch zu werden und in den Bereich der Illusionen abzugleiten.

Durch diese Taktik des Abwartens um jeden Preis haben die Landsmannschaften die Chance versäumt, in der Ost- und Deutschlandpolitik aktiv mitzuwirken.

Zwar kann es in der Außenpolitik bei wichtigen nationalen Fragen Situationen geben, die zum Abwarten zwingen, um dem Gegner die Gelegenheit zu geben, seine Positionen noch einmal zu überdenken und neue Vorstellungen zu entwickeln. Dabei unterliegt man aber der Versuchung, die nächstliegend gute um der unmöglichen, aber besseren Lösung willen aufzuschieben. Dies kann zu einer Politik der verpaßten Chancen und Illusionen führen.

Die neue Ost- und Deutschlandpolitik, die durch die Regierung Brandt/Scheel eingeleitet wurde, gab auf, das Unmögliche zu wollen. Die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze waren weder für die BRD zurückzugewinnen noch bildeten sie ein Handelsobjekt für eine eventuelle deutsche Einigung. Diese Wahrheiten wurden ausgesprochen.

Die feste Einbindung der BRD in das westliche und die der DDR in das östliche politische System hat beiden Staaten in Deutschland sowohl äußere Sicherheit vor einer Bedrohung der jeweils anderen Blockführungsmacht gewährt als auch für ihre innere Sicherheit gesorgt. Der politische Preis für diese Sicherheit war der Verzicht auf eine Wiedervereinigungspolitik nach eigenen Wünschen.
Die Überschreitung dieser immanenten Schranken, d.h. aus eigener Machtvollkommenheit Politik in Deutschland treiben zu wollen, führt in Deutschland und Europa zu Spannungen, weil damit immer die Interessen Stärkerer berührt werden.

Diese bitteren Erkenntnisse haben nicht zur politischen Lethargie in Deutschland geführt. Es wurde rechtzeitig erkannt, daß das Beharren auf dem Alleinvertretungsanspruch, der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze und den anderen Formeln der 50er

Jahre die BRD zu einer Insel der Illusionen machen würde, an der sich die Entspannung in Europa vorbeientwickelt hätte.

Diese beiden Erkenntnisse, daß die Staaten in Deutschland mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen auf Dauer Bestand haben und in einer auf Entspannung drängenden Umwelt jeder deutsche Teilstaat Illusionen begraben muß, um nicht selbst zum Anachronismus zu werden, waren es, die der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition von 1969 ihren Impuls gaben.

Ob dabei das Mögliche ausgeschöpft wurde, soll hier nicht erörtert werden. Zweifelsfrei ist aber, daß alle im Bundestag vertretenen Parteien die Begrenztheit des außen- und deutschlandpolitischen Aktionsradius der Bundesrepublik erkannt haben. Unterstützt wurden diese Einsichten vor allem durch eine veränderte Bewußtseinslage der westdeutschen Bevölkerung, denn der teilweise erbittert ausgetragene Streit um Rechtsansprüche und -standpunkte, der sich losgelöst von seinem Hintergrund abspielte und zuweilen auch mit juristischen Spitzfindigkeiten geführt wurde, entfernte sich aus dem Bereich des Faßbaren. Dieser Streit, der keinen Weg zu Lösungen eröffnete, hat bewirkt, daß sich auch die Bevölkerung der Bundesrepublik am Möglichen orientierte und das Nächstliegende akzeptierte.

Diesen Schritt weigern sich die Landsmannschaften nachzuvollziehen. Keineswegs sollte diese Feststellung als Schelte gegen die ewig Gestrigen mißverstanden werden. Die Landsmannschaften haben den Geist der 50er Jahre konserviert, für die Hoffnungen dieser Zeit agitierten sie auf ihren alljährlichen Treffen - dafür wurden sie aber auch von den verschiedensten Bundesministerien finanziell unterstützt. Es wurde einfach versäumt, die organisierten Vertriebenen frühzeitig zum Mitdenken anzuregen, sie in Gespräche einzubeziehen.

Die einen fürchteten den Verlust einiger hunderttausend Wählerstimmen und verloren darüber den Mut, sich auch inhaltlich mit den Vertriebenenverbänden über Wege und Ziele auseinanderzusetzen. - Hier blieb es bei den halbherzigen Beteuerungen unverbrüchlicher Treue zum Recht auf die Heimat, zu den nationalen Zielsetzungen der Landsmannschaften.

Die anderen waren von der Richtigkeit ihrer Erkenntnisse so überzeugt, daß ihnen unklar blieb, warum sich die Landsmannschaften so vehement an die Wahrheiten von gestern klammerten. Sie reihten die Vertriebenenverbände bald in die Kategorie der Störenfriede ein, mit denen man nicht mehr vernünftig argumentieren konnte.

In diesem Spannungsfeld stehen die Landsmannschaften, verbittert, weil sie sich in ihren Zielen verraten und in ihrer Existenz durch administrative Maßnahmen bedroht sehen. Hinter ihren Aufrufen zum Widerstand gegen die neue Ost- und Deutschlandpolitik, gegen die Vertragswerke von Moskau, Warschau und die Vereinbarungen mit Prag steht die Sorge, vergessen worden zu sein. Und die Landsmannschaften wissen auch, daß ihre Proteste zwar noch gehört werden, dennoch aber wirkungslos verhallen. Zu stark war die Identifikation mit dem politischen System der Bundesrepublik, als daß die Vertriebenenverbände wirksamen Widerstand leisten könnten.

Die letzte Etappe der Eingliederung der Vertriebenen hat begonnen. Neben die wirtschaftliche Assimilierung tritt nun endgültig die politische.
Für die Landsmannschaften ist dies ein schmerzlicher Prozeß, weil damit für sie der Abschied von der Politik eingeleitet wurde.

Dennoch bleibt zu fragen, ob sich der Bedeutungsschwund der organisierten Vertriebenenbewegung allein auf die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zurückführen läßt. Immerhin gehören

die Vertriebenenverbände noch zu den mitgliederstärksten Verbänden in der Bundesrepublik.[1] Die vorliegende Untersuchung will deshalb klären, ob die Schwächung der Vertriebenenbewegung nicht auch andere, gravierendere Ursachen hat. Dabei mag sich herausstellen, daß Erklärungsversuche, die sich nur an der politischen Großwetterlage orientieren wollen, zu vordergründig sind.

ab) Vertreibung und Eingliederung

Zwangsweise Massenauswanderungen und -übersiedlungen begannen im Europa des 20. Jahrhunderts nicht erst mit dem Jahre 1945. Das Schicksal der deutschen Ostvertriebenen ist somit nicht einmalig; in seinen Dimensionen ist es jedoch ohne Parallelen in der europäischen Geschichte.

Die ersten bedeutsamen und erzwungenen Bevölkerungswanderungen in Europa können auf die Balkankriege zurückgeführt werden.[2] Der Zerfall der Donau-Monarchie, die Revanchegelüste bestimmter politischer und militärischer Kreise im Deutschen Reich[3] und der übersteigerte Nationalismus der neu entstande-

1) Genaue Mitgliederzahlen lassen sich nicht angeben, denn offizielle Statistiken werden nicht geführt. Die Landsmannschaften sind mit Angaben über ihren Mitgliederbestand sehr zurückhaltend, weil dadurch die Subventionspraxis durch den Bund und die Länder einer stärkeren öffentlichen Kontrolle ausgesetzt sein würde. Daß die Landsmannschaften einem starken Mitgliederschwund ausgesetzt sind, läßt sich aus den zahlreichen Todesanzeigen in der Vertriebenenpresse ersehen.

2) Vgl. Rhode, Gotthold, Phasen und Formen der Massenzwangswanderungen in Europa, S. 20; in: Lemberg, Eugen u. Edding, Friedrich, Die Vertriebenen in Westdeutschland, drei Bände, Bd. I, Kiel 1959

3) Vgl. dazu als Beispiel die Niederschrift Hans von Seeckts "Deutschland und Rußland": "Um Polen, diesen Todfeind Deutschlands, Geschöpf und Bundesgenosse Frankreichs, Räuber deutschen Bodens, Vernichter deutscher Kultur, vor dem Bolschewismus zu retten, darf sich keine deutsche Hand rühren, und will der Teufel Polen holen, wir sollten ihm helfen." zit. n.: Meier-Welcker, Hans: Hans von Seeckt (Biographie), Frankfurt a.M. 1967, S. 295f.

nen Staaten, die teilweise mit nationalen Minderheiten überfrachtet waren - man denke nur an die Probleme der CSR oder einiger Balkanstaaten - führten in der Zwischenkriegsperiode zu einer enormen Belastung des ohnehin schon fragilen Staatensystems.

Nationale Intoleranz, wie es Rhode nennt[4], die nur nach sprachlicher, völkischer oder rassischer Zugehörigkeit fragte, führte bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu den Konzeptionen der "Entmischung der Nationalitäten".

Höhepunkt dieser aus nationaler bzw. rassischer Intoleranz geborenen Vertreibungen vor dem Zweiten Weltkrieg war die erzwungene Auswanderung von ca. 323 000 - 355 000 Juden aus Deutschland.[5]

Hätten die Nationalsozialisten ihre Pläne der europäischen Neuordnung durchsetzen können,[6] wären die Zwangsumsiedlungen der polnischen Bevölkerung aus dem sog. Reichsgau Wartheland in das sog. Generalgouvernement nur Präludien minimalen Ausmaßes zur Entmischung gewesen.

Der Keim für die Vertreibung von weitaus mehr als zehn Millionen Deutschen wurde vom nationalsozialistischen Unrechtsregime gesetzt. "Ohne Berücksichtigung der Härte der deutschen Besat-

---

Für die Haltung der wichtigsten Gruppen und Akteure, die die Rapallo-Politik durchsetzten, gibt Hermann Graml eine kurze aber prägnante Übersicht; vgl. Graml, Hermann, Rapallo in der westdeutschen Forschung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Oktober 1970.
Zur Vorgeschichte dieser Entwicklung vgl. auch: Ziemer, Gerhard, Deutscher Exodus - Vertreibung und Eingliederung von 15 Millionen Ostdeutschen, Stuttgart 1973

4) Rhode, Gotthold, Phasen und Formen der Massenzwangswanderung in Europa, S. 22, daselbst

5) ders., daselbst

6) s. dazu Bracher, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur, Köln Berlin 1969, S. 434 ff.

zungspolitik und der dadurch ausgelösten weltweiten Emotion sind zahlreiche Äußerungen über die Behandlung des deutschen Volkes und auch zahlreiche Pläne über die Zukunft Deutschlands nicht verständlich."[7)]

Unter diesem Aspekt muß auch die "Westverschiebung" Polens gesehen werden, der die Westmächte zustimmten. Obwohl gerade Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika im Potsdamer Protokoll die endgültige Einverleibung deutscher Gebiete durch Polen ablehnten, wurde ihr "fester" Standpunkt dadurch relativiert, daß diese Gebiete ausdrücklich nicht in den Verantwortungsbereich des Alliierten Kontrollrates fielen und einer "Umsiedlung" der in diesen Gebieten lebenden Deutschen zugestimmt wurde.[8)]

Die Sowjetunion und vor allem Polen waren bestrebt, diesen Gebietserwerb moralisch und rechtlich nachträglich zu begründen. Polen argumentierte, daß es für seine Gebietsverluste im Osten entschädigt werden müsse. Ein Rechtsanspruch Polens gegenüber Deutschland konnte jedoch nicht erwachsen, weil "die zwischenstaatliche Ordnung keinen Ausgleichsanspruch gegenüber dritten Staaten (kennt)".[9)]

Obwohl aus der Einstellung der Kriegsgegner Deutschlands zu ersehen ist, daß berechtigter Zorn gegen das NS-Regime bestand, der sich freisetzen wollte, bleiben Gebietsnahme und Vertreibung Mittel, die nicht einmal als "Strafmaßnahmen" zu rechtfertigen sind.

Die Vertriebenen, die nach den Schrecken und den Entbehrungen von Flucht und Ausweisung heil in die Besatzungszonen Restdeutschlands kamen, fanden hier ungünstigste Voraussetzungen

---

7) Deuerlein, Ernst, Potsdam 1945 Ende und Anfang, Köln 1970 S. 67
8) ders., daselbst, S. 147
9) Menzel, Eberhard, Das Potsdamer Abkommen und die Ostpolitik der Bundesregierung, S. 125; in: Potsdam und die deutsche Frage, Köln 1970

vor. Die Zerstörungen des Luftkriegs hatten den vorhandenen Wohnraum erheblich vermindert, das öffentliche Leben war bis in die kleinsten Gemeinden zusammengebrochen. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern war nicht mehr gewährleistet.
Eine bevorzugte Behandlung war für die Vertriebenen nicht zu erwarten. Die Hilfe der Alliierten erstreckte sich nur auf die befreiten KZ-Häftlinge und die zahlreichen Displaced Persons;[10] von den Einheimischen war eine wirksame Unterstützung ebenfalls nicht zu erhoffen, weil auch sie ums Überleben kämpften.

Die Gleichartigkeit der Lebensumstände der gesamten deutschen Bevölkerung verlor sich schlagartig mit der Währungsreform von 1948.[11]
Bis dahin hatte nur ein geringer Teil der Vertriebenen eine gesicherte Existenz und Unterkunft gefunden.
Die Notbetriebe, die sich nach 1945 vor allem in den Flüchtlingssiedlungen gebildet hatten, mußten größtenteils ihre Produktion einstellen, da sie weder über solide Bankverbindungen verfügten, noch auf Vermögen zurückgreifen konnten.
"Der Zustand der acht Millionen Vertriebenen, die sich am Währungsstichtag im Gebiet der späteren Bundesrepublik Deutschland befanden, läßt sich dahin zusammenfassen, daß nur kleine Teile von ihnen als Gewerbetreibende, Handwerker und Landwirte wirtschaftlich eingegliedert waren oder als Arbeiter, Angestellte und Beamte einen sicheren und ihrem beruflichen Herkommen entsprechenden Arbeitsplatz gefunden hatten."[12]

Eine baldige Eingliederung der Vertriebenen und SBZ-Flüchtlinge

---

10) Vgl. dazu auch die Situationsschilderung von Vogelsang, Thilo, Das geteilte Deutschland, Bd. 11 der dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, 2. Aufl., München Nov. 1966
11) Vgl. Ziemer, Gerhard, Deutscher Exodus - Vertreibung und Eingliederung von 15 Millionen Ostdeutschen, Stuttgart 1973 S. 141 f.
12) ders., daselbst, S. 145

warf auch deshalb besondere Probleme auf, weil ihre höchst differenzierte Berufsstruktur eine adäquate Beschäftigung zunächst äußerst erschwerte.

Auch der erstrebte Lastenausgleich förderte nicht primär eine baldige Eingliederung. "Das Lastenausgleichsgesetz des Jahres 1952 hatte von seinem Auftrag her eine andere Blickrichtung als die Schaffung einer neuen Heimat und einer neuen wirtschaftlichen Existenz für die Vertriebenen."[13] Vielmehr sollte durch ihn ein Ausgleich der unterschiedlichen Kriegsfolgelasten und der Lasten der Währungsreform herbeigeführt werden.

Ziemer sieht in der Einführung der freien Marktwirtschaft den Motor der Eingliederung: "Hätten wir damals eine sozialdemokratische Regierung bekommen, die noch kein Godesberger Programm kannte, so hätten sich mit Sicherheit die gebundenen falschen Preise noch Jahre hindurch fortgeschleppt ... Die Vertriebenen wären bei einer verzögerten Wiederingangbringung der Wirtschaft diejenigen gewesen, die in erster Linie die Folgen zu tragen hatten, als Arbeitslose oder in sozial herabgestuften Stellungen. Hier war die richtige Erkenntnis des damaligen Bundeswirtschaftsministers Erhard und seiner Mitarbeiter für die Bundesrepublik im ganzen und für die Vertriebenen im besonderen ein Glück."[14]

Auch wenn man sich nicht in den Streit um die Entscheidung für oder gegen die marktwirtschaftliche Ordnung begeben will, sind m.E. Feststellungen dieser Art höchst fragwürdig, weil sie a priori unterstellen, daß ein anderes Wirtschaftssystem zu solchen Leistungen nicht fähig gewesen wäre.

Die Argumentation Ziemers leidet - wie er selbst indirekt zugeben muß - unter dem Mangel, daß die erfolgreiche Eingliederung wesentlich durch Maßnahmen geleistet worden ist, die sich

13) ders., daselbst, S. 159
14) ders., daselbst, S. 178

als Verstoß gegen die Gesetze der freien Marktwirtschaft darstellen. Genannt seien in diesem Zusammenhang die Fortdauer der Wohnraumbewirtschaftung sowie die einseitige steuerliche Begünstigung der Unternehmer.

Die Zielsetzung für die Eingliederung, so wie sie im § 13 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) von 1952 vorgesehen wurde, ist bis zur Gegenwart nach seinen Buchstaben nicht erfüllt worden, denn danach gilt nur derjenige als eingegliedert, dessen frühere wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in einem zumutbaren Maße berücksichtigt worden sind.
Peter Paul Nahm vertritt die Ansicht, daß "die Versorgung mit menschenwürdigem Wohnraum, die Gewährung einer Unterhaltshilfe oder eines Selbständigenzuschlags, der Empfang einer verrenteten Hauptentschädigung oder irgendein Arbeitsplatz, der dem sozialen Rang und den Einkommensverhältnissen des heimatlichen Arbeitsplatzes in keiner Weise entspricht", nicht als vollzogene Eingliederung angesehen werden dürfen. "Wenn aber alle diese Merkmale keine Eingliederung sind, dann zerstiebt das oberflächliche Urteil, die Eingliederung sei vollzogen, wenn Wohnung und irgendein Platz zum Arbeiten vorhanden sind oder das Existenzminimum der Unterhaltshilfe gewährleistet ist."[15]
Nahm ist entgegenzuhalten, daß seine Exegese des § 13 BVFG den Begriff des Zumutbaren zu intensiv betont. Es darf bei derartigen Betrachtungen nicht verschwiegen werden, daß die überwiegende Mehrheit der Vertriebenen, die auch in der Heimat von Einkommen aus unselbständiger Arbeit lebten, von der Steigerung des Volkseinkommens in der BRD voll profitiert haben. Insofern kann mit allen notwendigen Einschränkungen die Eingliederung der Vertriebenen als gelungen angesehen werden.[16]

---

15) Nahm, Peter Paul, Eingliederung und Heimatanspruch, S. 16 in: Ostdeutsche Wissenschaft, Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrates, Bd. XI, hrsg. v. Boehm, Max Hildebert u. Savia, Balduin, München 1964
16) so auch Ziemer, Gerhard, daselbst, S. 232

b) Abgrenzung der Untersuchung

In der Literatur ist das historisch-politologische Problem der Herstellung neuer ökonomischer und geistiger Umweltbeziehungen der Vertriebenen bisher nur am Rande erörtert worden. Dieser Prozeß der Seßhaftwerdung vollzog sich zu einem großen Teil im "Zentralverband vertriebener Deutscher", der die sozialpolitischen Interessen der Vertriebenen wahrnahm und zu einem geringeren Teil in den jeweiligen Landsmannschaften. Die Frage nach der Entstehung der Landsmannschaften muß die Hintergründe dieses organisatorischen Dualismus zu klären haben. Dabei hat vor allem zu interessieren, welche Motive bestanden, nicht von vornherein mit aller Kraft einen Einheitsverband anzustreben.

Neben den schwer durchschaubaren persönlichen Beweggründen der einzelnen Akteure, die das größte Hindernis für die Schaffung der einheitlich organisierten Vertriebenenbewegung bildeten, führt diese Problematik unmittelbar zu der Frage nach der spezifischen Zielsetzung der Landsmannschaften. Ihre Aufgabenstellung wird hier nur auf den zentralen Aspekt des organisierten Interesses an der Wiedergewinnung der verlorenen Heimat hin untersucht; eine Ausweitung auf die kulturpolitische Aufgabe, die heute im Vordergrund steht, empfahl sich nicht.

Die Frage nach den vertriebenenpolitischen Aktivitäten und ihrer politischen Bewertung setzt voraus, das Selbstverständnis der Landsmannschaften zu klären. Die geschickte Kombination der immateriellen Hoffnungen und Nöte tausender von Vertriebenen mit den politischen Zielvorstellungen ihrer landsmannschaftlichen Sprecher machte die Landsmannschaften einerseits zur "Ersatzheimat" für ihre Mitglieder, andererseits gewannen ihre Führer eine geeignete politische Plattform, die sie innerverbandlich weitestgehend unabhängig und unantastbar machte, weil sie als die Repräsentanten dieser "Heimat" anerkannt wurden.

Die Landsmannschaften versuchten mehr zu sein als bloße Traditionspflegevereine, Antrieb blieb die Rückgewinnung der Heimat, somit wurden sie zu Organisationen, die im Innenverhältnis künstlich die Idylle des Verlorenen erhalten wollten, darüberhinaus aber Emotionen mobilisierten, die im Außenverhältnis den Sprechern eine genügend breite Legitimationsbasis gaben, um im parlamentarischen Vorfeld und im Parlament selbst wirksam für die Verbandsinteressen zu streiten.

Sowohl in den Abschnitten über die Entstehung als auch über die Entwicklung landsmannschaftlicher Verbände ist darauf verzichtet worden, mehrere Landsmannschaften parallel zu untersuchen. Eine Anhäufung organisatorischer Daten und Einzelaussagen wurde als wenig zweckmäßig angesehen, weil ihre Untersuchung zu dem politikwissenschaftlichen Erkenntnisziel dieser Arbeit nichts hätte beitragen können; viel wichtiger erschien es zu klären, unter welchen Konstellationen und mit welchen Methoden sich einzelne Vertriebenenfunktionäre in den Landsmannschaften zu behaupten und durchzusetzen vermochten, nur insoweit werden innerorganisatorische Probleme und Konflikte angesprochen.

Der dritte Teil der Arbeit ist bewußt als Fallstudie konzipiert. Als Beispiel wurde die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) ausgewählt. Damit stellt sich die Frage, inwieweit gerade die Sudetendeutsche Landsmannschaft als repräsentativ gelten kann.

Ohne Zweifel war die Sudetendeutsche Landsmannschaft die einflußreichste Landsmannschaft, weil sie in Dr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen einen Sprecher fand, der nicht nur über politische Erfahrungen verfügte, sondern auch organisatorisches Geschick besaß. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft wurde von ihm straff nach dem Wohnort- und nicht wie bei der Mehrzahl der Landsmannschaften nach dem Heimatkreisprinzip organisiert. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft war dadurch übersichtlich geblieben und erleichterte es dem Sprecher, einen demoautoritären

Führungsstil zu entwickeln, der ihre äußere Geschlossenheit förderte. Dennoch wirkte sich der Machtanspruch Lodgmans nie total aus, weil in der Sudetendeutschen Landsmannschaft als Korrektiv drei politische Gesinnungsgemeinschaften[17] agierten, mit denen er in heimatpolitischen Grundsatzfragen einen Minimalkonsens finden mußte. Die Führungsauslese blieb weitgehend die Domäne des Sprechers. Mit der Kontrolle des Apparates wurde die politische Position Lodgmans innerhalb der Landsmannschaft so abgesichert, daß es ihm schließlich gelang, die Nachfolgefrage gegen den heftigen Widerstand der Gesinnungsgemeinschaften in seinem Sinne zu regeln.

Gleichzeitig läßt sich am Beispiel der Sudetendeutschen Landsmannschaft verdeutlichen, welche besonderen Schwierigkeiten diejenigen Landsmannschaften hatten, deren Mitglieder nicht Bürger des ehemaligen Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. 12. 1937 waren. Während den sog. reichsdeutschen Landsmannschaften eine politische Orientierung in der Bundesrepublik schon deshalb erleichtert war, weil die prägende Kraft des Zusammengehörigkeitsgefühls und das einheitliche Staatsbewußtsein keine gravierenden Brüche aufwies, benötigten die nichtreichsdeutschen Landsmannschaften eine längere Anpassungsphase. Als ethnische und politische Diasporagemeinden hatten sie ein Sonderbewußtsein entwickelt, das erst allmählich abgebaut werden konnte.

Des weiteren eröffnet die Fallstudie einen Blick auf die Interdependenz von landsmannschaftlicher Aktivität und parteipolitischer Szenerie in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland. Diese Interdependenz zeigt sich nirgends so deutlich wie in Süddeutschland, wo die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihr Hauptwirkungsfeld gefunden hatte. Gerade in Bayern gab es eine

17) Seliger-Gemeinde (Sozialdemokraten), Ackermann-Gemeinde (Christlichsoziale), Witiko-Bund (Völkische)

bemerkenswerte Affinität zwischen der Landsmannschaft und konservativen Splitterparteien, weil die Vertriebenenfunktionäre nach einer politischen Plattform suchten, die es ihnen ermöglichen sollte, parteipolitisch zu wirken, ohne den überparteilichen Charakter der Sudetendeutschen Landsmannschaft aufzugeben. Die Parteigründer hofften, durch die Aufnahme zugkräftiger vertriebenenpolitischer Parolen ihr Wählerreservoir zumindest um die organisierten Vertriebenen erweitern zu können.

Die genannten Aspekte rechtfertigen somit die Auswahl der Sudetendeutschen Landsmannschaft als dem zentralen Objekt der Fallstudie.

Der Untersuchungszeitraum schließt mit dem Jahr 1952 ab, dem Gründungsjahr des "Verbandes der Landsmannschaften". Die Gründung des Verbandes der Landsmannschaften kann als die endgültige organisatorische Konsolidierung der Landsmannschaften auf Bundesebene angesehen werden. Danach gab es keine Versuche einzelner Landsmannschaften mehr, Einigungsverhandlungen mit dem Zentralverband vertriebener Deutscher auf eigene Faust zu führen. Der verbandspolitische Dualismus der beiden großen Vertriebenenorganisationen bestand dann bis zu den Jahren 1957/58 fort, erst zu diesem Zeitpunkt setzten verstärkte Einigungsbemühungen ein, die zur Gründung des "Bundes der Vertriebenen" führten.
Die Konstituierung des Verbandes der Landsmannschaften bildet somit eine natürliche Zäsur in der landsmannschaftlichen Bewegung. Eine Ausdehnung über den Untersuchungszeitraum hinaus hätte zu Themen und Problemen ganz anderer Art geführt.

Probleme der verbandsinternen Demokratie werden in der vorliegenden Arbeit nur insofern angesprochen, als das in diesem Bereich außerordentlich mangelhafte Material dies möglich und sinnvoll erscheinen ließ.

Obwohl der Verfasser die bereitwillige Unterstützung zahlreicher landsmannschaftlicher Funktionäre fand, wurde die Beantwortung von Fragen zur innerverbandlichen Organisation und Willensbildung von der Arbeitsgemeinschaft der Sprecher der Landsmannschaften im Bund der Vertriebenen abgelehnt. Allgemeine Aussagen, die Rückschlüsse auf Prozesse der Oligarchiebildung zulassen würden, wurden bewußt vermieden, um einer Gefahr auszuweichen, die Klaus von Beyme folgendermaßen charakterisierte: "Die Diskussion um die innerverbandliche Demokratie wird in ihrem Sollensteil ebenso undifferenziert geführt, wie die empirische Basis in ihrem Seinsteil noch unzureichend ist."[18]

Empirische Untersuchungen setzen voraus, daß Einblick in innerorganisatorische Abläufe gewährt wird, die der Außenstehende ohne intensive und rückhaltlos offene Kommunikation mit den Insidern nicht zu erhalten vermag.

Da diese Prämissen nicht erfüllt wurden, hat der Verfasser bei der Darstellung der Verbandsinterna sein Schwergewicht auf Vorgänge in den Verbandsspitzen gelegt, denn die Leistung des Apparates und einzelner Spitzenfunktionäre war und ist für die Vertriebenenverbände relevanter als die fiktive Kontrolle und Meinungsbildung durch die Basisgremien, die im wesentlichen nur die Funktion von Akklamationsorganen haben. Eben deshalb ist es vertretbar, ja notwendig, daß in dieser Untersuchung überwiegend die Funktionärsebene Berücksichtigung findet.

c) Quellenkritische Bemerkungen

Besonderes Gewicht kommt aus den vorgenannten Erwägungen der Quellenlage und Quellenauswahl zu. Hierbei stellte es sich als großer Vorteil heraus, daß für die Arbeit der Nachlaß Rudolf

18) Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969, S. 191

Ritter Lodgman von Auens (Sudetendeutsches Archiv/München) zur Verfügung stand, der damit meines Wissens erstmals durchgesehen und ausgewertet werden durfte.

Als notwendige Ergänzung des Lodgman-Nachlasses erwiesen sich die Materialien von Hans von Spaeth-Meyken, die dieser in seinem privaten Archiv in Molsberg/Ww. gesammelt hat, sowie die Archivalien des Bundes der Vertriebenen in Bonn. Zu diesen Quellen hat der Verfasser weiterhin einen Teil der umfangreichen Vertriebenenpresse und das Pressearchiv des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen durchgesehen, um abgesicherte Aussagen treffen zu können.

Da die benutzten Archive weitgehend ungeordnet sind oder - wie im Fall des Sudetendeutschen Archivs - eine Neugliederung vorgesehen ist, wird im Text nur das jeweilige Archiv ohne weitere Angaben über das ausgewertete Dokument genannt.

Soweit sich Vertriebenenfunktionäre und -politiker bereiterklärten, zum Untersuchungsgegenstand Auskunft zu geben, wurden sie vom Verfasser befragt. Eine schriftliche Beantwortung der Fragen erwies sich in den meisten Fällen als nicht möglich, so daß die Form des Informationsgespräches gesucht wurde. Für die Auswahl der Gesprächspartner waren folgende Gesichtspunkte ausschlaggebend:

1. Das unmittelbare Beteiligtsein der Informanten an Vorgängen, die für das Thema bedeutungsvoll erschienen.
2. Die Bereitschaft, sich dem Verfasser zu einer ausführlichen Erörterung zur Verfügung zu stellen.

Die Gesprächspartner standen bis auf Hans Schütz nie als bundesweit bekannte Prominenz im Rampenlicht der Vertriebenenpolitik, gleichwohl verfügen sie alle über genaueste Insider-Kenntnisse. Die meisten von ihnen nehmen organisatorische Leitungsfunktionen wahr. Der Verfasser erhielt in der Regel die Erlaubnis, Tonbandaufnahmen zu machen, in einigen Fällen wurde

auf Wunsch der Informanten die vertrauliche Behandlung ihrer Aussagen zugesichert.
Die Gespräche wurden offen oder mit Hilfe eines vorbereiteten Fragenkatalogs geführt.

Da es bei den geführten Informationsgesprächen nicht um die Klärung von Detailfragen ging, zumal das Erinnerungsvermögen nach mehr als zwei Jahrzehnten lückenhaft sein kann, erwiesen sich auch die subjektiven Wertungen als durchaus hilfreich. Zwar bestand die Notwendigkeit, Abstriche von Aussagen zu machen, die die eigene Person in ein gutes Licht setzen, in der Regel haben sich aber die unterschiedlichen Subjektivismen gegeneinander neutralisiert. Im übrigen zeigte sich in vielen Fällen eine bemerkenswerte Bereitschaft zu einer selbstkritischen Einschätzung der damaligen Handlungen.

Teil I: Die Entstehung landsmannschaftlicher Verbände

1. Thematische Eingrenzung

In der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin bestehen zur Zeit noch zwanzig Landsmannschaften, die sich 1948 und in den darauffolgenden Jahren gebildet haben.

Die Analyse der Entstehung landsmannschaftlicher Organisationen und deren Entwicklung kann in einer politologischen Arbeit nicht dadurch erfolgen, daß im einzelnen z.B. nachgeprüft wird, welcher Quantität die regionalen Gruppen waren und welche Persönlichkeiten auf dieser Ebene Einfluß hatten.

Reine Organisationsgeschichte mit der Berücksichtigung regionaler Schwerpunkte sind von den Landsmannschaften zum Teil selbst vorgelegt worden.[1)]

Im folgenden wird vor allem die Fragestellung untersucht, welche Ursachen zur Gründung von Landsmannschaften führten und wie deren Akteure sich in der Verbandsbewegung der Vertriebenen einen selbständigen und unangefochtenen Platz schaffen konnten. Organisatorische Probleme sollen hierbei nur insoweit berücksichtigt werden, als sie eine entscheidende Rolle spielten.

---

1) Vgl. dazu u.a.
Landsmannschaft Ostpreußen 1948-1968, hrsg. von der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Hamburg 1968
20 Jahre Landsmannschaft Westpreußen 1949-1969, hrsg. von der Landsmannschaft Westpreußen, Münster/Westfalen 1969
Zehn Jahre Pommersche Landsmannschaft 1948-1958, hrsg. von der Pommerschen Landsmannschaft, Hamburg 1958
20 Jahre Pommersche Landsmannschaft, hrsg. vom Pommerschen Zentralverband e.V., Hamburg 1968
10 Jahre Landsmannschaft Oberschlesien, o.O., o.J. (1959)

Eine Untersuchung einzelner Landsmannschaften unterbleibt im oben genannten Sinne auch deshalb, weil die Landsmannschaften als politisch handelnde Organe nur in seltenen Fällen einzeln auftraten.
Seit 1949/50 , als die Entstehungsphase für viele Landsmannschaften noch nicht einmal begonnen hatte, versuchten die bereits existierenden landsmannschaftlichen Organisationen ihre Politik durch ein gemeinsames Gremium, den "Verband der Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL), durchzusetzen.

Selbst das Ausscheiden großer Landsmannschaften aus dem VOL veranlaßte die Dissidenten nicht, eine selbständige, von einem großen Verband unabhängige Politik zu betreiben. Sie verließen den VOL, um sich Kathers "Bund der vertriebenen Deutschen" (BvD) anzuschließen.

Auch dieser Aspekt landsmannschaftlicher Entstehung und Entwicklung begründet den Verzicht auf eine isolierte Betrachtung einzelner Organisationen.

Ergänzend sei erwähnt, daß eine reine Organisationsanalyse auf Schwierigkeiten durch die Landsmannschaften selbst stieße. Teilweise ist das Material ungeordnet und äußerst lückenhaft, zum anderen verursachten schlechte Erfahrungen der landsmannschaftlichen Geschäftsführungen ein Mißtrauen auch gegenüber wissenschaftlichen Interessenten.

2. Die Einstellung der Alliierten zum Vertriebenenproblem

Mit der militärischen Kapitulation des Deutschen Reiches, die am 7. Mai 1945 im Hauptquartier General Eisenhowers in Reims erfolgte und in den frühen Morgenstunden des 9. Mai 1945 im Hauptquartier der Roten Armee in Berlin-Karlshorst noch einmal vollzogen wurde[2], war nicht nur die deutsche Regierung selbst handlungsunfähig, sondern hoheitliches Handeln bis hinunter zu den untersten Ebenen aus eigener deutscher Initiative war unmöglich geworden.[3]

Damit hatten die Alliierten sich auch verantwortlich um das Vertriebenenproblem zu kümmern. Ihre Lasten waren durch diese zusätzliche Aufgabe unterschiedlich verteilt.
Besonders in der britischen Zone konzentrierte sich die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge, aber auch die US-Zone hatte vor allem in Bayern und Hessen mit diesem Problem zu kämpfen, während die französische Besatzungspolitik darauf angelegt war, die Vertriebenen und Flüchtlinge von ihrer Zone fernzuhalten.[4]

Das Verhältnis der Alliierten zu den Vertriebenen gestaltete sich anfangs sehr problematisch. Die großen Vertriebenenmassen mußten in den Zonen untergebracht und versorgt werden, gleichzeitig bestand die Furcht, die Übersicht über die Bevölkerungsbewegungen zu verlieren. Nazistische Umtriebe unter den Vertriebenen und Flüchtlingen wurden vermutet; schon aus

---

2) Vgl. dazu Pünder, Tilman, Das Bizonale Interregnum, Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1946-1949, Waiblingen, 1966, S. 21
3) Pünder, Tilman, Das Bizonale Interregnum, Waiblingen 1966, S.22
4) Vgl. dazu den Bericht des damaligen Flüchtlingskommissars Eschenburg, der das Verhältnis zur franz. Besatzungsmacht schildert, in: Nahm, Peter Paul, Doch das Leben ging weiter, Köln und Bonn 1971, S. 24 f.

Tabelle:

Die Bevölkerung in den Ländern der westlichen Besatzungszonen 1939 und 1946[a)]

(Gebietsstand 13. 9. 1950)

Besatzungszone Land	Wohnbevölkerung 17.5.1939	29.10.1946	Zu- bzw. Abnahme in vH
BRITISCHE ZONE			
Schleswig-Holstein	1589,0	2573,2	+ 61,9
Hamburg	1711,9	1403,3	- 18,0
Niedersachsen	4539,7	6227,8	+ 37,2
Nordrhein-Westfalen	11934,4	11632,6	- 2,1
US - ZONE			
Bremen	562,9	484,5	- 13,9
Hessen	3479,1	3973,6	+ 14,2
Württemberg-Baden	3217,4	3583,1	+ 11,4
Bayern	7037,6	8738,4	+ 24,2
FRANZÖSISCHE ZONE			
Rheinland-Pfalz	2960,0	2740,9	- 7,4
Baden	1229,7	1182,0	- 3,9
Württemberg-Hohenzollern	1075,9	1104,5	+ 2,7
ZUSAMMEN	39350,2	43978,3	+ 11,8

a) Einschließlich Kreisflüchtlingslager, jedoch ohne alle anderen deutschen Lagerinsassen (Kriegsgefangene Interniertе usw.) sowie ohne Insassen von DP-Lagern.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952
zit.n. Müller, Georg u. Simon, Heinz, Aufnahme und Unterbringung, S. 310, in: Lemberg, Eugen u. Edding, Friedrich (Hrsg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland, Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, 3 Bde., Bd. I, Kiel 1959, zukünftig zit. als: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd., Köln 1959

diesem Grund versuchten die Alliierten, jegliche Organisierung dieser Teile der deutschen Bevölkerung zu verhindern.

Die Politik der westlichen Besatzungsmächte war auch den Vertriebenen gegenüber von einem "crusading spirit"[5] geprägt; erst allmählich setzte sich durch den Druck wirtschaftlicher und sozialer Probleme der Vertriebenen eine realistischere Beurteilung der Lage durch.
Bis zum Jahre 1948 hielt das Mißtrauen gegenüber den Vertriebenen jedoch ungemindert an. Der US-Außenminister äußerte z.B. auf der Moskauer-Außenministerkonferenz 1947 die Befürchtung, daß es eines der schwierigsten Probleme wäre "to minimize inescapable irredentist pressure in Germany"[6]. Auch Bidault sah in den Vertriebenen eine Quelle der Haß- und Revanchegefühle.[7] Einige Politiker der westlichen Siegermächte waren sogar überzeugt, daß mit der Vertreibung der Grundstein für einen neuen Krieg gelegt worden war.[8]
General Clay war der Ansicht, daß die Vertriebenen nicht einsehen könnten, für immer vertrieben worden zu sein, und er vermutete, daß politische Vertriebenenorganisationen alles daran setzen würden, die Rückkehr vorzubereiten.[9]

Nachdem die Hoffnungen auf eine Rückkehr der Ostvertriebenen auch für die westlichen Alliierten gänzlich beseitigt waren,[10]

---

5) Schoenberg, Hans W., Germans from the East. A Study of their Migration, Resettlement, and Subsequent Group History since 1945, The Hague 1970, S. 41
6) zit. bei Schoenberg, Hans W., daselbst, S. 42
7) ders., daselbst, S. 42
8) So z.B. das Mitglied des House of Commons S.N. Evans, zit. bei Schoenberg, Hans W, daselbst, S. 42
9) ders., daselbst, S. 42
10) Schoenberg berichtet, daß kurz nach der Potsdamer Konferenz diese Vermutung in Kreisen der US-Besatzungsmacht noch bestand: "It is even possible that after the Potsdam Conference at least some of U.S. military authorities were for a time under the misapprehension that 'refugees' (as the expellees were then called) 'might be able to get back to their communities'."(See U.S.Forces European Theater (USFET), G 5 Div., Office of Assistant Chief of Staff, Proceedings of the First Military Government Hq. USFET, August 27-29, 1945 (issue of USFET Weekly Information Bulletin)).

setzten sie sich verstärkt für die Eingliederung und Assimilation der Vertriebenen ein. Dabei gingen die westlichen alliierten Siegermächte von vier Prinzipien aus:

1. Die Aufnahme der Vertriebenen in den Zonen fällt weiterhin unter die Zuständigkeit der Militärbehörden; die Integration dagegen obliegt der Verantwortung deutscher Behörden.
2. Allen Vertriebenen deutscher Herkunft wird die deutsche Nationalität zugebilligt; sie werden damit Träger der gleichen wirtschaftlichen und sozialen Rechte wie die Einheimischen.
3. Die Alliierten verpflichten sich, zur Verwirklichung der innerstaatlichen Wiederansiedlung der Vertriebenen die deutschen Behörden zu unterstützen.
4. Politische Organisationen der Vertriebenen bleiben verboten.[11) 11a)]

Für die deutsche Politik und Gesetzgebung blieben wegweisend, daß die alliierten Siegermächte den Vertriebenen die gleichen wirtschaftlichen und sozialen Rechte zubilligten wie den Einheimischen. Damit setzten sie Maßstäbe für die Eingliederungspolitik der späteren Jahre.

Die Alliierten hatten eine politische Organisierung der Vertriebenen in den Jahren 1945 bis Anfang 1947 nur in einem geringen Umfang zu befürchten, denn viele der späteren Akteure waren noch nicht in den westlichen Zonen ansässig. Vor allem dominierten die Probleme der Existenzsicherung. Vordringlich waren die Sorge um den Wiederaufbau in den Zonen, die Beseitigung "Schwarzer Märkte", die Bekämpfung von Kriminalität, die Verhinderung

---

11) ders., daselbst, S. 44
11a) Das Verbot politischer Vertriebenenorganisationen ging u.a. zurück auf die Direktive des Joint Chiefs of Staff (JCS) 1067 vom 17. Oktober 1945, s. Schoenberg, Hans W., daselbst, S. 44

von Epidemien und Seuchen. Die Vertriebenen waren vielfach noch nicht in der Lage, das Vertreibungserlebnis in politische Forderungen gegenüber den Alliierten oder zonalen deutschen Behörden, deren begrenzter Spielraum bekannt war, umzusetzen. Das politische Interesse der Vertriebenen setzte erst verstärkt ein, als sich abzuzeichnen begann, daß auf westdeutschem Boden ein neuer Staat entstehen sollte, der die zonale Zersplitterung aufheben würde. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde das Verhältnis der vertriebenenpolitisch engagierten Ostdeutschen zu den westalliierten Besatzungsmächten äußerst gespannt. Den Besatzungsbehörden wurde nunmehr klar, daß ihr Programm der Assimilation durchkreuzt wurde, weil das Vertriebenenproblem neben den sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen auch politische implizierte.

Bis 1948 gingen die Besatzungsbehörden noch davon aus, die Organisierung der Vertriebenen in Landsmannschaften durch administrative Mittel verhindern zu können. Es zeigte sich aber im Verlaufe des Jahres 1948 der Wille zum politischen Zusammenschluß der Vertriebenen in Landsmannschaften so stark, daß engagierte Vertriebene eine Umgehung der alliierten Vorschriften trotz der Androhung von Strafen praktizierten.
Die alliierten Behörden waren nicht in der Lage, nationale Argumente anzuführen, warum gerade sie den Vertriebenen das Koalitionsrecht verweigerten. Sie erkannten, daß damit von ihnen bisher eine politische Ungleichbehandlung praktiziert wurde, die sich nicht mit ihren demokratischen Ansprüchen decken konnte.
Aus diesen Gründen und durch die Intransigenz der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber einer gemeinsamen Behandlung Deutschlands, wurde das Koalitionsverbot für die Vertriebenen allmählich gelockert bzw. aufgehoben.

3. Die Auswirkungen des Koalitionsverbotes und Versuche zu dessen Überwindung

Das Koalitionsverbot wirkte sich für die Vertriebenen recht unterschiedlich aus. In München bildete sich schon kurz nach dem Zusammenbruch die "Sudetendeutsche Hilfsstelle", deren Gründung am 12. Juli 1945 von der amerikanischen Militärregierung von Oberbayern genehmigt wurde.[12)]
Das politische Geschick des Mitbegründers Hans Schütz brachte ihn in Verbindung zu hohen amerikanischen Offizieren, die zwar einerseits ein Verbot der Hilfsstelle, angeordnet vom Alliierten Kontrollrat[13)], nicht verhindern konnten, andererseits führte diese Beziehung dazu, daß von der Militärregierung die Einrichtung eines "Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern" am 17. Juli 1946 angeordnet wurde[14)], Vorsitzende wurden Hans Schütz (CSU) und Dr. Willibald Mücke (SPD). Hans Schütz bestätigte dem Verfasser im August 1972, daß das Verhältnis zur Besatzungsmacht einvernehmlich war und er auf großes Verständnis traf. Sein Anliegen war, den Vertriebenen so schnell wie möglich Arbeitsplätze und Wohnraum zu verschaffen, um ihnen aus ihrer Notlage herauszuhelfen. Dieses Anliegen deckte sich mit dem der Besatzungsmacht, für eine baldige Eingliederung zu sorgen.[15)]

---

12) Krause, Martha, Der Flüchtlingsbeauftragte, S. 550, in: Ein Leben – Drei Epochen, Festschrift für Hans Schütz zum 70. Geburtstag, Ackermann-Gemeinde, München 1971, zukünftig zit. als Festschrift Schütz
13) dieselbe, daselbst, S. 554
14) dieselbe, daselbst, S. 554
15) Schütz blieb diesem realistischen Pragmatismus auch weiterhin verbunden. Er ist heute noch der Ansicht, daß es nützlicher für die Vertriebenen gewesen wäre, über ein Ministerium zu verfügen, das eine große Anzahl von Arbeitsplätzen zu vergeben hatte (z.B. Bundespostministerium), um dann darin Vertriebene unterbringen zu können, als auf einem Ministerium zu bestehen, das diese Vorteile nicht bot.

Der Versuch jedoch, landsmannschaftliche Organisationen zu bilden, wurde von den Besatzungsmächten im Laufe des Jahres 1945 grundsätzlich unterbunden.
Die Ausnahmen bildeten die im Mai 1945 gegründete "Meldestelle für die im Raum Kiel befindlichen Danziger" und die von D. Gülzow gegründete "Hilfsstelle beim Evangelischen Konsistorium Danzig". Beide nahmen bald eine enge Zusammenarbeit auf.
Die englische Besatzungsmacht folgte partiell der Auffassung dieser Organisationen, nämlich "daß die Danziger Staatsangehörigen Angehörige eines den Alliierten befreundeten Staates sind und den entsprechenden Schutz genießen"[16], indem sie diesen Vertriebenen danziger Pässe ausstellten.[17] Dies allerdings war der spektakulärste Erfolg der organisierten Danziger. D. Gülzow, der in Danzig die Funktion eines evangelischen Bischofs ausgeübt hatte und Vorsitzender des 1946 gegründeten "Bundes der Danziger e.V." wurde, erhielt über die Lübecker Stadtverwaltung die Mitteilung der englischen Besatzungsmacht, daß der Bischof von Danzig keinen völkerrechtlichen Status hätte und infolgedessen auch keine Forderungen für die Freie Stadt Danzig stellen könne.[18] Sein Verhältnis zur Besatzungsmacht blieb aber dennoch ungetrübt; er wurde zwar vom Secret Service überwacht, erhielt aber auch von ihm die dringende Warnung, Reisen in die sowjetisch besetzte Zone aus Gründen der Sicherheit zu unterlassen.[19]

---

16) Bohmann, Alfred, Menschen und Grenzen, Bd. 1: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich, Köln 1969 (bisher 3 Bde.), S. 436
17) Tonbandinterview: Gülzow, 28. 7. 1972
18) Tonbandinterview: Gülzow, 28. 7. 1972
19) Tonbandinterview: Gülzow, 28. 7. 1972
Die Bekanntschaft zu seinen Überwachern wurde so eng, daß er z.B. von ihnen Einladungen zum Abendessen erhielt.

Wilhelm Hoffmann, der jetzige Geschäftsführer der Pommerschen Landsmannschaft (PLM), berichtet [20], daß er 1946 versuchte, eine Flüchtlingsorganisation auf rein karitativer Grundlage in Dithmarschen zu gründen. Die englische Militärbehörde brachte in ihrer Ablehnung zum Ausdruck, daß "Flüchtlinge nur so lange Flüchtlinge sind, wie sie auf dem Wanderungswege sind und somit hier also keine Flüchtlingsorganisation erforderlich ist."[21]

Es zeigt sich, daß die verschiedenen Militärregierungen und -behörden das Vertriebenenproblem in seiner vollen Tragweite nur zögernd zur Kenntnis nahmen. Dabei reichte der Beurteilungsspielraum von der stillschweigenden Billigung bestimmter Selbsthilfemaßnahmen bis zur Ignorierung des Problems durch übereifrige und -ängstliche Verwaltungsoffiziere.

Der landsmannschaftliche Zusammenschluß wurde generell im Verlaufe der Jahre 1945 und 1946 verboten.[22] Neben den Militärregierungen standen bemerkenswerterweise auch deutsche Behörden der Bildung landsmannschaftlicher Flüchtlingsverbände mit äußerster Skepsis gegenüber.
Auf der Sitzung der Oberpräsidenten und der Chefs der Länderregierungen der britischen Besatzungszone in Hamburg am 14. November 1945 konstatierte man die Auffassung, "daß es nicht nützlich sei, wenn überall ein Zusammenschluß der Flüchtlinge zu landsmannschaftlichen Verbänden vor sich ginge ... Auf keinen fall wird es für richtig gehalten, daß sich etwaige in der britischen Zone bestehende landsmannschaftliche Flüchtlingsverbände zu zentralen landsmannschaftlichen Organisationen für die ganze britische Zone vereinigen."[23]

---

20) Tonbandinterview: Hoffmann, 25. 7. 1972
21) Tonbandinterview: Hoffmann, 25. 7. 1972 u. Anhang , Quelle 1
22) Vgl. dazu Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964, Bd. 1, S. 25
23) zit. bei Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964, Bd. 1, S. 28

Landsmannschaftliche und andere Vertriebenen-Organisationen waren bis 1948 vielfältigen Behinderungen ausgesetzt. Die Vertriebenen, denen die Integration in zugelassene politische Parteien und Gewerkschaften zur Vertretung ihrer Interessen nicht ausreichte, mußten andere Wege suchen, um die Verbote der Besatzungsmächte wirksam zu umgehen.

3.1 Die Rolle der Kirchen

Die christlichen Kirchen waren nach der Beseitigung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems die einzigen Institutionen, die unter dem politischen und moralischen Zusammenbruch in Deutschland nur unwesentlich litten.

Für die Deutschen aus Polen, Litauen und dem Balkan war charakteristisch, daß sie in ihrer Heimat vielfach Diasporagemeinden bildeten; vor allem die Vertriebenen aus dem Südosten, die überwiegend deutsche Bauernkolonien gebildet hatten, verfügten über ein enges Verhältnis zu ihrem Geistlichen, der sie nicht nur seelsorgerisch betreute, sondern sie auch in anderen Fragen des Zusammenlebens beriet und anleitete.[24]
Für diese Vertriebenen, die oft in geschlossenen Treckgemeinschaften in die Westzonen gelangten, blieb der jeweilige Pfarrer weiterhin die tonangebende Figur. Es war deshalb nur folgerichtig, daß sich verschiedene Landsmannschaften (z.B. Deutsch-Baltische Landsmannschaft, Landsmannschaft Westpreußen, Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Landsmannschaft der Jugoslawiendeutschen usw.) aus den Hilfskomitees der Kirchen entwickelten.

Selbst dort, wo die traditionellen Bindungen an die Kirche zerschlagen waren, blieb "die Gruppenbildung auf kirchlichem Boden

---

24) Vgl. Breitling, Rupert, Die Verbände in der Bundesrepublik, Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise, Meisenheim am Glan 1955, Anm. 342, S. 244 u. 245

zunächst vielfach die einzige Möglichkeit eines legalen Zusammenschlusses."[25]

Nach Max Hildebert Boehm hatten die Kirchen "vielfach die Bedeutung einer schützenden und tarnenden Glocke über den zunächst noch verbotenen landsmannschaftlichen und anderen Gruppenbildungen der Vertriebenen".[26]

Die kirchliche Unterstützung erstreckte sich in erster Linie auf karitative Aufgaben: Familienzusammenführung seit 1945, Suche nach Vermißten usw. Durch die Aufstellung sog. Heimatortskarteien (HOK), wurde der kirchliche Suchdienst systematisch durchgeführt.[27]

Für die Ausübung dieser Funktionen waren die Kirchen auf die Sachkunde Vertriebener angewiesen. Das von Eugen Gerstenmaier gegründete Evangelische Hilfswerk, das nach ehemaligen Heimatgebieten gegliedert war, ermöglichte es engagierten Ostvertriebenen, Kontakte untereinander aufzunehmen, die sich für die spätere landsmannschaftliche Tätigkeit als außerordentlich nützlich erweisen sollten.

Gerstenmaier konnte die Landsmannschaften nicht offiziell fördern und anerkennen, er riet aber den evangelischen Vertriebenen, sich in den jeweiligen Hilfskomitees zu organisieren.[28]

Der Geschäftsführer der Pommerschen Landsmannschaften, Hoffmann, bestätigte, daß durch das Evangelische Hilfswerk allgemein und speziell für die Pommern die Gründung der Landsmannschaften gefördert wurde. Der karitativ-humanitäre Bereich des Hilfswerks war zu eng geworden.[29]

Albertz spricht in einem Interview am 19. 10. 1973 die Vermutung aus[30], daß Gerstenmaier, der die Verteilung der CARE-Pakete

---

25) Boehm, Max Hildebert, Gruppenbildung und Organisationswesen, S. 525, in: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen ind Westdeutschland Bd. I, Kiel 1959
26) ders., daselbst, S. 525
27) Vgl. HOK 25 Jahre kirchlicher Suchdienst, Ein Vierteljahrhundert gemeinsame Aufgabe der Caritas und Diakonie, o.O., o.J.
28) Tonbandinterview: Gülzow, 28. 7. 1972
29) Tonbandinterview: Hoffmann, 25. 7. 1972
30) Tonbandinterview: Albertz, 19. 10. 1973

organisierte, eine von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKiD) geduldete, ziemlich selbständige Rolle spielte. Nach der Überzeugung von Albertz war der EKiD, ähnlich wie den politischen Parteien, an einer schnellen Integration der Flüchtlinge gelegen, sie zögerte aber, den Selbständigkeitsbestrebungen Einhalt zu gebieten. Das Verhältnis der EKiD zu den Vertriebenen bezeichnet Albertz als ambivalent. Einerseits bemühte sich die Evangelische Kirche um Integration, andererseits war sie nicht bereit, vor den Vertriebenen offen dafür einzutreten. Die großen Vertriebenentreffen wurden durch sog. Feldgottesdienste eingeleitet[31]; die Evangelische Kirche bemühte sich um Präsenz.

Was für die EKiD galt, läßt sich mutatis mutandis für die Katholische Kirche ebenfalls aussagen. Der zentralistische Aufbau der Katholischen Kirche und die von ihr durchgeführte Betreuung durch eine zentralistische Institution (Caritasverband) wirkte dämpfend auf die Selbständigkeitsbestrebungen der Vertriebenen.[32] Aber auch aus ihren Reihen kamen engagierte Ostdeutsche, z.B. der Präsident des katholischen Flüchtlingswerkes, Dr. Hans Lukaschek, der auf die Vertriebenenbewegung grossen Einfluß nahm.
Am Beispiel des Geistlichen Rates Goebel zeigt sich jedoch, daß die Katholische Kirche nicht bereit war, das vertriebenenpolitische Engagement Goebels im Namen der Kirche auf Dauer zu tolerieren. Als die öffentliche Kritik an Goebels Praktiken anhielt, stellte die Katholische Kirche ihn vor die Wahl, sein geistliches Amt aufzugeben und als Vertriebenenpolitiker weiterzuwirken oder nur noch für die Kirche zu arbeiten. Goebel verschwand daraufhin von der politischen Bühne und ging in ein Kloster.[33]

---

31) Tonbandinterview: Albertz, 19. 10. 1973
32) Tonbandinterview: Albertz, 19. 10. 1973
33) Tonbandinterview: Weiss, 31. 7. 1972
Von dritter Seite ist dem Verf. berichtet worden, daß Goebel auch damit gedroht wurde, seinen nicht einwandfreien moralischen Lebenswandel in die Öffentlichkeit zu zerren. Unbewiesene Gerüchte sind genutzt worden, um Goebel aus dem politischen Leben zu verbannen.

Zusammenfassend läßt sich zur Rolle der Kirchen sagen: Die Kirchen beider Konfessionen ermöglichten es engagierten Vertriebenen, erste Kontakte untereinander anzuknüpfen. Die Anziehungskraft der Kirchen war ungemindert bei denjenigen Vertriebenen erhalten geblieben, die aus ländlich-dörflichen Gemeinden kamen. In den Gottesdiensten lebte "ein Stück Heimat" auf.

Die Kirchen machten es sich zur Aufgabe, der westdeutschen Öffentlichkeit das Vertriebenenproblem transparent zu machen (sie brachen die "Mauer des Schweigens"); damit begaben sie sich auf das Feld der Politik. Sie erkannten, daß die politischen Dimensionen des Vertriebenenproblems die karitativen sprengten; deshalb unterstützten bzw. duldeten die Kirchen das vertriebenenpolitische Engagement ihrer Pfarrer (z.B. Gülzow) und ihrer Laien (z.B. Lukaschek), bis es den unter ihrem Deckmantel entstandenen Organisationen möglich war, ohne ihren Schutz selbständig zu existieren.

3.2 Kathers Bemühungen in Hamburg[34)]

Bereits im Juni 1945 wurde in Hamburg die "Notgemeinschaft der Ostdeutschen" gegründet. Ihr Vorsitzender wurde Dr. Linus Kather. Neben dieser Notgemeinschaft waren schon Notgemeinschaften entstanden, die sich nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten formiert hatten (Notgemeinschaft der Pommern, Mecklenburger, Balten usw.). Kather versuchte eine organisatorische Zersplitterung dadurch zu verhindern, indem er am 15. Februar 1946 seine und die landsmannschaftlichen Notgemeinschaften in die "Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlinge e.V." überführte.

---

34) Die folgenden Ausführungen stützen sich hauptsächlich auf: Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964, Bd.1

Diese Einigung vollzog sich ohne innere Widerstände, denn die englische Besatzungsmacht verstärkte den Druck auf Flüchtlingsorganisationen und verbot in toto landsmannschaftliche Zusammenschlüsse.
Drei Monate lang bestand die Arbeitsgemeinschaft. Sie umfaßte über 15 000 Mitglieder und stellte 14 hauptberufliche Kräfte in der Geschäftsstelle an. Für Hamburg allein hätte es dieses großen bürokratischen Aufwandes nicht bedurft, aber als Kontaktstelle zwischen den Flüchtlingsländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen bildete Hamburg einen günstigen zentralen Ort zum Austausch von Informationen über Vermißte und zur Suche nach Arbeitsplätzen.

Die günstige Lage Hamburgs machte auch die Arbeitsgemeinschaft zu einem - gewiß noch bescheidenen - Kraftzentrum in dem Versuch, Vertriebene zu organisieren. Kather setzte sich das Ziel, nach diesen Anfangserfolgen seinen Einfluß in der gesamten britischen Zone geltend zu machen. Er suchte Kontakt zu den verschiedensten Flüchtlingsorganisationen, die ihm bekanntgeworden waren und lud deren Führer zum 9. Mai 1946 nach Hamburg ein, um den zonalen Zusammenschluß zu vollziehen.

Bereits am 4. Mai erhielt Kather von Senator Heitgreß (KPD), der das Amt für Wiedergutmachung und Flüchtlingshilfe verwaltete, den Bescheid, daß die Arbeitsgemeinschaft auf Anordnung der Militärregierung aufzulösen sei. Daraufhin konnte die für den 9. Mai angesetzte Sitzung aller Flüchtlingsorganisationen der britischen Zone nicht stattfinden. Am 15. Mai 1946 wurde die Arbeitsgemeinschaft endgültig verboten, nachdem sich vorher noch herausgestellt hatte, daß das von Heitgreß übermittelte Verbot auf einem Irrtum beruhte.

Somit scheiterte der Versuch eines zonalen Zusammenschlusses unter Kathers Ägide mit dem Einschreiten der Besatzungsmacht.

Es sollte sich im Verlauf der weiteren verbandspolitischen Entwicklung der Vertriebenen zeigen, daß die Zersplitterung der Vertriebenen-Organisationen anhielt und durch die Entscheidung der Besatzungsmacht begünstigt wurde.

Kather zog aus diesem Tatbestand Konsequenzen; er gab die Parole aus: "Hinein in die Parteien!"[35] Er versuchte, seinen Einfluß in der CDU in der Richtung geltend zu machen, daß sie sich für eine Aufhebung des Koalitionsverbotes für Vertriebene einsetzte.
In mehreren Briefen an Adenauer legte er seinen Standpunkt dar. Der Zonenausschuß der Partei beschloß am 2. August 1946 in Neuenkirchen einstimmig: "Den Flüchtlingen darf das Recht, sich zur Selbsthilfe zusammenzuschließen, nicht versagt werden."[36] Die CDU-Mitglieder des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone, Adenauer und Otto, versuchten in diesem Gremium die Unterstützung für eine Aufhebung des Verbots zur Gründung von Vereinigungen der Ostvertriebenen zu erhalten. Der Zonenbeirat war aber nur bereit, sich für die Bildung derjenigen Vertriebenenvereinigungen bei der Besatzungsmacht einzusetzen,die sich die Wahrung sozialer Interessen zum Ziel setzten.[37] Die Besatzungsmacht bezweifelte jedoch generell die Nützlichkeit solcher Vereinigungen und wies auf die bestehenden Einrichtungen politischer Parteien und Gewerkschaften hin.[38]

Kather war sich trotz seines Engagements in der CDU darüber im klaren, daß der parteipolitische Weg nicht ausreichen konnte, um die Interessen der Vertriebenen wirksam zu vertreten. Seine

---

35) Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964, Bd. 1, S. 28
36) zit. nach Kather, Linus, daselbst, Bd. 1, S. 31
37) s. Protokoll der 14. Sitzung des Zonenbeirats, am 10. u. 11. Sept. 1947, zit. bei Kather, Linus, daselbst, Bd. 1, S. 31
38) Antwort der britischen Kontrollkommission auf den Beschluß des Zonenbeirats, s. Kather, Linus, daselbst, Bd. 1, S. 34

spätere und von eigenen bitteren Erfahrungen nicht freie Wertung der Haltung der CDU läßt darauf schließen: "Es kann sein, daß die CDU viel schlauer war als die SPD, die sich bei einem Sandkastenspiel hemmungslos mit den Vertriebenen anlegte."[39] ... "Meine feste Überzeugung ist, daß den Besatzungsmächten sehr wohl bekannt war, daß die CDU in der Frage des Koalitionsrechts den Kurs der Vertriebenen zwar offiziell mitmachte, daß sie aber keinesfalls bereit war, dafür auf die Barrikaden zu gehen."[40] Er suchte nach einem Ausweg, um das Koalitionsverbot ohne Gefahren umgehen zu können. Am 24. März 1948 gründete er die "Aufbaugemeinschaft der Kriegsgeschädigten e.V.". Dies war ein geschickter Schachzug, weil der Verbandsname und auch die Satzung nicht erkennen ließen, daß in der Aufbaugemeinschaft mehr als 90% Vertriebene organisiert waren. Da die Eigenschaft, Vertriebener zu sein, nur ein Kriterium war, das neben anderen die Aufnahme in den Verband möglich machte, konnte die Aufbaugemeinschaft von der Besatzungsmacht weitgehend unbehelligt arbeiten.[41]

Diese neu errungene Position ermöglichte es Kather noch einmal zu versuchen, "die britische Zone in die Hand zu bekommen".[42] Elf der insgesamt achtzehn Vorstandsmitglieder der Aufbaugemeinschaft kamen aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Ein weites Netz von Orts- und Kreisverbänden wurde errichtet. Schließlich verfügte die Aufbaugemeinschaft in Niedersachsen und Schleswig-Holstein über 40 Kreisverbände mit mehr als 100 000 Mitgliedern. Kather, der in der Zwischenzeit stellvertretender Vorsitzender der CDU in der britischen Zone geworden war, verfügte nunmehr über eine politische Potenz, die auch von der Besatzungsmacht nicht ignoriert werden konnte.

---

39) ders., daselbst, Bd. 1, S. 37
40) ders., daselbst, Bd. 1, S. 38
41) Interviewmaterial
42) Interviewmaterial

3.3 Der "Hauptausschuß" des Geistlichen Rates Goebel

Durch die Verhinderung eines zonalen Zusammenschlusses aller bestehenden Vertriebenen-Organisationen im Frühjahr 1946 versuchten neben Kather auch andere Vertriebene, Einfluß zu gewinnen. Kather wäre 1946 zu dem unbestrittenen Führer der Vertriebenen geworden, wenn die Besatzungsmacht den Zusammenschluß zugelassen hätte; sowohl sein parteipolitisches Engagement als auch seine einwandfreie Haltung während der Jahre 33 bis 45 hätten ihm den nötigen Rückhalt verschafft. Nur durch das Verbot konnte sich in der britischen Zone vorerst ein weiterer Vertriebenenpolitiker profilieren, der Schlesier Georg Goebel.

Der Geistliche Rat Georg Goebel erreichte im Frühjahr 1946 mit einem Flüchtlingstreck Lippstadt; er kam aus der Grafschaft Gleitz.
Die verbandspolitische Entwicklung der Vertriebenen wurde durch Zufälle beeinflußt wie auch im Zusammenhang mit Goebel.
Im Wartesaal des Lippstadter Bahnhofs traf Goebel auf den Ostpreußen Franz Weiss, der seit Dezember 1945 in der Nähe Lippstadts wohnte und mit Beginn des Jahres 1946 versucht hatte, die Vertriebenen im Kreis Lippstadt zu organisieren. Weiss hatte bereits in 18 Orten Vertrauensleute zur Mitarbeit geworben. Georg Goebel wurde von Weiss über diese Arbeiten informiert. Den gemeinsamen Bemühungen von Weiss und Goebel gelang es, einen Kreisverband zu bilden. Im Mai 1946 jedoch beschlagnahmten englische Soldaten die Mitgliederlisten und erklärten das Verbot dieser Vereinigung.[43)]
Franz Weiss gelang es dennoch, die Existenz der Ortsverbände zu erhalten. Die Organisatoren in Lippstadt erkannten jedoch, daß sie auf dieser schmalen Basis nur einen unwesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Situation der Ostdeutschen leisten

---

43) Tonbandinterview: Weiss, 31. 7. 1972

konnten. Während Kather erst 1948 den Gedanken der Aufbaugemeinschaft verwirklichte, diskutierte die Gruppe um Goebel, der neben Weiss vor allem vertriebene katholische Pfarrer angehörten, einen anderen Weg. Den Umweg Kathers hielten sie nicht für sinnvoll, zumal Goebels Stärke nicht in der Sozialpolitik lag. Sie dachten an einen Anfang auf "einer größeren Ebene" (Weiss). Im Herbst 1946 entstand der Gedanke, einen sog. "Hauptausschuß für Ostvertriebene" zu gründen.[44)]

Auf der 3. Arbeitsbesprechung des Hauptausschusses in Münster am 22. Juli 1947 äußerte u.a. Prof. Dr. Reischauer in seinem Grundsatzreferat: "Als vor Jahresfrist die Flüchtlingspartei verboten wurde, war das die Geburtsstunde des Hauptausschusses. Dieser setzte sich aus 15 Delegierten zusammen."[45)] Im Gegensatz zu der Katherschen Organisation sollte der Hauptausschuß kein Massenverband werden.[46)] Goebel dachte an einen kleinen Kreis bekannter Ostdeutscher, die den Verband repräsentieren sollten. Es "wurden Leute gesucht, die in der Heimat irgendwie Rang und Namen hatten".[47]

Durch die Bildung des Hauptausschusses wurden von Goebel drei wesentliche Dinge bewirkt:

a) Die Besatzungsmacht wurde beschwichtigt, weil Goebel den Anspruch, eine Massenorganisation aufzubauen, von sich wies.
b) Die Wahl des Verbandsnamens täuschte den Vertriebenen und den deutschen Behörden eine zonenweite Organisation hinter Goebel vor, die ihn legitimierte, im Namen der Vertriebenen zu sprechen.

---

44) Kather zit. auf S. 41 (Bd. 1) Goebel, der den "Geburtstag" des Hauptausschusses selbst auf den 1. April 1947 verlegt. Der Gedanke zur Gründung wurde nach Weiss aber schon im Herbst 1946 geboren; Tonbandinterview: Weiss, 31. 7. 1972

45) Grundsatzreferat Reischauers in: 3. Arbeitsbesprechung des Hauptausschusses der Ostvertriebenen in Münster am 22. Juli 1947, o.O., o.J. , S. 5 (Privatarchiv v. Spaeth-Meyken

46) Goebel: "Dieser Hauptausschuß denkt zunächst (!) nicht an eine Massenorganisation der Ostvertriebenen." in: 3. Arbeitsbesprechung des Hauptausschusses der Ostvertriebenen ...

47) Tonbandinterview: Weiss, 31. 7. 1972

c) Mit dem gewählten Aufbauprinzip entledigte sich der Verband jedes Drucks "von unten", also der Vertriebenen. Da dem Hauptausschuß eine demokratische Legitimation zur Vertretung der Vertriebeneninteressen fehlte, war er auch nicht zur Verantwortung zu ziehen.

In seiner Aufgabenstellung[48] war der Hauptausschuß nicht frei von ambitiösen Zielen. Bereits 1947 strebte Goebel die Schaffung einer "Repräsentation der Ostdeutschen vor der Welt und vor Deutschland in Ermangelung einer Reichsregierung"[49] an. Diese regierungsähnliche Organisation sollte als gleichberechtigter Partner in nationalen und internationalen Verhandlungen auftreten.

Es gelang Goebel bei zahlreichen Massenveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen, die Aufmerksamkeit der Vertriebenen auf sich zu lenken. Goebel, der über großes rhetorisches Talent verfügt haben soll[50], prangerte die Vertreibung an und schonte auch die Besatzungsmacht in seiner Kritik nicht. Seine Veranstaltungen wurden regelmäßig von englischen Beobachtern besucht, blieben aber weitgehend ungestört, weil sein geistliches Amt ihn vor Repressalien durch die Besatzungsmacht schützte.

---

48) Reischauer formulierte in seinem Grundsatzreferat die Aufgabenstellung des Hauptausschusses, s. Anhang Quelle 2
49) s. Anhang Quelle 2 "Wesen und Aufgaben eines 'Großen Rates' (Senat) der Ostdeutschen, Punkt 1 ff.
50) so übereinstimmend:
Tonbandinterview: Weiss, 31. 7. 1972
Tonbandinterview: Albertz, 19. 10. 1973
Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964 (Bd. 1), S. 42

4. Die Konkurrenz zwischen Kather und Goebel

Für Goebel und Kather begann 1948 ein Wettlauf um die Gunst der Vertriebenen. Beide versuchten, ihren regionalen Einfluß zonal auszuweiten. Dabei zeigte sich, daß Kather, der auch Mitglied der Hamburger Bürgerschaft war, einen Vorsprung erreicht hatte, den Goebel nur schwerlich einholen konnte.
Kathers Ruf als energischer Vertriebenenpolitiker reichte bis in die amerikanische Zone; während des Jahres 1948 knüpfte er erste lose Kontakte zu Vertretern der Flüchtlingsverbände der amerikanischen Zone.
Kather galt seit 1948 als der "starke Mann" unter den Vertriebenenfunktionären, bei Fragen nach der zukünftigen Gesamtorganisation konnte man ihn nicht mehr umgehen. Er unterstrich in den verschiedensten Zusammenkünften seinen Führungsanspruch derart, daß viele, die sich ebenfalls um persönliche Profilierung bemühten, erkannten, daß sie sich entweder Kather unterordnen mußten, um von seinem"Glanz" mit zu profitieren oder daß sie nach einem Weg suchen mußten, Kathers Einfluß zu reduzieren, um selbst als Gegenspieler oder als Schiedsrichter zwischen seiner und anderen Vertriebenen-Organisationen fungieren zu können.

Die unterschiedliche landsmannschaftliche Herkunft spielte eine untergeordnete Rolle; persönlicher Ehrgeiz und damit die Furcht, nur eine wenig beachtete Funktion in der Vertriebenenbewegung ausüben zu können, aber auch persönliche Antipathien bildeten die wesentlichen Triebkräfte im Jahre 1948.

Während Kather und Goebel schon kurz nach der Vertreibung ihre Aktivitäten entfalten, waren andere gehindert die "Stunde Null" ähnlich wirksam zu nutzen. Die 30-50jährigen waren entweder noch in der Kriegsgefangenschaft oder wagten kein offenes Engagement,

weil sie vielfach politisch belastet waren[51]; die Gruppe der Älteren war entweder noch in der sowjetisch besetzten Zone (z.B. Lodgman) oder lebte in den Westzonen isoliert.

Kather benötigte für seine Organisation Mitarbeiter, denen es nicht um die Wiedererringung verlorengegangenen Prestiges ging, sondern die bereit waren, sich in die komplizierte Materie der Entschädigungsgesetzgebung einzuarbeiten. Sein Verband konnte sich im Vergleich zu öffentlichen Verwaltungen nur behaupten, wenn er in der Lage war, Beratungsfunktionen, Formulierungshilfen u.ä. anzubieten. Es konnte somit nicht darauf ankommen, prominente Ostdeutsche der Weimarer Ära, die zu dieser Kleinarbeit vielfach nicht bereit waren und eine Unterordnung unter die Sachzwänge dieser Verbandsarbeit ablehnten, in den Verband aufzunehmen und mit einflußreichen Funktionen zu betrauen.
In der Organisation Kathers war nicht die Leistung von Bedeutung, die in der Heimat erbracht worden war, sondern Funktionär wurde hier nur derjenige, der sich in den Orts-, Kreis- und Landesverbänden in der Diskussion den Mitgliedern und Delegierten stellte.
Es konnte also vorkommen, daß der ehemalige prominente Ostdeutsche einem namenlosen Vertriebenen, der in der Durchsetzung der Interessen des Verbandes mehr geleistet hatte, in der demokratischen Wahl unterlag.
Für viele ehemals einflußreiche Ostdeutsche war diese Tatsache ein Schrecknis; sie sollten sich nun noch einmal beweisen, obwohl sie nach ihrer Meinung in der Vergangenheit bereits genug für die Heimat geleistet hatten. Sie erkannten, daß die "gewachsenen Ansprüche", die sie für sich geltend machen wollten, in Kathers Verband nicht beachtet wurden. Deshalb unterstellten sie der Aufbaugemeinschaft und dem späteren ZvD, daß hier

51) Tonbandinterview: Frhr. v. Fircks, 19. 7. 1972

"Glücksritter" und "Karrieremacher", die die Vertriebenen demagogisch beeinflußten, wichtige Funktionen erhielten, während diejenigen, die durch das "Sieb der Heimat" gegangen seien und für die Vertretung der Vertriebeneninteressen prädestiniert erschienen, keine Beachtung fanden.

Die Aufbaugemeinschaft hatte aus diesen Gründen eine zahlenmäßig kleine Gruppe von unzufriedenen Ostdeutschen gegen sich, die nach einer günstigen Gelegenheit suchte, um unter Umgehung Kathers doch noch ihren Führungsanspruch durchzusetzen.

In dieser Situation bot sich der Hauptausschuß Goebels an. Goebel, der eine demokratische Legitimation zur Vertretung der Vertriebeneninteressen nicht besaß, versuchte diese Lücke dadurch zu überdecken, daß er Kontakt zu Persönlichkeiten aus dem deutschen Osten suchte, deren Namen den Vertriebenen ein Begriff war. Mit ihrer Unterstützung hoffte er auf die Anerkennung durch die Masse der Vertriebenen. Gleichzeitig entfaltete er Aktivitäten, die ihn nicht nur in der britischen Zone bekannt werden ließen. In großangelegten Massenversammlungen setzte er sich für die Rückkehr in die Heimat ein, geißelte die Verbrechen der Vertreiber und stellte Forderungen an die Besatzungsmächte. Sein demagogisches Geschick, das ihn beinahe zu kriminellen Handlungen verführte[52], machte Eindruck auf viele der verzweifelten Vertriebenen. Er konnte aber auch die kleine Gruppe der Unzufriedenen für sich interessieren, die eine Chance erblickte, mit Goebel den Einfluß Kathers zu mindern.

Goebel war 1948 dringend auf Unterstützung angewiesen, denn durch die Lockerung des Koalitionsverbotes versuchten die Aufbaugemeinschaft und der Hauptausschuß gleichzeitig, sich an die Spitze der organisierten Vertriebenen in der britischen Zone zu setzen. Solange die Aufbaugemeinschaft auf Hamburg und

---

52) Tonbandinterview: Albertz, 19! 10. 1973
Albertz berichtete dem Verf., daß Goebel auf seinen Veranstaltungen Geld für Rückfahrkarten in die Heimat sammeln ließ.

Schleswig-Holstein und der Hauptausschuß auf Nordrhein-Westfalen beschränkt waren, kam es noch nicht zur offenen Konfrontation. Erst als die beiden Verbände bei ihren Aktivitäten in Niedersachsen aufeinanderstießen und um die gleichen Anhänger rangen, mußte sich entscheiden, wer über stärkeren Rückhalt bei den Vertriebenen verfügte.

4.1 Aufeinandertreffen der konkurrierenden Organisationen in Niedersachsen

Goebel drängte 1948 auf eine Entscheidung. Er versuchte, die nicht an Kather gebundenen Gruppen für sich zu gewinnen.

In Niedersachsen hatte sich unter Leitung von Prof. Obst der "Nenndorfer Arbeitskreis" gebildet, der zunächst für Schlesien und dann für Ostpreußen zu ermitteln versuchte, welche Verluste im Osten zu verzeichnen waren und welche Mittel für eine Rückwanderung benötigt würden. Diesem Arbeitskreis hatte sich sehr frühzeitig Hans von Spaeth-Meyken zur Verfügung gestellt, der die landwirtschftlichen Schäden Ostpreußens bearbeitete.

Mit Prof. Obst und Hans von Spaeth-Meyken nahm der Hauptausschuß Verbindung auf. Interessant für Goebel war, daß Nenndorf für viele Vertriebene eine Anlaufstelle geworden war, von der eine Organisierung der Ostdeutschen möglich gewesen wäre.

Hans von Spaeth-Meyken, ein ehemaliger Gutsbesitzer, hatte für seine Erfassungsarbeit ehemalige Mitarbeiter angesprochen und nach und nach ein System von sog. Kreisbeauftragten aufgebaut. Diese verschafften ihm aus den ehemaligen Kreisen Ostpreußens die gesuchten Informationen.

Der Kontakt zum "Nenndorfer Arbeitskreis" bot Goebel guten Einblick in die vertriebenenpolitische Entwicklung in Niedersachsen. Kather verfügte mit der Aufbaugemeinschaft auch dort bereits über Orts- und Kreisverbände. Hans von Spaeth-Meyken,

der ein Gegner eines zentralistisch organisierten Massenverbandes war, machte Goebel deutlich, daß viele Vertriebene Niedersachsens im Hauptausschuß, der einen landsmannschaftlich gegliederten Unterbau erhalten sollte, eine Alternative erblicken würden. Goebel erkannte seine Chance, zumal er mit Recht befürchtete, daß ein weiteres Zögern Kathers Führungsanspruch zementieren müßte.

Sowohl der Hauptausschuß als auch die Aufbaugemeinschaft waren nunmehr bemüht, ihre Anhängerschaft in Niedersachsen auszuweiten. Beide Verbände stießen aber auf einen unerwarteten Widerstand, der vom Flüchtlingsminister des Landes, Heinrich Albertz, ausging.

4.1.1 Die Rolle des niedersächsischen Flüchtlingsministers Albertz

Heinrich Albertz mußte befürchten, daß die Konkurrenz zwischen Goebels und Kathers Organisationen unnötige Unruhe in die Reihen der Vertriebenen und Flüchtlinge bringen könnte.

Sein Verhältnis zu den Vertriebenenfunktionären einerseits und seine Stellung innerhalb der Regierung andererseits waren äußerst ambivalent. In der Regierung galt er als Interessenvertreter der Vertriebenen. Man hatte ihm dieses Amt übergeben, um die Unzufriedenheit der Vertriebenen zu neutralisieren; er blieb ein geduldeter, aber unbequemer Partner in der Regierungsmannschaft. Seine Wahl zum Flüchtlingsminister hatte durchaus Alibicharakter für die Regierung Kopf; Konflikte mit den Flüchtlingen ließen sich nun leicht auf Albertz abwälzen.

Für die Vertriebenenfunktionäre war Albertz kein von ihnen autorisierter Vertreter in der Regierung; er war für sie ein "Staatsfunktionär", dem sie nur wenig Vertrauen entgegenbrachten. Die Parteizugehörigkeit Albertz' zur SPD war ebenfalls

nicht geeignet, Mißtrauen abzubauen.[53)]

Bis 1948 bestand in Niedersachsen ein vertriebenenverbandliches Vakuum, das Goebel und Kather nun füllen wollten. Albertz' Bestreben war, die Konfrontation zwischen beiden Organisationen zu verhindern, um seinen Einfluß auf die Vertriebenen Niedersachsens zu erhalten. Er versuchte, Kather und Goebel "loszuwerden".[54)]
Aus dieser Motivation heraus, rief er eine Arbeitsgemeinschaft aller Flüchtlingsorganisationen ins Leben und akzeptierte sie als seinen Verhandlungspartner. Diese Arbeitsgemeinschaft bildete den sog. Elfer-Ausschuß, dem auch Vertreter des Hauptausschusses und der Aufbaugemeinschaft angehörten.
Albertz hatte sich somit ein eigenes vertriebenenpolitisches Zentrum geschaffen, das aus Persönlichkeiten bestand, die zum größten Teil noch unbekannt waren. Er isolierte damit für eine kurze Übergangsperiode die Exponenten aus Nordrhein-Westfalen und Hamburg und verhinderte, daß vor allem dem Hauptausschuß ein Durchbruch in Niedersachsen gelingen konnte.

Die kurzfristige Pattsituation, die Albertz zwischen dem Hauptausschuß und der Aufbaugemeinschaft schuf, bewirkte, daß Goebel die Entscheidung auf anderem Gebiet suchte. Der stetige Ausbau der Orts- und Kreisverbände der Aufbaugemeinschaft, der sich in der britischen Zone abzeichnete und der konsequent auf die Bildung von Landesverbänden ausgerichtet war, brachte den Hauptausschuß unter Zugzwang. Für Goebel konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, wann es Kather gelingen könnte, die zonale und schließlich auch die bizonale Anerkennung zu finden. Er suchte nach einem Ausweg, der so spektakulär sein mußte, daß er damit Kathers Sieg doch noch verhindern konnte.

---

53) So auch Albertz; Tonbandinterview: Albertz, 19. 10. 1973
54) Interviewmaterial

4.2 Die Bildung der "Gesamtvertretung der Ostvertriebenen"

Um seine Pläne realisieren zu können, mußte für Goebel das Interesse der Besatzungsmächte an einem Verbot politischer Flüchtlingsorganisationen wesentlich nachlassen. Aufmerksam wurde in Vertriebenenkreisen registriert, daß die Vereinigten Staaten allmählich ihre Besatzungspolitik revidierten. Von dieser Änderung der amerikanischen Haltung hofften die Vertriebenenfunktionäre, profitieren zu können.

Schon zu Beginn des Jahres 1946 zeigte es sich, daß einflußreiche Politiker der westlichen Welt nach einem Ausweg aus der verhärteten Situation in und um Deutschland suchten. Die Lage wurde nüchtern analysiert, insbesonders in Hinblick auf die Haltung der Sowjetunion. Der Traum von der "One-World", den Roosevelt noch geträumt haben mochte, war für die Truman-Administration bald verflogen.
Die Rede Churchills in Fulton (5. März 1946) setzte einen ersten Wendepunkt; der US-Außenminister Byrnes machte im gleichen Jahr in Stuttgart deutlich, daß sich die politische Konzeption der Vereinigten Staaten, auch in Hinblick auf die Behandlung Deutschlands, weitgehend geändert hatte. Mit der Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947 war klar geworden, daß eine direkte militärische Konfrontation der Blockführungsmächte nicht mehr auszuschließen war.

Aus der Beobachtung dieser Ereignisse schloß besonders die Gruppe um Goebel, daß in nächster Zukunft eine außenpolitische Wende eintreten werde, die es Deutschland wieder ermöglichen würde, den Anschluß an die internationale Politik zu gewinnen. Damit die Ostdeutschen nicht zu kurz kämen, meinte er, eine Repräsentanz der Ostdeutschen schaffen zu müssen, die bei den zu erwartenden außenpolitischen Entscheidungen Forderungen an die Westmächte anmelden könnte.[55)]

55) Interviewmaterial

Diese Gedanken waren anfangs sehr verschwommen, doch Goebel suggerierte sich selbst immer stärker, der Führer einer anerkannten Exilregierung werden zu können; als solchem wäre es ihm dann möglich, die Vertriebenen in ihre Heimat zurückzuführen.
Sein Wunsch, Kather auszustechen, ließ ihn an seine eigene Größe und an die Stichhaltigkeit seiner außenpolitischen Schlußfolgerungen glauben. Seine Gedanken trafen sich in eigenartiger Übereinstimmung mit denen der Ostdeutschen, die schon damals eine landsmannschaftliche Organisierung der Vertriebenen befürworteten.
Lippstadt wurde die Kontaktstelle für diejenigen Vertriebenen, die meinten, sich und ihre Vorstellungen bei Kather nicht genügend zur Geltung bringen zu können.

Auf Betreiben Goebels fand am 19./20. Mai 1948 in Lippstadt ein Treffen von Persönlichkeiten statt, von denen die Mitglieder des Hauptausschusses annahmen, daß sie die Konstituierung einer "Gesamtvertretung der Ostvertriebenen" vorbereiten könnten.

Goebel hatte zuerst an einen kleinen Kreis ehemaliger Bekannter aus Schlesien gedacht, jedoch wurde auch anderen von dem geplanten Treffen Kenntnis gegeben.
Schließlich fand sich am 19. Mai ein Kreis von 50 bis 60 Ostdeutschen zusammen, die sich teilweise noch gar nicht kannten,[56] unter denen sich auch so prominente Teilnehmer wie der Reichsminister a.D. von Keudell befanden.
Schon auf der Lippstadter Tagung zeichneten sich stark divergierende Kräfte ab. Goebel, der diese Zusammenkunft nutzen wollte, um mit dem Vertrauen der willkürlich eingeladenen Teilnehmer seine schwache Legitimation aufzuwerten, mußte erkennen, daß die Vorstellungen besonders der anwesenden Pommern und Ostpreußen sich nicht in allem mit seinen deckten. So wurde eine straffe Organisation gewünscht, die die landsmannschaftlichen Eigenheiten

56) Tonbandinterview: Hoffmann, 25. 7. 1972

und Bindungen besonders betonte.[57]

Wilhelm Hoffmann sammelte alle pommerschen Flüchtlingsvertreter um sich und gründete einen Arbeitsausschuß, der die Bildung einer pommerschen Volksvertretung vorbereiten sollte.[58]

Der "Nenndorfer Arbeitskreis", vertreten durch von Spaeth-Meyken und von Doetinchem, dem späteren Geschäftsführer des "Verbandes der Landsmannschaften", forderte ebenfalls Goebel auf, energisch für eine übersichtliche Organisierung der Vertriebenen zu sorgen: "Es besteht die Gefahr, dass der Hauptausschuss mit den wachsenden Schwierigkeiten nicht fertig werden wird, wenn er sich nicht sofort in seiner Führungszentrale straff durchorganisiert und sich dadurch arbeitsfähig macht."[59]

Obwohl Goebel erkannte, daß er mit seiner Einladung Kräfte geweckt hatte, die nur bedingt seinen Führungsanspruch anerkennen wollten und den Hauptausschuß vorerst dafür nutzen mußten, um die Popularität Goebels unter den Vertriebenen für eigene Zwekke zu gebrauchen, konnte er sich vorerst noch durchsetzen. Auf Beschluß der Versammelten wurde Goebel aufgefordert, ein Präsidium zu ernennen, das "in Zukunft offiziell die Geschicke der deutschen Ostgebiete im Rahmen einer deutschen Regierung und vor aller Welt vertreten" sollte.[60]

4.2.1 Vorbereitung der Godesberger Tagung

Goebel suchte nunmehr nach Prominenten, die politisch unbelastet sein sollten. Bereits auf der Tagung in Lippstadt wurde

---

57) Privatarchiv Spaeth-Meyken
58) "Protokollierter Auszug für die Arbeitstagung des Hauptausschusses der Ostvertriebenen am 19. und 20. 5. in Lippstadt von Wilhelm Hoffmann (maschinenschriftlich);Privatarchiv Spaeth-Meyke
59) Brief von Spaeth-Meyken und von Doetinchem v. 28. Mai 1948 an Georg Goebel; Privatarchiv Spaeth-Meyken
60) zit. aus dem Brief Walter Stubbes an den Hauptausschuß der Ostvertriebenen vom 23. 5. 1948; Privatarchiv Spaeth-Meyken

von den Teilnehmern Dr. Hans Lukaschek genannt, der als Verfolgter des Naziregimes ein wirksames "Aushängeschild" werden konnte. V. Spaeth-Meyken versuchte Dr. Ottomar Schreiber ins Gespräch zu bringen. Die Pommern setzten sich für Staatssekretär a.D. von Bismarck, einen Großneffen des Reichsgründers von 1871, ein.

Für Goebel bestand die Gefahr, von diesen Männern, die noch immer über eine große Reputation bei den Ostdeutschen verfügten, an die Wand gespielt zu werden. Er verzögerte die Berufung des Präsidiums.[61]

Tagungsteilnehmer, die dem Hauptausschuß nicht angehörten, äußerten schon zu dieser Zeit Kritik an der Person des Vorsitzenden.[62]

Es setzte sich die Auffassung durch, daß dem Geistlichen Rat der Bewegungsspielraum beschnitten werden müsse: "Es ist besser, wenn nicht Herr Goebel sondern Herr Lukaschek das Präsidium bildet, in dem auch Herr Goebel sitzen soll. Und wir müssen dafür sorgen, dass Herr Lukaschek schon eine fertige Ministerliste für dieses Präsidium hat, wenn die Godesberger Tagung eröffnet wird."[63]

Es wurde sogar der Plan entworfen, den schärfsten Widersacher Goebels, Albertz, mit einer Funktion in der Repräsentanz zu betrauen: "Es müssen auch gerade die Antipoden herein, um die

---

61) In einem Brief Prof. Reischauers v. 18. 7. 1948 an Herrn v. Uklanski kommt dies deutlich zum Ausdruck: "Wir wundern uns alle warum der Auftrag zur Bildung eines Arbeitsdirektoriums oder Präsidiums mit Lukaschek an der Spitze noch immer nicht von Goebel in die Tat umgesetzt ist. In einem Brief von Goebel las ich, dass er bedauert, dass es bisher nicht möglich gewesen sei, die nötigen Männer zusammenzubringen." Privatarchiv Spaeth-Meyken

62) Insbesondere tat dies Walter Stubbe, vgl. Brief v. 23. 5.194 an den Hauptausschuß; Privatarchiv Spaeth-Meyken

63) Brief Prof. Reischauers an v. Uklanski v. 18. 7. 1948; Privatarchiv Spaeth-Meyken

Opposition von aussen auszuschalten, Ich verzeihe zwar niemals Pastor Albertz seine Antrittsrede und sehe darin fast eine Belastung der Neugründung, würde aber doch auch ihn an die Kandara nehmen, wenn man ihn als Gegensatz zu Goebel reinnimmt. Es müssten vor allen Dingen nach Godesberg alle die repräsentativen Vertreter, die wirkliches höchstes Ansehen unter ihren Landsleuten geniessen, rechtzeitig eingeladen werden, damit sie auch, wenn sie in Aussicht genommen werden, gleich ihr Ja geben können."[64]

Hinzu kam, daß auch der landsmannschaftliche Arbeitsausschuß der Pommern an Goebel herantrat und mehr Beachtung forderte: "Der Ausschuß ist gewillt,seine ganze Kraft der Organisation des H.A. zur Verfügung zu stellen und richtet sich mit seinen ganzen Unterorganisationen auf den H.A. aus. Er ist aber auch gewillt, sich nicht mehr übergehen zu lassen. ... Mir scheint, daß Goebel und Pater Diel, die beide an der Tagung teilnahmen, erkannt haben, was sie von den Pommern zu erwarten haben."[65]

Dennoch konnte Goebel, der im Gegensatz zu den anderen Förderern der Repräsentanz über die Organisation des Hauptausschusses verfügte, davon ausgehen, daß er bei entsprechender Geschicklichkeit sich durchsetzen würde. Er lud schließlich zum 11./12. August 1948 zu einer Tagung nach Godesberg ein, die die Schaffung der Gesamtvertretung zum Ziel hatte.

4.2.2 Die Ausschaltung Kathers

Goebel war es gelungen, seine Intentionen zur Ausschaltung Kathers geschickt zu verbergen. Er konnte Kather selbst so täuschen, daß dieser die Persönlichkeit des Geistlichen Rates zwar nicht schmeichelhaft zeichnete, aber sein wirkliches Vorhaben

---

64) ders., daselbst
65) zit. aus einem Brief Spaeth-Meykens v. 30. 7. 1948 an Prof. Reischauer; Privatarchiv Spaeth-Meyken

nicht erkannt haben konnte: "Die Unzuverlässigkeit Goebels war nicht der Ausfluß einer hinterhältigen und intriganten Veranlagung. Im Gegenteil, er war eine impulsive Natur, sprunghaft, ein Mann des Augenblicks. Bei ihm hatte der Anwesende recht, und wenn man nicht, oder nicht mehr da war, hatte man eben unrecht."[66]

Doch ganz so naiv war Goebel eben nicht. Die Godesberger Tagung, die von Lippstadt aus vorbereitet wurde[67], hatte für Goebel den primären Zweck, sich selbst an die Spitze der Vertriebenenbewegung zu setzen. Er nahm dabei in Kauf, daß er vorerst Persönlichkeiten wie Lukaschek und Schreiber nicht umgehen konnte - sie waren für ihn längst nicht so gefährlich wie Kather. Die Einladung zur Tagung ging formal von Lukaschek aus, deshalb erkannte Kather auch nicht, daß der Hauptausschuß die treibende Kraft war. Am 9. August 1948 fand in Niedersachsen eine wichtige Sitzung des Elfer-Ausschusses statt, an der Albertz, Goebel und Kather teilnahmen.[68] Die drei besprachen dabei ihre Taktik gegenüber der Offerte Lukascheks. Der Einladung, die Albertz und Kather sehr kurzfristig erhalten hatten, wollten beide nicht folgen, weil sie der Meinung waren, daß es den Initiatoren an der nötigen Legitimation mangele und weil auch andere Verpflichtungen auf sie warteten.[69]

Für Kather mochte auch ein rein persönlicher Grund eine weitere Rolle gespielt haben. Da für ihn zu übersehen war, daß er sich in Godesberg wahrscheinlich nicht durchsetzen würde, "und Kather pflegte nirgends hinzugehen, um nicht erster zu werden"[70] war die Einladung für ihn nicht von großem Interesse.

Goebel verstand es, seine beiden Widersacher im unklaren zu lassen. Er bekundete am 9. August sein allgemeines Interesse an der Godesberger Tagung, aber eher, um seine Kontrahenten und sich z

---

66) Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964, (Bd. 1) S. 43
67) Tonbandinterview: Weiss, 31. 7. 1972
68) Kather, Linus, daselbst, (Bd. 1) S. 41
69) ders., daselbst, S. 43
70) Interviewmaterial

informieren und das Schlimmste zu verhüten. Unter dieser Voraussetzung stimmten Albertz und Kather der Teilnahme Goebels zu.[71]

Nun war es Goebel gelungen, seine gefährlichsten Rivalen zu beschwichtigen, denn zumindest Kather wäre in der Lage gewesen, die Teilnehmer der Tagung, die eine Einigung aller Vertriebenenorganisationen noch wünschten, wenn nicht auf seine Seite zu bringen, so doch so zu spalten, daß es zur Bildung einer Gesamtrepräsentation nicht gekommen wäre.

Es kann davon ausgegangen werden, die Quellen sprechen eindeutig dafür, daß Albertz und Kather auf eine feingesponnene Intrige Goebels hereingefallen waren. Kather war auch nachträglich nicht in der Lage, die volle Bedeutung der Godesberger Tagung zu erkennen, die freilich auch ihrem Initiator nicht das gewünschte Ergebnis brachte. Für Kather hat diese "prätentiöse Gründung nie eine Rolle gespielt. Es war niemand da, der organisieren und arbeiten wollte. Es gab nur Generäle."[72]

4.2.3 Verlauf und Ergebnis der Godesberger Tagung

Auf der Godesberger Tagung versammelten sich ungefähr 95 Persönlichkeiten[73], "die sich mit dem Problem beschäftigten, wie eine geistige Zusammenfassung der Vereinigungen der Ostvertriebenen in der Bizone sich ermöglichen ließe."[74]

Schreiber gelang es, durch eine gut disponierte Rede, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Er machte in Godesberg die Bekanntschaft Lukascheks; hier entstand eine Verbindung, die sich

---

71) Kather, Linus, daselbst, (Bd. 1) S. 43
72) ders., daselbst, S. 43
73) Eine genaue Angabe läßt sich nicht machen, da selbst das Präsidium scheinbar keinen genauen Überblick hatte. In einem Schreiben des Präsidiums v. 9. 10. 1948 an die zukünftigen Mitglieder der Repräsentanz wird von "etwa 95 Persönlichkeiten" gesprochen; Privatarchiv Spaeth-Meyken
74) Brief des Präsidiums der Gesamtvertretung der Ostvertriebe an die benannten Mandatsträger v. 9. 10. 1948; Privatarchiv Spaeth-Meyken

für die zukünftige landsmannschaftliche Entwicklung als sehr nützlich erweisen sollte. Schreiber machte deutlich, daß für ihn eine Organisierung der Vertriebenen nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten unumgänglich war, weil sich damit ein besserer Zugang zu den Ostvertriebenen erreichen ließe, der ihm in einem Massenverband nicht gegeben schien.
Goebel gelang es jedoch, die Protagonisten des landsmannschaftlichen Gedankens auf seine Linie festzulegen, weil diese klare Vorstellungen über ihren Weg noch nicht vorweisen konnten. Das Auftreten der landsmannschaftlich orientierten Gruppen war in Godesberg eher zaghaft. Sie benutzten die Tagung, um sich kennenzulernen und ihren Weg zu diskutieren.
Im wesentlichen beschränkte sich die Versammlung darauf, für die weitere Arbeit ein Präsidium zu benennen. An der Spitze der Gesamtvertretung sollte Dr. Hans Lukaschek stehen. Goebel brachte in die Repräsentation als organisatorische Grundlage den Hauptausschuß ein und wurde ebenfalls in das engere Präsidium berufen, dem weiterhin noch Dr. Schulz-Wittuhn angehörte, der Mitglied der SPD war und als Generaldirektor der Hauptverwaltung der Straßen des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes eine wichtige Funktion ausübte.

Die Absicherung zur SPD, die man mit der Berufung Schulz-Wittuhns zu erreichen hoffte, war deshalb notwendig geworden, weil man nicht zu unrecht fürchtete, daß die SPD sich gegen die Formierung der Vertriebenenverbände aussprechen würde und sogar zur Gründung eigener Vertriebenenorganisationen bereit war.[75]

75) Wie berechtigt die Sorge der Initiatoren der Gesamtvertretung war, zeigt auch folgende Mitteilung an den Verf. von Hans Stephan (Leiter des Referates Heimatvertriebene-Flüchtlingsbetreuung beim SPD-Parteivorstand) v. 5. 10. 1973: "1947 trafen sich in der SPD-Zentrale in Hannover die alten Sozialdemokraten aus den Vertreibungsgebieten Schlesien, Ostpreußen und Pommern. Diese Gruppe bildete einen Ausschuß beim Parteivorstand, der sich heftig gegen die sich damals abzeichnende Linie zur Gründung der Vertriebenenverbände wandte. ... Anders war die Haltung von Kurt Schumacher. Er wollte keine Abwehr zu den Vertriebenenverbänden, er wollte Integrierung der Vertriebenen im öffentlichen Leben. Er wandte sich deshalb auch immer gegen die Gründung eigener Vertriebenen-Organisationen in der SPD."

Es gab aber auch rein pragmatische Gründe, die Goebel veranlaßten, sich für Schulz-Witthun einzusetzen. Durch seine berufliche Tätigkeit hatte Schulz-Wittuhn die Möglichkeit, Bezugsscheine für Volkswagen auszugeben. Goebel war schließlich auf stärkere Mobilität angewiesen; durch die Vermittlung Schulz-Wittuhns verfügte er bald über einen Kraftwagen.[76)]

Als weitere Mitglieder des Präsidiums wurden - um nur die prominentesten zu nennen - Dr. Ottomar Schreiber, Dr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen, Herbert von Bismarck, Paul Loebe, Hans Schütz und Axel de Vries berufen.

Mit der Benennung Paul Loebes, der wie Lodgman und Hans Schütz nicht anwesend war, hoffte man, auf übrige Flüchtlingsverbände und auf die Öffentlichkeit nicht nur starken Eindruck zu machen, sondern damit sollte insbesondere der repräsentative Charakter der Gesamtvertretung bewiesen werden. Goebel nutzte bewußt das Mittel des Bluffs, um damit die Sogwirkung seines neuen Verbandes zu erhöhen.
Paul Loebe hat die Berufung nie angenommen, es ist auch nicht bekannt, ob er von ihr überhaupt Kenntnis genommen hat.

Für die Arbeitsweise der Gesamtvertretung ist bezeichnend, daß die nichtanwesenden Präsidialmitglieder erst am 9. Oktober 1948 von ihrer Benennung in Kenntnis gesetzt wurden.

Neben den rein personellen Fragen, die den größten Teil der Tagung in Anspruch nahmen, konnte man sich aber auch auf einige Erwägungen grundsätzlicher Art einigen:
Die Gesamtvertretung verstand sich als geistiges Führungsgremium. Sie wollte nicht in Konkurrenz zu anderen Organisationen treten, - was sie bei diesem Anspruch auch nicht nötig hatte. Der überparteiliche Charakter wurde betont, da man einsehen mußte, "daß eine eigene Parteigründung erhebliche politische Gefahren in

---

76) Tonbandinterview: Weiss, 31. 7. 1972

sich schloß".[77] Da den Initiatoren der Gesamtvertretung bewußt war, daß sie die Vertriebenen von oben organisierten, besannen sie sich auf das landsmannschaftliche Aufbauprinzip, für das sich Dr. Schreiber auf der Tagung besonders eingesetzt hatte.

Die Intention Goebels war nicht die Schaffung landsmannschaftlicher Verbände, also eine Zersplitterung der Gesamtvertretung. Er wünschte einen zentralisierten Kampfverband;[78] in Godesberg war für ihn noch nicht erkennbar, daß das landsmannschaftliche Aufbauprinzip bald eine solche Kraft entfalten würde, die seine Pläne schließlich zunichte machen sollten.

4.3 Die Verselbständigung der landsmannschaftlichen Gruppen

Während die Godesberger Tagung denjenigen Vertriebenen, die das landsmannschaftliche Organisationsprinzip vertraten, vorerst nur als Forum gelten sollte, ihre Vorstellungen überregional zu diskutieren und Gleichgesinnte zu suchen, erkannten sie schon im Verlauf des Treffens, daß Goebel zwar die Ambition hatte, sich an die Spitze der Vertriebenenbewegung zu setzen, aber nicht in der Lage war, ein durchdachtes Konzept für die zukünftige Arbeit und Organisation aufzustellen.

Die anfängliche Unsicherheit der Vertreter des landsmannschaftlichen Gedankens, die auf der Überzeugung beruhte, in Godesberg bereits eine Organisation vorzufinden, der sie sich nur noch anschließen konnten, wich zusehends. Noch war der Zeitpunkt nicht gekommen, auf Goebel zu verzichten, aber die Anzeichen seiner offensichtlichen Schwächen stärkten das Selbstbewußtsein seiner Partner in der Gesamtvertretung.

---

77) Brief des Präsidiums der Gesamtvertretung der Ostvertriebenen an die benannten Mandatsträger v. 9. 10. 1948; Privatarchiv Spaeth-Meyken
78) Tonbandinterview: Weiss, 31. 7. 1972

Als schärfster Kritiker Goebels erwies sich von Rheinbaben: "Ich habe zuviel Beweise, um nicht mehr daran zu zweifeln, daß G. die moralischen Qualitäten fehlen, ohne die ein Führer der Vertriebenen nicht zu denken ist. G. ist in vorderster Linie eitel. Empfänglich für die gröbste Schmeichelei und tief beleidigt über jede noch so sachliche Kritik. ... Bedeutend sind zwei Eigenschaften: seine Eitelkeit und seine Rachsucht."[79]

Auch von Spaeth-Meyken, der in Bad Nenndorf zur zentralen Figur für die Organisierung der ostpreußischen Landsmannschaft wurde und andere landsmannschaftliche Gruppen ermunterte, ähnliche Schritte zu unternehmen, wandte sich von Goebel ab. Er warf ihm vor allem Inaktivität vor und befürwortete es, Goebel unter Druck zu setzen: "Ich sehe vorläufig den einzigsten Weg darin, daß wir uns stark landsmannschaftlich organisieren und daß dann Goebel gezwungen wird, mit diesen landsmannschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten. Tut er es nicht, würden die landsmannschaftlichen Organisationen über seine Person hinaus gehen und eine eigene Vertretung aufbauen. Hierzu kann ich Ihnen sagen, daß am 3. 10. in Hamburg sich die Ostpreußen ebenso fest unter Dr. Schreiber zusammengeschlossen haben, wie einen Monat vorher die Pommern unter Staatssekretär v. Bismarck. Auch die Danziger, die Westpreußen, die Posener und die Balten scheinen sich über den Weg, den sie gehen müssen, vollkommen klar zu sein."[80]

Die landsmannschaftlichen Akteure waren über Goebels Verhalten aus dem Grunde besonders erregt, weil er sie nach der Konstituierung der Gesamtvertretung nicht mehr zur Kenntnis nahm, er mied jeglichen Umgang mit ihnen. Goebel beschwerte sich bei

---

79) Brief von Rheinbabens an Prof. Reischauer v. 4. 10. 1948 (Abschrift); Privatarchiv Spaeth-Meyken
80) Brief v. Spaeth-Meykens an Prof. Reischauer v. 13. 10. 1948; Privatarchiv Spaeth-Meyken

Baron von Wrangel, der dem Göttinger Arbeitskreis[81] vorstand, über das Bestreben der landsmannschaftlichen Gruppen nach mehr Selbständigkeit: "Mit Bedauern stelle ich auch die Überbetonung der landsmannschaftlichen Organisationen fest, die zur Zersplitterung und Verminderung der Schlagkraft führt. Wir waren uns einig, daß wir landsmannschaftliche Arbeitsausschüsse im Rahmen der Gesamtvertretung benötigen, nicht aber, daß Organisationen bis in die Kreise und Gemeinden gebaut werden. Auch in dieser Hinsicht geht Herr v. Spaeth Wege, denen Einhalt geboten werden muß."[82]

Goebel erkannte, daß er die landsmannschaftlichen Organisationen, zu deren Gründung er in Lippstadt und Godesberg indirekt mitbeigetragen hatte, unterschätzt hatte. Noch einmal wollte er auf einer Tagung in Bielefeld am 3. 11. 1948 seinen Führungsanspruch in der Gesamtvertretung durchsetzen. Doch seine Untätigkeit in der Zwischenzeit, sein geschwächter Gesundheitszustand, den er auch in Schwierigkeiten zu nutzen wußte, hatten ihn in eine schwierige Position manövriert.

Auf der Bielefelder Tagung traten die Landsmannschaften (Pommern, Ostpreußen, Balten) bereits als geschlossene Gruppe auf, sie erkannten sich gegenseitig als die legitimierten Sprecher ihrer Volksgruppen an[83] und bekundeten damit ihre Unabhängigkeit von Goebel.
Goebel hatte vor der Bielefelder Tagung versucht, seine Basis zu erweitern. Er lud Vertreter privater Flüchtlingsorganisationen ein, von denen er wußte, daß die Landsmannschaften in ihnen scharfe Konkurrenten sahen.
Drei Gruppen sollten nun eine allgemeine Repräsentanz bilden, die die Aufgabe einer quasiparlamentarischen Vertretung wahrnehmen sollte; sie setzte sich zusammen:

---

81) Arbeitskreis ostdeutscher Wissenschaftler in Göttingen
82) Brief Goebels an Dr. Frhr. v. Wrangel v. 9. 10. 1948 (Abschrift); Privatarchiv Spaeth-Meyken
83) Interviewmaterial

a) aus Vertretern landsmannschaftlicher Organisationen
b) Vertretern halbstaatlicher Betreuungsorgane (Rheinland-Pfalz)
c) Vertretern privater Flüchtlingsvereine (Landesspitzen)

Es gelang aber Dr. Schreiber, das Präsidium der Repräsentanz von Abhängigkeiten der "parlamentarischen" Basis freizuhalten: "Um alle anderen sehr temperamentvollen Wünsche zu befriedigen, wurde beschlossen, in die Gesamtvertretung alle Landesspitzen der amtlichen und nichtamtlichen Flüchtlingsverbände aufzunehmen, jedoch so, dass das Mandat der Mitglieder des Präsidiums nicht von dem Plenum abhängig wird, sondern nach wie vor auf dem Nachweis der Wahl durch die landsmannschaftlichen Gliederungen beruht." 84)

Obwohl sich insbesondere die Vertreter der privaten Flüchtlingsorganisationen gegen diese Konstruktion wehrten, weil sie damit auf die Bildung des nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten zusammengesetzten Präsidiums keinen Einfluß hatten, blieben ihre Einwände unberücksichtigt. Die landsmannschaftlichen Vertreter erlaubten sich sogar schon eine gewisse Überheblichkeit gegenüber dieser Gruppe: "insbesondere waren die Vertreter der dritten Gruppe bissig und hartnäckig. Sie stellten eine neue heraufgekommene Flüchtlingsschicht dar, die aus reinen Interessenverbänden der Flüchtlinge, aus der atomisierten Masse derselben ohne landsmannschaftliche Bindung hervorgegangen sind. Voraussetzung zu diesem negativen Auslese-prozeß sind Egoismus und Demagogie. ... Zu Ihrer und meiner Genugtuung kann man feststellen, daß die Vertreter der landsmannschaftlichen Gruppen niveaumäßig weit über den Repräsentanten 2 und 3 standen." 85)

84) Brief Dr. O. Schreibers an v. Spaeth-Meyken v. 19. 11. 1948 Privatarchiv Spaeth-Meyken
85) Brief von Axel de Vries an v. Spaeth-Meyken v. 13. 11. 1948 (Abschrift); Privatarchiv Spaeth-Meyken

Die Landsmannschaften hatten sich in der Gesamtvertretung endgültig durchgesetzt. Ihnen war es auch gelungen, Lukaschek, der eigentlich von Goebel an die Spitze der Gesamtvertretung gerufen worden war, auf ihre Seite zu ziehen.[86)]

Dr. Schulz-Wittuhn mußte sich langsam aus der Arbeit der Gesamtvertretung zurückziehen, da die SPD seine Tätigkeit dort nicht mehr tolerieren wollte. Goebel hatte mit einem Präsidium zusammenzuarbeiten, dessen Mitglieder ihn aus persönlichen und politischen Gründen weitgehend ablehnten. Die niedersächsische SPD kritisierte ihn immer häufiger öffentlich. Albertz deckte im Januar 1949 in einem Artikel der Zeitung "Hannoversche Presse" die Taktik Goebels auf: "Noch gefährlicher aber ist, daß der Hauptsprecher dieses Kreises, der Geistliche Rat Goebel in Lippstadt, in immer deutlicherer Weise meint, als ein Zwerg zwischen den Beinen von Riesen die beiden Großmächte der Welt gegeneinander ausspielen zu können, sich seiner guten Beziehungen zu der einen oder anderen Besatzungsmacht rühmt und den Anschein erweckt, als ob von daher eine Korrektur der Oder-Neiße-Linie oder irgend eine andere Veränderung unserer deutschen Situation zu erwarten sei."[87)]
Schließlich wies Albertz auch auf die Kontakte hin, die Goebel zu Mittelsmännern Otto Strassers unterhielt[88)] und forderte Lukaschek indirekt auf, sich vom Geistlichen Rat zu trennen: "Ich glaube, daß auch ein so verehrungswürdiger Vertreter Ostdeutschlands, wie der ehemalige Oberpräsident Lukaschek, inzwischen gemerkt haben wird, in welche Gesellschaft er sich begab."[89)]

---

86) Brief Dr. O. Schreibers an v. Spaeth-Meyken v. 19. 11. 1948: "Nachdem uns die Mehrheit gesichert war, zu der übrigens auch hundertprozentig Herr Lukaschek selbst gehört, ... "; Privatarchiv Spaeth-Meyken
87) Albertz, Heinrich, Otto Strasser geht um, in:"Hannoversche Presse" v. 4. 1. 1949 (Abschrift); Privatarchiv Spaeth-Meyken
88) ders., daselbst
89) ders., daselbst

Mit dieser öffentlichen Kritik an Goebel hatte die SPD resp. Albertz ihn zur persona non grata erklärt; den Landsmannschaften war aber ebenfalls daran gelegen, sich von ihm zu lösen, zumal ihnen bekannt geworden war, daß Goebel auf einer Tagung mit der Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenenverbände im Land Niedersachsen am 9. 11. 1948 sich ganz entschieden gegen die Bildung von Landsmannschaften ausgesprochen hatte.[90)]

Die Gesamtrepräsentanz Goebels verlor damit zusehends an Einfluß, da die Landsmannschaften an einer weiteren Mitarbeit kein Interesse mehr zeigten und sich 1948/49 in eigenen Arbeitsausschüssen zusammenfanden. Anfangs bestand nur ein loses Gremium der Geschäftsführer der einzelnen Landsmannschaften, dem Wilhelm Hoffmann vorstand. Schließlich fanden auch die Sprecher zusammen und wählten zu ihrem Präsidenten den Staatssekretär a.D. von Bismarck. Das Sprechergremium bildete die "Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL) und löste sich somit völlig von der Gesamtrepräsentation.

4.4 Ergebnis

Obwohl in den Jahren 1947/48 bereits landsmannschaftliche Gruppen in der britischen Zone bestanden, waren sie, gemessen an der organisatorischen Stärke der "Aufbaugemeinschaft der Kriegsgeschädigten e.V.", nicht mehr als eine Quantité négligeable. Ihr Einfluß beschränkte sich auf einige dutzend Gleichgesinnte. In der amerikanischen Zone, die gerade deshalb in der Betrachgung außer acht gelassen wurde, weil dort nennenswerte Ansätze zu landsmannschaftlicher Entwicklung - von Bayern abgesehen - nicht zu beobachten waren, ist die Hinwendung zu ähnlichen Verbandsformen wie der Katherschen Organisation zu registrieren.

---

90) Frischmuth, Horst, Bericht über die Besprechung zwischen Herrn Geistlichen Rat Goebel und der Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenenverbände im Land Niedersachsen am 9. 11. 1948, Hannover; Privatarchiv Spaeth-Meyken

Die englische Besatzungspolitik war länger als die amerikanische darauf ausgerichtet, ein Zusammenwachsen der verschiedenen Flüchtlingsverbände zu einheitlichen Landesverbänden zu verhindern. Nur so war es möglich, daß mehrere Organisationen Führungsansprüche in der britischen Zone geltend machten und kleine und kleinste Gruppen, deren Legitimation, im Namen der Vertriebenen zu sprechen, äußerst umstritten war, eine Schiedsrichterfunktion für sich in Anspruch nehmen konnten.
Hätte die britische Besatzungsmacht flexibler auf diese Situation reagiert, wäre Kather ohne Zweifel siegreich aus der Auseinandersetzung mit anderen Vertriebenenverbänden hervorgegangen. Dafür spricht nicht nur seine starke Absicherung innerhalb der CDU, die sich durch ihn Einfluß auf die Vertriebenenwähler erhoffte, sondern auch, daß er im Gegensatz zu Goebel klare Zielvorstellungen für einen Lastenausgleich hatte und in der parlamentarischen Arbeit sowohl aus der Heimat her als auch in der Hamburger Bürgerschaft Erfahrungen gesammelt hatte.

Die landsmannschaftlichen Gruppen hingegen verfügten über kein geschlossenes sozialpolitisches Programm, sie forderten beständig die Rückkehr in die Heimat und sorgten sich um die Erhaltung kultureller Werte und Eigenarten. In der Zeit großer sozialer Not für die Mehrzahl der vertriebenen Deutschen waren dies zwar auch wichtige Ziele, doch reichten diese keineswegs an die Aktualität und Brisanz des Katherschen Programms heran.

Es würde dem Realitätssinn der Vertriebenen widersprechen, die sich doch mit ganzer Kraft dem wirtschaftlichen Aufbau der Bundesrepublik gewidmet hatten, wollte man behaupten - wie es auch in der Gegenwart noch landsmannschaftliche Sprecher versuchen wollen - daß die Vertriebenen selbst die Organisierung von Landsmannschaften forderten.
Dagegen würde auch das erste überregionale Auftreten der landsmannschaftlichen Gruppen in Godesberg sprechen, das ihnen nur möglich wurde, weil Goebel gegen Kather intrigierte.

Dem persönlichen Ehrgeiz Goebels verdanken die Landsmannschaften somit ihr Entstehen im Jahre 1948/49. Goebels Versuch, Kather in den Hintergrund zu drängen, ermöglichte einzelnen Personen, die bisher ohne Einfluß auf die Vertriebenenbewegung waren und nur für sich sprechen konnten, diesen günstigen Augenblick zu nutzen.
Das taktische Unvermögen Goebels kam ihnen zu Hilfe. Sie begannen, Forderungen an ihn zu stellen und stützten sich dabei bereits auf das Votum einiger hundert Vertriebener, denn in der Zeit zwischen der Godesberger und Bielefelder Tagung veranlaßten sie die Konstituierung der ehemaligen Heimatkreise. Soweit die ehemaligen Bewohner dieser Heimatkreise ausfindig gemacht werden konnten, wurden sie über Mitteilungsblätter gebeten, schriftlich ihre Zustimmung zur Vertretung ihrer Interessen durch den jeweiligen Sprecher zu geben - ein gewiß höchst fragwürdiges Verfahren, das die Problematik einer demokratischen Legitimation offenbart.
Die Landsmannschaften bauten sich von oben nach unten auf. Kathers Bemerkung, daß es auf der Godesberger Tagung nur Generäle gab,[91] war in diesem Sinne nicht ohne Berechtigung.
In der Gesamtrepräsentation Goebels fanden die landsmannschaftlichen Vertreter ein Gremium vor, das ihnen die Chance einräumte, entscheidenden Einfluß auf die vertriebenenpolitische Entwicklung zu gewinnen. Der Anschluß, den sie schon verpaßt glaubten, wurde ihnen bei Goebel noch einmal geboten. Entscheidend war dort nicht die Leistung für die Eingliederung, wichtig war der Name - möglichst mit einem Adelsprädikat versehen. Auch der Status des Verfolgten während der NS-Ära (z.B. Lukaschek) versprach Beachtung in der Gesamtrepräsentation, denn Goebel kam es gerade darauf an, sich durch verschiedene Repräsentationsfiguren unangreifbar durch die Besatzungsmacht bzw. die politischen Parteien zu machen. Sein Kalkül ging aber deshalb nicht auf, weil die Repräsentanten im Präsidium der Gesamtvertretung nicht die

91) Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964, (Bd.1) S. 43

Rolle der Statisten akzeptieren wollten. Sie entwickelten ein derartiges Eigengewicht, daß sie die Führungsrolle Goebels nicht mehr anerkannten, sondern sie für sich selbst in Anspruch nahmen und mit den von ihnen geschaffenen Organisationen, den Landsmannschaften, den Kampf gegen Kather aufnahmen.

Teil II: Das Selbstverständnis der ostdeutschen Landsmannschaften

1. Vorbemerkung

Der Konflikt zwischen dem "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) Kathers und den Landsmannschaften wird nur verständlich, wenn man erkennt, daß diese Verbände den Kampf um die gleichen Mitglieder führten.

Der ZvD verfügte mit seinen sozialpolitischen Zielsetzungen über ein Programm, das ihm den Zulauf eines großen Teil der Vertriebenen sicherte.

Die Initiatoren der landsmannschaftlichen Bewegung mußten ihre potentiellen Mitglieder, die sich zum Teil schon im ZvD organisiert hatten, differenzierter ansprechen. Ihr Appell galt in weiten Bereichen dem Gefühl des Gewesenen. Dabei knüpften sie auch an die jüngsten Erfahrungen der Vertriebenen an, die erkannt hatten, welchen Wert z.B. familiäre Bindungen haben können, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, ordnend und sichernd einzugreifen.

Der landsmannschaftliche Gedanke, der Elemente dieser und ähnlicher Erfahrungen aufnahm, wurde von den landsmannschaftlichen Initiatoren konstruiert, um eine erkennbare Abgrenzung zum Katherschen Interessenverband zu versuchen und den eigenen Führungsanspruch in der Vertriebenenbewegung zu unterstreichen.

Die Konstituierung der Landsmannschaften erfolgte nicht spontan, sie wurde von wenigen, ehemals prominenten Ostdeutschen vollzogen. Ihre politischen Erfahrungen, Wert- und Zielvorstellungen prägten mithin auch das Selbstverständnis der ostdeutschen Landsmannschaften.

1.1 Heimatverlust und Aufnahme in den Westzonen

Der Verlust der Heimat führte für die Masse der Vertriebenen zum Verlust der wirtschaftlichen Existenz, damit auch zur Minderung des sozialen Status.
Ein Rechtsanwalt aus Königsberg z.B. konnte in den westlichen Zonen kaum damit rechnen, in nächster Zukunft wieder eine Praxis zu eröffnen; als Landarbeiter mußte der selbständige Bauer aus Ostpreußen wieder neu beginnen. Und sie alle sahen, daß der Bevölkerung in den westlichen Zonen Eigentum und Besitz meist geblieben war, daß hier das alte soziale Gefüge trotz mancher Einbrüche überdauert hatte.

In den Aufnahmegebieten wurden die Neuankömmlinge mit Ablehnung, Mißtrauen, manchmal mit unverhohlenem Haß empfangen.

Hier erwies sich die Methode der Besatzungsbehörden, die Vertriebenen in schwach besiedelte und industriell unterentwikkelte Länder einzuweisen, als außerordentlich kurzsichtig. So wurde die Bevölkerung Schleswig-Holsteins z.B. um 60%, die Bayerns um ca. 30% vermehrt.[1)] Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern nahmen bis 1949 73,8% der Flüchtlinge auf. Das war für diese Länder natürlich eine ungeheure Belastung.[1a)]

Das Angebot an Arbeitsplätzen war gegenüber einer großen Nachfrage gering. Die größeren Städte, in denen sich eher eine Möglichkeit der Beschäftigung der Vertriebenen hätte finden lassen, nahmen nur einen geringen Teil auf.[1b)]

---

1) Vgl. dazu Grosser, Alfred, Deutschlandbilanz (Geschichte Deutschlands seit 1945), München 1970, S. 286, zukünftig zit. als Grosser, A., Deutschlandbilanz, S.
1a) Nahm, Peter Paul, Doch das Leben ging weiter, Köln und Berlin 1971, S. 101, zukünftig zit. als Nahm. P.P., Doch das Leben..., S.
1b) s. Grosser, A. Deutschlandbilanz, S. 287. Grosser gibt an, daß ursprünglich nur 0,6% der Flüchtlinge in die größeren Städte eingewiesen wurden.

Das Verhältnis der Einheimischen zu den Vertriebenen war - von wenigen Ausnahmen abgesehen - sehr spannungsreich. Wenn Pommern "in Bayern wie 'Polacken' aufgenommen wurden"[2], die doch selbst von Polen zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen worden waren, dann läßt das ahnen, daß die Vertriebenen neben der sozialen Not stark unter psychischen Belastungen gelitten haben müssen. Obwohl man die gleiche Sprache sprach, waren die Möglichkeiten der Verständigung gering. Eine Charakterisierung dieser Situation durch Alfred Grosser sei zitiert: "Man stelle sich ein abgelegenes Tal in Hessen vor. Die Ortsansässigen sind konservativ, derb, ihre landwirtschaftlichen Methoden sind frühkapitalistisch; die Flüchtlinge kommen aus einer Industriestadt des Sudetenlandes: sie sind Facharbeiter, Kaufleute, Industrielle. Es gibt kein Bindeglied zwischen den beiden Gruppen, und ihr Zusammenleben wird zwangsläufig von Mißtrauen und Reibereien begleitet sein.
Die Gegensätze waren so groß, daß an mehr als einem Ort ein geradezu klassenkämpferischer Geist herrschte."[3]

Die Vertriebenen wurden durch das subjektive Gefühl geprägt, die Folgen des verlorenen Krieges allein büßen zu müssen. Das Zurechtfinden in der neuen Umgebung wurde auch dadurch erheblich gestört, daß viele Vertriebene von ihren engsten Angehörigen getrennt waren, nicht einmal wußten, ob auch sie überlebt hatten. Diese zusätzliche Ungewißheit potenzierte das Unbehagen in der neuen Umgebung. Das individuelle Gefühl des Alleingelassenseins, das sich nur in begrenztem Umfang mit dem kollektiven Schicksal der Vertreibung vergleichen läßt, führte zu starker Verzweiflung.

---

2) Grosser, A., Deutschlandbilanz, S. 286
3) ders., daselbst, S. 287

1.2 Probleme der gesellschaftlichen und beruflichen Isolation

Ein geringer Teil der Ausgewiesenen wurde mit dem Leben aus eigener Kraft nicht mehr fertig. Er zeigte Interessenlosigkeit am eigenen Schicksal und verlagerte die Verantwortung um die Sorge der Weiterexistenz auf andere.
Typisch für diese Menschen ist die von Peter Paul Nahm beschriebene Lagermentalität: "Auch ein kleiner Teil der Lagerinsassen erlag der Apathie und nahm das Leben in der Lageratmosphäre und die Ernährung aus dem Kessel hin. ... Sie waren des Lebens auf eigene Rechnung und Gefahr entwöhnt."[4)]

Wäre die Zahl der Vertriebenen, die sich so verhielten, zahlreicher gewesen, hätte dies ohne Zweifel zu einer starken politischen Belastung in den Ländern der westlichen Zonen bzw. in der dann entstehenden Bundesrepublik geführt.
Einen echten Ausweg stellte dieses Verhalten nicht dar. Es gab eigentlich nur folgende Möglichkeiten:

a) Der individuelle Versuch der Assimilation
b) Das organisierte Engagement für soziale und wirtschaftliche Eingliederung durch einen Einheitsverband
c) Die bewußte Erhaltung und Förderung des ostdeutschen kulturellen Eigenlebens als Selbstwertbestätigung und -förderung durch Landsmannschaften.

Da die Siegermächte das Vertriebenenproblem über längere Zeit leugnen wollten,[5)] wäre ihnen die erste Lösungsmöglichkeit am hilfreichsten gewesen, denn damit hätte sich die Frage nach den deutschen Ostgebieten, die nun unter polnischer Verwaltung standen, faktisch völlig geklärt. Das Problem der Rückkehr hätte nicht mehr bestanden.

---

4) Nahm, P.P., Doch das Leben..., S. 47
5) Auf die Haltung der Alliierten ist bereits im Teil I eingegangen worden.

Ein völliges Aufgehen in der neuen Gemeinschaft hätte einen Verzicht auf spezifische Eigenarten bedeutet. Assimilation wäre in diesem Sinne Abstreiten der erlebten Vergangenheit, Akzeptieren der in der neuen Gemeinschaft geltenden Gesetze gewesen. Das Beispiel der Einwanderer in die Vereinigten Staaten mag in den Vorstellungen der Alliierten Pate gestanden haben. Nach der bereits erwähnten Praxis der Alliierten, die Vertriebenen von den großen Industriezentren fernzuhalten, konnte der ersten Alternative jedoch kein großer Erfolg beschieden sein.

Die beiden anderen genannten Möglichkeiten, zu deren Verwirklichung es eigener vertriebenenpolitischer Organisationen bedurfte, hatten eine größere Chance sich zu realisieren.[6]

Die Vertretung der ökonomischen und sozialen Interessen der Ausgewiesenen verlief mit anfänglich unterschiedlichem Erfolg, sie wurde hauptsächlich durch die verschiedenen Organisationen Dr. Linus Kathers wahrgenommen. Kather hatte erkannt, daß die Vertriebenen sich aktiv am politischen Leben beteiligen müssen, um dann um so wirkungsvoller ihre Interessen durchsetzen zu können.
Das Koalitionsverbot führte anfangs dazu, daß die von Kather ins Leben gerufenen Organisationen nur kurze Überlebenschancen hatten, bis dann schließlich im Laufe des Jahres 1948 eine Lockerung des Verbotes eintrat, die zu seiner völligen Aufhebung führte.

Kather gehörte zu den Gründern der CDU in Hamburg, ein für ihn konsequentes Engagement, da er in Königsberg bereits dem Zen-

---

6) Das Problem der Gründung einer Vertriebenenpartei wird hier ausgespart, weil solche Gründungen durch das Koalitionsverbot bis 1950 gänzlich verhindert wurden.
Vgl. dazu aber: Neumann, Franz, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960, Meisenheim am Glan 1963

trum angehörte.[7)]
Diese politische Absicherung des Verbandspolitikers Kather brachte sowohl der Union als auch dem späteren ZvD gegenseitige Vorteile. Die CDU erhoffte sich einen erhöhten Einfluß auf die Vertriebenen. Wie Kather polemisch, aber gewiß nicht ohne gewisse Berechtigung feststellte, waren die politisch eher konservativ eingestellten Ostdeutschen ein "gefundenes Fressen" für die Union.[8)]
Kather hingegen war in der Lage, unter dem Hinweis auf den Druck seiner Anhänger, die CDU auf bestimmte Positionen zu zwingen.

Linus Kather ging von der pragmatischen Überzeugung aus, daß eine "Politik des gepackten Koffers"[9)], also das Schüren von Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr, töricht sei. Man müsse sich im Westen, so gut es eben ging, einrichten.
Die soziale Not seiner Landsleute war für ihn nicht teilbar, sie alle hatten das gleiche Schicksal erlitten. Landsmannschaftliche Akzente konnten durch eine solche Schwerpunktsetzung keine Relevanz erlangen. Er war und blieb der Überzeugung, daß sich die Vertriebenen nur dann wirksam helfen könnten, wenn sie sich in einem Einheitsverband zusammenschlössen, wenn also eine Interessengemeinschaft(auch im Hinblick auf Wiedergewinnung der Heimat) aller Vertriebenen gebildet werden würde.

Diese Grundüberzeugung Kathers schloß aus einzusehen, daß andere vertriebenenpolitische Organisationen nicht nur Gleichberechtigung forderten, sondern auch Führungsansprüche stellten, die zwar auch das Interesse nach Eingliederung implizierten, im übrigen aber die überlandsmannschaftlichen Organisationen ablehnten und stattdessen die landsmannschaftliche Differenzierung zum Prinzip erhoben.

---

7)Vgl. Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964, (Bd. 1) S. 19-69
8) ders., daselbst, S. 51
9) ders., daselbst, S. 19

Dieser grundlegende Gegensatz in der organisatorischen Frage sollte dann auch zu langwierigen und heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem ZvD und den Landsmannschaften führen, die erst mit der Gründung des "Bundes der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften e.V." (BdV) im Jahre 1957 beendet wurden.

Kathers Veröffentlichung über die Entmachtung der Vertriebenen ist zu einem wesentlichen Teil als Abrechnung mit den Landsmannschaften gedacht; er macht sie für die Paralyse des politischen Einflusses der organisierten Vertriebenen verantwortlich.
Es wird im weiteren Verlauf dieser Untersuchung auch zu klären sein, ob man Kather in diesem Punkt zustimmen kann. Hier sei bereits angemerkt, daß der von Kather gewählte Blickwinkel zu eng gezogen worden ist. Kather, der engagierte Interessenvertreter, der gleichzeitig auch ganz persönliche politische Ambitionen verfolgte, konnte sich nichts Geeigneteres wünschen als einen geschlossenen Einheitsverband.

Es gab jedoch viele Vertriebene, die als wirkliche Lösung ihrer Probleme ausschließlich die Rückkehr in die Heimat ansahen Sie mußten versuchen, das Vertriebenenproblem ins gesamtdeutsche und ins europäische Bewußtsein zu rücken, bevor es durch Kathers Bemühungen um Eingliederung in Vergessenheit geriet. Ein Einheitsverband hätte sich nach ihrer Ansicht bald darauf beschränkt, die Forderung nach Rückkehr in die Heimat stereotyp zu wiederholen, er hätte nur kurze Überlebenschancen gehabt. Wollte man jedoch auch über lange Zeit hinweg den Gedanken an die Rückkehr aufrechterhalten, mußte versucht werden, die Erinnerung an die Heimat wachzuhalten. Das konnte aber nur erreicht werden, wenn man die Ostpreußen, die Pommern, die Schlesier und die Sudetendeutschen gesondert ansprach, wenn man die Erinnerung an ihr Dorf, ihre Stadt oder ihren Heimatkreis nicht verblassen ließ.
Trotz des Proletarisierungsprozesses, dem die meisten Vertriebenen im Westen unterworfen waren, lebten die ehemaligen sozialen Leitbilder weiter fort; auch sie trugen dazu bei, daß sich

die Masse der Vertriebenen wieder differenzierte und alte Gruppenbeziehungen wieder auflebten.

1.3 Die Rolle der familiären und nachbarschaftlichen Bindungen

Der Zwang, sich in der neuen Umgebung zurechtfinden zu müssen, führte innerhalb der Familie zu einem engeren Zusammenhalt. "In der Familie hatten sie nach wie vor ihre Heimstätte. Die Familie bedeutete gerade für den Vertriebenen Halt und Aufgabe, mehr als dies bis dahin je der Fall gewesen war. Die Ehen, die jetzt Bestand hatten - und sie wurden größten Belastungen unterworfen - wurden in ganz besonderer Weise zu Lebens- und Notgemeinschaften."[10)]

Diese Bindungen, so notwendig sie auch waren,um nicht in die oben schon beschriebene Apathie zu verfallen, reichten nicht aus, um das Gefühl der Fremdheit zu verdrängen. Abgesehen vom Verlust der vertrauten Landschaft bedurfte es weiterer und anderer personaler Beziehungen neben den familiären.
So begann das Bemühen um engen Zusammenschluß mit den ehemaligen Nachbarn bzw. die Suche nach ihnen.
Durch den Nachbarn erfuhr man, wer überlebt hatte. Die heutige Not des ehemaligen Nachbarn verdrängte oftmals das eigene Leid und verpflichtete zur Hilfe am anderen. Es wurde auch gesehen, daß es anderen noch wesentlich schlechter gehen konnte; das eigene Schicksal wurde dadurch wieder erträglicher.
Es war ebenfalls der Nachbar, der die Erinnerung an die alte Heimat lebendig erhielt. Solche Begegnungen waren nicht ohne Rührseligkeiten, man war schneller geneigt, das in der Heimat Trennende zu vergessen.
Wenzel Jaksch, ein exponierter und engagierter Sozialdemokrat, kennzeichnete diesen bemerkenswerten Vorgang folgendermaßen: "Gerade das Bekenntnis zur alten Heimat hat in der Erlebnisge-

10) Kurth, Karl O., Wesen und Bedeutung des landsmannschaftlichen Gedankens, S. 14, in: Wesen und Bedeutung des landsmannschaftlichen Gedankens, hrsg. v. Göttinger Arbeitskreis, München 1952

meinschaft der Vertriebenen neue menschliche Bindungen geschaffen, über manches Gegensätzliche in der Vergangenheit hinweg! Wenn ich heute einem Gegenüber mit einem klingenden Adelstitel begegne, vermute ich in ihm nicht den 'Junker', sondern den Schicksalsgefährten."[11)]

Die erlebte Vergangenheit in der Heimat, die Vertreibung und schließlich die Gegenwart in den westlichen Zonen führte zu einem neuartigen Gemeinschaftsempfinden. Die alljährlich stattfindenden Treffen der Landsmannschaften zeugen noch heute davon. Daß dieses Gemeinschaftsempfinden in der Folgezeit eine pragmatische Akzentuierung erhielt, zeigt folgendes Zitat aus dem Jahre 1958 von Otto Freiherr von Fircks: "Die Zahl derer, meine Damen und Herren, die gar nicht mehr der Schicksalsgemeinschaft zugehören wollen, wächst weiter von Jahr zu Jahr. Und das Motiv ist hauptsächlich im wirtschaftlichen und soziogischen Raum zu suchen. Es entstand hier, wenn ich es richtig beobachtet habe, eine reziproke Wirkung. Die negative Einstellung der Heimatvertriebenen wirkt sich sehr schnell negativ auf die Einstellung letzterer aus, die nun im wirtschaftlichen und gewerblichen vorteilsuchend um jeden Preis schnell Fortschritte macht. Wobei dieselben aber nicht verschmähen, das politische Menschenschicksal, das in der Gesetzgebung seinen fördernden Niederschlag fand, für sich auszunutzen. Das Schicksal wird als Sprungbrett benutzt, die Gemeinschaft, die das Sprungbrett schuf, aber verlassen."[12)]

---

11) Jaksch, Wenzel, Der geistige Standort der Heimatvertriebenen, S. 36, in: Der geistige und politische Standort der Heimatvertriebenen, Referate des ersten Barsinghausener Gespräches vom 28. Februar bis 2. März 1958, hrsg. v. Arbeitskreis für Ostfragen, Hannover 1958; zukünftig zit. als: Der geistige und polit. Standort..., Hannover 1958.
12) Fircks, Otto Frhr. v., Die politisch-historische Grundlage als Ausgangsbasis für einen echten und belastungsfähigen geistigen und politischen Standort, S. 64, in: Der geistige und polit. Standort..., Hannover 1958

1.4 Die Unterschiede der landsmannschaftlichen Herkunft

Wir erkennen also, trotz der oben gemachten Einschränkung, daß von der Familie über die Gemeinschaft der Nachbarn hinaus eine Verbindung zu den Landsleuten fast automatisch entstehen mußte. Falsch wäre es, die Vertriebenen als eine geschlossene Einheit ansehen zu wollen. Sie unterschieden sich vor allem in der Mundart, im christlichen Bekenntnis, in den Liturgien, in der politischen Einstellung und in der beruflichen Schichtung.[13)]

Durch Friedrich Spiegel-Schmidt und Adolf Kindermann wurden diese Unterscheidungen klar hervorgehoben, sie fragten vor allem nach den Wandlungen im evangelischen bzw. katholischen Bereich.[14)]
Einige Beispiele sollen verdeutlichen, daß allein schon die unterschiedliche stammesmäßige Herkunft der Vertriebenen, ihre Zusammenfassung in einem Einheitsverband zur Durchsetzung politischer Ziele problematisch gemacht hätte. Die unterschiedliche Lagerung der völkerrechtlichen Probleme (Reichsdeutsche - Volksdeutsche) soll vorerst unberücksichtigt bleiben.

Die Baltendeutschen z.B. bildeten in ihrer Heimat bis zum ersten Weltkrieg die führende und regierende Schicht. Personale Beziehungen regelten das Zusammenleben und ersetzten vielfach festgefügte Organisationen und Verwaltungen.[15)]
Diese engen persönlichen Bindungen wirkten sich auch für die Balten in ihrer neuen Heimat aus; gegenseitige Protektion im Berufsleben war keine Seltenheit. Oftmals weckten sie dabei

---

13) Vgl. Neumann, Franz, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960, Meisenheim am Glan 1968, S. 12, künftig zit. als: Neumann, F., Der BHE, S.
14) Vgl. dazu Spiegel-Schmidt, Friedrich, Religiöse Wandlungen und Probleme im evangelischen Bereich; Kindermann, Adolf, Religiöse Wandlungen und Probleme im katholischen Bereich; in: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. III, Kiel 1959
15) Spiegel-Schmidt, Friedrich, daselbst, S. 25

das Mißtrauen anderer Vertriebener, denn es wurde auch die Erfahrung gemacht, daß die engen persönlichen Bindungen nicht immer zur Förderung der landsmannschaftlichen Arbeit genutzt wurden.[16]

Von den Schlesiern berichten Kindermann und Spiegel-Schmidt übereinstimmend, daß es sich bei ihnen um einen deutschen Volksstamm handele, der über einen starken "Hang zur Mystik und gefühlvoller Frömmigkeit" (Spiegel-Schmidt) verfüge und zu "Subjektivismus,Grübelei und Sektierertum" (Kindermann) neige.[17] Ferner galt besonders für Oberschlesien: "Die Stellung des Priesters in den teils noch patriarchalisch lebenden Dorfgemeinden war eine schlechthin führende. Zwischen Priester, Lehrer und Volk waltete ein noch ungebrochenes Vertrauensverhältnis."[18]

Einig sind sich Kindermann und Spiegel-Schmidt auch in der Beurteilung der Rückwirkungen der wirtschaftlichen Struktur auf die Geisteshaltung der Menschen. "Das ganze Gebiet von der Ostsee bis zur Grenze Schlesiens war Agrarland. Dies bedingte eine patriarchalisch-konservative Lebensauffassung, in die die bürgerlich-industriellen Einflüsse schwer Eingang fanden." (Spiegel-Schmidt) "Die bäuerliche Substanz wirkt sich in einer ausgesprochen konservativen Grundhaltung und einer lebendigen Traditionsgebundenheit aus ... " (Kindermann)[19]

Ganz anders aber sah die Situation im Sudetenland aus, hier hatte die soziale Frage eine starke sozialdemokratische Partei

16) So ist dem Verf. von verschiedenen Vertriebenenfunktionären berichtet worden, daß zumindest zwei bereits verstorbene und hohe Funktionäre der Baltendeutschen Landsmannschaft Informanten eines westdeutschen Geheimdiensteswaren. Die Namen sind dem Verf. bekannt.
17) Spiegel-Schmidt, Friedrich, daselbst, S. 26; Kindermann, Adolf, daselbst, S. 96
18) Kindermann, Adolf, daselbst, S. 96
19) Spiegel-Schmidt, Friedrich, daselbst, S. 26; Kindermann, Adolf, daselbst, S. 94

hervorgebracht. Die katholische Kirche mit ihrer "feudal-bäuerlichen Struktur" (Kindermann) war nur in begrenztem Umfang in der Lage, zur Lösung der sozialen Frage wirksam beizutragen. Die starke Traditionsgebundenheit war in den Sudetenländern keine dominierende Kraft mehr, dies zeigte sich besonders in den größeren Städten.

Diese ausgewählten Beispiele mögen genügen, um zu erläutern, daß die Vertriebenen keine homogene Masse bildeten, daß man sie, um auch ihr politisches Engagement herauszufordern, unterschiedlich ansprechen mußte.
Man kann daher Karl O. Kurth in der These folgen, daß es "nur eines Anstoßes, eines Rufes (bedurfte), um das entstehen zu lassen, was inzwischen die Landsmannschaften der Heimatvertriebenen geworden sind."[20]

Nachdem die Voraussetzungen[21], die zur Bildung von Landsmannschaften führten, aufgezeigt wurden, soll nun die Frage erörtert werden, welche Inhalte der"landsmannschaftliche Gedanke" hatte.

---

20) Kurth, Karl O., Wesen und Bedeutung des landsmannschaftlichen Gedankens, S. 15; in: Wesen und Bedeutung des landsmannschaftlichen Gedankens, hrsg. v. Göttinger Arbeitskreis, München 1952
21) s. dazu auch Teil I

2. Die Inhalte des "landsmannschaftlichen Gedankens"

Die Landsmannschaften haben bereits 1951 in einer Selbstdarstellung versucht zu klären, welche Inhalte den "landsmannschaftlichen Gedanken" prägen.[22]
Dieser Versuch ist bis auf den Aufsatz von Karl O. Kurth unvollkommen geblieben, weil in der Selbstdarstellung nur kurze Angaben über die historische Entwicklung der einzelnen Landsmannschaften gemacht werden und die Bekundung, alles zu tun, um in die "angestammte Heimat" wieder zurückkehren zu können, ständig wiederholt wird.

Für den Sprecher der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, Reichsminister a.D. von Keudell, beinhaltete der landsmannschaftliche Gedanke das Bekenntnis "zu dem Geiste der Staatstreue aus preußischem Traditionsbewußtsein". Dazu gesellte sich "der Geist der Heimatliebe und Heimattreue, wie er bei den Märkern in der Heimat lebendig war und nach der Vertreibung lebendiger denn je ist. Es ist der Geist des 'Trotzdem', der die Märker beseelt und sie nach wie vor zu einer Gemeinschaft formt ..."[23]

Für den Sprecher der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Rinke, bestand die Hauptaufgabe seiner Organisation in der Bewahrung des Heimatbrauchtums und der "heimatpolitischen" und kulturellen Betreuung der Landsleute, aber auch im Kampf um die "Rechtsansprüche auf die angestammte Heimat" mit allen legalen und demokratischen Mitteln.[24]

Besonders energisch setzten sich die Pommern und die Sudetendeutschen mit Unterstützung anderer Landsmannschaften vor allem

---

22) s.d. Die ostdeutschen Landsmannschaften - Vom landsmannschaftlichen Gedanken, hrsg. v. Göttinger Arbeitskreis, Göttingen 1951; der Aufsatz Kurths befindet sich auf den Seiten 38-44
23) daselbst, S. 19
24) daselbst , S. 21

für die Anerkennung der Landsmannschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften ein, weil sie sich als "die staatsrechtliche Körperschaft der aus seiner Heimat vertriebenen und seines Staatsgebietes beraubten Staatsvolkes"[25] verstanden.

Dennoch sind diese Bekundungen über die zukünftige Arbeit der Landsmannschaften nicht geeignet zu klären, welche Inhalte dem landsmannschaftlichen Gedanken zuzuordnen sind.

Deutlich sind die Elemente des landsmannschaftlichen Gedankens bisher nur - wie bereits erwähnt - von Karl O. Kurth formuliert worden. Er faßt sie in fünf Punkten zusammen:

1. "Bedingungslose"Anerkennung der christlichen Ethik, die (nach Kurth) ihren deutlichen Ausdruck in der Verabschiedung der "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" gefunden hat.[26] In der Charta verzichten die Repräsentanten der Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung und setzen sich für das "Recht auf die Heimat"ein.
2. Anerkennung von Tatkraft und Initiative des einzelnen. Damit soll der Vermassung, also dem Proletarisierungsprozeß, dem die Heimatvertriebenen ausgesetzt waren, entgegengewirkt werden.
   "Dies bedingt eine Absage an eine Überschätzung der Milieueinflüsse und eine Bejahung des Leistungsprinzips mit der Weiterung der Anerkennung des Eigentums."[27]
3. Die Familie soll "Element eines jeden Gemeinschaftslebens" werden. Kurth negiert ausdrücklich die bindende Kraft des Männerbundes. Besondere Bedeutung wird der Rolle der Frau zugesprochen, sie sei Trägerin des Lebens und der Familie.
4. Hervorheben der Solidarität der Nachbarn.

---

25) daselbst,S. 17 (v. Bismarck); S. 23 (Lodgman v. Auen)
26) Text der "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" s. Anhang Quelle 3
27) s.d. Kurth, Karl O., Wesen und Bedeutung des landsmannschaftlichen Gedankens, S. 42; in: Die ostdeutschen Landsmannschaften hrsg. v. Göttinger Arbeitskreis, Göttingen 1951

Der fünfte Punkt soll wegen seiner Bedeutung in vollem Wortlaut zitiert werden:

5. "Der landsmannschaftliche Gedanke anerkennt die Heimat, das Heimatgefühl und -bewußtsein als primäres Element von persönlichkeits- und gemeinschaftsbildender Bedeutung. Heimat ist dabei nichts Selbstverständliches, sie ist wertvolles Gut und bedeutet Verpflichtung gegenüber ihren Gefühls- und Traditionswerten wie auch gegenüber den Heimatgenossen, den Landsleuten. Für das Zusammenleben mit ihnen gelten die gleichen Grundsätze wie für die Familie und die Nachbarschaft. Landsmannschaft ist - um ein Wort zu wiederholen, das von landsmannschaftlicher Seite geprägt wurde - H e i m a t f a m i l i e."[28]

---

28) ders., daselbst, S. 43 (Sperrung im Text)

3. Die Durchsetzung des "landsmannschaftlichen Gedankens"

3.1 Die Vertriebenenverbände im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld

Eugen Kogon hat 1952 in einem Aufsatz über die Aussichten der Restauration die These vertreten, daß die Heimatvertriebenen, neben anderen Geschädigtengruppen, gesellschaftliche Erneuerungskraft nicht besitzen können, weil sie den Weg "nach vorne" nicht sehen bzw. einfach "zurück" wollen.[29] Kogon vermutete damals eine Radikalisierung der Geschädigtengruppen, die den Wiederaufbau des deutschen Staats- und Gesellschaftssystems empfindlich stören könnten.

Ob Kogons Einstellung selbst kritiklos hingenommen werden konnte, sei hier außer Betracht gelassen.

Unbestritten gab es zu jener Zeit Verbandsfunktionäre sowohl des ZvD als auch der Landsmannschaften, die in der Öffentlichkeit unverantwortlich die Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr in die Heimat schürten. Die Presse der Heimatvertriebenen ist besonders während der Zeit, in der um den Lastenausgleich gerungen wurde, angereichert mit markigen Parolen. Es fehlten jedoch auch nicht warnende Worte in der Vertriebenenpresse.

Auf einer Großkundgebung in Bonn am 18. Februar 1951 wurde Kather zugerufen: "Kather befiehl, wir folgen Dir!" Das Ostpreußenblatt distanzierte sich davon energisch: "Es ist dringend zu wünschen, daß in Zukunft bei Aufmärschen und Kundgebungen von Heimatvertriebenen auch der äußere Ablauf so gestaltet wird, daß im In- und Ausland keine Mißdeutungen unserer Bestrebungen und unserer Haltung entstehen können."[30]

---

29) Kogon, Eugen, Die Aussichten der Restauration, Frankfurter Hefte (Zeitschrift für Kultur und Politik), März 1952, 7. Jg., Heft 3, S. 174

30) Das Ostpreußenblatt, Jg. 2, Folge 5, 5. März 1951, S. 2

Linus Kather, der auf parlamentarischem Wege nicht die notwendige Unterstützung für seinen "gerechten Lastenausgleich" fand, scheute sich nicht, die parlamentarischen Gremien unter außerparlamentarischen Druck zu setzen.[31] Hierbei hatte er die voll Unterstützung der Landsmannschaften. Der ZvD und die "Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL) bildeten am 1. Februa 1951 die "Arbeitsgemeinschaft für den Lastenausgleich", der neben Kather, Walter und Gille vom ZvD auch v. Bismarck, Lodgman v. Auen und de Vries von den VOL angehörten.[32]

Trotz der äußerst gespannten Lage, die während der parlamentarischen Behandlung des Lastenausgleichs im Bundestag und in der Öffentlichkeit bestand, hatte die Vermutung einer Radikalisierung der Heimatvertriebenen auch damals keine reale Basis.

Die Parteien bemühten sich sehr frühzeitig um die Integration der Vertriebenen, vielleicht auch aus Furcht vor einer neuen unberechenbaren radikalen Rechten. Die CDU ließ sich von Kather schon 1946 auf ein Programm zur Eingliederung und Vertretung der Rechtsansprüche der Vertriebenen festlegen:
"Die CDU sieht die Gestaltung des Schicksals der Ostflüchtlinge und Vertriebenen als ein Kernproblem deutscher Politik an ... ... Die CDU fordert für die Kriegsvertriebenen rechtliche, politische, wirtschaftliche und tatsächliche Gleichstellung mit der eingesessenen Bevölkerung mit dem Ziele, die Heimatlosgewordenen in der Gemeinschaft der Einheimischen einzugliedern und ihnen eine Notheimat zu schaffen..."[33]

---

31) Gemeint ist hier die große Vertriebenendemonstration vom 18. 2. 1951 in Bonn, vgl. Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964, (Bd. 1) S. 144 ff.
32)ders. daselbst, S. 154. Die genannten Persönlichkeiten bildeten den Aktionsausschuß der Arbeitsgemeinschaft
33)"Entschließung von Neuenkirchen", Text in: Kather, Linus, daselbst, S. 54

Schließlich gelang es der CDU/CSU auch, wichtige Vertriebenenfunktionäre, die großen Einfluß auf ihre Organisationen ausübten, für sich zu gewinnen. Es sollen nur Kather, Lukaschek, Wackerzapp, Kunze und Schütz genannt werden, die erkannt hatten, daß ihr Einfluß auf die Vertriebenengesetzgebung nur im Parlament wirksam geltend gemacht werden konnte.

Bis auf die KPD erkannte jede im Bundestag vertretene Partei die Forderungen nach einem Lastenausgleich an. Auch Kurt Schumacher tat dies für seine Partei:
"Kein Mensch wird uns einreden können, daß für die Vertriebenen das getan worden ist, was hätte getan werden können. Ich warne auch davor, dieser großen Aufgabe der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einsiedelung der Vertriebenen in unser Volksleben mit dem Hinweis auf die Oder-Neiße-Linie auszuweichen. Man kann gegen die Oder-Neiße-Linie nur angehen, wenn man vorher in unserem Land seine soziale und menschliche Pflicht gegenüber den Vertriebenen getan hat."[34)]

Der Einfluß der Vertriebenenverbände auf die Lastenausgleichsgesetzgebung wird in dieser Untersuchung nicht analysiert, zumal dies in einer Arbeit von Rudolf Fritz[35)] bereits ausführlich erfolgt ist. Es soll hier jedoch versucht werden, deutlich zu machen, daß die Vertriebenenverbände (ZvD u. VOL) die Leistungsgesellschaft bejahten, unter der Voraussetzung, daß die Vertriebenen durch einen Ausgleich der Lasten ähnliche Startchancen erhielten wie die übrigen (besitzenden) Bundesbürger. Und dies wiederum bedeutete für den ZvD und die VOL - vereinfacht ausgedrückt -, daß die Heimatvertriebenen annähernd

---

34) Kurt Schumacher am 21. Sept. 1949 in der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, 6. Sitzung, Aussprache über die erste Regierungserklärung von Bundeskanzler Adenauer; in: Schumacher, Kurt, Bundestagsreden, hrsg. v. Renger, Annemarie, Bonn 1972, zukünft. zit. als: Schumacher, K., Bundestagsreden, 35) Fritz, Rudolf, Der Einfluß der Parteien und Geschädigtenverbände auf die Schadensfeststellung im Lastenausgleich, Berlin 1964 (Diss,), zukünft. zit. als: Fritz, R., Der Einfluß ..

wieder den Besitz genießen sollten, über den sie bereits in der Heimat verfügten, also ein konsequentes Eintreten für den quotalen Lastenausgleich.[36]

Wenn man auch mit Kurt Schumacher in der überspitzten Beurteilung der Gefahr, daß die Bundesrepublik ein "autoritärer Besitzverteidigungsstaat" werden könnte,[37] nicht übereinstimmt, dann kann man doch sagen, daß die Verbandsfunktionäre des ZvD und der VOL gegen eine "überwiegende soziale Restauration",[38] in der Schumacher und die SPD eine besondere Gefahr sahen, so lange nichts einzuwenden hatten, so lange der ehemalige Besitz der Vertriebenen mitberücksichtigt würde.
Dafür spricht auch die Beurteilung des politischen Einflusses und der Interessengebundenheit Kathers, die Fritz so darstellt: "Wohl selten hat ein auf einen starken Verband gestützter Abgeordneter eine so umstrittene, einflußreiche und beherrschende Rolle bei der politischen Willensbildung gespielt wie Kather, der wiederholt seine Unabhängigkeit von der Fraktion betont hat."[39] ... "Zweifellos hat die CDU, besonders Kather, die Interessen des gehobenen Mittelstandes im Auge gehabt, der bei einer Begrenzung der Schadensfeststellung benachteiligt worden wäre."[40]

---

36) Zur Frage des quotalen und sozialen Lastenausgleichs vgl. die Begriffserklärung bei Fritz, R., daselbst, S. 17f.: "Diejenigen, die die soziale Lösung wollten, interessierten sich nicht für die individuell erlittenen Schäden. Zuerst sollte denen geholfen werden, die durch die Schädigung am stärksten in ihrer Existenzgrundlage gefährdet waren...
Die Verfechter eines rein quotalen Ausgleichs sahen in der Entschädigung für die eingetretenen Verluste den einzigen Zweck des LA. Der quotale LA wollte ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Situation des Menschen die früheren Besitzverhältnisse, wenn auch auf einer geringeren Höhe, wiederherstellen."
37) Schumacher, K., Bundestagsreden, S. 4
38) ders., daselbst, S. 18
39) Fritz, R., Der Einfluß ..., S. 168
40) ders., daselbst, S. 65

Durch die starke Betonung der Landsmannschaften, sich in eine Leistungsgesellschaft einzuordnen, die das Privateigentum anerkennt, wurde von dieser Seite ein Beitrag geleistet, der gemeinwirtschaftlichen Experimenten zumindest skeptisch gegenüberstand und den wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der Bundesregierung näher kam als denen der Opposition.

Die Kritik des ZvD und der Landsmannschaften richtete sich vor allem gegen den Bundesfinanzminister Schäffer[41] und den Bundesvertriebenenminister Lukaschek,[42] während der Bundeskanzler von den Verbänden weitgehend aus den Auseinandersetzungen herausgehalten wurde, weil man in ihm einen wichtigen Mittler sah, der im Ernstfall auch Entscheidungen für die Verbände durchsetzen konnte.[43]

Eine Radikalisierung der Vertriebenen auf sozialpolitischem Sektor mußte von den politischen Parteien und der Bundesregierung dann erwartet werden, wenn man nicht bereit gewesen wäre,

---

41) Vgl. dazu Das Ostpreußenblatt, 2. Jg., Folge 3, 5. 2. 1951, S. 2: "Ausgehöhlt wie eine Mohrrübe" (Die Bibel verlange zwar brüderliche Hilfe, aber in ihr stehe, das würden die bayerischen Bauern sagen, nichts vom quotalen Lastenausgleich - Der Bundesfinanzminister sprach in Hamburg)

42) Vgl. dazu Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 4. Jg., Nr.3, 25. 1. 1952: "Unzufriedenheit mit Dr. Lukaschek"
Die Angriffe gegen Lukaschek gingen hauptsächlich vom ZvD/BvD aus, während die Landsmannschaften nur versteckt ihrem Unbehagen gegenüber Lukaschek Luft machten.

43) s.d. Fritz, R., Der Einfluß ..., S. 142: "Die Vertriebenenverbände hielten über bestimmte Funktionäre Verbindung zum Regierungschef. Neuhoff erwähnte in diesem Zusammenhang das "maßgebliche" Mitglied des BdV-Lastenausgleichsausschusses von Keudell. Er ist Vorsitzender des Vertriebenenausschusses der CDU 'und steht in sehr engem Kontakt zum Bundeskanzler'.
An den Regierungschef haben sich die Vertriebenenverbände bewußt in der Regel nicht bei Beginn der Auseinandersetzungen gewandt, 'weil man sich diese letzte Trumpfkarte für die Schlußauseinandersetzung zurückhalten wollte'. Mehrfach wurde über den Kanzler eine Entscheidung im positiven Sinne erzwungen."

ihre Anliegen wirksam zu unterstützen. Oft kam es den Verbandsfunktionären auch nur darauf an, bestätigt zu erhalten, welche Opfer gerade von den Heimatvertriebenen für das "Vaterland" geleistet wurden, um das Selbstwertgefühl der Vertriebenen zu steigern.[44)]

Somit kann festgestellt werden, daß die Landsmannschaften bewußt für die Eingliederung in die neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik votierten und sie als die ihnen gemäße anerkannten. Die Betonung der Eigeninitiative (vgl. Pkt. 2 nach K.O. Kurth) und die "Absage an eine Überschätzung der Milieueinflüsse" sind ein deutlicher Beweis dafür.

3.2 Der heimatpolitische Aspekt

Bei der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung haben sich die Vertriebenenverbände als schwierige aber dennoch gutwillige Partner erwiesen. Die Beurteilung ihrer "heimatpolitischen" Zielvorstellungen wird dadurch erschwert, daß die Diskussion um die verlorene Heimat der Gefahr unterliegt, auf eine emotionale - und im Hinblick auf die osteuropäischen Staaten - ressentimentgeladene Ebene zu geraten.

Da die Vertriebenenverbände und hier insbesondere die Landsmannschaften den "Kampf um die Heimat" als ihr ureigenstes Feld ansehen, sind sie an einer Mitsprache der westdeutschen Öffentlichkeit nur insofern interessiert, als sie von dieser Seite eindeutige Unterstützung erfahren.

Kritische Stimmen, die vor einer Mystifizierung des deutschen

---

44) ders. daselbst, S. 47: "Kather meinte unter lebhaftem Beifall in der Mitte des Hauses, daß man den Vertriebenen, selbst wenn sie keinen Pfennig erhalten würden, nicht das Gehör versagen könne , wenn sie bestätigt wissen wollen, was sie dem Vaterland geopfert haben."

Ostens warnen und in der ausschließlichen Betonung der "Rechtsansprüche" die Gefahr erkennen, daß das politisch Machbare nicht gesehen oder gar verleugnet wird, werden von den Landsmannschaften mit beinahe feindseliger Schärfe zurückgewiesen.

Bis in die jüngste Gegenwart ist für die Landsmannschaften ein Prozeß zu erkennen, der von der sogenannten Überparteilichkeit ausging, danach zur Distanzierung von wesentlichen politischen und weltanschaulichen Gruppen führte (z.B. SPD, FDP, EKiD) und sie auf ein einseitiges politisches Bündnis mit der CDU/CSU festlegte.

Die Gegenwart zeigt, daß dieser Prozeß fortschreitet. Ein deutliches Symptom für eine weitergehende Isolation ist der "Tag der Heimat" im September 1973 gewesen. Der "Berliner Landesverband der Vertriebenen e.V." verzichtete auf Redner der politischen Parteien. Dieser Verzicht soll andauern, bis die Parteien das Vertrauen der "Vertriebenen" (Verbandssprecher verwenden den Begriff der "Vertriebenen" noch immer sehr pauschal, obwohl man annehmen kann, daß der große Bereich der nichtorganisierten Vertriebenen durchaus nicht immer die Politik und die Zielsetzungen der Verbandsfunktionäre teilt) wieder zurückgewonnen haben.

Es wird im folgenden zu fragen sein, wodurch diese Entwicklung entstanden ist. Der Verfasser geht dabei von der These aus, daß der "landsmannschaftliche Gedanke" hierzu entscheidend beigetragen hat.

Zu prüfen ist, ob die Vertreibung von Ost- nach Mittel- bzw. Westdeutschland gleichzeitig als Heimatverlust anzusehen ist.

Verlorengegangen sind der Wohnort, der Arbeitsplatz, eine vertraute Landschaft, auch menschliche Beziehungen sind zerstört worden. Durch die Eingliederung der Vertriebenen konnten Verluste dieser Art zu einem großen Teil wieder ersetzt werden. Trotzdem zeigen die gutbesuchten Vertriebenentreffen, daß sich

z.B. der Ostpreuße in Schwaben weiterhin bewußt als Ostpreuße fühlen will, daß er sich gegen die Assimilation sträubt. Obwohl er in Deutschland lebt - in seiner Heimat oder in seinem Vaterland - fühlt er sich in Schwaben nicht so heimisch wie in seiner Geburtsregion. Wenn er an die Heimat denkt, dann zuerst an die "engere Heimat", die vertraute Landschaft Ostpreussens, also an ein räumlich begrenztes Gebiet.

Fraglich erscheint, ob gerade die räumliche Begrenztheit ausreicht, um Heimat zu erklären.

Alfons Hufnagel bestreitet dies m.E. zu Recht: "Heimat ist nicht nur Raum an sich, der als solcher schlechthin Heimat wäre, sondern ein bestimmter Raum für einen oder mehrere bestimmte Menschen. Heimat ist eben deswegen aber auch nicht etwas zeitlich Unabhängiges, sondern etwas zeitlich genau zu Begrenzendes und dieses zeitliche Moment erfährt seine nähere Bestimmung nicht etwa von dem betreffenden Raum her, sondern von den Personen, denen die betreffende Heimat gehört."[45]

Neben diesen Merkmalen des Heimatbegriffs sollte auch noch als ein wesentliches Moment berücksichtigt werden, daß der Sozialisationsprozeß des Menschen vor allem in diesem bestimmten Raum abläuft und entscheidend von den dort lebenden Menschen beeinflußt wird. Fraglich erscheint natürlich, ob die "engere Heimat" hierbei eine starke Rolle spielt. Wenn wir dies bejahen, dann können wir zusammenfassend feststellen, daß Heimat bestimmbar ist durch einen begrenzten Raum, durch die Menschen, mit denen man dort zusammenlebt, und durch die Erfahrungen, die man dort macht.

Die enge Verquickung dieser drei Elemente führt dann schließlich zu einem mehr oder minder starken Heimatgefühl, das wohl

---

45) Hufnagel, Alfons, Das Heimatrecht, S. 92; in: Kirche, Recht und Land, Festschrift für Adolf Kindermann, Königstein i.T. u. München 1969

vor allem ein Gefühl des "Geborgenseins" ist.[46)]

Die Landsmannschaften haben sehr frühzeitig begonnen, einen eigenen Heimatbegriff zu entwickeln und für sich nutzbar zu machen.
Dabei konnten die Landsmannschaften von der Voraussetzung ausgehen, daß der Rückkehrwille der Landsleute in die Heimat so lange besondere Kraft besitzen würde, wie die Eingliederung der Vertriebenen in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik noch auf erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten stoßen mußte.

Eine vollzogene Eingliederung der Vertriebenen implizierte die Gefahr, daß die Vertriebenen von sich aus den Wunsch nach Rückkehr aufgaben und somit die Landsmannschaften als Träger des Rückkehrwillens sich selbst überleben müßten.

Die Landsmannschaften mußten es also als ihr Ziel ansehen, diese Entwicklung zu verhindern.
Unter diesem Zwang entwickelten sie frühzeitig, bevor die Eingliederung abgeschlossen war, für die Vertriebenen eine bestimmte Heimatideologie, die sie vor den "Gefahren der Assimilation" auch über Jahre hinaus bewahren konnte.

Gleichzeitig mußten die Landsmannschaften darauf achten, daß sie sich vom politischen Leben der Bundesrepublik nicht isolierten. Eine einseitige Bindung an eine politische Partei hätte die Vertriebenenverbände damals möglicherweise in allzu große Abhängigkeit gebracht und ihren Einfluß auf andere poli-

---

Bei den Überlegungen über den Heimatbegriff erscheint es angebracht, auf die Gedanken von Maria Meyer-Sevenich hinzuweisen, die der Ansicht ist, "daß Heimat in gewisser Weise ein paradoxales Phänomen ist ... Wie alles paradoxale Sosein ist auch Heimat einer letzten Definition nicht zugänglich."
Meyer-Sevenich, Maria, Impressionen und Gedanken - Aus dem Alltag eines Vertriebenenministers, Schriften zur deutschen Frage Bd. 16, Leer (Ostfriesland) 1967, S. 51
Ein wertvoller Definitionsversuch zum Begriff Heimat befindet sich auch im Brockhaus.

tische Gruppierungen wesentlich eingeschränkt. Ein einseitiges Engagement für eine politische Partei hätte den Landsmannschaften aber auch besondere innerverbandliche Spannungen auferlegt, da die weltanschaulichen Bindungen der landsmannschaftlichen Funktionäre das nationalsozialistische Regime zu einem großen Teil überdauert hatten und die Vertreibung nicht so stark wirkte, daß sie einziger Motor für das politische Handeln sein konnte.

Die Aufgabenstellung der Landsmannschaften läßt sich in folgenden Punkten skizzieren:
- Erhaltung des Rückkehrwillens der Vertriebenen
- Förderung des Interesses aller politisch einflußreichen Kräfte an den verlorengegangenen Ostgebieten.

3.2.1 Die Erhaltung des Rückkehrwillens

Die Vertriebenen in Westdeutschland befanden sich in einem eigenartigen Dilemma, das sich verstärkte, je erfolgreicher sich ihr Eingliederungsprozeß gestaltete. Einerseits waren sie bemüht, den sozialen Status, den sie bereits in der Heimat erworben hatten, wieder zu erlangen; gerade die Vertriebenen zeigten einen zähen Aufbau- und Aufstiegswillen. Andererseits aber war ihr Blick und ihr Sehnen zurückgewandt in die alte Heimat, vielleicht auch deshalb, weil sie sich in Westdeutschland durch ihr Schicksal von den Einheimischen unterschieden und durch die Intoleranz von Teilen der westdeutschen Bevölkerung in eine Außenseiterrolle gedrängt wurden oder auch ganz bewußt diese Rolle annahmen.[47] Die Errichtung von Vertriebenensiedlungen, z.B. Neu-

47) Charakteristisch für diesen Zwiespalt ist u.a. auch der Artikel: "Warum Nahziel? Warum Fernziel?"; in: Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 3. Jg., Nr. 2, 15. 1. 1951, S. 2
Als Nahziel wird die "Eingliederung der Heimatvertriebenen in die neue Heimat (!) und den ihr gemäßen Gesellschaftskörper" angegeben. Als Fernziel wird die friedliche Rückgewinnung der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie bezeichnet, da die "Heimatsehnsucht eine der natürlichsten und stärksten Triebkräfte des Menschen ist und die Forderung der Rückkehr in die Heimat dem echten Lebensgefühl und der angestammten Heimatliebe aller Ostdeutschen entspricht."

Gablonz, war auch bewußter Ausdruck dafür, daß man für sich leben und die "Erlebnisgemeinschaft" erhalten wollte.

Der Heimatbegriff erhielt durch diese Entwicklung eine einseitige Auslegung. Die sozialen Spannungen, die ehemals auch in Ostpreußen oder in den sudetendeutschen Gebieten herrschten, hatten nun nur noch geringe Bedeutung für das Zusammenleben.

In der landsmannschaftlichen Presse wurden Probleme dieser Art weitgehend ausgespart. Hingegen wurde besonderer Wert auf die Publizierung eines verklärten Heimatbegriffs gelegt, der auf die "engere Heimat" (s.o.) reduziert wurde. Es ist hierbei zu beobachten, daß der Heimatbegriff, je größer die zeitliche Distanz vom Ereignis der Vertreibung wurde, einen emotionalen, den eigenen Erfahrungsbereich übersteigenden Gehalt erhielt. Die Heimat sollte dadurch für jeden Zweifler von vornherein aus der Diskussion herausgehalten werden. Für Dr. Walter Rinke, dem Sprecher der Landsmannschaft Schlesien, wurde die Heimat z.B. zu einem "sakralen Begriff".[48]

Bei derartiger Interpretation des Heimatbegriffs liegt die Folgerung nahe, daß die Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts einen "heiligen Anspruch"[49] der Vertriebenen darstellte. Für die Verwirklichung dieses Anspruches mußten die Vertriebenen kämpfen, denn "Gott, der uns das Recht auf die Heimat gegeben hat, legte uns auch die Pflicht auf, für diese Heimat solange wir leben, mit allen unseren Kräften einzutreten. Diese Pflicht ist eingebrannt in unsere Herzen; wir werden ihr stets treulich nachkommen".[50]

Man könnte überspitzt sagen, daß die Landsmannschaften die Wehmut ihrer Landsleute offen förderten - sie taten jedenfalls

---

48) Rinke, Walter, Hannover, ein weiterer Meilenstein; in: Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 4. Jg., Nr. 18, 19.-22. 6. 1952, Festausgabe zum 3. Bundestreffen
49) Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 3. Jg., Nr. 27, 25. 9. 1951
50) Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 4. Jg., Nr.10, 5. 4. 1952: "Schlesien appelliert an die Welt!" (Hervorhebung im Text)

wenig, um sie bewußt abzubauen. Im "Ostpreußenblatt", dem offiziellen Organ der Landsmannschaft Ostpreußen, findet sich für diese Behauptung ein krasses Beispiel, das aus der Fülle ähnlicher Bekundungen ausgewählt wurde:
"Darum laßt uns, meine Brüder und Schwestern alle, in der Weihnacht betend und hoffend das ans arme Herze nehmen, ganz dicht, ganz fest, ganz warm, ganz treu, was uns an Irdischem das Liebste war, ist und bleiben wird - u n s e r e o s t p r e u s s i s c h e H e i m a t. Unter dem weihnachtlichen Himmel unseres Gottes, dessen Geheimnis alle Ferne so tröstlich umfaßt, denke ein jeder des Stückleins Erde, das ihm das teuerste und liebste war, wie auch ich - darf es an dieser Stelle grüßend gesagt sein? - mein Herz in lebendiger Hoffnung zurückschicke nach Rosengarten ... Heilsberg ... Löwenstein ... Nemmersdorf. - ... Auch das gehört zu unserem Weihnachtsglauben: Geschichte und Geschicke unserer Heimat liegen heute nicht in Menschenhänden, sondern in den guten,starken Händen des Herren - Jesus Christus! Der Gemeinde, die sich zu ihm bekennt und an ihn glaubt, werden alle Dinge möglich sein!"[51)]

Mit Gaida kann gesagt werden, daß die Heimat auf eine "metaphysische Ebene gehoben wurde;[52)] in der Charta der Heimatvertriebenen wird dies durch den Hinweis, daß "Gott die Menschen in ihre Heimat hineingestellt (hat)",[53)] noch einmal betont.

Die bisherige Analyse des landsmannschaftlichen Heimatbegriffs macht deutlich, daß die Landsmannschaften den funktionalen Aspe dieses undifferenzierten und schillernden Begriffs sehr bald erkannt haben müssen, denn er war vielseitig verwendbar:

---

51) Pfarrer Puschke, "Denke ein jeder des Stückleins Erde"; in: Das Ostpreußenblatt, Jg. 3, Folge 36, 25. 12. 1952, S. 1 (Hervorhebung im Text)
52) Gaida, Hans-Jürgen, Die offiziellen Organe der ostdeutschen Landsmannschaften (Diss,),Berlin 1973, S. 224 ff. (zukünftig zi als: Gaida, H.-J., Die offiziellen Organe..., S.)
53) s. Anhang, Quelle 3

1. Er sicherte den Landsmannschaften, die sich als Sachwalter des heimatlichen Erbes verstanden, ein langes politisches Überleben.[54]
2. Neben der Anerkennung durch einen großen Teil der Vertriebenen, erhielten sie auch die Respektierung der politischen Parteien und ihrer Repräsentanten.
3. Gleichzeitig errangen die landsmannschaftlichen Spitzenfunktionäre darüber hinaus in ihren eigenen Organisationen, je energischer sie die beschriebenen Überzeugungen vertraten, eine nahezu unangefochtene Stellung, die sie in die Lage versetzte, gegenüber den Regierungen der Länder und der des Bundes sehr selbstbewußt aufzutreten. Aus dem Anspruch, den"Kampf um die Heimat" zu führen, leiteten die Landsmannschaften die Forderung nach Mitbestimmung und Mitberatung in allen Fragen ab, die die ehemaligen deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie direkt oder indirekt betrafen. Es erscheint höchst fraglich, ob die Mitglieder der Landsmannschaften diese "Politik" ihrer Spitzenfunktionäre im wesentlichen durchschaut haben bzw. ob sie deren Nützlichkeit erkennen konnten. Der Kritik aus den eigenen Reihen war mit dem Hinweis auf die Heimat der Boden entzogen. Den landsmannschaftlichen Spitzenfunktionären gelang es damit, sich gegen mögliche Kritik der Basis zu immunisieren.

3.2.2 Die Rechtsansprüche der Landsmannschaften

Durch die Beschränkung der Landsmannschaften auf den "engeren Heimatbegriff" und die fortwährende Betonung der genannten Ansprüche, haben sie sich als nützliche Partner einer Politik erwiesen, die das Gespräch mit den osteuropäischen Partnern nur

54) im sog. Göttinger Abkommen zwischen dem ZvD und den Landsmannschaften anerkannte der ZvD das Recht der Landsmannschaften, die heimatpolitischen Interessen der Vertriebenen zu vertreten, während die Landsmannschaften sich dem sozialpolitischen Bereich weitgehend fernhalten wollten.

von einer "Position der Stärke" aus führen wollte.

Gleichzeitig haben sich die Landsmannschaften durch ihre unabdingbare Zielsetzung und die Beschreibung des Weges zur Erfüllung dieser Ziele in eine Position begeben, die äußerst inflexibel war. Ein wesentlicher Anstoß für das Überdenken der Deutschland- und Ostpolitik konnte von den Landsmannschaften somit nicht ausgehen.
Im Verlauf der 60er Jahre konnten sie nur noch auf Denkanstöße, wie sie z.B. durch die EKD-Denkschrift[55] oder durch einzelne Persönlichkeiten[56] erfolgten, reagieren.

Diese Reaktionen waren dann oft von unangemessener Schärfe, wodurch die Landsmannschaften zwar die Reihen der eigenen Organisationen geschlossen hielten, aber sich nicht veranlaßt sahen, in die Diskussion um eine veränderte Ost- und Deutschlandpolitik fördernd und aktiv einzugreifen.

Wie bereits angemerkt, waren sich die Landsmannschaften darüber im klaren, daß die Forderung nach Rückkehr in die Vertreibungsgebiete nur dann sinnvoll vertreten werden konnte, wenn die Vertriebenen für diese Ansprüche nicht nur als isolierte Gruppe eintreten, sondern ihnen wurde deutlich, daß ihr Anliegen ein gesamtdeutsches oder gar gesamteuropäisches Anliegen werden müßte.

Zu Beginn der landsmannschaftlichen Entwicklung, als für viele Vertriebene eine Rückkehr noch unzweifelhaft schien, lag dahinter die praktische Überlegung, daß bei einer Rückwanderung Lücken dadurch entstehen würden, weil nicht mehr alle zurück wollten.

---

55) Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland über die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, Teil IV Völkerrechtliche Fragen; in: Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.), Mißtrauische Nachbarn, Deutsche Ostpolitik 1919-1970, Düsseldorf 1970. S. 362 - 375
56) Vgl. die Gedanken von Wilhelm Wolfgang Schütz u. Hansjakob Stehle; Schütz, W.W., Deutschland-Memorandum, Eine Denkschrift und ihre Folgen, Frankfurt a.M. u. Hamburg 1968; Stehle, Hansjakob, Nachbar Polen, Frankfurt a.M. 1963

Als sich die Vertriebenen auf unabsehbare Zeit in der Bundesrepublik einrichten mußten, erwarteten und forderten sie von der Bundesrepublik eine weitgehende Unterstützung ihrer Rechtsansprüche als Akt praktischer Solidarität.

Da der außenpolitische Aktionsradius der Bundesrepublik in den ersten Jahren seit ihrer Entstehung äußerst klein bemessen war, konnten die Verbände nur mit unterstützenden Deklamationen der Bundesregierung rechnen. Die Festlegung der Bundesregierung und der Länderregierungen auf die von den Landsmannschaften formulierten Ansprüche hatte zwar propagandistische Wirkungen - nach innen und nach außen - doch zwang sie eben nicht zu aktivem Handeln gegenüber den osteuropäischen Staaten. Im Gegenteil könnte man sogar feststellen, daß die Übernahme der Rechtsansprüche der Heimatvertriebenen durch die Bundesregierung diese aus der Verantwortung entlassen hat, mit den östlichen Nachbarstaaten ein konstruktives Gespräch zu beginnen.[57]

Dabei muß betont werden, daß die Landsmannschaften durch die starre Festlegung auf ihre Rechtsansprüche ein sehr verengtes Politikverständnis entwickelten, dem eine gewisse Naivität nicht fehlte.

Die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" z.B. bezeichnet das Recht auf die Heimat "als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit"[58] und entzieht es damit jeder rationalen Betrachtungsweise. Auch Gaida kommt zu der Überzeugung, daß hier eine ähnliche Entwicklung zu beobachten ist wie bei der Diskussion um die Heimat.[59]

---

57) Dem Verf. ist natürlich bewußt, daß die Voraussetzungen dafür zu Beginn der 50er Jahre, als die BRD noch nicht einmal die volle Souveränität erlangt hatte, äußerst begrenzt waren. Doch in einer derartigen Analyse sollte die hypothetische Frage durchaus statthaft sein, was geschehen wäre, wenn die Vertriebenenverbände sich nicht nur auf ihre Rechtsansprüche zurückgezogen hätten, sondern ihre Funktion darin gesehen hätten, der Bundesregierung Denkanstöße zu vermitteln, anstatt mit ihr einen Pakt zur Wahrung der Rechtsansprüche zu schließen, der schließlich beide zur Passivität verurteilte.

58) Anhang, Quelle 3

59) Gaida, H.-J., Die offiziellen Organe ..., S. 231 f.

Juristische Erwägungen der Vertriebenenverbände können hier nur in dem Zusammenhang interessieren, ob die Erörterung der völkerrechtlichen Problematik die Einsicht in das Machbare förderte oder ob sie nicht viel eher der Verschleierung eigener Ohnmachtsgefühle diente.

Wenn Oskar Eggert, der verstorbene Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, behauptete, daß "unser Recht auf die Heimat göttlich (ist)",[60] dann muß m.E. daraus geschlossen werden, daß die Landsmannschaften sehr wohl erkannten, daß auch die geltenden Normen des Völkerrechts nicht ausreichten, um die Rechtsansprüche sicher zu begründen. Der Rückzug auf ein vages "göttliches Recht" konnte nicht geeignet sein, mit diesem Recht praktische Politik zu betreiben.

Da die Diskussion um die völkerrechtliche Problematik der Austreibung in den Vertriebenenverbänden eigentlich erst durch die Denkschrift der EKD entfacht wurde, soll hier nur angemerkt werden, daß die Forderung nach Rückkehr in die Heimat durchaus gerechtfertigt erscheint - besonders unter Berücksichtigung des Art. 49 der Genfer Zivilkonvention vom 12. August 1949. Da die Landsmannschaften sich damit nicht zufrieden geben, sondern eine gleichzeitige Einsetzung in die alten Rechte forderten, führte dies nicht nur zu einer unzumutbaren und die Existenz des polnischen Staates gefährdenden Belastung, wie Jäckel feststellt,[61] sondern zeigt auch an, in welcher Weise die Landsmannschaften das Völkerrecht begreifen wollen. Sie verkennen, daß das Völkerrecht - anders als das innerstaatliche Recht - den von der Politik geschaffenen Fakten mehr zugetan ist,[62] aber auch, daß z.B. die

60) Eggert, Oskar, Unser Recht ..., Pommernblatt, 4. 8. 1954, Folge 15, S. 1; zit. nach Gaida, H.-J., Die offiziellen Organe..., S. 231 f.
61) Jäckel, Hartmut, Die Heimatvertriebenen und das Völkerrecht; in: Neue politische Literatur, Bericht über das internationale Schrifttum, Heft 8, 1960, S. 690
62) ders. daselbst, S. 690 und ders., Die deutsche Frage und das Recht auf Selbstbestimmung, in: Der Monat, Heft 262, 22. Jg., Juli 1970

Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht solange problematisch sein muß, bis dieses Prinzip von der Völkerrechtsgemeinschaft allgemein anerkannt wird.[63] Die Landsmannschaften nehmen bewußt nicht zur Kenntnis, daß der Wesensgehalt des "Rechts auf die Heimat" und des Selbstbestimmungsrechtes nicht geklärt ist. Sie haben sich damit auf eine Position zurückgezogen, die es ihnen bisher erlaubte, von einer überhöhten moralischen Warte die Politik der Bundesrepublik zu beobachten, sogenannte Verzichttendenzen anzuprangern. Motivationen zu eigenen Aktivitäten ergaben sich aus dieser Haltung nicht.

Die Landsmannschaften setzten sich mit diesem verengten Politikverständnis der Gefahr der dogmatischen Verhärtung aus. Die unabänderliche Festschreibung ihrer rechtlichen und der synonym gebrauchten politischen Positionen mußte sie bei einem Wandel der weltpolitischen Lage völlig unbeweglich machen. Eingangs wurde bereits von der zunehmenden Isolierung der Landsmannschaften gesprochen. Der Verfasser sieht in dem beschriebenen verengten Politikverständnis eine der größten Ursachen für diese Entwicklung.

Die osteuropäischen Staaten bezweifeln bis zur Gegenwart den ernsten Verständigungswillen gerade auch der landsmannschaftlichen Spitzenfunktionäre. Das böse Wort von den "Revanchisten" und den "Revanchistentreffen" deutet dies an. Die Landsmannschaften sind an dieser Einschätzung nicht unschuldig, sie haben zwar feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet[64] und an ihrem Willen dazu sollte nicht gezweifelt werden, aber für ihr Verhalten gilt auch, was Waldemar Besson über die Ost- und Deutschlandpolitik Konrad Adenauers sagte: "Wer sinnvolle Verhandlungen wollte, mußte die Interessen der Beteiligten ausgleichen und sich

63) Vgl. dazu insbes. die Denkschrift der EKD, Teil IV, in: Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.)., Mißtrauische Nachbarn, Deutsche Ostpolitik 1919-1970, Düsseldorf 1970, S. 362 - 375
64) s. Anhang, Quelle 3

dabei, wie Adenauer selbst immer betonte, psychologisch und nicht theoretisch verhalten. Wer Verhandlungen dagegen scheute, brauchte nur moralisch hochstehende, juristisch begründete und propagandistisch gut auswertbare Thesen zu formulieren, um den Gegenspieler von vornherein in einem negativen Licht erscheinen zu lassen."[65]

Wir würden den Landsmannschaften aber nicht gerecht werden, wenn wir sie allein für diese Entwicklung verantwortlich machten. Vielmehr ist zu erkennen, daß es prominente westdeutsche Politiker waren, die die Landsmannschaften in ihrer Haltung bestärkten bzw. beeinflußten.

Der emotional gefärbte Heimatbegriff ist von vielen prominenten westdeutschen Politikern nicht in Frage gestellt worden. Hinrich Wilhelm Kopf, der sozialdemokratische Ministerpräsident Niedersachsens, gab dafür als Schirmherr des 2. Schlesier-Bundestreffens ein frappantes Beispiel:
"Seine Heimat kann ein Mensch nie vergessen! Sie ist ihm von Gott gegeben, sie darf ihm von Menschen nicht genommen werden. E u r o p a m ö g e s e i n e V e r p f l i c h t u n g e r k e n n e n , ehe es zu spät ist. Mit dem deutschen Osten kann Europa leben, ohne ihn wird Europa zugrunde gehen. Ihr zweihunderttausend Schlesier, die ihr aus allen Teilen der Bundesrepublik zusammengekommen seid, Ihr sollt eine lebende Warnung für die Größe der Gefahr sein."[66]

Auch der Deutsche Bundestag hatte in wiederholten Bekundungen die Auffassung vertreten, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. 12. 1937 fortbestehe und Verhandlungen über die endgültige Grenzregelung erst mit einer freigewählten, demokratisch

65) Besson, Waldemar, Die Außenpolitik der Bundesrepublik - Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 117, 118
66) Grußwort von Hinrich Wilhelm Kopf in: Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 3. Jg., Nr. 26, 26. 9. 1951 (Sperrung im Text)

legitimierten gesamtdeutschen Regierung stattfinden könnten. Als Antwort auf die "Warschauer Deklaration" vom 6. Juni 1950, in der die DDR der Oder-Neiße-Linie als endgültiger Grenze zustimmte, nahm der Bundestag eine Entschließung an (mit Ausnahme der Abgeordneten der KPD), die jedem das Recht absprach, "aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben".[67]

Auch das "Recht auf die Heimat" wurde in eindeutigen Erklärungen der verschiedensten Bundesregierungen gestützt. In seiner Regierungserklärung vom 28. Juni 1956 stellte der damalige Bundesaußenminister von Brentano fest:
"Die Bundesregierung hat sich niemals mit der Teilung Deutschlands abgefunden. In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie immer wieder darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volk nicht anerkannt werden. Das Recht auf die Heimat und das Selbstbestimmungsrecht sind unabdingbare Voraussetzungen für die Lösung des Schicksals der in der Vertreibung oder Unfreiheit lebenden Menschen und Völker."[68]

Die Landsmannschaften konnten also davon ausgehen, daß ihre Ansprüche von Bundestag und Bundesregierung mitgetragen wurden. Auch der Verfasser erkennt an, daß die Landsmannschaften unter dieser Konstellation sich kaum genötigt sehen konnten, die Bundesregierung oder den Bundestag zu einer flexibleren Haltung gegenüber den osteuropäischen Staaten zu drängen. Ihnen kam es darauf an, das Erreichte - die Anerkennung der Rechtsstandpunkte - zu sichern, denn auch ihnen war deutlich geworden,

67) Text der Entschließung in: Siegler, Heinrich von, Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, Bd. I: 1944-1963, 6. erw. Aufl., Bonn-Wien-Zürich, Dezember 1967, S. 339
68) daselbst, S. 16 (Auszüge)

daß in Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten und insbesondere mit der Blockführungsmacht, der UdSSR, die Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche auf erheblichen Widerstand treffen mußte. Für die Bundesregierungen von Adenauer bis Brandt und für die Landsmannschaften war es eben leichter, auf Rechtsstandpunkten zu beharren, die durch das erlittene Unrecht durchaus begründbar waren, als die "Maximen eines mittleren Staates" (Besson) anzuerkennen.[69]

3.2.3 Das Wecken eines "gesamtdeutschen Interesses" an den verlorenen Ostgebieten

Die landsmannschaftlichen Spitzenfunktionäre erkannten zu einem frühen Zeitpunkt, daß sie zur Vertretung ihrer Ansprüche der Unterstützung der westdeutschen Öffentlichkeit bedurften. Die Aufnahme der Vertriebenen in den westdeutschen Zonen hatte vielen Vertriebenen gezeigt, daß sie nur ungebetene Gäste waren. In den ersten Jahren nach 1945 war der Wunsch der Vertriebenen nach Rückkehr in die Vertreibungsgebiete möglicherweise genauso stark wie der der "Gastgeber", die Vertriebenen möglichst bald wieder los zu werden. Daraus konnte natürlich keine "gesamtdeutsche Bewegung" entstehen, die sich für das Recht der Vertriebenen nach Rückkehr in die Heimat einsetzte. Dazu war mehr nötig; vor allem mußte ein Vertrauensverhältnis zwischen Westdeutschen und Vertriebenen erzeugt werden, man mußte Gelegenheit nehmen, sich kennenzulernen. Ob Überlegungen der Landsmannschaften, einem naheliegenden Irredentismus aus dem Wege zu gehen, der sie möglicherweise in die völlige Isolation getrieben hätte, dabei eine Rolle gespielt haben, läßt sich heute mit Gewißheit nicht mehr nach-

69) Der Verf. schließt sich hier in vollem Umfang den Erörterungen Waldemar Bessons an, der u.a. auch feststellte: "Daß im Wenigen die Bedürfnisse des internationalen Systems und des Gleichgewichts der Macht Einschränkungen des Selbstbestimmungsrechts zur Folge haben können, ist keine neue Erfahrung. Der Weltfriede ist in der Tat ein höheres Gut als eine Grenzziehung nach dem Willen der betroffenen Bevölkerung." s.d. Besson, Waldemar, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 445-460, Zitat, S. 457

prüfen.
Zur Schaffung eines Vertrauensverhältnisses unternahmen die Landsmannschaften mehrere Schritte.
Wichtigster Grundsatz jeder Landsmannschaft war die Einhaltung strikter Überparteilichkeit, wobei die Landsmannschaften mehrmals betonten, daß Überparteilichkeit nicht bedeuten konnte, daß sie unpolitisch sein könnten. In besondere Schwierigkeiten kamen die Landsmannschaften vor allem durch die Gründung des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Das Votieren für die eine oder andere Partei barg nicht zuletzt den Keim landsmannschaftlicher Spaltung, aber auch die Gefahr der Isolation von anderen politischen Gruppen der Westzonen bzw. der Bundesrepublik in sich.
Dies wurde von den Landsmannschaften klar erkannt. Herbert von Bismarck, der erste Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, führte dazu einmal in bezug auf den BHE folgendes aus: "Wenn die PLM unter Verletzung des bewährten Grundsatzes (parteipolitische Neutralität, d.Verf.) sich offiziell für eine solche Partei erklären würde, setzte sie sich der Gefahr aus, daß diejenigen Pommern, die in einer anderen Partei sind, der PLM wegen deren Parteilichkeit den Rücken drehen könnten; und umgekehrt, wenn die PLM sich gegen eine solche Partei ausspräche, müßte sie damit rechnen, daß die Anhänger dieser neuen Partei sich von der PLM abwendeten."[70]

Schwierigkeiten ergaben sich natürlich aus der parteipolitischen Bindung verschiedener landsmannschaftlicher Spitzenfunktionäre. Die Lösung dieses Problems gelang eigentlich nur der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die die Arbeit ihrer Gesinnungsgemeinschaften (Witiko-Bund, Ackermann-Gemeinde, Seliger-Gemeinde) nicht behinderte, während bei der Landsmannschaft Ostpreußen der

70) Bismarck, Herbert von, PLM und Flüchtlingsparteien - Eine Stellungnahme des Pommern-Sprechers; in: Pommern-Brief, Mitteilungsblatt der Pommerschen Landsmannschaft, Nr. 10 (43), 2. (4.) Jg., 15. 8. 1950, S. 1

Einfluß ihres ersten Sprechers, Dr. Ottomar Schreiber (CDU) und seines Nachfolgers, Dr. Alfred Gille (BHE), eine nicht unwesentliche Rolle bei der politischen Orientierung der Funktionäre spielte.[71]

Obwohl die Landsmannschaften auch für einen gerechten Ausgleich der Lasten eintraten, vermieden sie es aber, im sozialpolitischen Bereich ähnlich massiv aufzutreten, wie es z.B. der ZvD tat. Während der ZvD aufgrund seiner Aufgabenstellung als ein Verband auftrat, der die gesetzgebenden Körperschaften auch unter den Druck von Großkundgebungen setzte, denen klassenkämpferische Töne nicht fehlten, versuchten die Landsmannschaften das Vertrauen der westdeutschen Öffentlichkeit dadurch zu gewinnen, indem sie sich als Ordnungshüter darstellten.

Der ZvD fungierte dabei als die Massenorganisation der Vertriebenen, die nach den Vorstellungen der landsmannschaftlichen Spitzenfunktionäre, ähnlich wie die Gewerkschaften es taten, die Interessen seiner Mitglieder durchsetzen sollte.[72] Die Landsmannschaften erkannten die Notwendigkeit dieser Arbeit zwar an, befürchteten aber, daß derartige Massenorganisationen die Gefahr der Radikalisierung in sich bargen:
"Dem landsmannschaftlichen Gedanken liegt ein tiefer Gehalt zugrunde, er ist im guten Sinne konservativ. In ihm bäumt sich das

---

71) Dem Verf. ist es nicht gelungen, genaue Zahlenangaben über die parteipolitische Orientierung der Funktionäre zu erhalten. Auf konkrete Fragen wurden dem Verf. in der Geschäftsführung der LM in Hamburg nur ausweichende Antworten gegeben, es wurde aber eingeräumt, daß während der Amtsführung Gilles auch die LM ein enges Verhältnis zum BHE unterhielt und daß etliche Funktionäre der LM auch dem BHE beitraten.

72) Vgl. dazu: Das Ostpreußenblatt, 2. Jg., Folge 17, 9. 9. 1951, S. 1: "Einheit oder Einigkeit" (Sind die Landsmannschaften überflüssig?) "Die Aufgabe des ZvD bedarf einer gewerkschaftsähnlichen Organisationsform, dann spielt es wirklich keine Rolle, ... [illegible] der einzelne Vertriebene kommt. Sein Wohnungselend, seine berufliche Not ist nicht abhängig von seiner landsmannschaftlichen Herkunft. Der eingetragene Verein bürgerlichen Rechts mit Mitgliedskarten und Mitgliedsbeiträgen ist die übliche Form, um unsere berechtigten Tagesansprüche auf der Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene zu vertreten. Hier zählt man die Mitglieder und mißt danach die Stärke des Verbandes. Nur ein Narr kann glauben, daß man auch den heimatpolitischen Kampf durch einen bürgerlich-rechtlichen Verein mit Mitgliedskarte und -betrag führen und zu gewinnen vermag."

Selbstbewußtsein der ganz und gar gesunden ostdeutschen Stämme auf, als 'Flüchtling' (oder als Nur-'Vertriebener') gestaltlos in grauen Kolonnen aufzumarschieren und durch Forderung, Neid und unfruchtbare Bitterkeit sich selbst von der Gemeinschaft der 'Besitzenden', der'Einheimischen', der 'Westdeutschen' auszuschließen."[73]

Das föderalistische Aufbauprinzip der "Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL), das die Vertriebenen nach Herkunftsgebieten bis in die Führung der VOL gliederte, verhinderte von vornherein, daß die Landsmannschaften insgesamt unter den Einfluß radikaler Elemente geraten konnten. Dadurch war es ihnen möglich, sich als Kräfte zu präsentieren, die jedem Radikalismus abhold waren. Die Landsmannschaften versuchten, sich als Garanten einer geordneten und demokratischen Entwicklung unter den Vertriebenen darzustellen und sich als vertrauenswürdige Partner dem westdeutschen Staat anzubieten, dabei kehrten sie aber auch ihre "Unentbehrlichkeit" hervor, indem sie betonten, daß nur aufgrund ihrer organisatorisch-politischen Leistung eine Radikalisierung der Vertriebenen verhindert werden konnte.

Auf dieser Basis versuchten die Landsmannschaften das gesamtdeutsche Interesse an den verlorenen Ostgebieten zu wecken. Dabei bedienten sie sich sehr unterschiedlicher Methoden, um die ostdeutschen Gebiete nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Eines der am häufigsten vorgetragenen Argumente war, daß das deutsche Volk schon deshalb ebenfalls an den deutschen Ostgebieten festhalten muß, weil hier Deutschlands "Kornkammern" und"blühende Industrien" lagen:
"Durch den Tag der Heimat ringen wir im eigenen Volk auch um ein echtes Verständnis für unser hartes Schicksal, und wir werden nicht aufhören, darum zu ringen, bis das ganze deutsche Volk uns

73) Ropp, Christian von der, Unsere Arbeit beginnt erst, Pommern-Brief, Mitteilungsblatt der Pommerschen Landsmannschaft, 2.(4.) Jg., Nr. 1 (34), Anfang Januar 1950, S. 1 u. 2, Zitat S. 2

bitteres Vertriebenengeschick als g e s a m t d e u t s c h e s S c h i c k s a l wertet. Noch wissen große Teile des Volkes nicht, was der deutsche Osten überhaupt für das deutsche Volk bedeutete: sie wissen nicht, daß dort Deutschlands Kornkammern lagen, daß dort blühende Industrien rastlos arbeiteten, daß dort ein ungeheurer Kohlenreichtum herrschte, den nun seit sieben Jahren die Sowjetunion zu ihrem Westkombinat ausbaut...
Schon der S e l b s t e r h a l t u n g s t r i e b gebietet also a l l e n Deutschen, das Recht der Vertriebenen auf die ihnen weggenommene Heimat voll anzuerkennen. Dasselbe fordern wir von den westlichen Völkern, denn was uns heute beschieden ist, droht vielen von ihnen morgen, sofern sie dem kommunistischen Expansionsdrang nicht endlich Halt gebieten. Sie müssen ein V e r e i n t e s E u r o p a der freien Völker zustande bringen, in welchem alle Vertriebenen ihre frühere Heimat in Freiheit zurückerhalten müssen. Nur dann ist ein wahrer Frieden möglich, nach dem sich alle freiheitliebenden Völker sehnen."[74]

Die Landsmannschaften versuchten auch anhand von Tabellen und Statistiken den Nachweis zu führen, daß ein dauernder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete Westdeutschland in die unhaltbare Lage führen würde, für die Ernährung der Bevölkerung nicht mehr aufkommen zu können, sodaß die Abhängigkeit vom Ausland immer stärker wachsen müßte. Sie wurden in dieser Argumentation vom Bundesminister für Vertriebene, Dr. Hans Lukaschek, sehr eindeutig unterstützt.[75]
Mit dem Hinweis auf die schwierige Ernährungslage, aber auch mit dem auf die "Überbevölkerung" Westdeutschlands, erhofften die Landsmannschaften, das Interesse der westdeutschen Bevölkerung an den Ostgebieten wachhalten zu können. Dabei ist gewiß

74) 3. August: Tag der Heimat, in: Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 4. Jg., Nr. 22, 5. 8. 1952, S. 1 (Sperrung im Text)
75) Vgl. dazu: Lukaschek, Hans, Die deutschen Heimatvertriebenen - Als zentrales deutsches Problem, Bonn Februar 1951, S. 7f.

richtig, wie manche Kritiker den Landsmannschaften vorwerfen, daß sie allzu leicht in die Gefahr gerieten, "Klischees einer traditionellen 'Volk-ohne-Raum'-Theorie"[76] zu verbreiten. Äußerungen in der Vertriebenenpresse zur Behandlung der jetzigen Bewohner der ehemaligen deutschen Ostgebiete die ihnen ein Recht zum dortigen Verbleiben absprechen wollen, sind bis in die jüngste Gegenwart zu finden.[77] Es erscheint aber höchst fraglich, ob man der organisierten Vertriebenenbewegung eine Kontinuität der Unversöhnlichkeit vorwerfen darf. Gerade während der 60er Jahre hat auch in den Landsmannschaften ein Diskussionsprozeß eingesetzt, der dadurch gekennzeichnet war, daß einzelne aber einflußreiche Spitzenfunktionäre wie etwa Czaja, der derzeitige Präsident der Bundes der Vertriebenen (BdV), nach Lösungsmöglichkeiten zu einem friedlichen Nebeneinander suchen.[78]

Es erscheint m.E. bei einer kritischen Würdigung der Zielvorstellungen der Landsmannschaften als nicht gerechtfertigt, solche Bewegungen nicht zur Kenntnis zu nehmen, wie es z.B. Edgar Weick tut[79] oder gar in Abrede zu stellen, daß solche Gedanken heute stärker noch als vor wenigen Jahren auch die innerverbandliche Diskussion beherrschen.[80] Es ist als deutlicher Fortschritt gegenüber der militanten Sprache einzelner Verbandsfunktionäre in den 50er Jahren[81] hervorzuheben, daß man heute sehr wohl weiß, daß ein Zusammenleben mit den osteuropäischen Völkern

---

76) Gaida, H.-J., Die offiziellen Organe ..., S. 232, vgl. auch: Weick, Edgar, Gibt es einen "Rechtsradikalismus" in der Vertriebenenpresse?, S. 95-124; in:Fetscher, Iring (Hrsg.), Rechtsradikalismus, Frankfurt am Main 1967²
77) Vgl. Gaida, H.-J., Die offiziellen Organe ..., S. 232 ff.
78) Vgl. Czaja, Herbert, Ausgleich mit Osteuropa, Versuch einer europäischen Friedensordnung, Stuttgart 1969
79) Weick, Edgar, Gibt es einen "Rechtsradikalismus" in der Vertriebenenpresse?, S. 95-124
80) Vgl. dazu Gaida, H.-J., Die offiziellen Organe ..., S. 234
81) nähere Beispiele folgen weiter unten

in den ehemaligen Ostgebieten nur dann möglich sein kann, wenn man von "übertriebenem Sendungs- und Herrenbewußtsein"[82] abläßt und sich auch darüber Klarheit verschafft, daß es eine neue Vertreibung nicht geben darf.[83]

Zwar "erleichtert" die Auswahl bestimmter Zitate aus der Vertriebenenpresse die Einordnung der Vertriebenenverbände in feste politische Schemata, verhindert aber gleichzeitig eine annähernd objektive Gesamtschau über die Landsmannschaften und regt ihrerseits zu einer Klischeebildung an.

Aus der Argumentation der Vertriebenenverbände ist zu entnehmen, daß sie die schwierige Ernährungslage Westdeutschlands in den Vordergrund stellten. Da ihnen scheinbar einsichtig war, daß dies nicht ausreichen konnte, um eine Solidarisierung der westdeutschen Öffentlichkeit mit ihnen zu erreichen, aktivierten sie gleichzeitig die latente Furcht vor dem "kommunistischen Expansionsdrang" vor dem Hintergrund der sowjetischen Politik in Mitteldeutschland und in den osteuropäischen Staaten. Es fällt auf, daß Vertriebenenpolitiker sich häufig einer Sprache bedienten, die Mißdeutungen ihres Vorhabens geradezu herausforderten:
"Die Müdigkeit, die so viele heute von uns beweisen, ist eine deutsche und europäische Krankheit im allerverkehrtesten Augenblick. Wenn wir heute der Heimat gedenken und derer, die nicht mehr sind, so müßte unsere erste Verpflichtung sein, zu kämpfen für die Rückkehr. Gerade hierbei ist Feigheit fehl am Platz. Wenn Millionen bereit waren, auf den Schlachtfeldern zu fallen, dann müssen auch Millionen bereit sein, im friedlichen Aufbau mitzuarbeiten dafür, daß wir nach Hause kommen.
Wir Vertriebenen innerhalb des gesamten deutschen Volkes haben die Aufgabe, M u t z u r P o l i t i k zu haben, einen neuen

82) Czaja, Herbert, Ausgleich mit Osteuropa, Versuch einer europäischen Friedensordnung, Stuttgart 1969, S. 30
83) Der Weg zu Frieden und Einheit, 1. Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen am 22. März in Bonn, Entschließung und Reden, Leer (Ostfriesland) 1964, S. 24 ff.

Staat aufzubauen. Die Heimkehr wird nur das gesamte deutsche Volk erkämpfen und nicht die einzelne Landsmannschaft. Aber in diesem Kampf hat jede Landsmannschaft eine entscheidende unvertretbare Aufgabe. Die Landsmannschaft ist hierbei wie ein eingeschlossener Truppenteil, wo es auf jeden einzelnen ankommt. Jeder muß mithelfen, daß sich der Truppenteil freikämpft, und jeder muß mithelfen, daß die Landsmannschaft ihren Aufgeben gewachsen ist. Anders geht es nicht."[84]
Diese von Theodor Oberländer gemachten Ausführungen erinnern sehr deutlich an die Durchhaltereden während des Zweiten Weltkrieges und konnten gewiß nicht dazu beitragen, das Mißtrauen der osteuropäischen Staaten und Völker abzubauen. Es gab noch groteskere Beispiele, durch die landsmannschaftliche Funktionäre das Festhalten an den ehemaligen deutschen Ostgebieten begründeten. Curt Petzold beschwor die "asiatische Gefahr": "Da aber die Zahl noch immer nicht ausreicht, die gestellten Anforderungen zu erfüllen (Ausbeutung der Rohstoffvorkommen, d.Verf.), sind ins oberschlesische Industrierevier Tausende von chinesischen Arbeitern gebracht worden, und ihnen sollen weitere Tausende in die Grafschaft Glatz folgen, wo Uran entdeckt sein soll. ...desto bedenklicher jedoch ist die Verpflanzung chinesischer Kulis, die eine Infiltration mit Asiaten bedeutet. Würde dieser Prozeß ungestört fortgesetzt - die chinesische Bevölkerung vermehrte sich in den letzten Jahren um nicht weniger denn 50 Prozent! -, würden wir in Schlesien das gleiche erleben wie überall, wohin der gelbe Mann kommt: Die Infiltration wird zur Invasion. Damit aber erfüllt sich der prophetische Satz des Engländers Lawrence, daß Asien eines Tages unaufhaltsam über Europa kommen werde. Jedenfalls blüht Schlesien solchenfalls das gleiche Schicksal in ethnischer Beziehung wie den schlesischen Flüssen, als 1928 die chinesische

84) Auszüge aus einer Rede von Theodor Oberländer, gehalten 1952 in Rosenheim, zit. nach: "Neuer Deutscher Kurier", München, 13. 12. 1952; Pressearchiv des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen e.V. (Hervorhebung im Text)

Wollhandkrabbe von ihnen Besitz zu nehmen begann. Schlesien steht in Gefahr, ein Schmelztiegel von Asien nachdrängender Rassen zu werden und damit uns zu entgleiten!"[85]

Der Versuch, das gesamtdeutsche Interesse an den ostdeutschen Gebieten zu wecken, führte zu unverantwortlichen Überspitzungen. M.E. sollte damit die tiefe Unsicherheit über die Fundiertheit der eigenen Ansprüche überdeckt werden. Dieser Ausdruck des Zweifels an den eigenen Überzeugungen deutete auch an, daß etliche Vertriebenenfunktionäre nur unbeholfen auf die Entwicklung in den ehemaligen deutschen Ostgebieten reagieren konnten, also gar nicht in der Lage waren, die dort geschaffenen Fakten intellektuell zu verarbeiten.

Neben verbalen Kraftakten im oben gezeigten Sinne versuchte man in einer subtilen und damit wesentlich gefährlicheren Form gesamtdeutsches Interesse an den verlorenen Ostgebieten zu erzeugen. Es war der Versuch, den Ost- und Westdeutschen und mithin auch den westeuropäischen Völkern klar zu machen, daß durch eine unselige Politik der "Schutzwall des Abendlandes" ohne Not aufgegeben wurde.

Auf dem 1. Bundeskongreß der "Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL) in Frankfurt versuchte Heinrich Zillich, der während des Dritten Reiches mehrmals mit Literaturpreisen ausgezeichnet worden war, in einem Referat diese Position zu verdeutlichen:

"Die am schwersten Getroffenen sind wir, doch wo wir weichen mußten, versank mehr als Hof und Stadt, es starb die abendländische Welt. Seither gähnt die Grenze Europas weit geöffnet, sie windet sich wie eine Schlange sichtbar durch Deutschland und heimlich durch jedes Volk in unserem Rücken, sie reißt selbst Amerika aus der Ruhe des Reichtums. Nun ahnen alle, daß sie gefehlt haben ... Immerhin ist es endlich soweit, daß sich die Völker des Westens erschüttert fragen, welcher Wahnsinn sie narrte,

85) Petzold, Curt, Irrwege der Politik, in: Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 3. Jg., Nr. 20, 15. 7. 1951, S. 2

ihre eigenen Randgebiete räumen zu lassen, wodurch unser Vorpostendienst der ihre werden mußte. Uns, die im Laufe der Geschichte hundertmal im Stich Gelassenen, darf diese späte Einsicht erfreuen. Wir nehmen sie zur Kenntnis und erwarten Taten der Bekehrten. Verbunden fühlen wir uns der westlichen Welt immer und schützen sie mit, selbst wenn sie wider uns stand. Die Zukunft wird erweisen, ob wir nur auf Verderb ihr Kugelfang waren, oder ob aus ihrer Einsicht endlich das Gedeihen auch für uns wächst ... Das Abendland wird sich befrieden, wenn wir wieder dort leben, wohin wir gehören, am Saum seiner Welt."[86]

Es ist zu erkennen, daß die Landsmannschaften zur Erzeugung eines gesamtdeutschen und gesamteuropäischen Interesses an den verlorenen Ostgebieten, Mittel einsetzten, die stark über die Betonung ihrer Rechtsansprüche hinausgingen.

Der Appell an bestimmte Ängste, z.B. die gelbe Gefahr, war geeignet, unterschwellig die Abwehrbereitschaft nicht nur der Vertriebenen, sondern auch die der westdeutschen Öffentlichkeit gegen die osteuropäischen Staaten zu mobilisieren. Hierdurch wurde ein unreflektierter Antikommunismus begünstigt. Die Erinnerung an "Werte der abendländischen Welt" verstärkte den Prozeß der Abgrenzung gegen Einflüsse der osteuropäischen Staaten und deren Politik.
Es erscheint als außerordentlich bedenklich, daß es die Landsmannschaften zuließen, sich ihr Selbstwertgefühl durch Männer wie Zillich bestätigen zu lassen,[87] der den osteuropäischen Völkern ihren Wert als Kulturnationen in aufgezeigter Weise absprach.
An dieser Hypothek haben die Landsmannschaften heute noch zu

---

86) Zillich, Heinrich, Die Ostdeutschen als Schutzwall des Abendlandes, in: Heimat Deutschland Europa, Vorträge gehalten auf dem Ersten Bundeskongreß der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) in Frankfurt am Main am 1. Juli 1951, Broschüre, hrsg. von den VOL, Leer (Ostfriesland), o.J. (1951), S. 69
87) Das Referat Zillichs in der Frankfurter Paulskirche wurde mehrmals durch lebhaften Beifall der geladenen Gäste unterbrochen.

tragen. Sie haben sich durch die Festlegung auf diese Positionen in den eigenen Parolen verfangen, deshalb unterliegen Versuche zu deren Überwindung auch besonderen Schwierigkeiten.

Es muß aber festgehalten werden, daß die Vertriebenenverbände gerade in der Frühphase ihrer Entwicklung derartige Stellungnahmen nicht isoliert vom politischen Klima in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik abgeben konnten.

Wie dem Verfasser von Hans Stephan, dem Leiter des Referats Heimatvertriebene - Flüchtlingsbetreuung beim Parteivorstand der SPD, in einem Schreiben mitgeteilt wurde, hatte Kurt Schumacher 1946 geäußert: "... wir wollen um jeden m^2 deutschen Bodens kämpfen."[88)]

In einer Bundestagsrede am 9. März 1951 erklärte er: "Wir wollen die Freundschaft mit dem polnischen Volk - aber nicht um den Preis des deutschen Selbstmords. (Allgemeiner lebhafter Beifall) Die Kommunisten haben nicht das Recht, auf Menschen und Gebiete Deutschlands zu verzichten, die ihnen doch nicht gehören, diese kommunistische Partei, eine Funktion einer Besatzungsmacht!"[89)]

Führende deutsche Nachkriegspolitiker zeigten keine Bereitschaft, das Sicherheitsinteresse der östlichen Nachbarstaaten zumindest verbal zu honorieren. Auch die SPD wagte dies nicht, weil sie Sorge hatte, von anderen politischen Kräften in der Bundesrepublik dann der Nähe zum Kommunismus bezichtigt zu werden.[90)] Die Lageeinschätzung Adenauers war ebenfalls nicht geeignet, die

88) Brief von Hans Stephan v. 5. 10. 1973 an den Verf.
89) Schumacher, K. Bundestagsreden, S. 99
90) Vgl. dazu: Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.), Mißtrauische Nachbarn, Deutsche Ostpolitik 1919-1970, Düsseldorf 1970, S. 215: "Dabei spielte Adenauer den Antikommunismus auch als Waffe gegen die SPD aus. In Bundestagsreden und Wahlfilmen wurden Sozialdemokratie und Kommunismus häufig gleichgesetzt, was die Sozialdemokratie, deren Distanz zu den Kommunisten und zum Marxismus immer größer wurde, zutiefst verletzte."

Vertriebenenverbände zur Mäßigung in ihren Stellungnahmen anzuregen.
Auf dem 1. Bundesparteitag der CDU in Goslar vom 20. bis 22. Oktober 1950 führte Adenauer u.a. aus:
"Deutschland steht der sowjet-russischen Macht unmittelbar gegenüber; im Falle einer russischen Aggression würde es das erste Opfer sein. Der kalte Krieg wird von Sowjet-Rußland mit aller Kraft gegen uns geführt. Die Fünfte Kolonne steht überall bereit. Durch eine skrupellose, durch und durch unwahre Agitation sucht man uns als Friedensbrecher, als Söldlinge Amerikas hinzustellen. Man spricht nicht von Kommunismus; man hält bei uns die kommunistische Partei absichtlich klein, um braven Bürgern keine Angst zu machen. Man spricht von Frieden, von nationaler Front, von der Einheit Deutschlands. Ich wollte, die Bewohner der Ostzonen-Republik könnten einmal offen schildern, wie es bei ihnen aussieht. Unsere Leute würden hören, daß der Druck, den der Nationalsozialismus durch Gestapo, durch Konzentrationslager, durch Verurteilungen ausgeübt hat, mäßig war gegenüber dem, was jetzt in der Ostzone geschieht. Ich wollte, unsere Leute könnten einmal aus dem Munde der unterdrückten Polen, Tschechen und Ungarn hören, in welch grausamer Weise religiöse Betätigung verfolgt und unterdrückt wird."[91]

Aus diesen Äußerungen führender deutscher Politiker, die repräsentativen Charakter haben, läßt sich ersehen, daß die Beurteilung der östlichen Nachbarstaaten sehr undifferenziert erfolgte und deren Interessen in den eigenen politischen Überlegungen wenig Raum fanden. Es kann sogar vermutet werden, daß das Vertriebenenschicksal dazu beitrug, die ablehnende Haltung gegenüber den kommunistischen Staaten noch zu erhöhen.
Somit zeigt sich, daß die Vertriebenenverbände, bei dem Versuch, ihre Interessen durchzusetzen, für die westdeutsche Nachkriegspolitik eine nicht zu unterschätzende Funktion ausübten. Sie

91) In: Jacobsen, Hans-Adolf, daselbst, S. 237, Quelle 63

erwiesen sich als verläßliche Partner einer Politik, die die Abgrenzung gegenüber kommunistischen und vermeintlich kommunistischen Einflüssen in der Innen- und Außenpolitik ebenfalls zum Ziel hatten. Eine Kritik, insbesondere an den landsmannschaftlichen Aktivitäten, darf diesen Gesichtspunkt nicht außer Betracht lassen. Die Vermutung liegt nahe, daß die Landsmannschaften seit 1948/49 gerade aus diesen Gründen politisch ungehindert arbeiten konnten. Sie stimmten dem Adenauerschen Konzept der Westintegration zu und unterstützten den damit verbundenen Verzicht auf eine aktive Ostpolitik.[92)]

---

92) Unter "aktiver Ostpolitik" versteht der Verfasser den Versuch, einen Ausgleich mit den Ostblockstaaten herbeizuführen. Adenauer hat in seinen Memoiren erläutert, wie eine Entspannungspolitik, die er aber nur auf den Westen bezog, erfolgen sollte.
Vgl. Adenauer, Konrad, Erinnerungen 1945 - 1953 (Bd.I), Frankfurt am Main u. Hamburg, April 1967 (Taschenbuchausgabe der Fischer Bücherei), S. 235 ff.
S. 236/237: "Unter psychologischen Gesichtspunkten betrachtete ich besonders auch das Verlangen unserer nächsten westlichen Nachbarn nach Sicherheit. Dieses Sicherheitsverlangen hatte eine tiefe Wurzel. Man konnte in gewissem Umfange durch verstandesmäßige Darlegungen das Gefühl der Unsicherheit gegenüber Deutschland bekämpfen, aber es erschien mir unmöglich - wie man weder der Liebe noch dem Haß mit Vernunftgründen allein begegnen kann -, dem Bedürfnis nach Sicherheit nur mit Vernunftgründen entgegenzutreten. Hier glaube ich, mußte man besonders geduldig und behutsam vorgehen, um auf dem Wege über die Gewinnung des Vertrauens das Sicherheitsbedürfnis unserer Nachbarstaaten zu befriedigen."

4. Exkurs: Darstellung und kritische Würdigung der Gedanken Eugen Lembergs

Anhand repräsentativ ausgewählter Beispiele wurde bisher versucht zu klären, wie sich die Landsmannschaften selbst verstanden und wie sie ihre Anliegen in der Öffentlichkeit vortrugen.

Bei der Auswahl der Materialien ist darauf geachtet worden, daß vor allem die Aussagen landsmannschaftlicher Repräsentanten genügend Berücksichtigung fanden. Eugen Lemberg gehört in diesem Sinne nicht zu ihnen, dennoch hat er mit seinen zahlreichen Schriften zur Vertriebenenproblematik[93] einen gewissen Einfluß auf die organisierten Vertriebenen - vor allem in der Ackermann-Gemeinde - ausgeübt.

Die Beachtung der Vorstellungen Lembergs erscheint deshalb notwendig, um den Eindruck zu vermeiden, daß die politische Diskussion, die von den Landsmannschaften und von exponierten Vertriebenen geführt wurde, nur durch die Beharrung auf bestimmten vermeintlich fundierten Rechtspositionen geprägt war.

Einzelne Vertriebene bemühten sich schon sehr frühzeitig um eine nüchterne Analyse der Situation. Eugen Lemberg gehört zu denen, die schon in der zweiten Hälfte der 40er Jahre eine Bestandsaufnahme versuchten; seine Gedanken spiegeln sich besonders stark in den Überlegungen Czajas zu einer europäischen Friedensordnung wider[94] und sind schon deshalb von gewisser Relevanz.

---

93) Als Grundlage der folgenden Überlegungen galten dem Verf. folgende ausgewählte Schriften von Lemberg:
1. Die Ausweisung als Schicksal und Aufgabe - Zur Soziologie und Ideologie der Ostvertriebenen, Gräfeling b. München 1949
2. Völker und Volksgruppen im Exil, Schriftenreihe der Ackermann Gemeinde, Heft 5, München 1953
3. Umdenken in der Verbannung - Ein neues Verhältnis zu Ostmitteleuropa?, hrsg. v. der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn/ Wolfenbüttel 1957 (Umarbeitung u. Erweiterung von Nr.2)

94) Vgl. Czaja, Herbert, Ausgleich mit Osteuropa, Versuch einer europäischen Friedensordnung, Stuttgart 1969

Dieser Teil der Arbeit muß aber dennoch als Exkurs bezeichnet werden, weil auch heute noch die Gedanken Lembergs und auch die Czajas in den Landsmannschaften umstritten sind und somit nicht repräsentativen Charakter haben können.

In seiner Analyse der Ursachen der Vertreibung verfällt Lemberg nicht in die Gefahr, nur die Zeit nach 1945 zu untersuchen und den oder die Schuldigen unter den alliierten Siegermächten allei zu suchen.

Besonders die Vertriebenenpresse neigte in einer sehr eigenwilli gen Betrachtungsweise dazu, den kommunistischen Expansionsdrang für die Vertreibung verantwortlich zu machen, die Zeit vor 1945 wurde dabei selten kritisch berücksichtigt.

Lemberg sieht im ungelösten Nationalitätenproblem Mittel- und Osteuropas die eigentliche Ursache für die Massenausweisungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die für ihn nur einen Schlußpunkt unter eine Entwicklung setzte, die sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts abzeichnete.

Es gelang den Staaten Mittel- und Osteuropas nicht, sich nach dem Kriterium der Sprache abzugrenzen und somit den Schritt zur Staatsnation zu vollziehen, den z.B. Frankreich und Eng land gegangen waren. Die dynastischen Großreiche Mittel- und Osteuropas hatten sich - insbesondere unter dem Einfluß der Französischen Revolution von 1789 - mit den Selbständigkeits bestrebungen der Völker, die sie beherrschten, auseinanderzu setzen. Vor allem die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie, deren Nationalitätenpolitik selten durch Erfolge gekrönt war, mußte erkennen, daß ihre Völkerschaften weit davon entfernt waren, sich mit ihr zu identifizieren. Lemberg kommt zu fol gendem Ergebnis: "Aber alle diese dynastischen Staaten und Reiche waren hier in der Mitte und im Osten Europas nicht stark genug, um sich in die Herzen ihrer Untertanen so einzu graben, daß sie aus ihnen festgefügte, von gemeinsamen Ideen und gemeinsamem Willen zusammengehaltene Nationen ausgebildet

hätten."[95]

Der Zusammenbruch der dynastischen Großreiche während und nach dem Ersten Weltkrieg führte zum Entstehen von Nationalstaaten, die aber mit starken nationalen Minderheiten so überlastet waren, daß eine ungestörte staatliche Entwicklung äußerst fraglich wurde.

Der Druck der Minderheiten brachte insbesondere die CSR in größt Schwierigkeiten. Der gesteigerte außenpolitische Einfluß des Deutschen Reiches, der durch die Appeasementpolitik Großbritanniens noch verstärkt wurde, trieb die Staaten Mittel- und Osteuropas in die Isolation und mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in die Nähe der totalen physischen Vernichtung.

Die nationalsozialistische Lebensraumtheorie, die ein konstitutives Element der NS-Ideologie darstellte, konnte nicht den Schluß zulassen, daß es Hitler um die Erhaltung der Nationen Mittel- und Osteuropas ging. Lemberg erkennt in den frühen Proklamationen der nationalsozialistischen Machthaber, auf eine Ent nationalisierung zu verzichten und z.B. den Bestand der Tscheche "als sprachlich-kultureller Gruppe"[96] zu sichern, zumindest ein theoretische Lösung des Nationalitätenproblems: "Es war die Aussicht auf eine solche Lösung des Nationalitätenproblems, was nicht nur die deutschen Volksgruppen, sondern auch andere Völker dieses Raumes veranlaßte, die Ereignisse von 1938/39 mit gewissen Hoffnungen aufzunehmen."[97]

Die "gewissen Hoffnungen", die Lemberg auch bei anderen Völkern erkennen will, deuten m.E. nicht darauf hin, daß es die theoretischen Lösungsvorstellungen, wie sie Lemberg konstatiert, tatsächlich gab. Sie machen vielmehr offensichtlich, daß die Politi Hitlers in verhängnisvoller Weise falsch eingeschätzt wurde.

---

95) Lemberg, E., Die Ausweisung als Schicksal und Aufgabe, Gräfe ling 1949, S. 8
96) ders., daselbst, S. 12
97) ders., daselbst, S. 12/13

Die nationalsozialistische Besatzungspolitik erzeugte Haßgefühle gegen die Deutschen, die fraglos manche Brutalität während der Vertreibung verständlich machen. Ob hierbei, wie Lemberg behauptet, jahrhundertealte und schon überdeckte Haßgefühle wieder aufbrachen, erscheint schon deshalb fraglich, weil damit einer fatalistischen Geschichtsbetrachtung ein zu breiter Raum gegeben werden würde.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges trat die Frage der Lösung des Nationalitätenproblems in seine bisher letzte Phase. Mit der gewaltsamen Umsiedlung der Deutschen versuchten die mittel- und osteuropäischen Staaten sich von einer permanenten Gefährdung ihrer Existenz zu befreien.

Lemberg sieht darin eine Lösung, "die keine wirkliche Lösung mehr war."[98] Seine Forderung bleibt "Heimkehr", aber bis zur Realisierung dieser Forderung müssen sich die Vertriebenen darauf vorbereiten, wobei es Lemberg ablehnt - im Unterschied zu vielen landsmannschaftlichen Spitzenfunktionären - auf individuelle Restitution und Restauration hinzuarbeiten: "Eine Wiederherstellung vergangener und durch irgend eine geschichtliche Katastrophe veränderter Verhältnisse hat sich immer wieder als unmöglich und kurzlebig erwiesen."[99]
Lemberg fordert eine gesamtdeutsche Lösung aus der Erkenntnis heraus, daß die vertriebenen Volksgruppen in ihrer neuen Heimat den engen Zusammenhalt verlieren werden; da aber das ganze deutsche Volk den verlorenen Raum braucht aus Gründen der Übervölkerung, muß es zu einer "Restauration des Volksbodens"[100] kommen.

Hier ist Lemberg mit der landsmannschaftlichen Argumentation deckungsgleich. Die Forderung nach der "Restauration des Volksbodens" reicht für ihn jedoch nicht aus, das zukünftige Zusammenleben mit den Völkern Mittel- und Osteuropas zu gestalten. Für

98) ders., daselbst, S. 13
99) ders., daselbst, S. 14/15
100) ders., daselbst, S. 15

ihn erscheint ferner die Bestrafung der an der Vertreibung Schuldigen als sinnlos: einmal weil sie in dieser Größenordnung nicht durchführbar ist und zum anderen weil sie neues Unrecht schaffen würde. Denen, die in den Landsmannschaften die "Wiedereinsetzung in die alten Rechte" forderten, wirft Lemberg vor, daß sie an eine unterbrochene Kontinuität anknüpfen wollen, die gar nicht existiert. Lemberg wirft den Landsmannschaften damit indirekt vor, daß sie sich dadurch "jenem Gesetz der Emigration (unterwerfen), wonach die Geschichte mit dem Augenblick ihrer Ausweisung oder Austreibung stehenbleibt."[101)]

Lemberg äußert sich sehr kritisch zu den Vertriebenenverbänden; er ist dabei aber so vorsichtig, diese nicht ausdrücklich zu nennen:
"In der Emigration nehmen die Auseinandersetzungen der Ideologien und Machtgruppen, der Parteien und Organisationen groteske Formen an. Je weniger Realität die Idee besitzt, um die man kämpft, um so leidenschaftlicher wird der Kampf geführt. Persönliche Gegensätze oder Konkurrenz der Organisationen um ihre Mitglieder werden ideologisch unterbaut und erscheinen über Nacht als Gegensätze verschiedener Weltanschauungen und Religionen."[102)]

Aus dieser Analyse der ideologisch-organisatorischen Schwierigkeiten der Emigranten, zieht Lemberg Rückschlüsse auf deren praktische Politik:
"Gerade dort, wo es um zukünftige Gestaltungen, um die nach der Heimkehr einzuschlagende Politik, um die künftigen Grenzziehungen und Völkerordnungen geht, hat dieser Kampf scheinbar alle Verbindlichkeit und Schwere verloren. Worum gekämpft wird, sind keine realen Positionen, sondern Träume. In der Welt der Träume aber fehlt der Zwang zum Kompromiß, die Probe auf

101) ders., Völker und Volksgruppen im Exil, München 1953, S. 7
102) ders., daselbst, S. 5
103) ders., daselbst, S. 6

die wirkliche Durchführbarkeit, auf die Haltbarkeit der Entwürfe."[103]

Diese Kritik trifft ein wesentliches Problem der organisierten Vertriebenen. Sie mußten oft verständnislos den Kampf ihrer Repräsentanten um größeren Einfluß in den verschiedenen Vertriebenenorganisationen beobachten[104] und erkannten schließlich, daß persönliche Querelen zu Grundsatzfragen hochstilisiert wurden.
Eine Berücksichtigung der Kritik Lembergs durch die Landsmannschaften, die schon Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre geäußert wurde, hätte dazu führen können, die Landsmannschaften für die politische Diskussion um ein neues Verhältnis zu den Ostblockstaaten offen zu halten.

Lemberg wollte mehr als einen verbalen Verzicht auf Rache und Vergeltung. Er suchte nach einer "konstruktiven Idee",[105] die eine europäische Friedensordnung hätte vorbereiten können.
Im Gegensatz zu führenden landsmannschaftlichen Repräsentanten war ihm einsichtig, daß die vertriebenen Deutschen nichts erreichen würden, wenn sie von ihren Maximalforderungen nicht abließen.[106] Er erkannte, daß mit der Betonung der Rechtsansprüche auf der die Agitation der Landsmannschaften hauptsächlich beruhte, gleichzeitig ein Politikverzicht ausgesprochen wurde. Davor wollte er die Landsmannschaften bewahren; auch den Anspruch der

---

103) ders., daselbst S. 6
104) Im Teil III über die Entwicklung der Landsmannschaften wird noch näher darauf eingegangen
105) ders., Die Ausweisung als Schicksal und Aufgabe, Gräfeling 1949, S. 16
106) Vgl. dazu: Lemberg, E., Völker und Volksgruppen im Exil, München 1953, S. 8: "Alle diese Gruppen im Exil, die Angehörigen der ehemaligen Staatsvölker wie die der vertriebenen deutschen Volksgruppen, wären gut beraten, wenn sie das richtige Vorhaltemaß für die kommende Epoche nähmen, statt in ihren Träumen und Projekten eine Epoche anzuvisieren, die vergangen ist. Das heißt, sie setzten sich alle zusammen und berieten die Grundzüge einer Föderation neuen Stils, was natürlich ohne wesentliche Abstriche an nationalen Lieblingswünschen und Prestigebedürfnissen, Rechts- und Gebietsansprüchen nicht möglich ist."

Landsmannschaften alleinige Repräsentanten ihrer Volksgruppen zu sein, zog er in Zweifel: "Jedes darüber hinausgehende Monopol, der Versuch etwa, die ganze Volksgruppe vereinsmäßig organisieren zu wollen oder eine Organisation mit der Volksgruppe zu identifizieren, die Zugehörigkeit zur Volksgruppe von der Mitgliedschaft in jener Organisation abhängig zu machen, wäre ein Übel. Ein solches Monopol würde die Volksgruppe um wesentliche Möglichkeiten ihres Lebens und Wirkens bringen. Es würde ihr eine tödliche Starre und Enge auferlegen und sie schließlich - nach Lage der Dinge - das Vertrauen der Umwelt kosten, auf das es doch so sehr ankommt."[107]

Für Lemberg stand die Wiederherstellung nationaler Besitzstände nicht im Mittelpunkt seiner Bemühungen. Er suchte nach einem neuen Aufbauprinzip, "das nicht nur für die eigene Verteidigung und Sicherung gilt, sondern sich für die ganze in Frage kommende Völkergruppe in Europa als segensreich und als brauchbare Grundlage des Zusammenlebens erweist."[108]

Lemberg zerstörte durch seine Analyse der Ursachen der Vertreibung die Illusion vieler Vertriebenenfunktionäre, daß 1945 urplötzlich ein Verbrechen an Millionen von Ostdeutschen verübt wurde. Mit dem Hinweis auf das Nationalitätenproblem deutete er an, daß bereits seit Beginn des 19. Jahrhunderts in Mittel- und Osteuropa eine kritische Situation bestand, die von vielen nicht wahrgenommen wurde, nach dem Ersten Weltkrieg nur notdürftig überdeckt und schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg mit gewaltsamen Mitteln gelöst wurde.

Nach Lembergs Meinung dürfen die vertriebenen Ostdeutschen die Rückkehr in ihre Heimat als Ziel nie aufgeben. Der Grund der Überbevölkerung Restdeutschlands wird zwar erwähnt, aber nicht zur alleinigen Triebkraft des Rückkehrwillens gemacht, denn die Deutschen haben die Verpflichtung am friedlichen Neuaufbau des

107) ders., daselbst, S. 24
108) ders., Die Ausweisung als Schicksal und Aufgabe, Gräfeling 1949, S. 17

mittel- und osteuropäischen Raumes verantwortlich teilzunehmen, weil die derzeitige Situation dieser Staaten durch deutsche Politik mit verursacht wurde.

Nicht erkannt hat Lemberg zu Beginn der 50er Jahre, daß der Status der Ostblockstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg von anderer Qualität war als der Status der osteuropäischen Staaten vor dem Zweiten Weltkrieg.
Die Sowjetunion hatte die entscheidende Kriegslast im Zweiten Weltkrieg erfolgreich getragen. Aus der Großmacht war eine Blockführungsmacht geworden. Damit hatte sich auch das Verhältnis der UdSSR zu den verbündeten Staaten verändert, zumindest war es nicht mehr vom Grundsatz der Gleichberechtigung bestimmt. Die Sowjetunion war nicht gewillt, nationale Selbständigkeitsbestrebungen ihrer Verbündeten zu tolerieren. Diesen Aspekt ließ Lemberg völlig außer Betracht. Während er anderen vorwarf, daß sie sich an politischen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit orientieren, kann man ihm den gleichen Vorwurf nicht ersparen.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß es Lembergs Anliegen war, die Vertriebenenverbände vor einer starren Verteidigung ihrer Ansprüche zu bewahren. Mit Lemberg gab es bereits in der Frühphase vertriebenenpolitischer Aktivitäten Männer, die die Vertriebenenverbände vor der Isolation dadurch schützen wollten, daß sie die Verbände aufforderten, die Diskussion um die Heimat so zu führen, daß ihr Verständigungswille erkennbar ist.

5. Versuch einer ideologischen Einordnung der Landsmannschaften

Es ist bisher vereinzelt der Versuch unternommen worden, bestimmte Vertriebenengruppen ideologisch einzuordnen. Hierbei zeigt sich, daß die Verfasser in ihren Schlußfolgerungen nicht immer frei waren von Voreingenommenheiten gegenüber den Vertriebenenorganisationen.[109)]

Im folgenden Kapitel soll zuerst geprüft werden, welche Determinanten die Gesinnung der Landsmannschaften im wesentlichen bestimmen, um eine ideologische Einordnung zu versuchen.

5.1 Konservativismus

Es sei die Hypothese aufgestellt und im folgenden auf Verifizierung geprüft, ob die Landsmannschaften über starke konservative Komponenten verfügen. Diese implizieren m.E.:

- Antikommunismus
- Ausgeprägtes nationales Selbstbewußtsein
- Ruf nach dem "Starken Staat" und bestimmte politische Tugenden.

Mit diesen Komponenten soll gleichzeitig eine Abgrenzung zum Rechtsradikalismus erfolgen. Problematisch erscheint diese Abgrenzung deshalb, weil es den Rechtsradikalen in jüngster Vergangenheit immer besser gelang, "sich mit ihrem Ideengut erfolgreich der Verfassungslage (anzupassen)" und "tunlichst alle nationalistischen Reminiszenzen (zurückzudrängen)."[110)]

---

109) Vgl. dazu u.a.: Snejdarek, Antonin, Über die Anfänge des sudetendeutschen Revanchismus in Westdeutschland, in: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart, Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Sonderband 4, 1964
Stika, Jan, Die heutige Taktik des westdeutschen Revanchismus (Übersetzung aus Nova mysl, 1962, 4) München 1962
Herde, Georg, Keimzellen des Neofaschismus "Der Witikobund", in: gestern und heute, München 1968
Helhiebel, Kurt, Die Henleins von gestern und heute, Hintergründe und Ziele des Witiko-Bundes, Frankfurt/Main 1962

110) Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, Studienausgabe mit einem Ergänzungsteil: Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik, München 1968, S. 325

Die Abgrenzung zu rechtsradikalen Gruppen und Ideologien ist noch solange möglich, wie deren Bekenntnis zu einem aggressiven Nationalismus, völkischen Irrationalismus und Antisemitismus, die offensive Bekämpfung Andersdenkender und die Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung offen erfolgt.[111]

Schwierig wird der Versuch der Abgrenzung rechtsradikalen Denkens von konservativem, wenn man untersucht, wie stark das antidemokratische Potential derjenigen Gruppen ist, die "innerhalb des sich gegen diesen oppositionellen Rechtsradikalismus abgrenzenden Feldes"[112] agieren.

So sieht Iring Fetscher, daß die Konservativen der latenten Gefahr ausgesetzt sind, rechtsradikal zu werden, wenn ihnen der Demokratisierungsprozeß in Politik und Gesellschaft zu weit geht: "Der legale Mittel einer liberalen Demokratie nutzende Konservative kann zum Rechtsradikalen werden, wenn die Bewegung zum Fortschritt des Demokratisierungsprozesses offenbar auf andere Weise nicht mehr aufgehalten werden kann."[113]

Das Bundesministerium des Innern mußte 1965 feststellen, daß aufgrund der außenpolitischen Neuorientierung relevanter gesellschaftlicher Gruppen und Einzelpersönlichkeiten es in den Landsmannschaften zu bedenklichen Reaktionen kam, die sich in "ressentimentgeladener Argumentation" mit "rechtsradikalen Tendenzen" ausdrückten.[114]

Das antidemokratische und antiliberale Potential von Teilen der Bevölkerung der Bundesrepublik ist von den Politikern der demokratischen Parteien in der Vergangenheit nicht konsequent genug bekämpft worden.

---

111) s. dazu, Sontheimer, Kurt, daselbst, S. 329
112) ders., daselbst, S. 329
113) Fetscher, Iring (Hrsg.), Rechtsradikalismus, Frankfurt am Main, 1967², S. 14
114) Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1965, Aus Politik und Zeitgeschichte, B II/66 (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), S. 8

Fetscher kommt in seiner Analyse sogar zu folgender Schlußfolgerung:
"Dieses schwer exakt zu kalkulierende Potential wird u.a. durch die nur zaghafte Distanzierung der Parteien vom Münchener Abkommen und durch ihre rücksichtsvolle Schonung nationaler Ressentiments genährt."[115)]

Die eingangs dargestellte Hypothese wird nur dann zu stützen sein, wenn nachzuweisen ist, daß konservative Kriterien der beschriebenen Art gegenüber antidemokratischen, rechtsradikalen dominieren.

In der Literatur wird es bisher überwiegend vermieden, die Vertriebenenverbände in toto als rechtsradikal zu charakterisieren.

Franz Neumann ist der Ansicht, daß der Rechtsradikalismus bereits zu Beginn der Organisierung der Vertriebenen ohne Voraussetzungen war:
"Einerseits war aber nach der Entmachtung des Faschismus eine rechtsextremistische Massenagitation nicht möglich und andererseits waren die bürgerlichen Führer der Vertriebenen bar jeder radikalen Demagogie, und erst recht waren sie keine Revolutionäre. Die landsmannschaftlichen, sozialen, beruflichen und weltanschaulichen Vertriebenenverbände und dann auch die Vertriebenenpartei erwiesen sich vielmehr als Institutionen, die alle radikalen Strömungen zu neutralisieren versuchten."[116)]
Kurt P. Tauber ist ebenfalls der Überzeugung, daß die Vertriebenen zwar nationalistischen Tendenzen[117)] weiterhin aufgeschlossen waren, aber daß sie gleichzeitig versuchten, ihre Energien

115) Fetscher, Iring, Rechtsradikalismus, Frankfurt am Main 1967, S. 27
116) Neumann, F., Der BHE, S. 12
117) Tauber, Kurt P., Beyond Eagle and Swastika, German Nationalism since 1945, 2 Bde., Middletown 1967, S. 276 (Bd.1)

für den sozialen Aufstieg zu nutzen und somit in eine neue demokratische politische Ordnung einzugliedern waren: "Thus they were thrown into an ambivalent situation which nourished on the one side their emotional nationalism and anti-Allied affects but on the other tended to convert diffuse hostility into material claims. This opened the possibility of their potential integration into the universe claims of a pluralistic political order."[118)]

Gaida kommt zu der Schlußfolgerung, daß "der Vorwurf einer Rehabilitierung des Nationalsozialismus für die ostdeutschen Sprachrohre nicht schlüssig nachgewiesen werden (kann)."[119)] Er fand in den Organen der Landsmannschaften auch keine Hinweise auf die unmittelbare Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.[120)]

Gotthold Rhode äußert die Überzeugung, daß die Sowjetunion mit der Vertreibung versuchte, ein "Ferment der Unruhe, der sozialen Dekomposition"[121)] nach Westdeutschland zu verpflanzen. Die besitzlosen und deklassierten Vertriebenenmassen sollten zur Revolutionierung Westdeutschlands beitragen. Nach Selbstzeugnissen landsmannschaftlicher Funktionäre sahen sie es als ihre vordringlichste Aufgabe an, eine Radikalisierung in diesem Sinne zu verhindern, obwohl sie natürlich auch nicht schlüssig nachweisen konnten, daß die Sowjetunion von dieser Zielsetzung ausging. Naheliegender ist die Annahme, daß auch der Sowjetunion daran gelegen war, die mittel- und osteuropäischen Staaten von Minderheiten zu befreien, die in der Vergangenheit vielfältigen Anlaß zu Konflikten gegeben haben.

---

118) ders., daselbst, S. 984
119) Gaida, H.-J., Die offiziellen Organe ..., S. 287
120) ders., daselbst, S. 287
121) Rhode, Gotthold, Phasen und Formen der Massenzwangswanderung in Europa, S. 35, in: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland (Bd. 1), Kiel 1959

Landsmannschaftliche Repräsentanten sahen also die Abwehr radikaler Strömungen, die sich aus der sozialen Lage der Vertriebenen hätten ergeben können, als eine der Grundmotivationen ihres politischen Handelns an.

5.2 Antikommunismus

Gleichzeitig nahmen die Landsmannschaften eine Abgrenzung gegen alles "Kommunistische" vor. Das Vertreibungserlebnis immunisierte die Vertriebenen gegen sozialistische bzw. kommunistische Ideologien. Diesen Effekt der zwangsweisen Umsiedlung konnten die landsmannschaftlichen Funktionäre nutzbar machen. Die antikommunistische Grundhaltung der Vertriebenen ließ sich unterschiedlich verwenden:

- Sie diente u.a. zur Abwehr "sozialistischer Experimente" in der Wirtschaft. Es ist bezeichnend, daß die organisierten Vertriebenen sich in der BRD nicht für eine konsequente Umwandlung der Wirtschafts- und Sozialordnung einsetzten, obwohl gerade sie unter den Problemen des sozialen Abstiegs am stärksten zu leiden hatten.[122] Dagegen zeigt sich schon mit der Ausprägung des "landsmannschaftlichen Gedankens" eine uneingeschränkte Bejahung der bürgerlich kapitalistischen Leistungsgesellschaft.[123]
- Die antikommunistische Grundhaltung wurde als Argument gegen vermeintliche innenpolitische Gegner verwandt. Wer sich gegen die von den Landsmannschaften formulierten Ansprüche der Vertriebenen wandte, hatte mit dem Vorwurf des Verrats und der Kommunistenfreundlichkeit durch die landsmannschaftlichen Funktionäre zu rechnen.[124]

---

122) s. S. 131
123) s. S. 84 Punkt 2 von Karl O. Kurth
124) So berichtete Heinrich Albertz dem Verf., daß seine Äußerung als Flüchtlingsminister in Niedersachsen, daß die Vertriebenen in Westdeutschland so arbeiten und leben müßten, "als ob kein einziger von uns zurückkäme", bereits als Landesverrat bezeichnet wurde.
Tonbandinterview, Albertz, 19. 10. 1973

Tabelle zu Anmerkung 122)

Berufliche Umschichtungen bei Vertriebenen und bei (nichtvertriebenen) Kriegssachgeschädigten in der Bundesrepublik Deutschland von 1945-1965

	Kriegsgeschädigte	Vertriebene
In der früheren sozialen Rangstufe verblieben	rund 81 v.H.	rund 46 v.H.
Sozial abgestiegen	rund 14 v.H.	rund 52 v.H.
Sozial aufgestiegen	rund 5 v.H	rund 2 v.H.

Es gehörten den Rangstufen an:	Kriegsgeschädigte		Vertriebene	
	vor 1945	1965	vor 1945	1965
Obere soziale Rangstufe	72 v.H.	63 v.H.	80 v.H.	31 v.H.
Mittlere soziale Rangstufe	27 v.H.	33 v.H.	18 v.H.	42 v.H.
Untere soziale Rangstufe	1 v.H.	4 v.H.	4 v.H.	27 v.H.

Quelle: Bohnsack, Else, Berufliche Umschichtungen bei Vertriebenen und bei (nichtvertriebenen) Kriegssachgeschädigten in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 - 1965, in: AWR-Bulletin (Wien), 4.(13.) Jahrgang, Nr. 1, 1966, S. 49; zit. nach: Schlau, Wilfried, Politik und Bewußtsein - Voraussetzungen und Strukturen politischer Bildung in ländlichen Gemeinden, Sonderdruck der Kapitel 1 und 2 des Fünften Teils, Köln o.J., S. 542

- Einem Ausgleich mit den sozialistischen Staaten konnte mit dem Hinweis auf deren "verbrecherisches" Herrschaftssystem, der Unwandelbarkeit ihrer revolutionären und expansiven Ideologie und Politik begegnet werden.

Die landsmannschaftlichen Funktionäre waren zu einer rationalen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus nicht in der Lage. Dr. Walter Rinke artikulierte die Ostvertriebenen als "das Penicillin gegen diese Seuche"[125]; damit werde "unseren westdeutschen Brüdern und Schwestern" von den "vom Schicksal geschlagenen Heimatvertriebenen" ein großes, "nicht hoch genug einzuschätzendes Geschenk" gemacht.[126]

Die Aktivierung eines unreflektierten Antikommunismus implizierte nicht nur defensive Ziele, sondern auch offensive: "Wenn es um das Leben der Nation geht - und der Kommunismus ist eine Lebensbedrohung - darf man nicht zimperlich sein."[127] Ferner wurde die Vorstellung von einer "Befreiungspolitik der unterdrückten Ostvölker"[128] dargelegt, die dann auch zur Wiedervereinigung und zur Rückkehr in die Heimat führen mußte.

Der von den Vertriebenenverbänden propagierte Antikommunismus verfügte über eine starke Integrationswirkung nicht nur innerhalb dieser Organisationen, er war auch geeignet, die organisierten Vertriebenen in das politische Leben des westdeutschen Staates einzugliedern, weil die antikommunistischen Grundhaltung, wie Kurt Sontheimer betont, von der extremen Rechten bis zu den staatstragenden Parteien geteilt wurde.[129]
Man könnte sogar überspitzt feststellen, daß es Repräsentanten

---

125) Rinke, Walter, Mehr ostpolitische Aktivität, in: Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 4. Jg., Nr. 39, Dezember 1952, S. 1
126) ders., daselbst
127) ders., daselbst
128) ders., daselbst
129) Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1968, S. 340

der staatstragenden Parteien waren, die u.a. auch die Landsmannschaften zur Fortführung ihrer antikommunistischen Agitation ermutigten.[130]

Die klare antikommunistische Haltung kann m.E. noch nicht ausreichen, als Indiz für eine Orientierung zum Rechtsradikalismus gewertet zu werden, denn die betonte Frontstellung gegen den Kommunismus reichte lange Zeit aus, um als Demokrat akzeptiert zu werden.[131]

5. 3 Nationale Selbständigkeit

Die Verknüpfung des Antikommunismus mit den Forderungen, die osteuropäischen Völker von kommunistischer Herrschaft zu befreien, verstärkte die nationalistische Note landsmannschaftlicher Gesinnung.

Die starke Betonung der nationalen Selbständigkeit erfolgte durch die landsmannschaftlichen Funktionäre während der Debatte um den deutschen Wehrbeitrag. Im Aufbau neuer Streitkräfte sahen sie die Chance, den Selbstbehauptungswillen des westdeutschen Staates zu stärken: "Es hat noch niemals einen Staat in der Geschichte gegeben, der seine segensreiche Ordnungsfunktion erfüllen konnte, wenn er nicht die Würde einer eigenen Wehr als sinnvollen Ausdruck seines Selbstbehauptungswillens besaß."[132]

Mit der "eigenen Wehr" verbanden die Landsmannschaften jedoch keinen positiven oder negativen Bezug zum Westen oder Osten, sondern die Streitkräfte sollten vielmehr dazu dienen, die aussen- und innenpolitische Unabhängigkeit der BRD zu stärken:

---

130) Gaida weist in diesem Zusammenhang auf einen Ausspruch Adenauers hin, der diese These untermauert: "Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten ... denn sie leben in Ostdeutschland in Sklaverei und Knechtschaft." in: Das Ostpreußenblatt, 4. Jg. Folge 26, 15. 9. 1953, S. 2 (Unser Ziel ist die Befreiung), zit.n. Gaida, H.-J., Die offiziellen Organe ..., S. 293

131) so Sontheimer, Kurt, daselbst, S. 340

132) Gille, Alfred, Gedanken zum deutschen Wehrbeitrag, in: Das Ostpreußenblatt, 2. Jg., Folge 19, 5. 10. 1951, S. 1

"Wenn wir uns dazu entschließen, den Wehrwillen, der jeder gesunden unangekränkelten Jugend innewohnt, nicht künstlich zu hemmen und zu unterdrücken, sondern ihm wieder seinen natürlichen Raum zu geben, dann bedeutet das weder ein Ja zum Westen noch ein Nein zum Osten. Es bedeutet etwas ganz anderes, nämlich ein offenes, kräftiges Bekenntnis zu unserem neuen deutschen Staat, der sich eigentlich erst mit diesem Schritt aus der unwürdigen Rolle einer Organisation der Besatzungsmächte emporringt zu einem Wesen mit eigenem Wert und nicht entliehener Würde."[133]

Den Vorwurf chauvinistisch zu sein, entkräfteten die Landsmannschaften durch den Hinweis auf die Leistungen Preußens und der Donaumonarchie, die im Osten "Frieden und Ordnung" geschaffen hätten.[134] Die historische Aufgabe Preußens als Ordnungsmacht im Osten vollzog sich nach der Überzeugung landsmannschaftlicher Sprecher nur durch den Verzicht auf Chauvinismus:

"Wir wissen genau, daß die Giftpflanze des Chauvinismus nicht auf märkischem Sand gewachsen, sondern aus dem Westen zu uns gekommen ist. Preußen und die Donaumonarchie hätten ihre große geschichtliche Ordnungsaufgabe im Osten nicht erfüllen können, wenn sie sich diesem Gift aus der Französischen Revolution hingegeben hätten. Achtung vor Menschen und seiner Freiheit, Achtung vor fremdem Volkstum, ohne das wären sie ihrem Auftrag nicht gewachsen gewesen."[135]

Den landsmannschaftlichen Funktionären war daran gelegen, sich und ihren Anhängern ein Geschichtsbild zu schaffen, das frei war von Schuldkomplexen, um die Bewältigung der Vergangenheit möglichst unklompiziert zu vollziehen. Hitlers Außenpolitik

---

133) ders., daselbst
134) "- Die Preußen leben noch!", in: Das Ostpreußenblatt, 3. Jg., Folge 22, 5. 8. 1952, S. 6
135) So Dr. Gille auf dem "Tag der Heimat" 1952, zit. in dem Art.: - Die Preußen leben noch!, daselbst

wurde höchst eigenwillig interpretiert. So versuchte Albert Karl Simon[136], das Münchener Abkommen als ein Vertragswerk darzustellen, das "das Selbstbestimmungsrecht zum staatstragenden Prinzip in Mitteleuropa" erhob. Die Vernichtung der CSR durch Hitler wurde von Simon folgendermaßen kommentiert: "Der Führer und Reichskanzler war weiter bestrebt, im Zuge seiner Ostpolitik die tschechoslowakische Republik als einen Satelliten der Sowjetunion und Frankreichs zu beseitigen."[137]

Dieses Geschichtsbild, das einer kritischen Betrachtung nicht standhalten kann, übt in den Landsmannschaften eine wesentliche Funktion aus. Es soll darstellen, daß die Ordnungsaufgabe der Deutschen in Mittel- und Osteuropa lediglich unterbrochen worden ist und es nunmehr darauf ankomme, sich für die Befreiung der osteuropäischen Völker vom "kommunistischen Joch" einzusetzen: "Wir haben ein Recht, auch für sie zu sprechen, denn die Weltordnung wird immer brüchig bleiben, solange Osteuropa dem Abendland und der westlichen Kultur nicht wiedergewonnen ist."[138]

Die nachdrückliche Betonung des nationalen Selbstbewußtseins blieb nicht auf die Landsmannschaften begrenzt. Auf die Äußerungen Adenauers und Schumachers dazu wurde wiederholt hingewiesen. Besonders zu Beginn der 60er Jahre, als die Idee eines politisch vereinten Europas verblaßte, erfolgte auch in der BRD eine "offizielle" Rückbesinnung auf ein Nationalbewußtsein, das durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus in Mißkredit gebracht worden war.[139] Die Landsmannschaften befanden sich mit diesen Vorstellungen also nicht in der Isolation, sie versuch-

---

136) Albert Karl Simon war neben Dr. Rudolf Hilf der engste Mitarbeiter Rudolf Lodgmans, dem ersten Sprecher der SL. Hilf und Simon gehörten der "Kanzlei des Sprechers" an. Simon war auch persönlicher Referent des zweiten Sprechers, Seebohm. Zur Zeit ist er Leiter des "Hauses des deutschen Ostens" in München.
137) zit. nach: Fetscher, Iring, Rechtsradikalismus, Frankfurt am Main 1967², S. 26
138) Dr. Gille auf dem "Tag der Heimat" 1952, Zitat in: "-Die Preußen leben noch!", daselbst, S. 6
139) Vgl. Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1968, S. 334, 335

ten auf ihre Weise vereinfacht die Politik der Bundesrepublik und auch der Vereinigten Staaten (roll back-Strategie) zu Beginn der 50er Jahre zu begreifen: "Gott sei Dank sind wir nicht die einzigen, die bereit sind, den Kampf gegen den Kommunismus zu führen; die unterdrückten Völker des Ostens rühren sich ebenfalls sehr stark ... Der neue Präsident, General Eisenhower, sowie der kommende Außenminister der USA, John Foster Dulles, sind erklärte Freunde dieser Befreiungspolitik."[140]

Der von den Vertriebenenverbänden wiederholt ausgesprochene Verzicht auf Gewalt in der Verfolgung ihrer Ziele, an dessen Ernsthaftigkeit nicht gezweifelt werden sollte, nahm zu einem gewissen Teil dem verbalen Radikalismus der Verbandssprecher die aggressive Note. Es bleibt festzuhalten, daß das politische Klima der Bundesrepublik nationalistische Ressentiments enthielt, die durch den ökonomischen Aufstieg zwar latent blieben, aber mit der offiziellen Änderung außenpolitischer Zielvorstellungen dann schließlich doch durchbrachen.

5.4 "Starker Staat" und politische Tugenden

In diesem Zusammenhang erscheint ein Hinweis auf das Demokratieverständnis der Landsmannschaften erforderlich.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung wurde von den Landsmannschaften nie offen in Frage gestellt. Sie betonen, daß sie im Kampf um ihre Ziele keine anderen als die demokratisch zulässigen Mittel verwenden werden und daß sie gegebenenfalls für den demokratischen Staat einstehen werden. Charakteristisch für die landsmannschaftliche Führungsschicht ist, nach Überwindung erster Orientierungsschwierigkeiten in der Frühphase landsmannschaftlicher Entwicklung, die enge Zusammenarbeit mit alle

140) Rinke, Walter, Mehr ostpolitische Aktivität!, in: Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 4. Jg., Nr. 39, Dezember 1952, Folge 3, S. 2

im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der KPD), wobei eine Konzentration auf die großen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP erfolgte. Dabei waren gewiß pragmatische Überlegungen in Hinblick auf den sozialpolitischen Bereich nicht ohne Bedeutung. Es wäre aber höchst gewagt zu unterstellen, daß es den parteigebundenen landsmannschaftlichen Funktionären an genügendem Engagement für den neuen Staat mangelte. Auch vor und während der nationalsozialistischen Ära bewiesen viele[141] durch praktisches Handeln ihre Ablehnung gegenüber einem totalitären Herrschaftssystem. Ihnen mag aus ihrem konservativen Selbstverständnis heraus im einzelnen die Demokratisierung der Gesellschaft zu weit gegangen sein. Ihr Widerstand setzte gegen den Staat dort ein, wo sie rechtsstaatliche Grundsätze mißachtet sahen und wo sie staatliches Handeln als unsittlich empfanden. Von Ottomar Schreiber wird - um nur ein Beispiel zu nennen - folgendes berichtet:
"Als der Gauleiter Erich Koch 1940/41 durch einen Vertrauensmann zahlreiche Grundstücke aus jüdischem Besitz in Memel aufkaufte, verlangte er die Hinzuziehung eines Sachverständigen, der die Grundstücke weit unter ihrem tatsächlichen Wert einschätzte. Als Schreiber das ablehnte, forderte Koch von dem Präsidenten der Kammer seine Entlassung, und dieser mußte dem Druck nachgeben, obgleich er anerkannte, daß sein Syndikus pflichtgemäß gehandelt hatte."[142]

Dennoch muß festgestellt werden, daß auch die konservativen Demokraten in den Landsmannschaften Schwierigkeiten haben, die pluralistische Ordnung der Bundesrepublik voll zu akzeptieren und zu verstehen. Sie sehen im Staat immer noch ein Instrument,

---

141) Es sei nur darauf hingewiesen, daß Lukaschek Verfolgter des Naziregimes war; Hans Schütz arbeitete in der christlichsozialen Arbeiterbewegung des Sudetenlandes, Wenzel Jaksch war der letzte Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei in der CSR.

142) Schreiber war damals als Syndikus der Industrie- und Handelskammer des Memelgebietes tätig. Zitat in: Schreiber, Ottomar, Erbe und Aufgabe des deutschen Ostens - Reden und Aufsätze, hrsg. von Gause, Fritz, München 1955, S. 9

das möglichst vom Einfluß der Parteien und Interessengruppen freigehalten werden sollte. Dabei übersehen die landsmannschaftlichen Funktionäre, daß sie selbst durch ihre Forderungen auf die Politik des Staates einwirken wollen. Dieser logische Bruch wird von den Landsmannschaften dadurch geheilt, daß sie nach ihrem Selbstverständnis nicht als Interessenvertreter auftreten, sondern als Sachwalter ihrer Heimat.

Indem sich die Landsmannschaften eine Wertskala ihres Handelns zumessen, die durch "Pflichttreue und Zuverlässigkeit, (den) Sinn für Ordnung und Sparsamkeit, die Sauberkeit innen und außen, die Verachtung hohler Phrasen und Schlagworte"[143] gekennzeichnet ist, ist ihr Verständnis für den komplizierten Willensbildungsprozeß eines demokratischen Gemeinwesens von vornherein gemindert. Sie sind allzu leicht geneigt, den oft langwierigen demokratischen Entscheidungsprozeß herabzusetzen. Der "klaren Entscheidung" und "schnellem Handeln" wird stärkere Bedeutung zugeordnet als dem Ausgleich der Interessen: "Die deutsche Demokratie darf nicht noch einmal mit 'Schwäche' verwechselt werden, sonst landen wir wieder eines Tages in der Unfreiheit. Mit Deklamationen und geistvollen Druckschriften, die in der Regel nur von wenigen gelesen werden, ist es nicht getan ... Jetzt heißt es handeln, und zwar schnell handeln, wenn man im kalten Krieg 1. Sieger bleiben will."[144]

Daß die Parteien entscheidende Kräfte bei der politischen Willensbildung sind, will den Landsmannschaften ebenfalls nur schwer einleuchten. Ein in der Vertriebenenpresse ständig wiederkehrender Topos ist der vom Parteiengezänk. Man kann sich eine "gute" Politik nur vorstellen, wenn sie frei ist von "parteipolitischen Interessen, persönliche(n) Ambitionen und der

143) Grosse, Walter, Jedem das Seine, jedem sein Recht - Fünf Jahre nach der Zerschlagung Preußens, in: Das Ostpreußenblatt, 3. Jg., Folge 5, 15. 2. 1952, S. 2
144) Rinke, Walter, Mehr ostpolitische Aktivität, in: Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 4. Jg., Nr. 39, Dezember 1952, Folge 3, S.2

Angst vor mannhaften Entschlüssen;"[145] "man diskutiert, obwohl Handeln das dringendste Gebot der Stunde ist."[146]

Bei der Beurteilung politischer Prozesse wird die markige Sprache des Akteurs manchmal sogar höher eingeschätzt, als sein Erfolg: "Mit weichen Knien und allgemeinen Redensarten ist noch nie etwas Entscheidendes erreicht worden (auch nicht beim Lastenausgleich! D. Red.). Lieber einmal eine zu kräftige Sprache führen, als überhaupt nichts zu tun!"[147]

Mit der Umschreibung dieses Politikverständnisses durch bestimmte "politische" Tugenden ("Sauberkeit und Ordnung"), die auch durch ihre fortwährende Wiederholung keine inhaltliche Ausprägung erfahren, pflegen die Landsmannschaften "beständig die Zweifel an der Zweckmäßigkeit und Effizienz der pluralistisch-demokratischen Ordnungsstruktur der Gesellschaft."[148]

5.5 Ergebnis

Zusammenfassend läßt sich folgende Aussage treffen:
Eine exakte ideologische Einordnung der Landsmannschaften kann nicht vorgenommen werden. Erkennbar ist eine ausgeprägte konservative Grundhaltung der landsmannschaftlichen Funktionäre. Eine offene Ablehnung des demokratischen Staates erfolgt nicht

Die Landsmannschaften waren und sind der latenten Gefahr ausgesetzt, daß sie nationalistischen Forderungen und Parolen aus Mangel an Einsicht in die Möglichkeiten westdeutscher Außenpolitik mehr Raum geben als dem von ihnen mehrmals verkündeten

---

145) Petzold, Curt, Irrwege der Politik, in: Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 3. Jg., Nr. 20, 15. 7. 1951, S. 2
146) - Das wichtigste Glied in der Kette; in:Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 3. Jg., Nr. 4, 5.2.1951, S. 2
147) Rinke, Walter, "Ach, diese Landsmannschaften ...!", in: Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 4. Jg., Nr. 17, 15. 6. 1952, S. 1
148) Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1968, S. 338

Verständigungswillen mit den osteuropäischen Völkern.

Das Demokratieverständnis trägt ausgeprägte antipluralistische Züge, die Nähe zu rechtsradikalen Ideologievorstellungen erscheint an diesem Punkt besonders gravierend.

Der von den Landsmannschaften propagierte sterile Dezisionismus, der Glaube an die Höherwertigkeit eines von partikularistischen Einflüssen freien Staates, deutet an, daß auch die Landsmannschaften sich nicht frei gemacht haben von einem autoritären und demokratiefeindlichen Politikverständnis. Eine klare Abgrenzung zum Rechtsradikalismus ist daher nicht möglich.

Teil III: Die Entwicklung der ostdeutschen Landsmannschaften bis zur Gründung des "Verbandes der Landsmannschaften" (VdL) 1952

1. Vorbemerkung

Die Entwicklung der ostdeutschen Landsmannschaften soll bis zur 1952 erfolgten Gründung des "Verbandes der Landsmannschaften" (VdL) untersucht werden.

Die Gründung des VdL ist deshalb als Abschluß gewählt worden, weil sich damit die Landsmannschaften konsolidiert hatten.

Diese Konsolidierung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als abzusehen war, daß die wichtigste gesetzgeberische Arbeit, die durch das Vertriebenenproblem erforderlich geworden war, ihrem Abschluß zuging. Die Bedeutung des ZvD sollte zwar danach noch für einige Zeit bestehen bleiben, doch Kathers Verband hatte seine Schuldigkeit im wesentlichen getan.

Die Landsmannschaften hatten diese Entwicklung erkannt. Sie waren nun umso mehr der Überzeugung, daß nur ihr heimatpolitisches Programm der organisierten Vertriebenenbewegung das Überleben sichern könnte.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen, war zum unbestrittenen Führer der landsmannschaftlichen Bewegung geworden. Die Entwicklung der Landsmannschaften bis 1952 ist charakterisiert durch den wechselvollen Kampf um diesen Führungsanspruch.
Deshalb muß notwendigerweise die Rolle der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) und ihres Sprechers in der folgenden Analyse im Vordergrund stehen.

Dafür spricht auch der interessante Umstand, daß es der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1952 definitiv gelang, den Anspruch der nichtreichsdeutschen Landsmannschaften auf gleichberechtigte Vertretung ihrer Forderungen inner- und außerhalb des neuen landsmannschaftlichen Verbandes durchzusetzen.

2. Ausgangssituation in Bayern

Die landsmannschaftliche Entwicklung in Bayern soll nur soweit untersucht werden, wie an ihr deutlich zu machen ist, warum es der SL gelang, über Bayern hinaus entscheidenden Einfluß auf den VOL bzw. den VdL zu erhalten.
Dabei treten z.B. Fragen der Organisation, die für eine ausführliche regionale Analyse konstitutiven Charakter hätten, in den Hintergrund.
Entscheidend für die vertriebenenpolitische Entwicklung in Bayern ist die auffällige Konzentration der Sudetendeutschen in diesem Raum.[1)]

Die Bemühungen zur organisatorischen Zusammenfassung der Angehörigen dieser Volksgruppe mußte Vorbildcharakter für andere haben, insbesondere auch deshalb, weil bis in das Jahr 1948 hinein nur wenige Kontakte zu den Vertriebenengruppen in der britischen Zone bestanden. Den Sudetendeutschen kam aber noch ein anderer Umstand zu Hilfe, der sich nun auszahlen sollte. Sie waren als nationale Minderheit in der CSR den vielfältigsten Pressionen ausgesetzt. Tschechoslowakische Politiker machten schon frühzeitig deutlich, daß die Deutschen nur mit äußerst begrenzter Unterstützung ihrer Forderungen nach Selbstbestimmung rechnen durften:
"Für diese Landesfremden wird man vielleicht einen gewissen modus vivendi schaffen, und wenn sie sich als loyale Bürger

1) Vgl. Lendl, Egon, Wandel der Kulturlandschaft, S. 470; in: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. I, Kiel 1959

erweisen, ist es möglich, daß ihnen unser Parlament, zumindest auf dem Gebiet des öffentlichen Unterrichts igendeine Autonomie bewilligt. Im übrigen bin ich davon überzeugt, daß eine sehr rasche Entgermanisierung dieser Gebiete vor sich gehen wird."[2)]

Die Sudetendeutschen lernten, sich gegen einen Staat zu behaupten, der sie als Fremdkörper betrachtete. Der Kampf um Autonomierechte, der heute noch als sog. Volkstumskampf bezeichnet wird, veranlaßte die politisch aktiven Sudetendeutschen nach Ersatzorganisationen zu suchen.
In ihren Genossenschaften und Parteien schufen sie sich Gebilde, die sie weitgehend unabhängig machten von dem Staat in dem sie lebten, sie entwickelten eine eigene politische Kultur.

Den Sudetendeutschen fiel es daher nach der Vertreibung leichter, sich in den Westzonen zu orientieren. Sie verließen sich nicht auf den schützenden Staat, wie es die Vertriebenen aus dem Osten des ehemaligen Deutschen Reiches taten. Für die Sudetendeutschen kam es darauf an, die politischen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit in den Westzonen zu nutzen. Ihr Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland und zu deren erster Regierung war deshalb durchaus nicht konfliktfrei.
Während die Vertreter der "reichsdeutschen" Landsmannschaften mit der Gründung der BRD - ähnlich wie Repräsentanten des neuen Staates - die Kontinuität staatlichen Lebens wiederhergestellt sahen[3)] und nach Wegen suchten, um sich möglichst reibungslos einzuordnen, fiel es den Sudetendeutschen schwerer, diesen Schritt zu vollziehen.

---

2) so Masaryk, Präsident der CSR, in einem Interview mit der Zeitung "Matin", 10. 1. 1919; zit. nach: Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916-1967, hrsg. v. Nittner, Ernst (Ackermann-Gemeinde), München 1967, S. 62, Quelle 31; zukünftig zit. als: Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916-1967, S.
3) Vgl. zur Rechtslage Deutschlands und zur Identitätslehre: Maunz, Theodor, Deutsches Staatsrecht, 16. Aufl., München 1968, S. 15 f.

Zwar waren die politischen Aktivitäten der Sudetendeutschen bzw. der SL nicht gegen den bundesdeutschen Staat gerichtet, doch waren Versuche zu verzeichnen, z.B. unabhängig von der westdeutschen Außenpolitik eigene Aktivitäten zu entfalten (Kontakte zu Otto v. Habsburg, Pius XII, Exiltschechen usw.), die vom Auswärtigen Amt mit einiger Skepsis verfolgt wurden.

Um diese Entwicklung verstehen zu können, muß im Kontext dieser Arbeit auf die historischen Ursachen der sudetendeutschen Sonderstellung hingewiesen werden.

2.1 Formen und Auswirkungen des politischen Kampfes der Sudetendeutschen in der CSR

Noch vor dem Zusammenbruch der Mittelmächte gelang es den tschechischen Politikern Benesch und Masaryk, die Anerkennung ihrer Exilregierung durch Frankreich, England und die USA zu erlangen.[4] Der tschechische Nationalstaat war damit aus der Taufe gehoben. Die Deutschen der Sudetenländer hofften im Oktober 1918 noch, den Anschluß an Deutsch-Österreich vollziehen zu können.[5]

An die Spitze der Landesregierung Deutschböhmens stellten die Abgeordneten, nachdem Raphael Pacher schnell aus diesem Amt ausgeschieden war, Dr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen. Ihm zur Seite standen Josef Seliger (Sozialdemokrat) und Wilhelm Meixner (Agrarier) als Vertreter. Die schlesischen und nordmährischen Abgeordneten, die Robert Freißler zum Landeshauptmann wählten, suchten ebenfalls als selbständige Provinz "Sudetenland" den Anschluß. Zu Beginn des Novembers 1918 konstituierten sich schließlich noch die Kreise "Deutschsüdmähren" und

4) Vgl. dazu: Simon, Albert Karl, Rudolf Ritter Lodgman von Auen, S. 709; in: Festschrift Schütz
5) Vgl. auch desweiteren denselben, daselbst, S. 710 ff.

"Böhmerwaldgau" und proklamierten gleichzeitig den Anschluß an Nieder- bzw. Oberösterreich.
Den Plänen des Anschlusses aber stand der Wille der tschechischen Staatsgründer entgegen, ihr Staatsgebiet nicht zerstükkeln zu lassen. Sie verfügten über die Unterstützung vor allem Frankreichs und konnten sich schließlich durchsetzen.
Während der Friedensverhandlungen machte die Regierung der CSR zwar noch in diversen Noten ihren scheinbaren Willen deutlich, den neuen Staat nach dem "Schweizer Modell" zu organisieren,[6] doch standen diese Willensäußerungen in diametralem Gegensatz zu den Handlungen der neuen Männer in Prag. Ihre Sprache war - wie Wenzel Jaksch feststellte - die harte Sprache der Sieger.[7]
Masaryk selbst, der während des Jahres 1918 noch einen Ausgleich mit den Deutschen erwogen hatte, machte in seiner Antrittsbotschaft vom 22. Dezember 1918 deutlich, daß hier ein tschechoslowakischer Nationalstaat entstehen sollte, der den Forderungen nach Selbstbestimmung bzw. weitgehender Autonomie der Minderheiten nicht entsprechen wollte und konnte:
"Ich wiederhole: Wir haben unseren Staat errichtet; dadurch wird die staatsrechtliche Stellung unserer Deutschen bestimmt, die ursprünglich als Emigranten und Kolonisten ins Land kamen.[+] Wir haben das volle Recht auf den Reichtum unseres Gebietes, das unentbehrlich ist für unsere Industrie der Deutschen unter uns. Wir wollen und können nicht unsere beträchtliche tschechische Minderheit im sogenannten deutschen Gebiet opfern."[8]

Der erste Ministerpräsident der CSR, Kramarsch, machte noch deutlicher, was aus den Plänen zum Nationalitätenföderalismus geworden war: "Unser Staat wird natürlich ein tschechischer Staat sein, wie wir ihn uns mit Blut und Leiden erkämpft haben."[9]

---

6) Vgl. dazu Note der Tschechoslowakischen Regierung an die Friedenskonferenz in Paris v. 20. 5. 1920, in: Habel, Fritz Peter, Dokumentensammlung zur Sudetenfrage, 3. erw. Aufl., München 1962
7) Jaksch, Wenzel, Europas Weg nach Potsdam, Köln 1970, S. 191
8) zit. nach Jaksch, Wenzel, daselbst, S. 192
9) zit. nach Jaksch, Wenzel, daselbst, S. 226
+) im Text gesperrt.

Die vorläufige Nationalversammlung schließlich, die die Verfassung beriet, schloß Deutsche, Magyaren und Karpato-Ukrainer von den Verhandlungen aus. Verschiedene Gesetze, insbesondere das Sprachengesetz, das die tschechische Sprache zur "staatlich offiziellen Sprache" erhob, unterstrichen den Charakter des tschechoslowakischen Nationalstaates.

Die praktischen Auswirkungen solcher Maßnahmen führten zur Verdrängung gerade der mittleren und unteren sudetendeutschen Beamten aus dem öffentlichen Dienst, wenn diese nicht in der Lage waren, die tschechische Sprachprüfung erfolgreich abzulegen.

Die Pressionen waren gewiß unterschiedlicher Natur; sie machten den Minderheiten aber klar, daß der neue Staat ihre verantwortliche und angemessene Beteiligung am politischen Leben zumindest von ihrem weitgehenden Wohlverhalten abhängig machen würde.

2.1.1 Konsequenzen der Sudetendeutschen

Die Alternativen politischen Handelns der Sudetendeutschen beschränkten sich im wesentlichen auf drei Möglichkeiten, die schwierigste von ihnen war der Versuch, die Realitäten anzuerkennen und im Staat mitzuarbeiten, um damit eine Revision der drückenden Realitäten zu erreichen. Vertreter dieser Richtung hatten sowohl gegen das Mißtrauen der tschechoslowakischen Politiker als auch gegen das der eigenen Landsleute anzukämpfen. Sie sahen sich dem Verdacht der Kollaboration ausgesetzt, nur ein Erfolg ihrer Bemühungen hätte sie von diesem "Makel" befreien können. Diese Richtung sudetendeutscher Politik, die als Aktivismus umschrieben wurde, barg aber auch die Chance, in der CSR ein Modell zu entwickeln, das geeignet gewesen wäre, nicht nur auf die Beziehungen der verschiedenen nationalen Gruppen innerhalb des tschechoslowakischen Staates zu wirken. Nicht umsonst setzte diese Politik um 1925/26 ein, als Stresemann den

Ausgleich mit dem westlichen Nachbarn suchte.

Die zweite Möglichkeit sudetendeutscher Politik lag in der absoluten Verweigerung, sie fand ihre treffende Charakterisierung mit dem Begriff des Negativismus. Die Vertreter dieser Richtung hatten jeden Versuch aufgegeben, über Kontakte mit tschechoslowakischen Politikern Anknüpfungspunkte für eine gemeinsame Entwicklung zu suchen. Zwar konnten sich diese Sudetendeutschen einreden, höchst ehrenhaft zu handeln, doch mußte ihnen auch klar sein, mit dieser Politik jeden Ansatz zu konstruktiven Änderungen im Verhältnis der Deutschen und Tschechen sehr stark zu belasten. Sie förderten mit ihrem Verhalten die verhängnisvolle Politik der dritten Gruppe, die über den Negativismus hinausging und konsequent gegen den tschechoslowakischen Staat arbeitete.

2.1.2 Die Akteure

Schon auf dem Gründungsparteitag der "Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei" (DSAP) in Teplitz-Schönau (30. 8. - 3. 9. 1919) sprach sich deren Vorsitzender, Josef Seliger, dafür aus, daß die Sozialdemokraten zur mitgestaltenden Kraft werden müßten:

"Überhaupt möchte ich in Bezug auf die Abstinenzpolitik noch sagen, es kann schon sein, daß in manchen Köpfen die Meinung auftaucht, wir könnten uns auf den Standpunkt stellen, wir seien in diesen Staat hineingestellt worden ohne unseren Willen, wir haben nichts damit zu tun, die anderen mögen machen, was sie wollen ... Die Sozialdemokratie wird unter allen Umständen, auf welchem Boden auch immer, arbeiten und kämpfen."[10]

Die Tragik der sudetendeutschen Sozialdemokraten war, daß ihr Vorsitzender schon 1920, nachdem es ihm noch gelungen war, die

10) zit.nach Paul, Ernst, Was nicht in den Geschichtsbüchern steht, Ruhm und Tragik der sudetendeutschen Arbeiterbewegung, Teil II: Schicksalhafte Jahre 1914-1938, München 1966, S. 37, zukünftig zit. als: Paul, E., Was nicht in den Geschichtsbüchern steht, S.

Spaltung der DSAP vorerst zu verhindern, verstarb. Hinzu kam, daß Ministerpräsident Tusar - als tschechischer Sozialdemokrat - die diskriminierende Nationalitätenpolitik mitvertrat. "Alles, was an Ungerechtigkeiten gegenüber den Deutschen im Staate geschah, erfolgte mit Wissen oder Zustimmung der tschechischen Sozialdemokraten. Trotz aller Proteste wurden in der öffentlichen Meinung auch die sudetendeutschen Sozialdemokraten mit der verfehlten Nationalpolitik der tschechischen Sozialdemokraten belastet."[11] Aufgrund dieser Schwierigkeiten gelang es den deutschen Sozialdemokraten erst 1928, nachdem sie, wie auch ihre tschechische Bruderpartei, bei den Wahlen von 1925 erhebliche Stimmenverluste hinnehmen mußten, in ein konstruktives Gespräch zu treten. Diese Einigung, auf deren Basis dann 1929 der Eintritt deutscher Sozialdemokraten in die Regierung erfolgen konnte, hatte aber den wesentlichen Mangel, daß das Nationalitätenproblem weitgehend ausgeklammert wurde.[12]

Schon früher als es den Sozialdemokraten möglich war, fand ein Teil der bürgerlichen Parteien aus beiden Lagern zueinander. Hier waren es insbesondere der "Bund der Landwirte" (BDL), die "Deutsche Christlichsoziale Volkspartei" (DCSVP) und die "Deutsche Gewerbepartei", die den Anschluß suchten und 1926 Vertreter in die Regierung des Ministerpräsidenten Svehla entsandten.[13] Die Hoffnungen, die auf diesen Schritt gesetzt wurden, erfüllten sich für die Akteure nicht. Es blieb bei ihnen der Eindruck haften, daß die Regierungsbeteiligung den tschechoslowakischen Politikern nur als Alibi für das Ausland diente, daß aber eine wirkliche Einbeziehung in das politische Leben der CSR nicht stattfand.[14]

---

11) Paul, E., daselbst, S. 49
12) Vgl. dazu Paul, E., daselbst, S. 64 ff.
13) s. Dokumente zur Sudetendeutschen Frag 1916-1967, S. 98 - 115, Quelle 64 u. 65
14) Die Situation der deutschen Regierungsmitglieder beschreibt Jaksch recht plastisch: "Seitdem ein drohendes Deutschland vor den Toren stand, konnte der tschechische Nationalismus auch unter Berufung auf die Staatssicherheit Konzessionen an die deutsche Bevölkerung verweigern. So sehr beherrschte die tschechische

Die Wahlen in der CSR machten den Aktivisten deutlich, daß ihr Verhalten von den sudetendeutschen Wählern nicht honoriert wurde. 1935 wurde die "Sudetendeutsche Partei" (SdP) Henleins mit 44 Mandaten zur stärksten Partei, während die Christlichsozialen nur noch über 6, der BDL über 5 und die deutschen Sozialdemokraten über 11 Mandate verfügten.[15)]

Trotz dieser Entwicklung wurde 1936/37 von Vertretern des BDL, der DSAP und der DCSVP der nochmalige Versuch gemacht, den Aktivismus neu zu beleben. Die offene Unterstützung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches für die SdP Henleins ließ unter den Politikern der demokratischen Parteien die Befürchtung wachsen, daß sie bald unter den Einfluß der deutschen Nationalsozialisten geraten würden, wenn sie nicht einen letzten Versuch zur Überwindung der nationalen Spannungen machen würden.

Es waren vor allem die jungen Politiker Wenzel Jaksch (DSAP), Hans Schütz (DCSVP) und Gustav Hacker (BDL), von denen dieser Impuls ausging. Sie leiteten durch gleichlautende Erklärungen auf zeitlich parallelen Veranstaltungen ihrer Parteien den zweiten Abschnitt des Aktivismus ein, der als Neoaktivismus bzw.

Staatsmänner die Erinnerung an ihre eigene Rolle in Österreich, daß ihnen nicht einmal die deutschen Minister vertrauenswürdig erschienen, dem Staatsverteidigungsrat anzugehören. Innerhalb der tschechisch-deutschen Regierungskoalition existierte noch eine engere Koalition der tschechischen Regierungsparteien, welche sich die Behandlung "geheimer Staatssachen" vorbehielt. Die Staatsgesinnung der sudetendeutschen Demokraten wurde damit schwer auf die Probe gestellt. Wollten sie nicht unter die Katastrophenpolitiker gehen und zu Werkzeugen Hitlers werden, mußten sie eine äußerst undankbare Rolle in Kauf nehmen."
Jaksch, Wenzel, Europas Weg nach Potsdam, Köln 1970, S. 270

15) Zum Wahlverhalten der Sudetendeutschen vgl.Habel, Fritz Peter, Dokumentensammlung zur Sudetenfrage, 3. erw. Aufl., München 1962, S. 83; zukünftig zit. als Habel, F.P., Dokumentensammlung ..., S.
Der Verlust im Vergleich zu den vorherigen Wahlen war beträchtlich. Die Sozialdemokraten verfügten davor über 21, der BDL über 16, die DCSVP über 14 Mandate. Zählt man die Mandate der aufgelösten DNP und DNSAP (7 u. 8 Mandate) zusammen und addiert man dazu noch den Mandatsverlust der genannten Parteien, dann erkennt man, daß die 44 Mandate der SdP sich aus den Proteststimmen dieser Unzufriedenen ergaben.

Jungaktivismus bezeichnet wurde. Ihnen war der Aktivismus der 20er Jahre zu defensiv. Sie erklärten, daß sie die CSR auch als ihren Staat ansahen und leiteten daraus für sich die Forderung ab, nicht nur de jure, sondern auch de facto als Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten behandelt zu werden.

Der Neoaktivismus konnte sich in der CSR nicht mehr auswirken. Mit der Beseitigung des unabhängigen Österreich im März 1938 war es für die sudetendeutschen Demokraten nur noch eine Frage der Zeit, wann die CSR ihre Selbständigkeit verlieren würde. Wenzel Jaksch, der noch 1938 Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei wurde, kommentierte diese Entwicklung mit Resignation:

"Jubel und Angst rollten wie eine Flutwelle über das Sudetenland hin. Die Front der aktivistischen Parteien begann zu wanken. Die Reste der Christlichsozialen Partei und des Bundes der Landwirte wurden ins Lager Henleins hinübergeschwemmt. Für die Sozialdemokratie gab es keine Aussicht mehr, als Teil einer demokratischen Europafront zu bestehen. Es blieb nur ein Ausharren auf verlorenem Posten übrig, mit dem heimatverheerenden Krieg oder dem Konzentrationslager vor Augen. Diese Aufgabe fiel der sudetendeutschen Sozialdemokratie zu."[16]

Im Gegensatz zu diesen Bemühungen um einen Ausgleich mit den tschechoslowakischen Politikern stellte sich ein Teil des sudetendeutschen Bürgertums, das dem rechtskonservativen Lager[17] zuzurechnen war, von Anfang an auf einen unversöhnlichen Standpunkt. Es war vor allem Rudolf Lodgman, der sich zum Sprecher dieser Gruppen machte und der auf die Gründung und Entwicklung der "Deutschen Nationalpartei" (DNP) großen Einfluß nahm.

16) Jaksch, Wenzel, Europas Weg nach Potsdam, Köln 1970, S. 302

17) Die Schwierigkeit der ideologischen Einordnung wird an diesem verwendeten Begriff deutlich. Vergleichbar ist diese Strömung sudetendeutscher Politik noch am ehesten mit der Geisteshaltung der Deutschnationalen in der Weimarer Republik.

Lodgman hatte im Jahr 1919 noch die Hoffnung, daß der neue Staat ohne die Mitarbeit der Sudetendeutschen nur schwerlich existieren könnte, deshalb gingen von ihm auch Angebote zum Ausbau des Staates aus:
"Wenn wir schon genötigt sind, tschechoslowakische Staatsbürger zu sein, dann wollen wir es ganz sein, mit allen Rechten, die uns zustehen. Auf dem Boden des tschechischen Staates stehend, haben wir der Welt zu beweisen, daß bei uns keine Geneigtheit besteht, von einem Brosamen zu leben, der vom Tisch des Reichen fällt. Wir haben der Welt zu beweisen, daß wir in uns die Stärke fühlen, uns selbst zur Geltung zu bringen. Wir sind nüchtern genug, zu wissen, daß wir keine Hilfe von außen zu erwarten haben. Wir wissen auch, daß wir uns auf den Völkerbund letzten Endes nicht verlassen können. In unserer eigenen Geschlossenheit und in unserem Willen, uns durchzusetzen, liegt unsere Kraft und unsere Zukunft. Beim Aufbau dieses Staates sind wir nicht gefragt worden. Wir wollen dabei sein, wenn es sich um den Ausbau handelt."[18)]
Dieses Angebot, das im Bewußtsein der eigenen Stärke abgegeben wurde, fand bei den tschechoslowakischen Politikern wenig Gehör vielleicht auch deshalb, weil sie hinter dieser kraftvollen Selbsteinschätzung einen Machtanspruch spürten, den sie nicht erfüllen wollten.

So einheitlich, wie Lodgman glauben machen wollte, war der politische Wille der Sudetendeutschen aber nicht. Als sich 1924 abzuzeichnen begann, daß ein Teil der demokratischen Parteien und auch ein Teil der sudetendeutschen Öffentlichkeit die Zusammenarbeit mit den Tschechoslowaken befürwortete, versuchte er noch einmal die Sudetendeutschen in einer politischen Einheitsfront gegen den Aktivismus zu organisieren. Lodgman, der die Politik des Aktivismus nicht nur für erfolglos, sondern

18) zit. nach Simon, Albert Karl, Rudolf Ritter Lodgman von Auen, S. 716 f.; in: Festschrift Schütz

auch für unehrenhaft hielt,[19] befürchtete, daß der Aktivismus die Kraft der Sudetendeutschen zersplittern würde. Er sah also eine doppelte Bedrohung der Sudetendeutschen, die ausging von der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik, der nur durch Solidarität der deutschen Minderheit zu begegnen war; im Aktivismus erkannte er das Aufgeben dieser Solidarität des Sudetendeutschtums. Lodgman schlug deshalb die Bildung des überparteilichen "Sudetendeutschen Verbandes" vor, unter dessen Dach die sudetendeutschen Parteien sich vereinigen sollten.

Diese Vorstellung Lodgmans, die auch ein bezeichnendes Licht auf sein Demokratieverständnis wirft, muß näher betrachtet werden.

Der "Sudetendeutsche Verband" sollte für ihn eine Repräsentanz des Sudetendeutschtums bilden. Für die Parlamentswahlen schlug Lodgman die Bildung einer Einheitsliste vor, auf der nur Personen kandidieren sollten, die vom Vertrauen aller Sudetendeutschen getragen sein sollten.[20]

Diese Vorstellungen trafen bei den Parteien natürlich auf Ablehnung, weil damit ihre Rolle als Träger der Willensbildung entscheidend reduziert werden sollte. Mit der Anerkennung des "Sudetendeutschen Verbandes" hätten die Parteien ein Organ geschaffen, das als die nationale Repräsentanz der Sudetendeutschen mit einer Autorität ausgestattet gewesen wäre, die möglicherweise selbständiges und abweichendes Handeln der Parteien vom Verband z.B. in der Nationalitätenfrage unmöglich gemacht hätte.
Der Verband wäre nicht nur eine Konkurrenz zu den Parteien geworden, nach dem Konzept Lodgmans sollte er ihnen in bestimmten Fragen sogar übergeordnet sein. Die Idee Lodgmans einer von Parteiinteressen unabhängigen Körperschaft, der nur Persönlichkeiten angehören sollten die das 'sudetendeutsche Gemeinwohl"

19) so sein Biograph Albert Karl Simon, vgl. ders., daselbst, S. 722
20) ders., daselbst, S. 722

vertraten, macht deutlich, daß er die Rolle der Parteien in der modernen Massendemokratie nicht verstehen wollte; sie blieben für ihn Fremdkörper.
Er sah in den Parteien die Interessenvertretungen bestimmter Volksschichten, die nicht als politische Bewegung für das gesamte Volk arbeiten und sprechen konnten. Somit konnten die Parteien auch nicht die Persönlichkeiten auswählen, die als Repräsentanten der gesamten Volksgruppe auftreten konnten, weil diese ja in erster Linie das Parteiinteresse im Auge haben mußten und nicht das Wohl der gesamten Volksgruppe.

Als Lodgman erleben mußte, daß seine Pläne unter den Sudetendeutschen auf Ablehnung stießen, sprach er abfällig vom "Partei-Deutschtum"[21] und zog sich, nachdem er bei den Parlamentswahlen im November 1925 im ersten Wahlgang nicht die nötige Stimmenzahl errang, aus dem politischen Leben zurück.

Sein Rückzug aus der Politik weist neben verletzter Eitelkeit auch auf sein Politikverständnis hin. Als er erkennt, daß er nicht vom Willen der Mehrheit getragen wird, ist er zu taktischen Wendungen nicht bereit. Praktische Gesichtspunkte, die solche Schritte unter Umständen notwendig machen, liegen ihm fern. Seine Niederlage deutet er auch als Ablehnung seiner Person. Daß Politik ein ständiges Ringen um Neuverteilung von Einfluß ist, erkennt er zwar, doch akzeptiert er dies nicht für sich. Lodgman, der meinte, das Wohl aller Sudetendeutschen erkannt zu haben und vertreten zu können, zieht sich resigniert zurück. Er ist nicht der kämpferische Demokrat, sondern ein Edelmann, der es nach seiner Meinung nicht nötig hat, in der Politik zu wirken und auch einmal Niederlagen einzustecken.Die Parlamentswahl von 1925 beweist ihm, daß in der Politik um Interessen "geschachert" wird, der Selbstlose kann diesen Kampf nicht bestehen.

---

21) Vgl. Simon, Albert Karl, daselbst, S. 722

Zurück blieb bei ihm ein tiefverwurzeltes Mißtrauen gegenüber den politischen Parteien, das ihn noch lange nach 1945 in seinen Handlungen bestimmte.

Die Einsicht in das Machbare blieb den Negativisten in der CSR verschlossen. Sie sahen nicht ein, daß die Verteidigung hehrer Prinzipien das Leben der Sudetendeutschen in der CSR erst recht nicht erleichtern konnte. Die sterile Politik des Negativismus, die von Vorstellungen des "Alles-oder-Nichts" nicht frei war, ebnete aber den Weg für radikalere Gruppen.

Auf dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise, die sich auch in der CSR zu einer politischen Krise entwickelte, wurde der Weg frei für eine Bewegung, die ebenfalls negativistisch ausgerichtet war, aber die im Unterschied zum alten Negativismus in der Lage war, die Straße zu mobilisieren.

Seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten im Deutschen Reich ging es dort scheinbar aufwärts. Während aus dem Land mit über sechs Millionen Arbeitslosen ein wirtschaftlich prosperierender Staat wurde, zeigte sich in der CSR ein merkwürdiges Bild: "Die Arbeitslosigkeit in den tschechischen Gebieten Böhmens und Mährens war mit dem Abklingen der Wirtschaftskrise bis auf unbedeutende Reste verschwunden,weil auch die Entstehung neuer Industrien besonders in den inneren Landesteilen gefördert worden war. Die Bilanz des Wirtschaftsnationalismus von eineinhalb Jahrzehnten drückte sich nunmehr klar in der Sprache der Arbeitslosenziffern aus. Die Arbeitslosigkeit, die in den tschechischen Gebieten überwunden war, hatte sich von 1933 bis 1935 in weiten Teilen des hochindustrialisierten Sudetenlandes stabilisiert."[22)]
Hinzu kam, daß das Deutsche Reich, nach einer Phase des internationalen Mißtrauens, zu einer anerkannten Macht wurde. Die Zeiten der Weimarer Republik, in denen vergeblich um außenpolitische Reputation gerungen wurde, in der ausländische Staats-

22) Jaksch, Wenzel, Europas Weg nach Potsdam, Köln 1970, S. 272

oberhäupter bis auf eine Ausnahme keine Besuche abstatteten, war vergangen.Das Deutsche Reich entwickelte sich zu einem Kraftzentrum, daß durch spektakuläre Maßnahmen (Wehrpflicht, Besetzung des Rheinlandes usw.) Furcht, aber auch Achtung verbreitete.

Diese Politik blieb nicht ohne Einfluß auf einen großen Teil der Sudetendeutschen. Die sog. Erdrutschwahlen vom 19. Mai 1935, bei denen die SdP zwei Drittel aller Stimmen der Sudetendeutschen erhielt, waren eine Absage an den Aktivismus und eine Bejahung des radikalen Negativismus.
Gefördert wurde diese Entwicklung indirekt auch durch die tschechoslowakische Politik. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Deutschen Reich verschärfte sich schließlich auch der Druck auf die nationalistischen Parteien in der CSR (DNP und DNSAP), die dann zur Selbstauflösung gezwungen wurden. Die nun heimatlos gewordenen Rechten wurden von der "Sudetendeutschen Heimatfront" (SHF) Henleins aufgefangen. Interessanterweise enthielt der Gründungsaufruf Henleins zur SHF aktivistische Elemente.[23] Wie der Biograph Lodgmans feststellte, war dies der entscheidende Grund für den in Zurückgezogenheit lebenden Politiker, sich der SHF nicht anzuschließen.

Inwieweit die Anerkennung der CSR und das Angebot zur Mitarbeit nur ein taktischer Winkelzug Henleins war, um sich dem Verbot seiner Bewegung zu entziehen, ist heute schwer nachprüfbar. Dr. Walter Brand, der heute noch ein führendes Mitglied des Witiko-Bundes ist, behauptete, daß Henlein in dieser Frühphase ernsthaft auf der Grundlage des tschechoslowakischen Staates

---

23) Im Gründungsaufruf heißt es u.a.:
"Die 'Sudetendeutsche Heimatfront' wird auf dem Boden, auf den uns das Schicksal gestellt hat, unter Anerkennung des Staates, bei Einsatz aller gesetzlich zulässigen Mittel an der Erreichung dieser Ziele arbeiten." Aufruf Konrad Henleins zur Gründung der "Sudetendeutschen Heimatfront" vom 1. 10. 1933, in: Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916-1967, S. 124, Quelle 73

arbeiten wollte.[24]

Die SHF, die sich kurz vor den Wahlen von 1935 in "Sudetendeutsche Partei" (SdP) umbenannte, verband verschiedene politische Gruppen, die wichtigsten waren wohl der "Aufbruch-Kreis", den Karl Hermann Frank anführte und in dem sich die Nationalsozialisten zusammenfanden und der "Kameradschaftsbund" (KB) - ein Männerbund -, der unter dem starken Einfluß der Lehren Othmar Spanns stand.

Während Frank enge Kontakte über die "Volksdeutsche Mittelstelle" zu den Nationalsozialisten im Deutschen Reich unterhielt und sehr frühzeitig für den "Anschluß" kämpfte, setzte sich der KB, dem neben Brand auch der heutige CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Walter Becher angehörte, für eine "sudetendeutsche" Politik ein.

Die jungen Intellektuellen, die sich im KB zusammenfanden und die nach der Zerschlagung der CSR durch Hitler, Diffamierungen und zum Teil besonderen Verfolgungen[25] ausgesetzt waren, befürworteten eine Politik der weitgehenden Autonomie der Sudetendeutschen in der CSR. Der Einfluß Spanns drückte sich darin aus, daß sie sich für eine ständestaatliche Neuordnung einsetzten, die nach ihrer Ansicht den Weg zwischen Scylla und Charybdis, also zwischen einer "gleichmacherischen Demokratie" und einer totalitären Diktatur darstellte. Deshalb erschien ihnen natürlich der Anschluß an das Deutsche Reich als nicht erstrebenswert. Sie mußten sich aus diesem Grunde den Vorwurf der "völkischen Unzuverlässigkeit", des "Jesuitischen" usw. gefallen lassen.[26] Damit hatte der KB, der sich als intellektueller Führungskreis

---

24) Rückblick und Beurteilung: Walter Brand über die innere Struktur der SHF (1949), daselbst, S. 302 ff., Quelle 204

25) So ist einigen Mitgliedern der Vorwurf gleichgeschlechtlicher Beziehungen gemacht worden; ein Vorwurf, der dazu diente, den KB schließlich aus der SdP auszuschalten. Wie stark diese Diffamierungen noch nach 1945 wirkten, wird daran deutlich, daß führende Funktionäre der SL versuchten, die ehemaligen Mitglieder des KB von der Mitarbeit fernzuhalten.

26) Rückblick und Beurteilung: Walter Brand über die innere Struktur der SHF (1949), daselbst, S. 303, Quelle 204

verstand, das Mißtrauen der Nationalsozialisten in der SdP und der im Deutschen Reich geweckt. Sein Einfluß ging seit 1936 zusehends zurück. Henlein, der anfangs den Vorstellungen des KB zugeneigt war, geriet mehr und mehr unter den Einfluß Franks, bis er 1937 sich den Zielen der deutschen nationalsozialistischen Außenpolitik völlig unterordnete.[27)]

2.1.3 Ergebnis

Der Rückblick auf die sudetendeutsche Politik zwischen 1918 und 1938 konnte nur Grundzüge der Aktivitäten in der CSR beschreiben. Für das Verständnis im Rahmen der Themenstellung dieser Untersuchung bleibt folgendes festzuhalten:

a) Trotz der Beschränkungen, die die deutsche Minderheit in der CSR zu erdulden hatte, entwickelte sich - weitgehend ungehindert - ein breites politisches Spektrum, das von der Mitarbeit im Staat (Aktivismus) bis zur schärfsten Ablehnung jeglichen Paktierens (Negativismus) bzw. bis zur offenen Bekämpfung des Staates (radikaler Negativismus) reichte.

b) Ähnliche politische Bewegungen, die sich ja nur aus dem besonderen Verhältnis einer nationalen Minderheit zum sie beherrschenden Staat erklären lassen, konnte es im Deutschen Reich nicht geben. Einer Sonderentwicklung der Ostpreußen oder der Pommern fehlte in dieser Hinsicht jegliche Grundlage. Aber auch andere deutsche Minderheiten - wenn einmal von den Baltendeutschen abgesehen wird - waren nicht in der Lage, in der Zwischenkriegszeit ein gesondertes politisches Selbstverständnis zu entwickeln. Vielfach lebten diese deutschen Minderheiten in weit verstreuten bäuerlichen Siedlungsgemeinschaften, der Impuls, der von einer klassenbewußten

27) Vgl. dazu den Bericht Konrad Henleins an Adolf Hitler über aktuelle Fragen der sudetendeutschen Politik v. 19. 11. 1937, daselbst, S. 172-177, Quelle 93

Arbeiterschaft oder einer bürgerlich-intellektuellen Schicht hätte ausgehen können, fehlte hier gänzlich.

c) Die Bedeutsamkeit der sudetendeutschen Sonderentwicklung, die sich auch auf die Landsmannschaften auswirken sollte, lag darin begründet, daß die Akteure der Jahre 1918 - 1938 erkennen mußten, daß sowohl der Aktivismus als auch der Negativismus gescheitert waren und es bei allen weltanschaulichen Unterschiedlichkeiten darauf ankam, die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die sich als "die außerhalb der Heimat gegebene Gestaltung der sudetendeutschen Volksgruppe und diese als Glied des deutschen Volkes"[28] verstand, von politischen Querelen freizuhalten. Dabei konnte es nicht darum gehen, sich der Politik zu enthalten. Vielmehr galten und gelten die Gesinnungsgemeinschaften der SL als Foren zur Diskussion der Politik der Landsmannschaft; der Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Standpunkten soll dann in bestimmten Gremien der SL ("Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen", "Sudetendeutscher Rat") gefunden werden.[29]

d) Die politischen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit wirkten sich für die SL somit nicht als Ballast aus, sondern gaben ihr gegenüber anderen Landsmannschaften einen Vorsprung. Die Sudetendeutschen konnten auf Organisationsformen zurückgreifen, die sich in der CSR bereits bewährt hatten. Sie waren in der politischen Zusammenarbeit geübt, auch über die Parteigrenzen hinweg. Während sich die Initiatoren der anderen Landsmannschaften erst untereinander kennenlernen mußten, bestanden auf sudetendeutscher Seite schon politische und persönliche Verbindungen, die für eine landsmann-

28) Vgl. dazu: Gründung der Sudetendeutschen Landsmannschaft - Detmolder Erklärung der SL v. 24./25. 1. 1950, daselbst, S.352 f Quelle 225

29) Schon an dieser Stelle scheint der Hinweis notwendig zu sein daß zumindest in den ersten Jahren der Entwicklung der SL ein bedeutsamer Unterschied zwischen diesem Anspruch und der Wirklichkeit bestand, der sich in einem Machtkampf zwischen Lodgman und den Gesinnungsgemeinschaften auswirkte. Darauf wird noch weiter unten eingegangen.

liche Zusammenfassung der Sudetendeutschen nutzbar zu machen waren.

2.2 Die landsmannschaftliche Entwicklung in Bayern unter besonderer Berücksichtigung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL)

Die vertriebenenpolitische Arbeit in Bayern setzte schon 1945 mit der Bildung der "Hilfsstelle für Flüchtlinge" ein, die es sich zur Aufgabe machte, den vertriebenen Soldaten eine erste Orientierungshilfe zu geben und wenn möglich, ihnen Arbeit zu vermitteln.[30] Obwohl die Hilfsstelle schon 1946 auf Befehl der Besatzungsmacht ihre Arbeit einstellen mußte, waren schon enge Kontakte sowohl zu einflußreichen Offizieren der Besatzungsmacht als auch zu Mitgliedern der bayerischen Regierung geknüpft worden. Vor allem Hans Schütz bewies hierbei größtes Geschick. Sein umgängliches Wesen, aber auch das soziale Engagement des christlichen Gewerkschaftlers beeindruckte seine Partner. Als die Militärregierung im Juli 1946 die Bildung des "Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern" anordnete, waren es Hans Schütz (CSU) und Dr. Willibald Mücke (SPD), die als Vorsitzende fungierten.[31] Hans Schütz hatte schon zu Beginn des Jahres 1946 an der Gründung der "Kirchlichen Hilfsstelle" mitgewirkt, unter deren Dach sich schließlich landsmannschaftliche Gliederungen entwickelten.

Schon 1947 zeigte sich, daß die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit genutzt werden konnten. Vertreter der verschiedensten politischen Strömungen fanden sich zusammen und gründeten die "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen".

30) Vgl. dazu Leukert, Edmund, Von der "Hilfsstelle für Flüchtlinge" zum "Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen" in Bayern, S. 541 ff.; in: Festschrift Schütz
31) Vgl. dazu Krause, Martha, Der Flüchtlingsbeauftragte, S. 55 daselbst

Beteiligt war der Vorsitzende des Landesflüchtlingsausschusses Hans Schütz, der aus der englischen Emigration zurückgekehrte Sozialdemokrat Richard Reitzner, der bereits stellvertretender Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern war, außerdem Dr. Walter Becher und Dr. Emil Franzel. Das Ziel der Arbeitsgemeinschaft sollte u.a. schon "die Anregung einer gemeinsamen Außenpolitik der Volksgruppe" sein.[32] Neben München gab es noch andere Zellen landsmannschaftlicher Entwicklung für das Sudetendeutschtum, so vor allem in Regensburg, Freising und Memmingen.[33]

Ein Problem, das sich auch für andere Landsmannschaften stellte - wegen der politischen Vielfalt des Sudetendeutschtums für diesen Teil der Vertriebenen aber besonders schnell gelöst werden mußte - war das des Repräsentanten für die jeweilige Landsmannschaft.
Auf folgendes mußte geachtet werden:
Der Repräsentant (Sprecher) durfte politisch nicht oder nur unwesentlich belastet sein. Somit schied ein beträchtlicher Teil der aktiven und jungen Vertriebenenpolitiker, die sich während der Herrschaft des Dritten Reiches exponiert hatten, aus. Zum anderen sollten sie einen Namen besitzen, der für die Vertriebenen einen guten Klang hatte. Ohne Überspitzung kann festgestellt werden, daß nach Vaterfiguren gesucht wurde, die die nötige Geborgenheit und Sicherheit ausstrahlen sollten. So griffen die Pommern auf den Staatssekretär a.D. von Bismarck zurück, die Berlin-Mark Brandenburger auf den Reichsminister a.D. von Keudell, die Danziger auf Bischof D. Gülzow.

Die Suche nach einer Persönlichkeit, die die Klammer zu einer "besseren" Vergangenheit darstellen konnte, setzte auch unter den Sudetendeutschen ein. Engagierte Sozialdemokraten wie Wenzel

32) Vgl. dazu Boehm, Max Hildebert, Gruppenbildung und Organisationswesen, S. 563; in: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. I, Kiel 1959
33) Vgl. dazu auch Simon, Albert Karl, Rudolf Ritter Lodgman von Auen, S. 730; in: Festschrift Schütz

Jaksch oder Richard Reitzner schieden dabei aus, weil sie als Emigranten die tiefen Klüfte innerhalb der sudetendeutschen Volksgruppe nicht überdeckt hätten. Ihre Wahl wäre ständige Erinnerung an die Zeit vor und nach 1938 gewesen. Aber auch Hans Schütz schied aus der engeren Wahl aus. Kather nennt dafür - nicht ohne gewissen Zynismus - einen Grund:"Für Hans Schütz aber war es ein großer Schmerz, daß er das Hakenkreuz getragen hatte..."[34)]

Nach langer Diskussion unter den Sudetendeutschen fiel der Name Lodgmans, von dem man annahm, daß er sowohl Sozialisten als auch Konservative einigen könnte. Es begann eine fieberhafte Suche nach ihm; er wurde schließlich in Sachsen ausfindig gemacht. Seine Übersiedlung nach Freising ermöglichten Freunde.

Während die aktiven Vertriebenen, die die bisherige Aufbauarbeit leisteten, eigentlich nur nach Repräsentationsfiguren gesucht hatten, die durch ihren klangvollen Namen die Anziehungskraft der Organisationen erhöhen sollten, zeigten diese doch ein zähes Beharrungsvermögen und waren vielfach nicht gewillt, sich als Objekte behandeln zu lassen. Vielmehr gelang es ihnen sich schnell durchzusetzen; seitdem Kontakte zwischen den westlichen Zonen möglich waren, waren sie es, die die Verbindungen untereinander herstellten und eifersüchtig darüber wachten, daß nicht neue, jüngere Kräfte sie verdrängten.
Die Sprecher der Landsmannschaften, die sich vielfach aus der politischen Arbeit der Zwischenkriegszeit her kannten oder zumindest voneinander gehört hatten, bildeten somit ein Gremium das sich geschickt gegen drängende Nachwuchskräfte zu helfen wußte. Sie bestimmten schließlich, welche Informationen an di

34) Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964, (Bd. 1) S. 51

mittleren und unteren Funktionärskader weitergeleitet wurden. Nur von Fall zu Fall, wenn Einigungen innerhalb des Sprechergremiums unmöglich waren, wurde über persönliche Unstimmigkeiten offen berichtet. Aber auch bei solchen Gelegenheiten kam es nicht zu einer Diskussion über den Führungsstil des jeweiligen Sprechers innerhalb der Landsmannschaft, weil diese es geschickt verstanden, solche Konflikte zu einer Lebensfrage der gesamten Landsmannschaft hochzustilisieren und von vornherein die Solidarität der Landsleute herausforderten.

Diese Rolle war für Lodgman wie geschaffen, doch bis er sich innerhalb der verschiedenen sudetendeutschen Gruppen durchsetzen konnte, verging noch einige Zeit.
Als er im Sommer 1947 in Freising ankam, traf er bereits auf die Landsmannschaft der Ostsudetendeutschen und nahm Verbindung zu anderen Gruppen in Regensburg und Memmingen auf.

Erst auf einer Tagung in Heppenheim[35], auf der man sich über den zukünftigen Weg der Volksgruppe Klarheit verschaffen wollte, gelang es Rudolf Lodgman, sein Programm zu entwickeln. Dabei ging er davon aus, daß Deutschland den Status eines Kolonialllandes hätte und daß eine Rückkehr der Vertriebenen von der"Entwicklung der Weltpolitik" abhänge. Für einen solchen günstigen Fall müßten sich die Sudetendeutschen vorbereiten und eine allgemein anerkannte, demokratisch legitimierte Repräsentanz bilden, die sich zur Aufgabe stellt, sich für die "Anerkennung unseres Rechtes auf Selbstbestimmung und Anerkennung unseres Rechtes auf Heimat und Wiedergutmachung im Sinne der Menschenrechte" einzusetzen.[36]
Das Ergebnis der Tagung war die Bildung des "Sudetendeutschen

35) Zu der Tagung hatte Dr. Heinrich Petsch eingeladen. Die Teilnehmer verfügten weder über Aufträge und Weisungen sudetendeutscher Gruppen. Vgl. dazu Lodgman, Rudolf, Die völkerrechtlichen Grundlagen des Sudetenproblems und die politische Entwicklung von 1945-1948 (Referat, gehalten auf der Heppenheimer Tagung v. 11./12. 6. 1948), in: Lodgman von Auen, Rudolf, Reden und Aufsätze, München o.J., S. 93-104
36) ders., daselbst, S. 104

Ausschusses" (dessen Leitungsgremium bildete der "Vollzugsausschuß des Sudetendeutschen Ausschusses" mit sieben Mitgliedern und Lodgman als Vorsitzendem), der unter Führung Lodgmans in die "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" eintrat,[37] in der Lodgman nun neben Schütz und Reitzner gleichberechtigter Vorsitzender wurde.

Die Bemühungen Lodgmans um die Bildung einer "Volksgruppenvertretung", die von dem Einfluß politischer Parteien frei sein sollte, blieb aber weiterhin sein Ziel. Daher mußte es früher oder später zum Konflikt in der Arbeitsgemeinschaft kommen.

2.2.1 Entstehung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Landesverband Bayern

Im Jahre 1948 bildete sich in Bayern eine ständig anwachsende Zahl von sudetendeutschen Zusammenschlüssen auf Orts- und Kreisebene; die Gründung eines Landesverbandes wurde immer drängender. Auf einer Geschäftsführertagung der SL in Ingolstadt am 18. und 19. Oktober 1948 wurde schließlich die Gründung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Landesverband Bayern, für den 18. November 1948 festgelegt. Die Gründung erfolgte dann aber erst am 16. Januar 1949 in München. Von den 70 existierenden Kreisverbänden nahmen Vertreter von 50 Kreisverbänden an der Gründungsversammlung teil.
Nach dem Protokoll der Tagung waren zur Gründungsversammlung einzuladen: "... die 5 Geschäftsführer und aus jedem der 5 Regierungsbezirke ein Bezirksvertrauensmann, der nach Möglichkeit gemäß demokratischen Gesichtspunkten von den Geschäftsführern auszuwählen ist, eine weiße Weste haben und die Gewähr bieten soll, daß er sachlich mitarbeitet ..."[38]

37) Simon, Albert Karl, Rudolf Ritter Lodgman von Auen, S. 732; in: Festschrift Schütz
38) Niederschrift über das Treffen der Geschäftsführer der SL in Ingolstadt am 18. und 19. Oktober 1948, Pkt. 5; Lodgman-Nachlaß

An der Wahl Lodgmans zum Sprecher (Landesobmann) der SL gab es keinen Zweifel. Er war nunmehr einen weiteren Schritt vorangekommen und sein Bestreben war es, die Ebene der Landsmannschaft für seine Ziele zu nutzen. In der "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" fehlte ihm noch der nötige Rückhalt, über den Hans Schütz durch die CSU und Richard Reitzner durch die SPD verfügten. Die Landsmannschaft selbst wollte er aus der Parteipolitik heraushalten. Bei der Gründung des Landesverbandes der SL war es ihm gelungen, den Anspruch der Parteienvertreter auf gleichberechtigte Mitvertretung dadurch abzuwenden, daß er die Landsmannschaft nicht nur für überparteilich, sondern kurzerhand für unpolitisch erklärte. Dies ging sogar so weit, daß er der Landsmannschaft das Recht absprach, sich für die Rückgewinnung der Heimat einzusetzen.[39] Die Aussagen Lodgmans zur Funktion der SL waren zu dieser Zeit dennoch ziemlich zweideutig, denn gleichzeitig strebte er an, durch sie den "sudetendeutschen Volkskörper" zu ersetzen, "den wir heute auf Heimatboden nicht mehr haben. Daher wollen wir die verlorene Heimat ersetzen und zwar durch eine Organisation

39) In einem Brief v. 10. 10. 1948 an Oberbaurat Kühnel, der d Memminger Arbeitskreis leitete und bis zur Gründung des Landes verbandes die Interessen der SL wahrnahm, schrieb Lodgman fol des: "Diese Landsmannschaften waren von allem Anfang an, wie S richtig ausführen, unpolitisch gedacht und sollen es auch blei ben. Daher ist mir ihr Wunsch, die Landsmannschaften möchten "innenpolitisch vertreten" (?) sein, vollkommen unverständlich die Landsmannschaften haben mit Politik und schon gar mit Auße politik gar nichts zu tun, sie haben sich daher auch auf keine politischen Wünsche zu stützen, wie es der Wunsch ist, die Hei mat zurückzugewinnen, denn sie betreten damit das Gebiet der Politik und es ist andererseits wiederum vollkommen schleier- haft, wie ein solcher Wunsch ohne Politik und insbesondere ohn Außenpolitik der Erfüllung nähergebracht werden könnte." Lodgman-Nachlaß

40) "Ein gutes Stück weiter!", Artikel in: "Sudetenland-Heima land", Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Volksgruppe, 2. Nr. 10, 15. 2. 1949

In dieser Frühphase meinte Lodgman noch, aus der Arbeitsgemeinschaft die Repräsentanz schaffen zu können, die die außenpolitischen (heimatpolitischen) Interessen der Sudetendeutschen wahrnehmen könnte; die SL selbst sollte nur die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Not der Landsleute lindern helfen. Inwieweit damals schon taktische Gesichtspunkte für ihn eine Rolle gespielt haben, läßt sich mit Sicherheit nicht mehr feststellen.
Vorerst wollte er jedenfalls versuchen, seine Basis in der Arbeitsgemeinschaft zu erweitern, er beschritt damit einen Weg, der für ihn höchst ungewöhnlich sein mußte.

2.2.2 Der parteipolitische Weg

Um in der Arbeitsgemeinschaft verstärktes Gehör zu finden, versuchte Lodgman, sich "jene politische Unterlage zu schaffen, ohne die kein Mensch in einem demokratischen Staat Politik machen kann, nämlich, eine politische Partei".[41] Ein Anschluß an eine lizenzierte demokratische Partei kam für ihn schon deshalb nicht in Frage, weil es keine sudetendeutschen Parteien waren.[42] Sein Bestreben war, eine Vertriebenenpartei zu unterstützen, in der das Gewicht der Sudetendeutschen besonders groß sein sollte: "Dies soll dadurch geschehen, daß die für München-Stadt und -Land bereits lizenzierte Partei des Herrn Dr. Ziegler unter dem Namen 'Deutsche Notgemeinschaft' jene etwa 80% der Sudetendeutschen aufnimmt, die heute bei keiner Partei organisiert, also parteilos sind. Erlangen wir die Parteilizenz auf Landesbasis und gehören wir dann dieser Partei an, so haben wir jenen Rückhalt, den ich anstrebe."[43]

41) Brief Lodgmans an Oberbaurat Kühnel (Memmingen), v.10. 9. 1948; Lodgman-Nachlaß
42) ders., daselbst: "Heute ist es so, daß zwar Reitzner und Schütz sich auf das Mandat politischer Parteien berufen, obzwar diese Berufung unhaltbar ist, weil die SPD und die CSU bayrisch aber keine sudetendeutsche Parteien sind."
43) ders., daselbst

Mit diesen Gedanken wandte sich Lodgman auch öffentlich an die Sudetendeutschen. Er sprach sie als die Angehörigen eines neuen Proletariats an, das sich noch immer entschieden dagegen wehrt, "in das geistige Proletariat abzusinken, es zehrt von der Tradition einstiger Geborgenheit."[44]

In seinem Aufruf an die Sudetendeutschen, der "Deutschen Notgemeinschaft" (DNG) beizutreten, brandmarkte er insbesondere die Nachkriegspolitik:

"Eines aber ist sicher: wenn man diese Menschen fragte, was und wem sie glauben, so bekäme man totsicher als Antwort: Nichts und niemandem; soweit hat es die erleuchtete Nachkriegspolitik gebracht, daß der Deutsche schlechthin und der deutsche Proletarier im besonderen alle hochtrabenden Phrasen verschmäht, weil er sie als Lügen und Heuchelei erkannt hat, hinter denen sich nackte Interessen verbergen, mögen sie von wo immer kommen. Versprechungen, Versicherungen, Programme und Dogmen finden keinen Widerhall bei ihm, zu oft ist er belogen und betrogen worden."[45]

Nach der düsteren Schilderung der Gegenwartssituation, die fast schon apokalyptische Züge annahm, deutete er noch einen letzten Ausweg an:

"So ist diese Millionenmasse zu einer akuten Gefahr für Europa geworden und wird es bleiben, wenn sie nicht die Möglichkeit bekommt, sich in das politische, kulturelle und Wirtschaftsleben des Erdteils einzufügen. Dazu ist ihre Zusammenfassung und einheitliche Führung erforderlich, die Aufspaltung in verschiedene politische Parteien hat sich als verhängnisvoll erwiesen. Die alten Parteien, die ja schon in der Vorkriegszeit glänzend versagt hatten, können einander widerstrebende Interessen nicht gleichzeitig vertreten, selbst, wenn sie den Willen dazu hätten ... Es ist die DNG, die ihm (dem Heimatvertriebenen, d.Verf.) als Instrument seiner Politik zur Verfügung stehen und seine In

44) Lodgman, Rudolf, Ein Wort an die Sudetendeutschen, in:"Sudetenland-Heimatland" (Mitteilungsblatt der "Interessengemeinschaft der Sudetendeutschen"), Detmold, 1. Jg., Nr. 3, 1.11.194
45) ders. daselbst

teressen vertreten soll."[46]

Nicht ohne Geschick versuchte Lodgman das Schicksal der Heimatvertriebenen für seine politischen Pläne auszunutzen, die Ressentiments, die er selbst gegen die Parteien hegte, konnte der dabei nicht unterdrücken. Er verkannte freilich, daß auch die Parteien eine Wandlung durchgemacht hatten; sie hatten die Enge der reinen Weltanschauungsparteien teilweise schon aufgegeben. Die Lasten des Neuaufbaus waren von solchen Ausmaßen, daß sie zur Zusammenarbeit gezwungen wurden und ideologische Probleme dabei weitgehend in den Hintergrund traten.
Lodgman hingegen dachte noch in den Dimensionen der Zwischenkriegszeit. Die Bitterkeit seines Scheiterns von 1925 konnte er nicht verdrängen, seine Hoffnungen richteten sich deshalb mit ganzer Kraft auf die DNG Zieglers. Sie sollte die Sammelbewegung der durch den Zweiten Weltkrieg Gestrandeten werden. In ihr sollten sich diejenigen finden, die sich im politischen Leben der westdeutschen Länder nicht mehr zurechtfanden.

Die demokratischen Parteien bezeichnete er verächtlich als die "Weimarer Veteranenparteien",[47] die mit "verstaubten Schlagworten"[48] versuchten,die Massen zu gewinnen. Gleichzeitig warf er ihnen vor, Cliquen- und Vetternwirtschaft zu betreiben: "Wenn morgen oder übermorgen Wahlen für den Landtag ausgeschrieben werden, wen wollt Ihr wählen? Vielleicht die CSU, die so heldenhaft an Mandaten und Ministersitzen festhält? oder die SPD des Herrn von Knoeringen, die aus einer Partei des Proletariats längst zu einer bürokratischen Einrichtung für die Erhaltung von Posten und Pöstchen geworden ist und die nach dem Umsturz 45 gegen anständige deutsche Menschen mit dem Schlachtrufe: 'Nazi, Nazi!' Schergendienste geleistet hat?"[49]

---

46) ders., daselbst
47) Brief Lodgmans an Dr. Julius Walter v. 7. 2. 1950; Lodgman-Nachlaß
48) Aufruf Lodgmans zum Beitritt in die DNG v. 6. 10. 1948; Lodgman-Nachlaß
49) ders., daselbst

Die Aggressivität, mit der Lodgman das Wesen und die Arbeit der demokratischen Parteien beschrieb, stieß bei den Heimatvertriebenen nicht auf fruchtbaren Boden. Zum Teil waren sie noch gesättigt von den Parolen der Nazi-Ära, ein neuerliches politisches Engagement in einer Partei kam für viele nicht mehr in Betracht. Der Lizenzierungszwang hatte den demokratischen Parteien schon einen Vorsprung gewährt, den sie in den Gemeinden und Ländern eifrig ausgebaut hatten. Zum anderen zeigte sich aber auch, daß die von Lodgman festgestellte Hoffnungslosigkeit der Heimatvertriebenen 1948 so arg nicht mehr war. Keine Partei wagte es, die Kluft zwischen den Einheimischen und Vertriebenen etwa noch zu vergrößern. Das Vertriebenenproblem war als nationales Problem erkannt worden, und keine Partei konnte es sich leisten, gegenüber den Heimatvertriebenen nur vielversprechende Worte zu machen, ohne in der praktischen Arbeit die Not dieser Millionen lindern zu helfen.

Dieser Widerspruch zu den diffamierenden Unterstellungen Lodgmans war es, der die Vertriebenen in Bayern abhielt, sich der DNG anzuschließen. Lodgman, der von seinem politischen Sachverstand überzeugt war, hatte die Lage falsch eingeschätzt.

Mit Lodgmans Engagement für die DNG begann für ihn eine Phase hektischer Betriebsamkeit. Er beabsichtigte, alle Vertriebenengruppen in Bayern, die parteipolitisch noch nicht gebunden waren, der DNG zuzuführen. Der Gründer der DNG, Dr. Ziegler, war für Lodgman deshalb so wichtig geworden, weil er Lizenzträger war.Es gelang Lodgman schließlich, Ziegler in seine Abhängigkeit zu bringen, weil dieser mit dem Vorsitzenden des tschechoslowakischen Nationalkomitees, Dr. Zivansky, ein Übereinkommen zur Zusammenarbeit geschlossen hatte. Lodgman, der wenige Jahre später mit dem Exiltschechen General Prchla ein ähnliches Abkommen schloß, brandmarkte dieses Vorgehen als gröbste Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen und ver-

glich die Verhandlungspartner mit Mördern, Henkern und Dieben.[50]

Aufgrund dieses Ereignisses kam es sodann zu einem Übereinkommen verschiedener Flüchtlingsgruppen, für die DNG zu werben, unter gleichzeitiger Ausschaltung von Dr. Ziegler. Dieser Vorgang erhält deshalb besondere Bedeutung, weil an dem Übereinkommen auch das ehemalige SPD-Mitglied Günter Goetzendorff beteiligt war.[50a] Er hatte den "Neubürgerbund" organisiert.

Der Neubürgerbund war nach ähnlichen Grundsätzen organisiert wie der spätere ZvD. Goetzendorff stand deshalb im schärfsten Gegensatz zu den landsmannschaftlichen Verbänden. Er selbst nutzte die DNG auch nur solange, wie er sich von ihr erhöhten politischen Einfluß versprach. Als abzusehen war, daß die DNG die Landslizenz nicht erhalten würde, zog er sich aus ihr zurück und suchte nach anderen Partnern.

2.2.3 "Notparlament der Ausgewiesenen und der Flüchtlinge für das Land Bayern"

Eine erste Bewährungsprobe in der Zusammenarbeit der Förderer der DNG sollte sich bei der Diskussion um das "Notparlament" in Bayern ergeben.

Von Richard Reitzner, der der ähnlichen Auffassung wie Hans Schütz war, daß die Interessen der Vertriebenen im bayerischen Landtag nur ungenügend vertreten wurden, ging die Initiative zur Bildung eines "Notparlaments" aus, dem nur Vertriebene angehören sollten. Er gründete einen vorbereitenden Ausschuß und lud Vertreter der Parteien und Flüchtlingsorganisationen ein.[51]

50) Brief Lodgmans an Dr. Ziegler v. 19. 8. 1948; Lodgman-Nachlaß

50a) Zu Goetzendorffs Werdegang vgl. Jenke, Manfred, Verschwörung von rechts? - Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945 -, Berlin 1961, S. 51 f.

51) beteiligt waren die CSU, SPD, Neubürgerbund, Notgemeinschaft Deutschlands, DNG, WAV, Arbeitsgemeinschaft des Förderungsverbandes zur Eingliederung der Flüchtlinge, Vertreter von Flüchtlingslagern

Reitzner erhoffte sich vom "Notparlament" einen wesentlich höheren Einfluß auf die Gesetzgebungsarbeit des bayerischen Landtages; er war sogar der Auffassung, daß die Delegierten des "Notparlaments" in den Ausschüssen des Landtages mitarbeiten könnten.
Obwohl die bayerische Staatsregierung dem vorbereitenden Ausschuß verbat, die künftige Interessenvertretung der Vertriebenen als "Notparlament" zu bezeichnen, weil dadurch der Eindruck entstehen könnte, daß es sich hierbei um eine verfassungsmäßige Einrichtung handelte, wurde es den Vertriebenen nicht verwehrt, sich als "Interessenvertretung der Ausgewiesenen in Bayern" zu konstituieren.

Lodgman, der an den Vorbereitungen aktiven Anteil nahm, zog sich plötzlich zurück, als er erfuhr, daß die Liste der DNG nicht von ihm, sondern von Ziegler angeführt wurde.[52] Seine Bemühungen, sich an die Spitze der DNG zu setzen, waren damit gescheitert. Ziegler, der nahezu schon ohne Einfluß war, hatte es doch noch einmal verstanden, Lodgman in den Hintergrund zu drängen. Damit war Lodgmans Ziel, das hinter seinen parteipolitischen Aktivitäten stand, den Mitvorsitzenden in der "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" als gleichwertiger Partner in der "Interessengemeinschaft der Ausgewiesenen in Bayern" gegenüberzutreten und sich damit der Vertriebenenöffentlichkeit als dritte Kraft zu präsentieren, vorerst gescheitert.
Aber auch der Sieg des Initiators der neuen Interessenvertretung, des stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Reitzner, wurde auf der konstituierenden Sitzung verhindert. Zum Vorsit-

52) Brief Lodgmans an Josef Beranek v. 19. 11. 1948: "Ich erhalte eben die Vorschlagsliste der DNG zum "Notparlament", aus der ich ersehe, daß Dr. Ziegler Listenführer ist. Ich halte dies für verheerend, denn er bietet selbstverständlich allen Gegnern die beste Angriffsfläche. Mein Name ist an 8. Stelle angeführt. Ich hatte meinen Namen in der Annahme zur Verfügung gestellt, daß er als Propagandamittel Verwendung finden sollte, das wäre aber nur der Fall gewesen, wenn ich als Listenführer angeführt worden wäre. Ich selbst hatte und habe kein Interesse an diesem Notparlament und bitte, meinen Namen in der Liste zu streichen." Lodgman-Nachlaß

zenden wurde Günter Goetzendorff gewählt; inwieweit Lodgman auf diese Entscheidung indirekten Einfluß nahm, läßt sich nur vermuten. Großes Interesse an der Wahl Reitzners konnte er jedenfalls nicht haben, da damit das Gewicht Reitzners in der Arbeitsgemeinschaft noch verstärkt worden wäre.
Die Interessenvertretung hat durch diese Entwicklung in Bayern keinen nennenswerten Einfluß gewinnen können. Das Ringen um Machtanteile innerhalb der Vertriebenenbewegung Bayerns ging mit unverminderter Härte weiter.

2.2.4 Die Bundestagswahlen von 1949

Die Bundestagswahlen von 1949 sollen in diesem Rahmen nur für den Teil der Vertriebenenbewegung untersucht werden, der parteipolitisch nicht eindeutig festgelegt war.

Die Einwirkungsmöglichkeiten der parteigebundenen Vertriebenenfunktionäre in den bereits etablierten Parteien waren so gering, daß ihre Beschränkung auf die Vertriebenenpolitik sie in ihrer politischen Verwendbarkeit sehr eingeengt hätte. Da die Einrichtung besonderer Vertriebenenwahlkreise nicht gestattet wurde, reichte für die Parteien die Vertriebeneneigenschaft einiger Kandidaten allein nicht aus. Mit Ausnahme der Spitzenfunktionäre hatten es die Vertriebenenpolitiker relativ schwer, sich in den Parteien durchzusetzen, wenn sie nicht Kenntnisse aus früherer beruflicher oder politischer Tätigkeit vorweisen konnten, die sie für eine Kandidatur attraktiver machte.
Ein nicht geringer Teil hoher Vertriebenenfunktionäre hatte nicht einmal die Chance, bei den Parteien überhaupt unterzukommen.[53] Kather berichtet z.B., daß Waldemar Kraft, der in der 2. Legislaturperiode des Bundestages schon Bundesminister werden sollte, "sich damals sehr intensiv um eine Kandidatur

53) Über die Schwierigkeiten der Vertriebenen in den Parteien sich durchzusetzen vgl. Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964, (Bd. 1) S. 60 f., 66 ff., 78 ff.

bei der CDU bemüht hat; er wurde abgewiesen, und so ging es fast allen."[54)]

Es blieb nur ein Weg für Vertriebenenfunktionäre, die in den großen Parteien auf einen sicheren Listenplatz oder Wahlkreis nicht hoffen konnten, sich dennoch durchzusetzen: Sie mußten versuchen, mit einer kleinen lizenzierten Partei ein Abkommen für eine angemessene Beteiligung auf der Liste zu treffen. Sie konnten dabei anbieten, die Vertriebenen für diese Partei zu interessieren - also ein Geschäft auf Gegenseitigkeit.

Die Gründung einer eigenen Vertriebenenpartei schied bis zu diesem Zeitpunkt noch aus, weil nicht zu erwarten war, daß die Alliierten für eine solche Partei eine Lizenz erteilen würden.

Dennoch gab es Versuche, insbesondere in der britischen Zone, parteiähnliche Gemeinschaften zu organisieren, die sich um die Aufstellung unabhängiger Kandidaten bemühten.

2.2.4.1 Die "Tatgemeinschaft freier Deutscher"

In der britischen Zone wirkte noch immer Georg Goebel. Er hatte erkennen müssen, daß die landsmannschaftliche Bewegung über ihn hinweggerollt war, sein Einfluß in der Vertriebenenbewegung schwand zusehends. Noch einmal wollte Goebel versuchen, verlorene Positionen zurückzugewinnen.

Seine Bemühungen, für die Bundestagswahlen eine sichere Kandidatur bei der CDU zu erhalten, waren gescheitert. Daraufhin gründete er mit einigen Getreuen die "Tatgemeinschaft freier Deutscher".
In ihrem Programm[55)] richtete sich die Tatgemeinschaft, die von den Militärbehörden keine Lizenz erhalten hatte, grundsätzlich gegen die "von einer doktrinären Bürokratie geleiteten und in

54) ders., daselbst, S. 79
55) Programm der Tatgemeinschaft s. Anhang, Quelle 5

ihren Entschlüssen durch Fraktionszwang bestimmten Parteien". Der Kern der Vorstellungen basierte aber auf der Forderung nach dem Aufbau eines von berufsständischen Körperschaften getragenen Staates. Hier machte sich wiederum der Einfluß Dr.Walter Brands bemerkbar, der in der Tatgemeinschaft die Ideen des Kameradschaftsbundes noch einmal durchzusetzen versuchte und sich selbst eine politische Karriere versprach.

Die Aktivitäten der Tatgemeinschaft wären zur unbedeutenden Episode geworden, wenn es ihr nicht doch gelungen wäre, den einzigen parteilosen Kandidaten (Dr. Franz Ott), einen katholischen Pfarrer, im Wahlkreis Eßlingen so wirkungsvoll zu unterstützen, daß er in den Bundestag einziehen konnte.[56)]

Doch auch dieser spektakuläre Erfolg zahlte sich nicht aus. "Es ist nicht möglich, die bittere Ironie dieses einmaligen Geschehens zu verschweigen, die darin liegt, daß dieser Eine besser draußen geblieben wäre. Er war ein unwürdiger Träger dieses Kleides und verschwand nach zwei oder drei Jahren in der Versenkung."[57)]

Anders erging es auch der Tatgemeinschaft nicht, sie fristete zwar noch bis in die 50er Jahre hinein das Dasein eines losen Gesprächskreises unter Leitung von Gert Spindler und Dr. Walter Brand. Dabei wurde von dieser Seite immer wieder der Versuch unternommen, Kontakte zu den Landsmannschaften herzustellen. Axel de Vries berichtete Lodgman noch 1951 über solche Begegnungen: "Herr Spindler plant die politischen Kräfte, die noch nicht in das Parteisystem fest eingefügt sind, zu sammeln. Er denkt hierbei in erster Linie an die Vertriebenen, an die Soldatenbünde und an diejenigen, die durch eine falsche Entnazifizierung usw. heute außerhalb des aktiven Lebens stehen."[58)]

56) Tonbandinterview: Weiss, 31. 7. 1972
57) Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964, (Bd. 1) S. 79
58) Brief v. Axel de Vries an Lodgman v. 22. 8. 1951; Lodgman-Nachlaß

Doch die Landsmannschaften, die nach der ersten Bundestagswahl klar erkennen mußten, daß die Experimente zur Sammlung der Vertriebenen gegen den neuen Staat sie um ihren gewonnenen Einfluß bringen mußten, hielten sich von der Tatgemeinschaft fern.

2.2.4.2 DNG und WAV

Während in der britischen Zone die Versuche der Vertriebenen, durch Einzelkandidaturen noch Einfluß auf die Zusammensetzung des neuen Parlaments zu erhalten, recht erfolglos blieben, gingen Vertriebenenfunktionäre in der amerikanischen Zone - und hier insbesondere in Bayern - einen anderen Weg.

Kennzeichnend für die allgemeine Situation der Landsmannschaften in dieser Phase des Wahlkampfes war, daß bis auf die sudetendeutschen das Verhalten der übrigen landsmannschaftlichen Funktionäre doch kalkulierbar war. Sie wurden auch in ihren politischen Aktionen vom politischen Standort ihrer jeweiligen Sprecher geprägt.

So war der Einfluß der CDU auf die Landsmannschaft Ostpreußen durch Ottomar Schreiber gegeben. Auch v. Bismarck, der Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, neigte nicht zu parteipolitischen Experimenten. Dr. Rinke, Sprecher des Schlesierverbandes, war ebenso wie Baron Dr. v. Manteuffel, Vorsitzender der Baltendeutschen Landsmannschaft, an die CSU gebunden.

Nur bei Lodgman mußte vermutet werden, daß von ihm noch Überraschungen zu erwarten seien. Deshalb bemühten sich die Parteien, ihn für sich zu gewinnen. Die CSU ließ Lodgman einen der ersten Listenplätze anbieten.[59] Auch die FDP trat über Dr. Walter Zawadil an ihn heran, der die FDP damit empfahl, daß sie "über sehr gute Köpfe" verfüge "und ein derart elastisches Programm (habe), aus dem bei entsprechenden Einfluß tat-

59) Mündliche Mitteilung Albert Karl Simons an den Verfasser

sächlich etwas zu machen (sei)".[60]
Trotz der großzügigen Offerte[61] ließ Lodgman mitteilen, daß er nicht die Absicht habe, eine Kandidatur anzunehmen.[62]

Lodgman hatte seine Hoffnung immer noch nicht aufgegeben, die DNG zu einer starken Vertriebenenpartei machen zu können. Wie aber schon die Einigungsversuche der Vertriebenengruppen vor der Bildung des "Notparlaments" gezeigt hatten, war die DNG auf Partner angewiesen,die unterschiedliche sachliche und persönliche Interessen verfolgten.
Am schwierigsten gestaltete sich das Verhältnis zu Goetzendorff, der als Präsident des Neubürgerbundes die Landsmannschaften bekämpfte, in der DNG aber mit ihnen zusammenarbeiten sollte.

Die DNG schloß sich im Zeichen der Bundestagswahlen am 13. März 1949 mit der "Notgemeinschaft Deutschlands" (Dr. Tusch) zur "Notgemeinschaft" (NG) zusammen. Damit war Dr. Ziegler endgültig ausgeschaltet worden, denn ein gemeinsamer Vorsitzender wurde nicht bestimmt.[63]

Da es der NG bis dahin nicht gelungen war, die Landeslizenz zu erhalten und auf Anfragen von der Militärregierung mitgeteilt wurde, daß sich die verschiedenen Vertriebenengruppen den lizenzierten Parteien anschließen sollten, kam es von Seiten der NG auch zu Verhandlungen mit der KPD. Überraschenderweise nahm die KPD das Angebot, auf ihrer Liste Vertriebenenkandidaten mitzutragen, zustimmend auf. An den Verhandlungen mit der KPD war auch Hans Rückel, der spätere Organisationsreferent der SL und enger Mitarbeiter Lodgmans, beteiligt.
In mehreren sudetendeutschen Versammlungen wurde von Rückel die -

60) Brief Dr. Walter Zawadils an Lodgman v. 8. 7. 1949; Lodgman-Nachlaß
61) daselbst: "Positivenfalls würde ich Ihnen empfehlen, gleichzeitig Ihre Wünsche hinsichtlich eines Bundeswahlkreises bekanntzugeben."
62) Antwort Lodgmans v. 11. 7. 1949 an den Bezirksverbandsvorsitzenden der FDP Georg Birnstein; Lodgman-Nachlaß
63) Vgl. Rundbrief 1 der Notgemeinschaft v. 3. 5. 1949 (hektographiert); Lodgman-Nachlaß

Möglichkeit dieses Wahlabkommens propagiert.[64] Ein Sturm der Entrüstung erhob sich in den verschiedensten Kreisvereinigungen der SL, Lodgman wurde mit Protestschreiben überhäuft.

Obwohl Lodgman an den Verhandlungen keinen direkten Anteil hatte, unterstützte er sie vorbehaltlos. In mehreren gleichlautenden Antwortschreiben an die Bezirks- und Kreisvereinigungen führte er dazu aus:
"Machen Sie die aufgeregten Gemüter darauf aufmerksam, daß die Politik kein Geschäft für das Gefühl, sondern ausschließlich für den Verstand ist und daß die Verhandlungen mit der KPD nicht nur nicht verdammenswert, sondern ein sehr guter Schachzug waren, mögen sich auch infantile Gemüter darüber aufregen. Wenn diese Herren zum westdeutschen Staatsgrundgesetz im Rahmen des Besatzungsstatuts werden Stellung nehmen sollen, so werden sie wahrscheinlich mit 'Nein' stimmen, um zu vermeiden, daß das Kolonialstatut vom deutschen Volk anerkannt und dadurch legitimiert werde; so werden aber auch die Kommunisten stimmen, wenn auch aus anderen Gründen und kein vernünftiger Mensch wird deshalb mit Ja stimmen, um nicht als 'Anhänger' der Kommunisten betrachtet zu werden. Die Aufregung ist also ganz und gar überflüssig und geht einfach auf die Brunnenvergiftung des Neubürgerbundes und anderer unserer offenen und verkappten Gegner zurück."[65]

Dieser Vorgang, den Dr. Walter Rinke mit dem Ausspruch charakterisierte, daß die dümmsten Kälber ihren Schlächter selbst wählen,[66] wirft noch einmal ein bezeichnendes Licht auf Lodgmans Politikverständnis.
Ein Bündnis mit der KPD, für das führende Vertreter der SL eintraten, deutet darauf hin, daß diese Vertriebenenfunktionäre

64) Quo vadis - sudetendeutscher Flüchtling?, Bericht der "Mittelbayerischen Zeitung", Nr. 50, 7. 5. 1949, S. 2; Lodgman-Nachlaß
65) Direkte Antwort an den Bezirksverband Schwaben der SL v. 19. 5. 1949; Lodgman-Nachlaß
66) Brief Lodgmans an Eduard Keil, o. Datum; Lodgman-Nachlaß

dem neuen Staat mit unverhohlenem Mißtrauen gegenübertraten. Für sie war die BRD ein Konstrukt der Alliierten. Die Fremdbestimmung des neuen Staates konnte sie nicht zur unvoreingenommenen Mitarbeit veranlassen.
Neben die Ablehnung der beherrschenden Rolle der Parteien (Art. 21 GG), hinter der sich das Mißtrauen gegen die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems verbarg, trat nun noch die Sorge, daß die Bundesrepublik in ihrer äußeren und inneren Handlungsfähigkeit auf unabsehbare Zeit an fremde Mächte gebunden bleiben wird. Aus diesen Gründen war selbst ein taktisches Zusammenspiel mit den Kommunisten möglich. An dieser Entwicklung zeigt sich aber auch, daß Lodgman und seine Anhänger die starrsinnigen Positionen des Negativismus nicht aufgegeben hatten. Die Lernfähigkeit dieser Konservativen war nur begrenzt. Die politischen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit führten somit nicht zu einer Neubesinnung, sie fühlten sich durch die Entwicklung eher noch bestätigt.

Die zu Beginn der 50er Jahre einsetzende Versöhnung mit dem Staat kann deshalb auch nicht auf eine Wandlung der beschriebenen Positionen zurückgeführt werden, sie scheint nur erklärlich durch den verschärft einsetzenden Ost-West-Konflikt, der diesen Vertriebenenpolitikern nicht die Wahl für einen dritten Weg ließ. Das Adenauersche Konzept der Westintegration und der damit verbundenen "Politik der Stärke" eröffnete auch ihnen die Hoffnung zur Durchsetzung ihrer heimatpolitischen Ziele.

Das Experiment mit der KPD scheiterte schließlich. Die KPD zog ihre Zusage zurück und auch Lodgman ließ verlautbaren, daß die SL mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun habe.[67]

67) In mehreren Schreiben an Kreisorganisationen der SL v. 13. 5. 1949 gab Lodgman folgende Stellungnahme ab: "1.) Die SL hat und hatte als unpolitische Organisation mit den politischen Parteien nichts zu tun, also auch nicht mit der KPD. Es wurde auch nirgends behauptet, dass dies der Fall gewesen sei. 2.) Au die politische Partei "Notgemeinschaft" hat und hatte mit der S nichts zu tun. Was erstere tut, dafür trägt letztere keine Verantwortung. Darüberhinaus hat aber die "Notgemeinschaft" gar kein Wahlabkommen geschlossen ... 4.) Es handelt sich bei der

Er versuchte nun, gemeinsam mit Goetzendorff, einen "überparteilichen Block der Vertriebenen" zu konstituieren, um die für Bayern vorgesehenen neun Flüchtlingswahlkreise zu besetzen. Das neuerliche Bündnis mit Goetzendorff war deshalb notwendig geworden, weil der Notgemeinschaft von der Militärregierung die Lizenz zur politischen Betätigung entzogen worden war.[68]

Die Gespräche mit Goetzendorff führte Lodgman direkt im Juni 1949. Lodgman versuchte dabei, die SL in seine Planungen miteinzubeziehen, doch die "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" wehrte sich gegen die einseitige Festlegung der Landsmannschaft durch ein Wahlbündnis mit dem Heubürgerbund.[69] Die von Lodgman ständig betonte Überparteilichkeit der SL war er bereit, für das Wahlabkommen aufzugeben, da sich Reitzner und Schütz dagegen aussprachen, besann er sich wieder des Vollzugsausschusses, um eine Legitimation für die weiteren Verhandlungen mit Goetzendorff zu haben.[70]

Einen Tag vor der Aufhebung der Flüchtlingswahlkreise durch die Besatzungsmacht kam es am 5. Juli 1949 zur Bildung des

---

ganzen Affäre um nichts anderes, als den Versuch, die Landsmannschaft zu diffamieren und Verwirrung in die Landsleute zu bringen ..."; Lodgman-Nachlaß

68) Vgl. Meldung des "Münchner Merkur" v. 27. 6. 1949, Nr. 75, S. 2: "Notgemeinschaft" ohne Lizenz; Lodgman-Nachlaß

69) In einem Brief Lodgmans an Goetzendorff v. 29. 6. 1949 berichtet der Sprecher über die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft: "In der gestrigen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen ist als Ergebnis festzustellen, daß die Arbeitsgemeinschaft auch weiterhin als überparteiliche Organisation bestehen bleibt. Die SL kommt daher für die Verhandlungen aus Anlaß der Wahlen zum Bundestag nicht in Betracht und es muß ein anderer Weg gefunden werden, um die von uns besprochenen Absichten sicherzustellen." Lodgman-Nachlaß

70) ders., daselbst: "Ich habe mit den Herren des Heppenheimer Vollzugsausschusses die Angelegenheit beraten und sie sind damit einverstanden, daß der Vollzugsausschuß die Verhandlungen für die sudetendeutsche Volksgruppe übernimmt." Lodgman-Nachlaß

"Überparteilichen Blocks der Vertriebenen", der eine Wahlempfehlung für 5 Sudetendeutsche, 3 Schlesier und 1 Südostdeutschen aussprach. In einem Aufruf an die Vertriebenen wurde der Vorschlag begründet:
"In dieser schicksalhaften Stunde bekennen sich alle ihrer Heimat beraubten Vertriebenen zu einer unteilbaren Gesamtverantwortung. Ungeachtet ihrer Volksgruppenzugehörigkeit werden die Vertriebenen dieses Bekenntnis durch gemeinsames Handeln bei den bevorstehenden Wahlen ablegen. Unsere Stimme wird ein Symbol dafür sein, dass wir auch im tiefsten materiellen und seelischen Elend eine verschworene Schicksalsgemeinschaft bilden wollen ... Kein parteipolitisch ungebundener Vertriebener darf abseits dieser Gemeinschaft stehen. Daher gebe jeder seine Stimme nur dem Kandidaten des überparteilichen Block der Vertriebenen."[71)]

Mit der Aufhebung der Flüchtlingswahlkreise war den überparteilichen Flüchtlingsgruppen, die sich an dem Wahlbündnis beteiligt hatten, die Basis ihrer Zusammenarbeit entzogen worden.

Diese Situation kam vor allem Alfred Loritz, dem Vorsitzenden der "Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung" (WAV) gelegen. Loritz, der wohl zu den schillerndsten Persönlichkeiten der frühen Nachkriegsgeschichte zählte, war Rechtsanwalt und hatte sich schon in der Weimarer Republik in der Wirtschaftspartei, die eine mittelständische Interessenpolitik betrieb, betätigt. Dort gelang es ihm noch vor 1932 der Vorsitzende dieser Partei für Oberbayern zu werden. Die Annäherung der Wirtschaftspartei an die NSDAP vollzog er nicht mit, er trat aus der Partei aus und leistete zwischen 1933 und 1939 - nach eigenen Angaben - Widerstand gegen das Naziregime.[72)]
Nach 1945 wirkte er als Fraktionsvorsitzender der WAV im bayeri-

71) Wahlaufruf des "Überparteilichen Blocks der Vertriebenen" v. 5. 7. 1949; Lodgman-Nachlaß
72) Vgl. Jenke, Manfred, Verschwörung von rechts? - Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945 -, Berlin 1961, S. 50

schen Landtag und wurde später in das Kabinett Dr. Hanns Ehards als Minister übernommen, dort wurde er mit der Entnazifizierung betraut.
1947 wurde er von seiner Partei abgewählt, von Ehard entlassen und wegen Schwarzhandels polizeilich verfolgt - beinahe schien es, als ob ihn, der sich nun verborgen hielt, das politische Glück verlassen hatte. Doch die WAV verlor bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen so viele Stimmen, daß der flüchtige Loritz wiederum zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Seine im November 1948 erfolgte Verhaftung führte nicht zu seiner Ausschaltung aus dem politischen Leben, denn von der gegen ihn erhobenen Anklage wurde er freigesprochen.[73)]
Er mußte nun versuchen, das ramponierte Ansehen der WAV aufzubessern, um den Sprung in den Bundestag zu schaffen. In diesem Moment bot sich ein Bündnis mit den Flüchtlingen nahezu an. Loritz tat alles, um die Vertriebenengruppen mit großzügigen Angeboten zu ködern. Er bot Goetzendorff ein Wahlbündnis an, das nicht nur auf den Neubürgerbund beschränkt, sondern auf den gesamten überparteilichen Wahlblock der Vertriebenen ausgeweitet werden sollte.
Goetzendorff, der sich vergeblich um die Lizenzierung des überparteilichen Wahlblocks bemüht hatte, nahm das Angebot an, das eine paritätische Aufteilung der Bundestagsmandate zwischen WAV und den Vertriebenen vorsah.
Da Loritz nicht nur um den Neubürgerbund warb, ergab sich auch für die anderen Flüchtlingsgruppen eine Chance, Vertreter in den Bundestag zu entsenden.

Lodgman lehnte eine Zusammenarbeit mit Loritz ab, weil er eine zu enge Bindung an die WAV befürchtete: "Ich habe wiederum betont, daß die Landsmannschaft außer Betracht bleibe, für den Vollzugsausschuß aber den Beitritt zum Abkommen abgelehnt, weil es mir untragbar schien, daß die Gewählten verpflichtet werden

73)ders., daselbst, S. 50 f.

sollten, der Fraktion der WAV beizutreten und ihr 'die Treue zu halten', eine Bestimmung, die willkürlichen Auslegungen auf der politischen Kampffläche Tür und Tor öffnet und die gewählten Vertriebenenvertreter unter Umständen in eine unmögliche Lage bringen könnte, für die bei der unausgeglichenen Gestaltung der Partei alle Voraussetzungen gegeben scheinen."[74]

Doch Lodgmans Ablehnung wurde nicht von allen Funktionären der SL getragen; Hans Rückel trat dem Abkommen entgegen der Empfehlung des Sprechers und dem Entschluß der NG bei: "Als ich für meine Person dem Abkommen des 'Neubürgerbundes' mit der WAV beitrat tat ich dies - im schärfsten Gegensatz zu meiner Partei, der NG - nur im Interesse der SL. Ich wollte, dass unter den künftigen Vertriebenen-Abgeordneten aus Bayern möglichst viele heimattreue Sudetendeutsche sein sollten."[75]
Dem Alleingang Rückels war es dann auch zu verdanken, daß die Sudetendeutschen Hans Tichi und Stephan Weickert in den Bundestag einzogen; diese trennten sich mit Hans-Gerd Fröhlich später von ihrer Fraktion und traten dem BHE bei.[76]

Gegen den Widerstand Lodgmans war es somit doch gelungen, Sudetendeutsche auf der Liste der WAV abzusichern.

2.2.4.3 Perspektiven der Vertriebenenverbände nach den Bundestagswahlen von 1949

Die ersten Bundestagswahlen waren für die Vertriebenenverbände aus mehreren Gründen von entscheidender Bedeutung.
Sie machten den Vertriebenenfunktionären deutlich, daß ihre

74) Brief Lodgmans an Hans Rückel v. 4. 8. 1949, Lodgman-Nachla
75) Brief Hans Rückels an Dr. Ernst Leibel (2. Landesobmann der SL) v. 3. 8. 1949; Lodgman-Nachlaß (Hervorhebung im Text)
76) Vgl. dazu auch Jenke, Manfred, Verschwörung von rechts? - Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945 -, Berlin 1961, S. 51 f.

Schicksalsgefährten von nationalistischen Parolen der rechtsradikalen Splittergruppen übersättigt waren. Der Aufruf der NG zum Wahlboykott[77] blieb fast unberücksichtigt. Die Hoffnung Lodgmans und anderer auf die Bildung einer großen oppositionellen Sammlungsbewegung erfüllte sich nicht. Dabei spielten die Behinderungen der Besatzungsmächte für eine freie politische Betätigung der Vertriebenengruppen gewiß keine untergeordnete Rolle. Doch als ausschlaggebend kann wohl angenommen werden, daß die demokratischen Parteien, die sich um eine politische Neuordnung in einem Teil Deutschlands bemühten, frei waren von dem Vorwurf eines neuen Dolchstoßes und daß die Wähler der Demokratie eine eindeutige Chance geben wollten.

Gleichzeitig mußten die Vertriebenen auch erkennen, daß insbesondere die CDU/CSU und die SPD ihre Verantwortung für die Interessenvertretung der Vertriebenen nicht nur verbal äußerten, sondern sich in den Gesetzgebungswerken der unmittelbaren Nachkriegszeit für eine Eingliederung der Vertriebenen einsetzten und die Lösung des Vertriebenenproblems auch in der künftigen Bundesrepublik als ihre vordringlichste Aufgabe ansehen würden.

Insbesondere die CDU/CSU hatte durch diese Politik den Unwillen großer Gruppen Einheimischer auf sich gezogen: "Während sich die Lizenzierungsbestimmungen lockerten, wurde also die CDU das Opfer des Aufeinanderpralls zwischen Vertriebenen und Einheimischen, da sie propagierte, genau wie die SPD, alle Teile der Bevölkerung gleichermaßen vertreten zu wollen. Das wurde ihr in der damaligen gespannten wirtschaftlichen Situation von den Wählern noch nicht abgenommen, und diese wandten sich den ausgesprochenen Interessenvertretungen zu."[78]

77) Aufruf der Notgemeinschaft zum Wahlboykott, Anhang, Quelle 6
78) Zu diesem Ergebnis kommt Heino Kaack in seiner Wahlanalyse der 1. Bundestagswahl:
Kaack, Heino, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 200

Diese positive Einstellung der größten Parteien zum Vertriebenenproblem, welche dem Willen entsprang, eine Frontenbildung zwischen Vertriebenen und Einheimischen zu verhindern, konnte mithin nicht ohne Wirkung sowohl auf das Verhalten der Vertriebenenverbände als auch auf das der nichtorganisierten Vertriebenen bleiben. Dabei spielte auch die Überlegung eine Rolle, daß eine Verärgerung der großen politischen Parteien einer reibungslosen Eingliederung nur hinderlich sein konnte. Den Vertriebenenverbänden mußte es nach der Bundestagswahl darum gehen, als seriöse Partner zu erscheinen, die ebenfalls eine korrekte und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Regierung wünschten.

Gleichwohl konnten diese Erkenntnisse, bei aller Loyalität zum neuen Regime, nicht den Verzicht auf eigene politische Aktivitäten implizieren, denn die Bundestagswahl hatte eben auch gezeigt, daß eine Interessenpartei der Vertriebenen eine gute Chance haben würde, im politischen Leben der Bundesrepublik einen Platz zu gewinnen. Als Beweis dafür diente der beträchtliche Erfolg der WAV, die mit 14 Abgeordneten (davon 7 Vertriebene) in den Bundestag einzog und sich im Wahlkampf besonders energisch um die Vertriebenen bemühte.[79)]

Mit einer zukünftigen Vertriebenenpartei hatten die Vertriebenenfunktionäre ein Druckmittel vor allem gegen die bürgerlichen Parteien (CDU/CSU und FDP) in der Hand, denn sie konnten damit das Wählerreservoir dieser Parteien verringern und sie gleichzeitig auf eine konsequente Vertretung ihrer politischen Interessen verpflichten.

Trotz der organisatorischen und politischen Behinderungen und Fehlschläge der Vertriebenenbewegung ergaben sich zu Beginn der Entwicklung der Bundesrepublik gute Ausgangspositionen für eine organisierte Interessenvertretung der Vertriebenen. Inwieweit die sich daraus ergebenden Möglichkeiten genutzt wurden, soll im folgenden noch näher untersucht werden.

---

79)Wahlaufruf der WAV an die Heimatvertriebenen s. Anhang, Quelle 7

2.2.5 Endgültige Konsolidierung der Landsmannschaften in Bayern

Die Bundestagswahl vom 14. August 1949 erforderte auch auf landsmannschaftlicher Seite einen festeren Zusammenschluß, um gegenüber den Organen des Bundes die Interessen einheitlich vertreten zu können. In Bad Homburg einigten sich die Sprecher der verschiedenen Landsmannschaften am 24. August 1949 die "Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL) zu gründen.[80] Dieses Gremium, das nach außen hin als festgefügter landsmannschaftlicher Spitzenverband auftrat, war im wesentlichen nur ein loses Gesprächsforum der einzelnen landsmannschaftlichen Sprecher. Zum Präsidenten wurde der Vorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft, Staatssekretär a.D. von Bismarck, bestellt, als federführender Sprecher der VOL fungierte Axel de Vries, der dem 1. Deutschen Bundestag als Mitglied der FDP-Fraktion angehörte, Wilhelm Hoffmann wurde Geschäftsführer.

Die Vorbereitungen der Sitzungen der Sprecher und die Abwicklung technischer Probleme oblag den Geschäftsführern der Landsmannschaften unter Leitung Hoffmanns.
Der organisatorische Zusammenschluß der Landsmannschaften war auch deshalb notwendig geworden, weil es im April 1949 den Landesverbänden der Vertriebenen gelungen war, unter der Präsidentschaft Lukaschecks, den "Zentralverband vertriebener Deutscher" (ZvD) zu gründen.

Im Gegensatz zum ZvD legten die VOL anfangs wenig Wert auf den Aufbau eines festgefügten organisatorischen Unterbaus auf Landes- und Kreisebene. Die Landsmannschaften erblickten darin die Gefahr, besonders in heimatpolitischen Fragen Eigenständigkeit aufgeben zu müssen, sie befürchteten die Majorisierung durch verbandliche Gremien, die ihrer spezifischen Situation nicht

80) Vgl. dazu Die Landsmannschaften (Skizzenhaftes Arbeitsmaterial über Entstehung, Wesen und Aufgaben. - Zeittafeln und graphisches Schema der Organisation), Hrsg. Verband der Landsmannschaften, Bonn 1958, S. 8 (hektographiert); zukünftig zit. als: Die Landsmannschaften, Bonn 1958, S.

das notwendige Verständnis entgegenbringen würden.
Nur in Bayern fügten sich die Landsmannschaften, sogar vor der Gründung der VOL, zu einer "Arbeitsgemeinschaft der landsmannschaftlichen Verbände in Bayern" zusammen.[81] Als die VOL schließlich bundesweit gegründet wurden, benannte sich die Arbeitsgemeinschaft in "Landesverband Bayern der Vereinigten Landsmannschaften der vertriebenen Deutschen" um, zu seinem Vorsitzenden wurde Lodgman gewählt, Geschäftsführer wurde Obers a.D. Kurt Graebe.

Lodgman war es damit gelungen, in den VOL nicht nur als Sprecher der Sudetendeutschen aufzutreten, sein Gewicht im neuen Verband war dadurch stärker als das anderer Sprecher. Es war ihm aber auch nützlich in der eigenen Organisation, weil die entscheidende Auseinandersetzung mit den parteigebundenen Vertretern in der "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" noch auf ihn zukommen sollte.

2.2.5.1 Die "Eichstädter Adventsdeklaration" und die "Detmolder Erklärung"

Mit der Aufnahme Lodgmans als gleichberechtigtem Vorsitzenden in die "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" waren alle politischen Kräfte des Sudetendeutschtums in ihr vereint. Da die Arbeitsgemeinschaft selbständig neben der SL existierte und den Anspruch auf die Vertretung der außenpolitischen Interessen der sudetendeutschen Volksgruppe für sich reklamierte, sah Lodgman in ihr eine mißliebige Konkurrenz zur SL, denn das ursprüngliche Konzept einer unpolitischen Landsmannschaft hatte er selbst bald aufgegeben.
Diese Konkurrenz war aber nicht nur durch den Führungsanspruch

81) Die Arbeitsgemeinschaft wurde am 22. 7. 1949 gegründet. Die Initiative dazu ging von Lodgman aus. Beteiligt waren Vertreter der SL, Baltendeutsche, Ostpreußen und Warthedeutsche sowie Pommern; vgl. "Süddeutsche Zeitung", Nr. 87 v. 26. 7. 194

Lodgmans in der sudetendeutschen Volksgruppe begründet, vielmehr zeigten sich schon frühzeitig unterschiedliche Auffassungen in der Vertretung der außenpolitischen Interessen. "Grundlegend kann man im außenpolitischen Denken der Sudetendeutschen zwei Richtungen unterscheiden: einmal diejenigen, die die Möglichkeit der Wiedervereinigung der Heimat und ihre Sicherung nur in einer möglichst engen Verbindung mit dem deutschen Gesamtvolk und -staat sehen und zum anderen die, die aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte schliessen zu müssen glauben, dass nur eine neue Belebung des Donauraumes zu einer Lösung des Problems führen könne.
Auf beiden Seiten gibt es die mannigfaltigsten Spielarten, von den Gesamtdeutschen bis zu den Vertretern der Wiedererrichtung einer Donauföderation unter der Führung Habsburgs."[82]

Die Meinungsverschiedenheiten um den Weg der Sudetendeutschen erreichten ihren ersten Höhepunkt mit der Veröffentlichung der "Eichstädter Adventsdeklaration" der Arbeitsgemeinschaft.

In Eichstädt waren die Vertreter der katholischen Gruppe (Schütz, Götz, Turnwald, Franzel, Sladek), der sozialdemokratischen (Jaksch, Reitzner) und der völkischen (Brand, Brehm, Becker und Hönig) vertreten.
Lodgman, der den Gedanken des Anschlusses an ein Gesamtdeutschland vertrat, wurde vom Initiator der Tagung, Pater Paul Sladek, nicht eingeladen.
Während sich Franzel für eine habsburgisch-monarchistische Lösung aussprach,[83] lehnten vor allem Jaksch, Reitzner und Brand diesen Weg entschieden ab.[84] Man einigte sich schließlich auf folgende Forderungen:

---

82) Hilf, Rudolf, Die Presse der Sudetendeutschen nach 1945 und ihre Stellungnahme zum Schicksal der vertriebenen Volksgruppe (Diss.), München 1950, S. 102; zukünftig zit. als: Hilf, R., Die Presse der Sudetendeutschen nach 1945 ..., S.
83) ders., daselbst, S. 109
84) ders., daselbst, S. 109

"Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat in den Sprachgrenzen und Siedlungsverhältnissen von 1937. Dabei verkennen wir nicht die historisch-geographischen Gegebenheiten in Böhmen und Mähren und im Karpathenraum. Auch der uralten Schicksalsverbundenheit der Donauvölker sind wir uns nach wie vor bewußt. Keine Neugestaltung Europas kann an dem zentralen Problem einer neuen staatsrechtlichen Ordnung des Donauraumes und der übrigen von der Sowjetunion seit 1945 besetzten und beherrschten Gebiete vorübergehen."[85)]

Mit dieser Erklärung wandten sich die Unterzeichner an die Presse und an den Bundeskanzler, der am 14. Dezember 1949 die Bundestagsabgeordneten Reitzner, Schütz und Zawadil empfing und sie zu "diesen Formulierungen (beglückwünschte), die ich für richtig und sehr gut halte".[86)]

Damit war es gelungen, unter Umgehung Lodgmans, das Gehör der Presse und des Regierungschefs zu finden. Lodgman fühlte sich derart brüskiert, daß er in einem Schreiben an Adenauer auf die mangelnde Legitimation des Eichstädter Kreises hinwies und am 15. Januar 1950 im "Europa-Kurier" seine Stellungnahme zur Deklaration mit der Überschrift "Otto von Habsburg ante portas" veröffentlichte. Er unterstellte den Verfassern der Deklaration schon jetzt Wege zu einer geeinten Nation zu verbauen. Auf einer eiligst einberufenen Tagung der Vertreter der sudetendeutschen landsmannschaftlichen Landesverbände von Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen-Bremen und Schleswig-Holstein Hamburg am 24. und 25. Januar 1950 in Detmold holte er zum Gegenschlag aus.

Die Detmolder Tagung führte zur Gründung des Hauptverbandes der SL für ganz Westdeutschland. An die Spitze des vorläufigen Direktoriums wurde Lodgman berufen. In einer Erklärung wurde mit der

85) "Eichstädter Adventsdeklaration" v. 30. 11. 1949, in: Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916-1967, S. 349 f., Quelle 2
86) Bundeskanzler Adenauer billigt die Eichstädter Deklaration, daselbst, S. 350, Quelle 223

Vorstellungen Eichstädts ins Gericht gegangen:
"In der Erkenntnis, daß Deutschland und die sudetendeutsche Volksgruppe in erhöhtem Maße nicht mehr Subjekt, sondern nur Objekt der internationalen Politik sind, sieht die sudetendeutsche Volksgruppe in der Arbeit an ihrem inneren Aufbau und in der Aufklärungsarbeit in aller Welt ihre derzeit beste Außenpolitik. Sie will zum Zeitpunkt einer Gestaltungsmöglichkeit, die ihr die Wiedergewinnung ihrer Heimat verspricht, geschlossen bereitstehen, um dann ihr künftiges Schicksal aus eigener Verantwortung selbst entscheiden zu können. Sie lehnt daher einen Streit um außenpolitische Wunschbilder, Theorien und Doktrinen ab, zumal durch ihn die erforderliche Einheit der Volksgruppe gefährdet und ihre Aufspaltung unvermeidlich wäre."[87]

Mit der "Detmolder Erklärung" und der Gründung des Hauptverbandes der SL hatte Lodgman dem Eichstädter Kreis bewiesen, daß seine Basis innerhalb des organisierten Sudetendeutschtums äußerst schmal war. Dabei ist zu betonen, daß die unterschiedliche außenpolitische Position, die Lodgman zum Eichstädter Kreis einnahm, nicht grundsätzlicher, sondern taktischer Art war.
Durch die Eichstädter Deklaration sah sich Lodgman, der sich als Repräsentant und autorisierter Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe betrachtete, in den Hintergrund gedrängt. Er sah sich um das Gesetz des Handelns beraubt und ließ sich darum in Detmold als der vorläufige Sprecher der Bundeslandsmannschaft bestätigen. Mit diesem Schritt hatte er den auf Bayern beschränkten Eichstädter Kreis eindeutig in die Defensive gedrängt.

Bemerkenswerterweise hatte Lodgman zu Beginn der 50er Jahre die "Politik" des Eichstädter Kreises - ohne die Initiatoren der Deklaration - selbst betrieben. Er stellte eine enge Verbindung zu Otto von Habsburg her, der auch heute noch zu den Bundestreffen der SL geladen wird. Noch 1950 nahm Lodgman direkten Kontak-

87) "Detmolder Erklärung" der SL, daselbst, S. 352 f., Quelle 225

zu General Prchla, dem Vorsitzenden des Tschechischen Nationalausschusses, auf und traf im Namen der "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" das sog. Wiesbadener Abkommen, in dem die Vorstellungen der "Eichstädter Adventsdeklaration" wieder auftauchten: " ... 5. Beide Teile sind darin einig, daß über die endgültigen staatspolitischen Verhältnisse gemäß Punkt 2 beide Völker entscheiden sollen, sobald die Befreiung des tschechischen Volkes und die Rückkehr der Sudetendeutschen erfolgt sein werden. Da die Voraussetzungen heute nicht überblickt werden können, beide Völker durch ein Jahrtausend im böhmisch-mährisch-schlesischen Raum in engster Nachbarschaft gelebt haben und auch in Zukunft leben werden, so haben beide Teile beschlossen, einen Föderativausschuß einzusetzen, der die Voraussetzungen hierfür schaffen soll."[88]

Lodgman ging es also darum, den Einfluß der "Eichstädter" in der sudetendeutschen Volksgruppe zu minimieren und die Anerkennung als alleiniger Repräsentant der Volksgruppe zu erlangen.
Rudolf Hilf, der der "Kanzlei des Sprechers der SL" angehörte und in seiner Dissertation einseitig für Lodgman Stellung bezog, charakterisierte diesen Vorgang treffend: "Es ging hierbei nicht nur um 'Wunschbilder und Theorien', sondern um ganz reale Machttatsachen, soweit man innerhalb Deutschlands heute überhaupt von Macht reden kann. Zu Pfingsten sollte die neue Hauptversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft stattfinden, auf welcher die Wahl eines neuen Vorstandes fällig war. Es hiess für die Eichstädter nicht nur Anknüpfung mit dem Ausland zu finden, sondern auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft von innen heraus zu erobern, um mit Erfolg ihre Politik zur Durchführung oder doch wenigstens zur Vorbereitung bringen zu können."[89]

88) "Wiesbadener Abkommen" v. 4. 8. 1950, daselbst, S. 357, Quelle 230
89) Hilf, Rudolf, Die Presse der Sudetendeutschen nach 1945 ..., S. 122

Aus diesem Grunde mußte Lodgman sie ausschalten, sonst wäre er von ihnen abhängig geblieben. Auf der Pfingsttagung der SL in Kempten (1950) gelang es ihm, mit nur einer Gegenstimme wiedergewählt zu werden. Vertreter der SPD und CSU wurden nicht mehr in den neuen Landesvorstand gewählt.

Die von Wolfgang Behr aufgestellte These, daß das "gewachsene Selbstbewußtsein der Vertriebenen- und Flüchtlingsfunktionäre eine Angliederung ihrer Gruppen an die SPD gar nicht mehr zuließ",[90] kann in dieser Form nicht aufrechterhalten bleiben, weil für Lodgman diese Auseinandersetzung eine Frage des politischen Überlebens war und er durchaus nicht sicher sein konnte, daß ihm die Landsmannschaft so eindeutig folgen würde, wie sie es dann in Kempten schließlich tat.

Lodgman hatte durch sein Verhalten wesentliche Gruppen der SL zwar in die Defensive gedrängt, durch die Wahl Seebohms zu seinem Stellvertreter forderte er sogar deren offenen Widerspruch heraus,[91] aber in allen Fragen, die über die innere Organisation der SL hinausgingen, suchte er die Unterstützung der Gesinnungskreise der Landsmannschaft, um die Geschlossenheit der SL zu wahren.

Dem Anspruch der Parteienvertreter innerhalb der Landsmannschaft die SL in ihrem Sinne zu steuern,[92] trat er somit wirkungsvoll entgegen. 1950 hatte er erreicht, was er seit Jahren durchsetzen

---

90) Vgl. dazu Behr, Wolfgang, Sozialdemokratie und Konservativismus - Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns, Hannover 1969, S. 96

91) Hans Schütz charakterisierte die Wahl Seebohms sogar als "das neue Königgrätz", vgl. "Der Volksbote" v. 10. 6. 1950

92) Vgl. dazu Behr, Wolfgang, daselbst, S. 94 f.
S. 95: "Ursprünglich lehnte die SPD Flüchtlings- und Vertriebenenverbände ab. Nachdem sich in Bayern jedoch derartige Verbände konstituiert hatten, es der SPD nicht gelang, die Vertriebenen- und Flüchtlingsgruppen politisch an die SPD zu binden oder sogar zu integrieren und das Ergebnis der Kommunalwahlen 1948 einen enormen Anstieg der Stimmen für selbständige Flüchtlingsgruppen zeigte, vollzog die SPD einen Wandel ihrer Auffassung: Sie versuchte durch starke Mitarbeit in diesen Verbänden die Leitung in die Hand zu bekommen."

wollte: die "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" war keine von der SL mehr unabhängige Institution. Lodgman hatte sich die Arbeitsgemeinschaft nutzbar gemacht, Initiativen gingen zukünftig von ihm aus, eine Umgehung seiner Person war unmöglich geworden.

Die Festigung seiner Position innerhalb des landsmannschaftlich organisierten Sudetendeutschtums gab Lodgman nunmehr auch eine überragende Stellung in den VOL, denn neben dem Schlesierverband, der mit starken inneren Spannungen zu kämpfen hatte, war die SL die größte Landsmannschaft. Deshalb konnten die VOL in der Auseinandersetzung mit dem ZvD nur bestehen, wenn Lodgman und die SL ein hohes Maß an Loyalität beweisen würden.

3. Die "Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften" (VOL)

Den Landsmannschaften blieb nicht verborgen, daß der ZvD - aufgrund seines sozialpolitischen Engagements - einen starken Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatte.

Die landsmannschaftlichen Organisationen konnten sich wirksam nur gegen den ZvD behaupten, wenn es ihnen gelang, vorerst die direkte Konfrontation mit ihm zu vermeiden. Während der ZvD sein Aufgabenfeld deutlich abgesteckt hatte, mußten die Landsmannschaften ihre Existenzberechtigung erst glaubhaft machen.

Die VOL mußten also eine schwierige Gratwanderung bewältigen: einerseits war eine Abgrenzung zum ZvD notwendig, andererseits mußte der Eindruck vermieden werden, daß die Schaffung einer Konkurrenzorganisation beabsichtigt war.

Die Schwierigkeit bei der Suche nach einem eigenen Profil und der Herbeiführung eines auch für den ZvD akzeptablen modus vivendi lag darin begründet, daß beide Organisationen um die Unterstützung der gleichen Gruppen rangen.
Dies war und ist ein Grundproblem der Vertriebenenbewegung überhaupt gewesen. An der Bewältigung dieses Problems mußte sich die Kraft und die Ohnmacht des organisierten Vertriebenenwesens erweisen. Linus Kather hat die Frage nach dem Gelingen dieser Aufgabe pessimistisch damit beantwortet, daß er von der Entmachtung der Vertriebenen sprach. Ob diese Einschätzung gerechtfertigt ist, soll auch anschließend untersucht werden, wobei die Fragestellung noch erweitert werden muß, denn Kathers Aussagen zu diesem Problem provozieren die These, daß die Vertriebenen sich selbst entmachtet haben.

Die VOL waren in ihrer Frühphase bemüht, den Eindruck zu erwekken, daß es ihnen um die Bildung eines Einheitsverbandes ging. Bis zur Gründung des "Bundes der Vertriebenen" (BdV) kam es zu mehrfachen Anläufen in dieser Richtung, wobei die Initiativen dazu auch vom ZvD ausgingen.
Ein Schritt auf dem Wege zum Einheitsverband mußte über ein

geregeltes Nebeneinander der großen Verbände führen, dies schien auch deshalb dringend geboten, weil viele Vertriebene die Spaltung der Verbände nicht einsehen konnten und auf eine Einigung drängten.
Schon am 1. Juni 1949 entwickelte die "Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsführungen Ostdeutscher Landsmannschaften" einen vier-Punkte-Vorschlag zur gegenseitigen Abgrenzung und Respektierung der Verbände, wobei sie ausdrücklich betonte, daß sie "von tiefer Sorge um die Zerrissenheit der ostdeutschen Heimatvertriebenen erfüllt" war und eine Regelung wünsche, die "zur Erreichung der von allen geforderten Einheit der Organisation" führen sollte.[93] Aber erst am 20. November 1949 kam es in Göttingen zu einem offiziellen Abkommen zwischen dem ZvD und den Landsmannschaften, in dem die Vorschläge der Geschäftsführer ihren Niederschlag fanden.[94] Die Verbände betonten darin, daß Geschlossenheit und Einigkeit notwendig seien, um das Vertriebenenproblem zu lösen. Weiterhin kamen sie überein, daß der ZvD grundsätzlich für die sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben zuständig sein sollte, während die Landsmannschaften die der Heimat- und Kulturpolitik übernahmen.

So gut diese Abgrenzung auch gedacht war - sollte sie doch zu einer nützlichen gegenseitigen Ergänzung der Arbeit der Verbände führen - stellte sich in der Praxis heraus, daß das Vertriebenenproblem zu komplex war, um eine derartige formale Trennung vornehmen zu können. Die "Göttinger Beschlüsse" bildeten mithin eine Quelle ständiger Querelen zwischen den Verbänden. Da Überschneidungen gerade im sozialpolitischen Bereich nicht zu vermeiden waren, kam es zu ständigen Auseinandersetzungen um die Auslegung und Erweiterung der "Göttinger Beschlüsse". Anstatt die Einigung der Vertriebenenverbände vorzubereiten, wurde durch die Beschlüsse der Konflikt zwischen ZvD und VOL institu

93) Brief der "Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsführungen Ostdeutscher Landsmannschaften" an die Sprecher der Ostdeutschen Landsmannschaften v. 1. 6. 1949; BdV-Archiv
94) "Göttinger Beschlüsse", s. Anhang, Quelle 8

tionalisiert.
In einem Rückblick auf die "Göttinger Beschlüsse" kam der verstorbene Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier (LdO), Dr. h.c. Otto Ulitz, zu dem Ergebnis, daß dadurch die "Zweigleisigkeit" der Vertriebenenbewegung begründet wurde "und sich als schwere Hemmung für den Zusammenschluß erwies, weil sowohl die Landsmannschaften als auch die Landesverbände darüber den zwingenden natürlichen Zusammenhang verloren und Gefahr liefen, das organisatorische Geltungsbedürfnis für die gemeinsame Sache zu stellen".[95)]

3.1 Auseinandersetzung mit dem ZvD

Während vor der Gründung der Bundesrepublik die Vertriebenenverbände die Bereitschaft zur Zusammenarbeit noch zeigten und die Spannungen zwischen den Organisationen vielfach auf persönliche Ressentiments zurückzuführen waren, entwickelte sich danach eine zunehmend andere Situation. Die Auseinandersetzungen zwischen den Verbänden wurden kompromißloser und schärfer. Die Ursache für die Wandlung des zaghaften Nebeneinander zum Gegeneinander bildete die beabsichtigte gesetzliche Regelung der Vertriebenenproblematik. Dabei muß ausdrücklich betont werden, daß der ZvD und die VOL bei der Frage des Lastenausgleichs keine gravierenden inhaltlichen Differenzen hatten, vielmehr ging es um die Beteiligung der Verbände an der Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes und der am Gesetz für die Feststellung von Vertreibungs- und Kriegsschäden, denn schon während der Beratung dieser Gesetze war dem Gesetzgeber bewußt geworden, daß die Exekutive auf die sachkundige Mithilfe der Vertriebenenverbände angewiesen sein würde. Für die Verbände wiederum ergab sich aus dieser Sachlage die Chance, mit der staatlichen Verwaltung nicht nur eng zusammenzuarbeiten, sondern die Arbeit dieser neu zu schaffenden Verwaltungszweige weitestgehend selbst

95) in: Die Landsmannschaften, Bonn 1958, S. 14

zu bestimmen.[96]

Die Vertriebenenverbände kamen dadurch in eine zusätzliche Konkurrenzsituation, die sich deshalb noch verschärfend auswirkte, weil jeder Verband die Möglichkeit nutzen wollte, verdiente Funktionäre in der Verwaltung unterzubringen. Durch diese Entwicklung wurde die Geschlossenheit der Funktionärskader im ZvD und in den Landsmannschaften zwar gefördert, aber es wurde vielen Funktionären auch unmöglich gemacht, eine ausgleichende, vermittelnde Position einzunehmen, denn damit setzten sie sich dem Verdacht aus, die Pfründe des eigenen Verbandes schmälern zu wollen.

Die Konfrontation mit dem ZvD wurde einseitig von der Sudetendeutschen Landsmannschaft gesucht. Lodgman verfaßte im November 1950 eine Denkschrift,[97] die sich im wesentlichen mit dem ZvD und den Landsmannschaften auseinandersetzte; er versandte sie an die Bundesregierung, die Bundestagsabgeordneten und "sonstige interessierte Stellen".[98]

Der Anlaß für die Verbreitung der Denkschrift war durch die Ankündigung der Einbeziehung der Vertriebenenverbände in das Schadensfeststellungsverfahren gegeben, aber auch durch die Erklärung H. Christian Sonnes', dem Vorsitzenden der ECA-Technical Assistance Commission zum Studium der Flüchtlingsfragen in der Bundesrepublik Deutschland, in der er eine ausreichende Unterstützung für die Vertriebenen durch das amerikanische Volk befürwortete.[99]

---

96) Vgl. dazu § 24 Abs. 4 des Feststellungsgesetzes (FG), in: Neuhoff, Hans, Die Lastenausgleichsgesetze - Dokumente zur Entwiddung des Gedankens, der Gesetzgebung und der Durchführung - Bd. VI: Die Verwaltungsrechtsprechung, hrsg. v. Bundesminister f. Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1968, S. 226

97) Lastenausgleich ZvD-Landsmannschaften, Denkschrift Lodgmans v. 8. 11. 1950 (gedrucktes Flugblatt); Lodgman-Nachlaß

98) so auch an den US-Landeskommissar für Bayern, Dr. George Shuster, dem er in einem Begleitbrief nahelegte, "im Sinne der in der Denkschrift niedergelegten Grundsätze zu wirken". Brief v. 9. 11. 1950 an Dr. G. Shuster; Lodgman-Nachlaß

99) In seinem Brief an Dr. G. Shuster bezieht sich Lodgman auf diese Erklärung.

Um das Interesse der Empfänger der Denkschrift an den Landsmannschaften zu fördern, bediente sich Lodgman eines einfachen, aber auch sehr fragwürdigen Schachzuges. Er bezichtigte den ZvD der ideologischen Unzuverlässigkeit und malte mit düsteren Farben das Bild eines neu ausbrechenden Klassenkampfes zwischen Vertriebenen und Einheimischen, wenn der ZvD nicht in seinem Einfluß durch die Landsmannschaften rechtzeitig beschnitten würde.

Lodgman untersuchte zur Begründung seiner Thesen die beiden Verbandsformen auf ihre "ethischen Grundlagen".
Den äußeren Unterschied umschrieb er folgendermaßen: "Der Grundgedanke des ZvD ist der status des "Vertriebenen", eines Menschen, der durch die Austreibung wirtschaftlich, materiell und vielleicht auch ethisch deklassiert, also entwurzelt ist."[100] Darin erkannte er die Gefahr, daß "sich eine so entstandene Organisation von der Volksgemeinschaft ab(sondert)" und "dem gesamtdeutschen Schicksal zunächst gleichgültig gegenüber(steht)" Während sich die SPD - nach Lodgmans Meinung - von einer reinen Klassenpartei nun zu einer Partei entwickelt habe, die "sich für das gesamtdeutsche Schicksal verantwortlich fühlt, wie jede andere Partei", erkannte er im ZvD den Ursprung einer neuen radikalen Kraft, die die Vertriebenen immer mehr der "Volksgemeinschaft" entfremdet. "Auf politischem Gebiet führt er (der Ruf: "Vertriebene aller Länder vereinigt Euch", Anm. d.Verf.) logisch und zwangsläufig zum Ruf nach einer eigenen Klassenpartei der Vertriebenen."
Die Landsmannschaften hoben sich nach der Überzeugung des Sprechers der SL schon dadurch grundsätzlich vom ZvD ab, weil sie "keine 'Vertriebenen', sondern 'Landsleute' (sammeln), der Grundgedanke ihrer Organisation ist die seelische Verbundenheit mit der Heimat, das Bewußtsein, diese und den dem Reiche verlorengegangenen Boden in Westdeutschland zu repräsentieren, daß Bewußt

100) Auch die folgenden Zitate sind der Denkschrift entnommen, werden nicht gesondert in den Anmerkungsapparat aufgenommen.

sein der Mitverantwortung für das gesamtdeutsche Schicksal." Er sprach den Landsmannschaften "zeitlich und geistig unbeschränkte Bedeutung" zu, "sie hört nicht auf, wenn das Problem der 'Vertriebenen' auf deutschem Boden materiell gelöst würde und es ist die Tragik des ZvD, daß er an seinem Untergang arbeitet, wenn er sich für die Gleichberechtigung der Vertriebenen auf deutschem Boden einsetzt". Um dieser Selbstaufgabe zu entgehen, hilft nach Ansicht Lodgmans dem ZvD nur die Klassenidee. Darin aber liegt nach seiner Meinung das größte Übel, denn "die Führer (des ZvD, Anm. d.Verf.) müßten weiterhin einer klassenmäßigen Absonderung der Vertriebenenarmee Rechnung tragen oder sie würden durch radikalere Kräfte verdrängt werden. Es könnten leicht östliche Kräfte sein! Hier liegt die eigentliche Gefahr des deutschen Vertriebenenproblems und damit auch die Gefahr für das ganze Abendland ..."
Über den Grund seiner besorgniserregenden "Analyse" ließ Lodgman die Empfänger nicht im unklaren: "Jetzt stehen also Bundesregierung und Bundestag vor der Frage, wen sie mit der Feststellung und Prüfung der erwachsenen Schäden betrauen sollen. Zu diesem Zwecke werden nicht unbedeutende finanzielle Mittel des Bundes zur Verfügung gestellt werden müssen und es ist einleuchtend, daß diejenigen Organisationen für sich Vorteile zu buchen haben werden, die auf diese Mittel Einfluß haben werden." Gleichzeitig betonte Lodgman, daß er zwar nur im Namen der SL diese Erklärung abgegeben habe, daß dies aber die Anschauungen aller Landsmannschaften sind, die in den VOL organisiert sind. Er empfahl der Bundesregierung die VOL als eine "auf natürlichem Grund gewachsene volksdeutsche Armee..., die kein höheres Ziel kennt, als an der Gestaltung des deutschen Schicksals verantwortungsbewußt mitzuarbeiten".

Die Wirkung, die diese Polemik gegen den ZvD außerhalb der Vertriebenenverbände erzielte, läßt sich heute nicht mehr nachprüfen. Der Bundesregierung mußte aber klar geworden sein, daß Kather auch in Sachfragen auf die uneingeschränkte Solidarität

der Vertriebenenverbände nicht unbedingt rechnen konnte. Der aufmerksame Leser der Denkschrift konnte aus ihr sogar entnehmen, daß die Landsmannschaften zu Zugeständnissen bereit waren, wenn sie gegenüber dem ZvD bevorzugt behandelt würden. Für die Durchsetzung der Vertriebeneninteressen auf einen gerechten Lastenausgleich setzte Lodgman ein bedenkliches Zeichen. Wie absurd die Unterstellung war, daß der ZvD eine quasi revolutionäre Klassenideologie verfolge, zeigt sich schon daran, daß Kather einer der energischsten Verfechter des quotalen Lastenausgleichs war, also eine Restauration der Besitzverhältnisse auch für die Vertriebenen anstrebte. Die Unterstellung der ideologischen Unzuverlässigkeit sollte nicht der rationalen Auseinandersetzung mit dem ZvD dienen, vielmehr sollte Kathers Verband in den Augen der Bundesregierung und anderer Empfänger der Denkschrift[101] als Partner für den Lastenausgleich disqualifiziert werden. Daß Lodgman in so scharfer Form mit den Argumenten eines sterilen Antikommunismus gerade den größten Interessenverband der Vertriebenen attackierte, entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, zumal er selbst die SPD als Beispiel für die positive Wandlung von der Klassenpartei zu einer staatstragenden Kraft anführt.

Lodgman bewies durch diese Denkschrift weder das nötige Augenmaß noch genügendes Verantwortungsbewußtsein gegenüber der gesamten Vertriebenenbewegung. Er vergiftete durch seine Erklärung vollends das Klima zwischen den Verbänden und forderte eine heftige Reaktion des ZvD heraus.

---

101) in seinem Brief v. 9. 11. 1950 an Dr. George Shuster wird Lodgman noch deutlicher: "Dabei ist bei mir sofort die Frage aufgetaucht, ob es nicht wichtig wäre, bei einer solchen Unterstützung diejenigen Organisationen maßgebend zu beteiligen, die kraft ihrer ideologischen Ausrichtung die Gewähr dafür bieten, daß sie das Vertriebenenproblem überwinden und nicht verlängern oder verewigen wollen. Das sind nach Lage der Dinge die Landsmannschaften und es wäre für diese und damit für das ganze deutsche Volk und Europa ein wahres Glück, wenn deren Bedeutung auch von den Vereinigten Staaten von Amerika erkannt und demgemäß gefördert würde."

Kather wandte sich brieflich an Axel de Vries, den federführenden Sprecher der VOL.[102] Er beklagte sich darüber, daß dem ZvD klassenkämpferische Tendenzen unterstellt wurden und daß ihm das Verständnis für die gesamtdeutschen Interessen abgesprochen wurde. "Solange sich diese Polemik innerhalb der engeren Sphäre der Heimatvertriebenen abgespielt hat, haben wir sie, weil sie nur von einer Splittergruppe vertreten wird, nicht allzu ernst eingeschätzt."[103] Nun aber, da Lodgman im Namen aller ostdeutschen Landsmannschaften sprach, war auch für Kather ein bedenklicher Punkt erreicht worden, denn er sah darin die bisherige Einigkeit in der Frage des Lastenausgleichs empfindlich gestört. Er forderte aufgrund dieser Herausforderung durch die SL die VOL auf, sich von der Führung der SL öffentlich zu distanzieren. Damit brachte er die VOL in einige Verlegenheit, denn die SL gehörte nicht nur zu den zahlenmäßig stärksten Landsmannschaften, sie hatte auch großen Einfluß auf eine Reihe kleinerer, nichtreichsdeutscher Landsmannschaften. Eine öffentliche Distanzierung hätte einen unmittelbaren Bruch zur Folge gehabt. Andererseits war den VOL an einer weiteren guten Zusammenarbeit mit dem ZvD in der Vorbereitung des Lastenausgleichs gelegen, denn die Landsmannschaften verfügten nicht über den großen bürokratischen Apparat des Zentralverbandes, in dem bereits damals Spezialisten wesentliche Vorarbeiten für dieses Gesetzgebungswerk leisteten.

Aus diesen Gründen fiel die Antwort de Vries' an Kather vorsichtig aus, ohne dabei das nötige Verständnis für Kathers Situation vermissen zu lassen:"Was nunmehr die öffentliche Polemik anbetrifft, so bedauere ich dieselbe außerordentlich. Sie schwächt uns in einer sehr wichtigen Phase des Kampfes um den Lastenausgleich. Unsere Heimatvertriebenen lehnen in ihrer Masse diese öffentliche Polemik ausdrücklich ab. Der OVK (Zeitung der Vertriebenenpresse, Anm. d.Verf.), der eine Zeitlang dieser Polemik lebhaften Ausdruck gegeben hat, hat diese eingestellt, weil sehr

102) Abschrift Kathers' Brief an de Vries v. 8. 12. 1950; Lodgman-Nachlaß
103) ders., daselbst

energische Äußerungen aus dem Leserkreis laut wurden, bei uns erhebliche Abbestellungen eintrafen. Dieser Vorgang sollte von uns allen beachtet werden."[104]

Doch Kather war durch diese Antwort keineswegs beschwichtigt, er sah in der von Lodgman provozierten Auseinandersetzung eine günstige Gelegenheit, um endgültig die Landsmannschaften so zu schwächen, daß sie in der Vertriebenenbewegung zu einer quantité négligeable herabsinken müßten. Kather hatte erkannt, daß die landsmannschaftlichen Organisationen für die Vertriebenen nicht ohne Anziehungskraft waren. Deshalb entschloß er sich, dem ZvD Landsmannschaften anzugliedern, die natürlich vom ZvD kontrolliert bleiben sollten.

Am 18. Dezember 1950 kam es zur Proklamation der "Landsmannschaft Sudetenland im ZvD", deren Sprecher Gustav Hacker wurde, der als Vorsitzender des BDL in der CSR zu den bedeutendsten Jungaktivisten gehörte. Da im ZvD ca. 275 000 Sudetendeutsche organisiert waren, eine Anzahl die die Mitglieder der SL um die Hälfte übertraf, mußte Lodgman eine Zersplitterung der SL befürchten. Gustav Hacker wandte sich an viele Funktionäre der SL und forderte zu gemeinsamen Verhandlungen zwischen dem Hauptverband der SL und seiner Organisation auf.[105] Verhandlungen zwischen den im ZvD organisierten Sudetendeutschen und der SL wurden schon im Frühsommer 1950 vom ZvD angestrebt, aber Lodgman weigerte sich, diese Sudetendeutschen als gleichberechtigte Partner anzuerkennen. Er machte hingegen den unzumutbaren Vorschlag, daß der ZvD der körperschaftliche Zusammenschluß aller Landsmannschaften werden sollte. "Nimmt der ZvD dieses Angebot nicht an, sehen sich die Landsmannschaften gezwungen, im Interesse der einheitlichen Organisation der Vertriebenen, den ideologischen Kampf aufzunehmen, in der Überzeugung, dass sich die Mehrheit der Vertriebenen

104) Brief von Axel de Vries an Kather v. 12. 12. 1950, Lodgman-Nachlaß
105) Vgl. Weissblätter zur Frage SL - ZvD, hrsg. v. Hauptvorstand der SL, o.O., o.J. (heliographiert); Lodgman-Nachlaß

für das landsmannschaftliche Ordnungsprinzip entscheiden wird."[106]

Bis zur Gründung der "Landsmannschaft Sudetenland im ZvD" stellten sich die Beteiligten mehrere Ultimaten und appellierten in Presseerklärungen an die Einsicht des Gegners, ohne daß nach einer wirklichen Lösung des Problems ernsthaft gesucht wurde.

Aus dieser fruchtlosen Auseinandersetzung hielten sich die VOL noch weitestgehend heraus. Obwohl auch sie versuchten, dem ZvD den Rang abzulaufen, anerkannten sie auf sozialpolitischem Gebiet die Führungsrolle des Zentralverbandes und hofften an seinen Erfolgen partizipieren zu können. Erst als die innerverbandlichen Auseinandersetzungen mit der SL und dem Schlesierverband in den VOL ihren Höhepunkt erreichten, verschärfte sich auch das Verhältnis zum ZvD.

3.2 Innerverbandliche Spannungen und Spaltung der VOL

Die VOL-internen Auseinandersetzungen entzündeten sich äußerlich an der Person des federführenden Sprechers de Vries. Gegen ihn wurden von Lodgman, Rinke und Keudell schwerwiegende Vorwürfe, die seine Amtsführung betrafen, erhoben. Diese Beschuldigungen, die in langen Denkschriften der Beteiligten noch präzisiert wurden, deckten aber erhebliche strukturelle Mängel innerhalb der VOL auf, die keineswegs allein auf de Vries zurückgeführt werden konnten. Im wesentlichen lassen sich drei Problemkreise erkennen, auf die die Spannungen in den VOL zurückzuführen waren:

a) Die Gründung von Landsmannschaften, die den bereits etablierten Landsmannschaften Konkurrenz machten.
b) Das Verhältnis zwischen den Landsmannschaften und der VOL-Spitze.
c) Organisatorische und technische Hindernisse.

106) daselbst

Schwierigkeiten der Abgrenzung zwischen den Landsmannschaften gab es seit ihrer frühesten Entwicklung. Während zwischen den West- und Ostpreußen und Weichsel/Warthe-Deutschen diese beizulegen waren, türmten sich zwischen den Schlesiern und anfänglich auch zwischen den Sudetendeutschen schier unlösliche Probleme auf.

Die Schlesische und Sudetendeutsche Landsmannschaft unter Rinke und Lodgman verstanden die VOL als ein Schutzbündnis gegen die Bildung von Konkurrenzlandsmannschaften. Sie hofften auf eine ungebrochene Solidarität der anderen Sprecher in den VOL, die a priori gegen die Gründung und Anerkennung solcher Organisationen eintreten sollten. Sie sprachen deshalb auch von der Autonomie der Landsmannschaften, unter der verstanden werden sollte, daß die VOL auch keinen Einfluß auf die Anerkennung neuer Landsmannschaften haben sollten, wenn diese Gründungen von den "Mutterlandsmannschaften" nicht ausdrücklich gebilligt wurden. Mit der Betonung dieser Autonomie hofften sie, einen zusätzlichen Riegel vor die Bildung neuer landsmannschaftlicher Organisationen schieben zu können. Diese Politik des closed shop konnte aber nur solange erfolgreich sein, solange neue Landsmannschaften die VOL als Führungsgremium akzeptierten. Die Gründung der "Landsmannschaft Sudetenland im ZvD" brachte nicht nur die SL, sondern auch die VOL in Bedrängnis, denn damit wurde deutlich, daß die VOL als kollektive Sachwalter des landsmannschaftlichen Prinzips in Frage gestellt wurden.
Die Konsequenz aus dieser Entwicklung mußte für die VOL die Entscheidung zu einer größeren Flexibilität sein. Das mußte bedeuten, daß bei der Bildung neuer Landsmannschaften nicht mehr dogmatisch nach dem Interesse des betroffenen VOL-Mitgliedes entschieden werden konnte, sondern nach einem Ausgleich zwischen den Beteiligten gesucht werden mußte. Diese Neuorientierung der VOL schien auch deshalb geboten, weil man es sich nicht leisten konnte und wollte, landsmannschaftliche Organisationen in die Arme des ZvD zu treiben. Zum anderen war von den VOL auch zu beachten, daß eine Isolation neuer Landsmannschaften

früher oder später zu einer Benachteiligung der VOL durch verschiedene Bundesministerien geführt hätte. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und das Bundesvertriebenenministerium, die die VOL finanziell unterstützten, drangen darauf, daß die Mittel unter den bestehenden Landsmannschaften gerecht verteilt wurden. Für diese Bundesministerien war dabei unerheblich, welche persönlichen Spannungen zwischen einzelnen Vertriebenenfunktionären bestanden. Sie mußten dafür sorgen, daß die Mittel so verwendet wurden, daß möglichst alle Vertriebenengruppen davon profitieren konnten und der Eindruck einer Benachteiligung vermieden wurde.

Gegen die Einsicht in diese grundlegenden Probleme sträubten sich vor allem die direkt betroffenen Landsmannschaften der Sudetendeutschen und Schlesier.

Der Sprecher der SL, der im Jahr 1950 die ideologische Auseinandersetzung mit dem ZvD suchte und noch im November 1950 jeglichen Kontakt mit ihm ablehnte,[107] kam zur Jahreswende 1950/51 in ein immer größeres Dilemma, denn die Bildung der ZvD-Landsmannschaft zeigte, daß der Anspruch der SL, die gesamte Volksgruppe zu vertreten, bestritten wurde. Um dem eigenen Anspruch aber dennoch gerecht zu werden, mußte die SL versuchen, mit dem ZvD einen modus vivendi zu finden. Die Autorität Lodgmans innerhalb der SL hing entscheidend davon ab, ob es ihm gelingen konnte, den ZvD zu veranlassen, die "Landsmannschaft Sudetenland im ZvD" wieder aufzulösen.

107) Lodgman teilte am 15. 11. 1950 de Vries folgenden Beschluß des Hauptvorstandes der SL mit: "Der Hauptvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft hat sich in seiner Sitzung am 4. November 1950 mit dem Verhältnis der Landsmannschaft zum ZvD beschäftigt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß weitere Verhandlungen mit dem ZvD wegen einheitlicher Organisierung der vertriebenen Deutschen zu keinem Ergebnis führen können, weil die beiderseits zur Grundlage der Organisation genommenen Prinzipien, Territorialprinzip und Personalprinzip, miteinander unvereinbar sind und einander auch in ihrer ideologischen Auswirkung widersprechen. Er hat daher beschlossen, sich weiterhin an etwaigen Kompromißverhandlungen nicht mehr zu beteiligen, sodaß solche nicht mehr im Namen der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften, sondern allenfalls nur im Namen der beteiligten

Lodgman und Rinke verstanden ihre Landsmannschaften quasi als Zwangsverbände, denen sich die Landsleute nicht entziehen durften und konnten. In der "Detmolder Erklärung" wird die Interpretation des landsmannschaftlichen Gedankens durch die SL auch in diesem Sinne verdeutlicht: "Die Sudetendeutsche Landsmannschaft betrachtet sich als die außerhalb der Heimat gegebene Gestaltung der sudetendeutschen Volksgruppe und diese als Glied des deutschen Volkes."[108]

Die Gründung von Konkurrenzlandsmannschaften mußte demnach auch als verdammenswerter Separatismus erscheinen, der nicht toleriert werden konnte. Im Hinblick auf die Gründung der Landsmannschaft der Oberschlesier (LdO) und deren Aufnahme in die VOL e.V. führte Lodgman folgendes aus:

"Beide Landsmannschaften (gemeint sind die SL und die LS, Anm. d. Verf.) sind seinerzeit, so wie sie nach ihrer Satzung gestaltet waren, in die VOL aufgenommen und damit in ihrem Bestand anerkannt worden. Ich betrachte es also schlechthin als einen Treubruch ihnen gegenüber, wenn nun von der Spitze aus in die Organisation der vertriebenen Volksgruppen in derart unverantwortlicher Weise eingegriffen wird. Die Organisation der Schlesier ist eine Angelegenheit der Schlesier, jene der Sudetendeutschen eine solche der Sudetendeutschen, wenn sich innerhalb dieser Volksgruppen separatistische Bestrebungen geltend machen, was ja niemand verhindern kann, so ist es ihre höchst eigene Angelegenheit, sich mit diesen Separatisten auseinanderzusetzen. Eine Volksgruppe kann doch nur durch eine anerkannte Vertretung repräsentiert werden und nicht durch mehrere. Es ist nichts anderes, als eine Vernichtung der Autonomie der Landsmannschaften, wenn sich die Spitze anmaßt, in die naturgegebene Gestaltung der Volksgruppe einzugreifen, um sie zu spalten."[109]

Landsmannschaften geführt werden können." Lodgman-Nachlaß

108) Vgl. Gründung der Sudetendeutschen Landsmannschaft - Detmolder Erklärung der SL v. 24./25. Januar 1950, in: Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916-1967, S. 352 f., Quelle 225

109) Lodgman, Rudolf, Warum Herr de Vries mein Vertrauen verloren hat (Denkschrift), 1951 (hektographiert), S. 7; Lodgman-Nachlaß

Im Gegensatz zu dieser Auffassung hatte sich in den VOL eine andere Meinung herausgebildet, die von den oben genannten pragmatischen Erwägungen im wesentlichen bestimmt wurde. Axel de Vries, der sich hierbei zum Sprecher der Mehrheit in den VOL machte, hielt Lodgman und Rinke entgegen: "Entscheidend wird für mich aber immer im Hinblick auf das landsmannschaftliche Prinzip das Bekenntnis der Landsleute selbst sein und bleiben. Kein Mensch kann andere Menschen zwingen, in einer Landsmannschaft zu bleiben oder zu derselben zu gehören. Eine Landsmannschaft kann nie ein Zwangsverband von Menschen eines Territoriums sein, wie etwa ein Staat. Die Zugehörigkeit zu einer Landsmannschaft kann etwa der zu einem Volk gleichgesetzt werden, die letztenendes nur durch ein freiwilliges Bekenntnis zu entscheiden ist. Wenn es einer Landsmannschaft nicht gelingt, ihre Glieder bei sich zu halten, und sich diese einer anderen Landsmannschaft anschließen oder eine eigene Landsmannschaft gründen wollen, so kann sie niemand daran hindern."[110)]

Die Mehrheit der VOL zeigte sich aus guten Gründen der normativen Kraft des Faktischen aufgeschlossener, denn die Gründung von Konkurrenzlandsmannschaften war nicht wegzudiskutieren, der sudetendeutsche bzw. schlesische Alleinvertretungsanspruch konnte nur dazu führen, das Bild der Zerrissenheit der Landsmannschaften in der Öffentlichkeit zu verstärken.

Die Behandlung neuer Landsmannschaften entwickelte sich somit zu einer grundsätzlichen Frage zwischen den Vertretern der Schlesier, Sudetendeutschen und Berlin-Mark Brandenburger auf der einen und den restlichen landsmannschaftlichen Vertretern auf der anderen Seite.
Dieser Streit spielte sich jedoch nicht auf einer sachlichen Ebene ab, wie es der Gegenstand eigentlich erfordert hätte, z.T. wurden auch andere Probleme damit vermengt, wodurch eine rationale Erörterung noch zusätzlich erschwert wurde. Eine kurze

110) de Vries, Axel, Antwort an Herrn Dr. Lodgman v. Auen, Hamburg, den 13. 8. 1951 (hektographiert), S. 3 u. 4; Lodgman-Nachlaß

chronologische Darstellung dieser Ereignisse soll einen Eindruck des Innenverhältnisses der VOL vermitteln und die oben aufgeworfene Fragestellung erneut diskutieren.

Herbert von Bismarck, der das Amt des Vorsitzenden der VOL innehatte, war an dessen Ausübung durch erhebliche gesundheitliche Belastungen oft gehindert, deshalb kümmerte er sich nur sporadisch um organisatorische Fragen und sonstige Einzelheiten, viel mehr beschränkte er sich auf die Wahrnehmung der Repräsentationspflichten des Vorsitzenden. Für ihn gab es auch wenig Veranlassung, sich um diese Dinge zu kümmern, da der Geschäftsführer der VOL, Wilhelm Hoffmann, ein Mann seines Vertrauens war. Das Verhältnis zum federführenden Sprecher de Vries war für Bismarck problemlos.

Dadurch erlangte Axel de Vries in den VOL großen Einfluß, zumal er voller politischer Ambitionen war. De Vries verfügte als Journalist schon frühzeitig über gute Kontakte in der Bundeshauptstadt, seine russischen Sprachkenntnisse, das enge Verhältnis zu einflußreichen baltischen Freunden ließ ihn für die verschiedensten Dienststellen und Organisationen des Bundes zu einem wertvollen Kontaktmann werden. Dabei umgab er sich auch gern mit der Aura des Geheimnisumwitterten und überschätzte teilweise den Wert seiner Verbindungen.

Im Dezember 1950 versuchte er Lodgman zu überzeugen, daß sich die VOL in ihrer Arbeitsweise wandeln müßten. Bisher bestand ein schlagkräftiger landsmannschaftlicher Verband nach seiner Meinung nicht, die VOL waren in der Tat nur das Gremium der Sprecher, die einen losen Gesprächszirkel bildeten. Innerverbandliche Probleme wurden in den VOL nur am Rande diskutiert, denn auch bei diesen Fragen pochten die einzelnen Landsmannschaften auf ihre Autonomie. Eine Kommunikation über derartige Probleme war beinahe unmöglich und erforderte größtes diplomatisches Geschick, denn kaum ein Sprecher wollte sich"in die Karten" sehen lassen.

Angaben über die Organisationsstärke und die Verwendung der Mittel wurden von den Sprechern - wenn überhaupt - nur sehr widerwillig gemacht. Um sich nun die Arbeit zu erleichtern, schlug de Vries eine Straffung der VOL-Organisation vor, wobei er durch nebulöse Andeutungen über künftige Entwicklungen in Bonn die Notwendigkeit dazu unterstreichen wollte: "Die Verhältnisse in Bonn entwickeln sich in der letzten Zeit in der Weise, daß die Landsmannschaften in erheblichem Maße die Möglichkeit erhalten, sich an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Ich möchte an dieser Stelle keine weiteren Einzelheiten darlegen, da doch vieles im Werden ist. Aber ohne zu übertreiben, darf ich sagen, daß unsere Stimme steigendes Gewicht erhält. Wir werden uns daher entscheiden müssen, welchen Weg wir gehen wollen: den Weg einer steigenden Mitarbeit und Verantwortlichkeit als Gesamtheit der Landsmannschaften, mit einer ständigen Vertretung in Bonn und die Herausstellung eines kleineren Gremiums aus dem Kreis der Sprecher für schnell notwendige Beschlußfassungen. Oder aber, wir müssen den bisherigen Kurs radikal ändern, auf die Vertretung gemeinsamer Interessen verzichten und den Weg gehen, der Dr. Rinke vorschwebt, wenn er die Sprechertagung als 'lose Konferenz' umschaffen will."[111]

Dieser Vorschlag de Vries', der bestimmt nicht nur aus persönlichen Motiven der Machtsicherung in den VOL gemacht wurde - wie dann später behauptet worden ist - stieß vor allem bei Rink Lodgman und Keudell auf Ablehnung, weil sie darin eine Beschneidung ihrer freien Entscheidungsmöglichkeiten sehen wollten. Für diese Sprecher war ganz ausgeschlossen, daß die VOL, geschweige denn ein besonderes Führungsgremium, in ihrem Namen Entscheidungen fällen könnte. Sie befürchteten dabei natürlich auch, ihre eigene Person nicht mehr genügend zur Geltung bringen zu können. Der Sprecher der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg unterstellte de Vries sogar, daß er die VOL bewußt arbeits

111) Brief von de Vries an Lodgman v. 28. 9. 1950; Lodgman-Nachlaß

unfähig gemacht habe: "Für meine Person habe ich daraus allmählich die Überzeugung gewonnen, ..., dass es der Zweck dieser Überlastung der Tagesordnung ist, die Sprecher, ohne dass diese die Möglichkeit hatten, eine längere kritische Diskussion zu entfesseln, möglichst bald wieder los zu werden, während nach aussen das glänzende Bild einer vielseitigen interessanten Tagesordnung unsere auf hohem Niveau stehenden Tagungen verklärt. Dabei ist den älteren Sprechern die ungefährliche und unschädliche Rolle einer mit leisem Kopfwackeln verbundenen repräsentativen Staffage für die Führung zugedacht."[112]

Dabei vergaß von Keudell zu erwähnen, daß die Tagesordnungen zwar von der Geschäftsführung vorbereitet, aber von den Sprechern angenommen werden mußten. "Wenn v. Keudell also die Behandlung zeitraubender Fragen beanstandet, so lag es in seiner, wie der übrigen Sprecher Hand, die Tagesordnung nach eigenem Wunsch zu gestalten."[113] In seiner Entgegnung auf die Vorwürfe gegen seine Person erinnerte de Vries daran, daß das langsame Tempo der Sprechertagungen "nicht durch die Behandlung sachlicher Fragen der Tagesordnung herbeigeführt wurde, sondern durch Meinungsäußerungen sehr allgemeiner Art".[114]
Die Diskussionen der Sprechertagungen verloren sich allzuoft in Einzelheiten, so daß eine zielgerichtete Arbeit schier unmöglich wurde. Während der ZvD bestimmte Fragen in eigenen Abteilungen zur Entscheidung vorbereiten ließ, waren die Sprecher der Landsmannschaften fortwährend von der Sorge geplagt, daß sie eigene Kompetenzen verlieren könnten, wenn die VOL einen größeren Verwaltungsapparat bekämen, der auch inhaltliche Probleme vorklären würde.
Aus diesem Grunde entwickelte sich bei Lodgman und Rinke großes

112) Denkschrift des Sprechers der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, v.Keudell, Lüneburg, den 3. Juli 1951 (hektographiert), S. 3; Lodgman-Nachlaß
113) De Vries, Axel, Erwiderung v. 11. 8. 1951 (an v.Keudell), S. 1; Lodgman-Nachlaß
114) ders., daselbst, S. 2

Mißtrauen gegen eine Vergrößerung des VOL-Apparates. Sie sahen schon in dem Reformbestreben de Vries' die offene Bevormundung der Landsmannschaften durchgesetzt: "Die seitherige Entwicklung hat in ständigem Masse dazu geführt, dass sich aus der Leitung der VOL, wie Herr von Lodgman bereits in anderem Zusammenhang sehr zutreffend bemerkt hat, eine Art zentralistisches, den Landsmannschaften übergeordnetes Gremium gebildet hat, und wir werden mit anderen Worten in verbindlichen Formen und zuweilen ganz geschickt autoritär geführt."[115]
An anderer Stelle äußerte sich Keudell weniger diplomatisch und sprach offen von der "baltischen Diktatur",[116] der die übrigen Sprecher in den VOL ausgesetzt waren.

Im Oktober 1950 regte de Vries auf einer Sprechertagung die Eintragung der VOL in das Vereinsregister an. Während Keudell und Lodgman später behaupteten, daß die Bildung des Vereins von de Vries damit begründet wurde, "daß die Bundesministerien für gesamtdeutsche Fragen und für die Vertriebenen eine solche Gründung für notwendig erachten, wenn die Landsmannschaften mit Bundesmitteln beteilt werden sollten",[117] gab de Vries eine andere Begründung: "Die Notwendigkeit eines e.V. habe ich auf der Sprechertagung vom 6./7. 10. 1950 vor allem damit begründet, daß die Form des e.V. zur Herbeiführung einer klaren Willensbildung notwendig sei."[118]

Es läßt sich nicht mehr klären, durch welche Aussagen de Vries die Sprecher zur Gründung des eingetragenen Vereins veranlaßt hat, zu vermuten ist, daß er beide Argumente verwandte,[119] um

115) Denkschrift des Sprechers der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, v.Keudell, Lüneburg, den 3. Juli 1951, S. 2; Lodgman-Nachlaß (Hervorhebung im Text)
116) s. Brief von Baron Manteuffel-Szoege an H. v. Bismarck v.- 28. 8. 1951; Lodgman-Nachlaß
117) Lodgman, Rudolf, Warum Herr de Vries mein Vertrauen verloren hat (Denkschrift), 1951, S. 2; Lodgman-Nachlaß
118) De Vries, Axel, Antwort an Herrn Dr. Lodgman von Auen, Hamburg, den 13. 8. 1951, S. 1; Lodgman-Nachlaß
119) Diese Vermutung erklärt sich durch den Hinweis Lodgmans auf die Sprechertagung v. 16./17. 12. 1950, auf der Staatssekretär Dr. Schreiber befragt wurde, ob die Bundesregierung auf Gründung

dem Wunsch nach klarer Willensbildung in den VOL den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Es zeigte sich nun die kuriose Situation, daß mit der Eintragung in das Vereinsregister die alten VOL nicht verschwanden, sondern noch neben den VOL e.V. weiterexistierten, da die LS und die SL kategorisch ihren Beitritt zu den VOL e.V. ablehnten.
Dennoch war es de Vries dadurch gelungen, wenigstens in den VOL e.V. Mehrheitsentscheidungen einzuführen; dieser Umstand erhielt bei der Aufnahme der Landsmannschaft der Oberschlesier (LdO) eminente Bedeutung.

Zur Gründung der LdO kam es bereits am 10. Dezember 1949 in München,[120] doch war damals nicht abzusehen, daß die Gruppe der organisierten Oberschlesier größere Bedeutung gewinnen könnte, denn sie traf auf erhebliche Widerstände. Die Schwierigkeiten schufen sich die Gründer selbst, da sie nicht nur Ansprüche auf die Vertretung der Provinz Oberschlesien erhoben, sondern auch die ehemaligen oberschlesischen Teile Österreichs einbezogen.[121] Dies bedeutete aber die direkte Konfrontation mit der SL, die auch nicht lange zögerte, ihre Mißbilligung auszudrücken.[122]

Auf die Darstellung des polemischen Streits der schlesischen Landsmannschaften, der vor allem in deren Presseorganen ausgefochten wurde, kann hier verzichtet werden, da Gaida in sei-

eines e.V. drönge. Dr. Schreiber verneinte diese Frage. Vgl. Lodgman, Rudolf, Warum Herr de Vries mein Vertrauen verloren hat (Denkschrift), 1951, S. 2; Lodgman-Nachlaß

120) Vgl. Protokoll der gründenden Mitgliederversammlung der "Landsmannschaft der Oberschlesier e.V." zu München vom 10.12. 1949; Lodgman-Nachlaß

121) daselbst, Absatz II, Satz 1

122) Hans Rückel wandte sich mit folgender Stellungnahme an Dr. Walter Harbich, einen der Initiatoren der LdO: "Ich las Ihren Aufruf zur Gründung der "Landsmannschaft der Oberschlesier". Da dieser Österreichisch- bzw. Sudetisch-Schlesien anspricht, darf ich mir wohl den Hinweis erlauben, daß vom sudetendeutschen Standpunkt aus Ihre organisatorischen Bestrebungen nicht begrüsst werden können." Brief Rückels an Dr. Walter Harbich vom 18. 1. 1950; Lodgman-Nachlaß

ner Arbeit genügenden Raum darauf verwendet hat.[123] Vielmehr erscheint es bedeutsamer, den Ursachen nachzugehen, die zur Gründung der LdO führten.

Die Oberschlesier verwandten viel Mühe darauf, ihren Schritt durch die historischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte zu motivieren. Dabei kam es aber auch zu recht vordergründiger "mittelalterlicher" Argumentation: "Die häufig aufgeworfene Frage, warum die Oberschlesier eine eigene Landsmannschaft wollen, ist auch geschichtlich begründet. Schon 1202 fand die Trennung Oberschlesiens von Mittel- und Niederschlesien statt, und seit dieser Zeit haben sich die Bewohner dieser schlesischen Teile grundlegend verschieden entwickelt, kulturell wie wirtschaftlich."[124]

Wirklich prägend aber war die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, denn Oberschlesien stand in den ersten Jahren nach 1919 unter der ständigen Gefahr einer polnischen Aggression. Die unter einer Interalliierten Kommission durchgeführten Abstimmungen für bzw. gegen den Verbleib beim Deutschen Reich erbrachten eine deutliche Mehrheit für das Reich.[125]

Nach den durchgeführten statistischen Untersuchungen mußten sich sogar zwei Fünftel der polnisch sprechenden Bürger für den Verbleib beim Deutschen Reich ausgesprochen haben.[126]

Dennoch wurde dieses Abstimmungsergebnis nur zum Teil beachtet; die Botschafterkonferenz entschied am 20. Oktober 1921 die Abtretung Ost-Oberschlesiens an Polen. Damit gingen nicht nur wichtige Kohlevorkommen, sondern auch bedeutende Industrie-

123) Vgl. Gaida, H.-J., Die offiziellen Organe ..., S. 191 ff.
124) "Die Landsmannschaft Oberschlesien", hektographierte Informationsschrift (Abschrift), o.O., o.J.; Lodgman-Nachlaß
125) s.d. die Zahlenangaben bei Bohmann, Alfred, Menschen und Grenzen, Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im polnischen Staats- und Verwaltungsbereich (Bd. 1), Köln 1969, S. 192
126) ders. daselbst, S. 192; Bohmann weist in diesem Zusammenhang auf die Arbeit von Keller hin: Keller, K., Die fremdsprachige Bevölkerung in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches, Berlin 1929, S. 33

anlagen dem Deutschen Reich verloren. Wie verhängnisvoll diese Nichtbeachtung des Selbstbestimmungsrechts sich noch auswirken sollte, kann in diesem Zusammenhang nicht untersucht werden. Die Glaubwürdigkeit der westlichen Demokratien wurde durch diesen Akt zumindest erheblich strapaziert.

Nachdem eine gewaltsame Lösung der Territorialfrage durch Polen nicht mehr möglich war, wurde von polnischer Seite das Versprechen der Autonomie für Oberschlesien gemacht. Im Reich wurden zunehmend mehr Stimmen gegen die "Separatisten" in Oberschlesien laut, da man sich der Standfestigkeit der Bevölkerung gegen diese Lockungen nicht mehr sicher war. Die nach Art. 18 der Weimarer Reichsverfassung mögliche Bildung neuer Länder wurde von den bei Deutschland verbliebenen Teilen Oberschlesiens mit 91, 1 v.H. abgelehnt.[127] Die besondere Verbundenheit mit dem Reich wurde durch diese Entscheidung noch einmal bekräftigt. Daß das oberschlesische Problem gesondert gelagert war, zeigte sich aber an der Herauslösung der oberschlesischen Teile der Provinz Schlesien und der 1927 erfolgten Bildung der Provinz Oberschlesien, deren Oberpräsident Dr. Hans Lukaschek wurde. Das Sonderbewußtsein der bedrohten Grenzlandprovinz prägte nach 1945 den Willen zu einer gesonderten landsmannschaftlichen Entwicklung, der Alleinvertretungsanspruch der LS[128] wirkte sich noch unterstützend aus.

Doch die historischen Erfahrungen waren nicht der alleinige Motor für die Bildung der LdO. Es zeigte sich insbesondere bei den ehemaligen Industriellen Oberschlesiens ein starker Impuls zur Betonung dieser Sonderrolle. Heute ist nicht mehr feststellbar, welche Motive für die Gründung der LdO ausschlaggebend waren. Unzweifelhaft ist, daß der Bundesvertriebenenminister gegenüber

127) ders., daselbst, S. 192 f.
128) s. Brief (Abschrift) des Geschäftsführers der LS, Wittor, an den Nordwestdeutschen Rundfunk vom 26. 4. 1951: "Beiläufig gestatten wir uns zu bemerken, dass alle heimatvertriebenen Schlesier, wozu selbstverständlich auch die Oberschlesier gehören, von der Landsmannschaft Schlesien für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und Berlin vertreten werden." BdV-Archiv

den oberschlesischen Plänen sehr aufgeschlossen war, wenn er auch 1952 noch behauptete, daß er auf die Entstehung der LdO keinen Einfluß genommen hatte:
"Als nun die Oberschlesier - wie ich betone, ohne mein Zutun - eine eigene Landsmannschaft bildeten, stiegen aus meiner Erinnerung all die geschichtlichen Tatsachen, die ich soeben geschildert habe, wieder herauf und ich war mir voll darüber klar, dass in der Analogie dieser Tatsachen sich innere Kämpfe entwickeln mussten, die für mich nicht erfreulich sein konnten. Aber aus der gleichen Erinnerung und aus dem gleichen Bewusstsein der geschichtlichen Tatsachen musste ich mich dazu bekennen, dass die Oberschlesier ein inneres Recht haben, in ihrer Sonderheit eine eigene Landsmannschaft zu begründen, ganz abgesehen von formal-juristischen Erwägungen, die es niemandem erlaubten, einen Zusammenschluss zu verbieten."[129]

Die Oberschlesier unterhielten nicht nur besondere Beziehungen zu Lukaschek, sondern auch zu wichtigen Beamten seines Ministeriums (Min.Dirig. Dr. Woschek) und denen des gesamtdeutschen Ministeriums. Zum anderen war sich die LdO auch der aus Oberschlesien stammenden Bundestagsabgeordneten sicher, zu denen neben Ehren (CDU), Dr. Mücke (SPD), Dr. Mende (FDP) u.a. gehörten. Rinke, der in der organisatorischen Spaltung der Schlesier auch eine Gefahr für die Rückkehr in die Heimat erkannte, hielten sie entgegen: "Wir können der Auffassung Dr. Rinkes, daß eine besondere Landsmannschaft Oberschlesiens dem gemeinsamen Anliegen aller Schlesier auf Zurückgewinnung der Heimat schaden könnte, unter keinen Umständen folgen ... Im übrigen glauben wir sagen zu müssen, daß unsere Hoffnungen auf eine Rückkehr in die Heimat nicht davon abhängen, ob wir in ein oder zwei Landsmannschaften die Liebe zur Heimat pflegen."[130]

129) Redemanuskript für das Bundestreffen der LdO am 7. 9. 1952 von Dr. Hans Lukaschek; Lodgman-Nachlaß
130) Vgl. Stellungnahme der LdO zur Denkschrift Lodgmans,"Warum Herr de Vries mein Vertrauen verloren hat", 13. 8. 1951, S. 2 - Auszug aus dem Brief der oberschlesischen Bundestagsabgeordneten an Rinke.

Von den Gegnern der LdO wurde besonders hervorgehoben, daß sich die ehemaligen Industriellen eine baldige Regelung ihrer Verhältnisse erhofften. Lodgman nannte die nach seiner Meinung vorliegenden Hintergründe:"Die Landsmannschaft der Oberschlesier verdankt, wie männiglich bekannt, ihre Entstehung dem Versuche, aus dem oberschlesischen Kohlenbecken und seinen Industrien eine Art östlichen Ruhrgebiets unter internationaler Flagge zu schaffen ... Dieser Anlass zur Gründung der "Oberschlesischen Landsmannschaft" ist eine geschichtliche Tatsache und nicht hinwegzuleugnen ... In der neuen Satzung der Landsmannschaft der Oberschlesier, die ich als einen Generalstab ohne Armee bezeichnen möchte, ist von diesen Dingen natürlich keine Rede mehr und ich vermute, daß sich die oberschlesischen Projektanten überzeugt haben, daß unter diesen Voraussetzungen an eine Aufnahme in die VOL nicht zu denken gewesen wäre."[131)]

Diesen von Lodgman geäußerten Vermutungen entgegneten die Vertreter der LdO in ihrer Erwiderung auf die Denkschrift des Sprechers der SL gegen de Vries nichts.[132)]

Aus einer Quelle, deren Authentizität nicht nachprüfbar war, geht hervor, daß die LdO über große Geldmittel verfügte: "Die Oberschlesische Landsmannschaft rühmt sich, daß sie 'ausgezeichnete' Beziehungen zu dem französischen Hohen Kommissar Francois Poncet und zu maßgebenden französischen industriellen Kreisen unterhalte, die kapitalsmäßig an der oberschlesischen Industrie beteiligt seien. Gleichfalls gute Beziehungen sollen zu einer belgischen Kapitalsgruppe bereits bestehen, die ebenfalls Kapital in der oberschlesischen Industrie investiert hat. Für die Oberschlesische Landsmannschaft arbeite in England der Prinz von Pleß, der ja die englische Staatsangehörigkeit erhalten hat und zu maßgeblichen konservativen Kreisen und Industriel-

131) Lodgman, Rudolf, Warum Herr de Vries mein Vertrauen verloren hat (Denkschrift), 1951, S. 6; Lodgman-Nachlaß
132) Vgl. Stellungnahme der LdO zur Denkschrift Lodgmans, Warum Herr de Vries mein Vertrauen verloren hat; Lodgman-Nachlaß

len vorzügliche Beziehungen unterhalte. Die leitenden Männer der Oberschlesischen Landsmannschaft rühmten sich, über schwedische und amerikanische Querverbindungen nicht nur zu den Exilpolen des Generals Anders, sondern auch zu den Warschauer Kommunisten zu unterhalten."[133]

Gewiß sind von diesen Aussagen erhebliche Abstriche zu machen, denn die behaupteten guten Beziehungen zu Finanzkreisen in Frankreich und Belgien stehen in keinem Verhältnis zu den Erfolgen der LdO. Möglicherweise handelte es sich nur um übertriebene Hoffnungen der ehemaligen Industriellen Oberschlesiens, die Kontakte zu diesen Finanzkreisen nach 1945 wieder auffrischten, höfliche Zuhörer fanden und sich dadurch in ihren Illusionen bestätigt fühlten. Es kann aber nicht abgestritten werden, daß ein wichtiges Motiv für die Gründung der LdO auch in diesen Überlegungen einiger Oberschlesier zu suchen ist.

Axel de Vries, an den die Oberschlesier frühzeitig herantraten, war von dem Gedanken, die LdO in die VOL e.V. aufzunehmen, durchaus angetan, denn auch bei ihm spielten persönliche Zu- und Abneigungen eine große Rolle. Rinke und de Vries hatten ein außerordentlich gespanntes Verhältnis, das die Zusammenarbeit in den VOL empfindlich störte. Baron Manteuffel-Szoege, der Vorsitzende der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft und CSU-Bundestagsabgeordnete, erblickte in diesem Spannungsverhältnis ein erhebliches Hindernis für die VOL:
"Ich weiß wohl, daß er (Rinke, Anm. d. Verf.) de Vries gegenüber eine fast krankhafte Abneigung entgegenbringt, die vielleicht mit dazu beigetragen hat, daß Dr. Rinke in der VOL nicht die Position einnahm, die der Sprecher der Schlesier in der VOL hätte einnehmen können."[134]
Als sich nun die Oberschlesier im Januar 1951 um die Aufnahme

133) Dieser Bericht eines Informanten der Landsmannschaften über eine vertrauliche Vorstandssitzung des provisorischen Bundesvorstandes der LdO findet sich sowohl im Lodgman-Nachlaß als auch im BdV-Archiv
134) Brief der LS an die "Arbeitsgemeinschaft der Ostdeutschen Landsmannschaften" vom 13. 8. 1950; BdV-Archiv

in die VOL bemühten, geschah dies gerade zu dem Zeitpunkt, als sich die Delegiertenversammlung der LS entschlossen hatte, den VOL e.V. beizutreten. Der Beitritt der LS hätte für de Vries zu einer Gefährdung seiner Position in den VOL e.V. geführt, denn die LS zeigte kein Verständnis für eine Verselbständigung des VOL-Apparates. Die ersten Bemühungen de Vries' zu einer Aufgabenteilung zwischen den VOL und den Landsmannschaften hatten zu einer heftigen Ablehnung durch die LS geführt:
"Um Missverständnisse zu vermeiden, möchte der Vorstand der Landsmannschaft Schlesien nicht verfehlen, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß er das Gremium der landsmannschaftlichen Sprecher als eine Konferenz ansieht, deren Beschlüsse nur Wirksamkeit erlangen, wenn ihnen sämtliche Sprecher zustimmen. Der federführende Sprecher müsste nach einem noch zu vereinbarenden Turnus von Zeit zu Zeit gewechselt werden, damit nicht nach aussen hin der Eindruck entsteht, als ob es sich um eine Art Verbandsvorsitzenden handelt, der berechtigt ist, auch im Namen der Landsmannschaft Schlesien bindende Erklärungen abzugeben... Der Schwerpunkt der landsmannschaftlichen Arbeit muss nach wie vor bei den Landsmannschaften selbst liegen, nicht bei irgendwelchen zentralen Stellen, deren Errichtung u.E. dem landsmannschaftlichen Gedanken widerspricht und die Keimzelle für eine neue Einheitsorganisation werden könnte."[135]

Als sich nun die LS zum Beitritt in die VOL e.V. bereiterklärte, machte sie dies unter der Bedingung, daß mehrere Änderungen der Vereinssatzung vorgenommen würden. Eine zentrale Frage war für die LS die Regelung des Stimmrechts im eingetragenen Verein. Während sich die Mitglieder der VOL e.V. darauf geeinigt hatten, daß pro Landsmannschaft eine Stimme zur Verfügung stehen sollte, bestand die LS auf einer Stimmengewichtung, die die Größe der Volksgruppen berücksichtigte. Die LS forderte für sich und die SL je neun Stimmen, für die LMO und die PLM

135) Brief der LS an die "Arbeitsgemeinschaft der Ostdeutschen Landsmannschaften" vom 13. 8. 1950; BdV-Archiv

je drei, für die westpreußische und die Landsmannschaft Warthegau je zwei und für die übrigen Landsmannschaften je eine Stimme.[136)]

Damit wäre eine Mehrheit der LS und der SL in den VOL e.V. gesichert gewesen. Durch das Aufnahmeersuchen der LdO konnte de Vries erst einmal Zeit gewinnen. Er war sich darüber im klaren, daß sein Einfluß in den VOL e.V. entscheidend gemindert worden wäre, wenn die LS mit dieser Stimmenkonzentration mitarbeiten würde.
Eine Kommission, der von Bismarck und Baron Manteuffel angehörten, sollte die Voraussetzungen für die Aufnahme der LdO prüfen. Auf der Sprechertagung der VOL e.V. am 25./26. Mai 1951 kam es dann zur Schlußberatung über die Aufnahme der LdO. De Vries führte dabei eine geschickte Regie, denn vor der Abstimmung erschien Dr. Lukaschek, der die Erweiterung der VOL e.V. um die LdO wärmstens empfahl. Da die Sudetendeutschen und die Schlesier als Nichtmitglieder des eingetragenen Vereins kein Stimmrecht besaßen, wurde gegen ihre Bedenken die Aufnahme der LdO beschlossen. Axel de Vries hatte die Gegner der LdO direkt überspielt, denn mit dem "Auftritt" Lukascheks hatte niemand gerechnet. Lukaschek verfügte damals noch über ein so großes Prestige, daß viele Zweifler sich nach dem Rat des Ministers richteten.

Mit dieser Aktion hatte de Vries die LS gründlich verärgert, wenn es sein Ziel gewesen sein sollte, die beiden größten Landsmannschaften den VOL e.V. zu entfremden, war es damit erreicht. Sehr bald zeigte sich, daß er nur einen Pyrrhussieg errungen hatte, denn die SL, LS und die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg suchten nur noch nach einer Gelegenheit, um die VOL e.V. zu sprengen.
Ihr Mißbehagen faßte Lodgman zusammen: "Es ist klar, daß bei einer derartigen Lösung die Demokratie in ihr Gegenteil verkehrt wird. Die Schlesische und die Sudetendeutsche Landsmann-

136) s. d. Einschreiben der LS an die VOL e.V. vom 20. 1. 1951; BdV-Archiv

schaft weisen zusammen die absolute Majorität der Vertriebenen auf, sie haben aber zusammen zwei Stimmen unter 15. Da innerhalb eines e.V. die Mitglieder an die Beschlüsse der zuständigen Vereinsorgane gebunden sind, so bedeutet dies nichts anderes als die Majorität der Minorität."[137]
Gegen diese Argumentation wandte sich de Vries mit dem Hinweis, daß von der absoluten Mehrheit der SL und der LS unter den Vertriebenen schon deshalb nicht gesprochen werden kann, weil es beide nicht geschafft haben, die Gründung von Konkurrenzlandsmannschaften zu verhindern, also auch nicht alle Landsleute einheitlich zu repräsentieren.[138]

Lodgman, Rinke und Keudell war durch die Abstimmung vom 25./26. Mai 1951 in den VOL e.V. bewußt geworden, daß sich ihr Einfluß in der landsmannschaftlichen Bewegung stark reduziert hatte. Sie kamen nun auf einen Gedanken, der wohl von niemandem in den VOL erwartet wurde.

Schon im März 1951 kam auf einer Sprechertagung das Verhältnis der VOL zum ZvD zur Sprache. Seit sich die "Landsmannschaft Sudetenland im ZvD" gebildet hatte, versuchte die SL immer stärker auf den ZvD dahingehend Einfluß zu nehmen, daß er auf die Gründung landsmannschaftlicher Organisationen verzichtet.

Im Mai erklärte de Vries den Sprechern, daß die VOL eine Annäherung an den ZvD nicht übereilen sollte. "Zu meiner Überraschung hat Herr de Vries in der Sprechertagung am 25./26. 5. 51 zu diesem Punkt mitgeteilt, der ZvD werde durch die Entwicklung immer mehr durch den BHE an Bedeutung verlieren und es bestehe daher kein Interesse, Verhandlungen zu führen. Im Protokoll ist vermerkt: 'Es wird beschlossen, die Bestrebungen, einen einheitlichen Verband zu schaffen, sich ruhig entwickeln zu

137) Lodgman, Rudolf, Warum Herr de Vries mein Vertrauen verloren hat (Denkschrift), 1951, S. 2; Lodgman-Nachlaß
138) De Vries, Axel, Antwort an Herrn Dr. Lodgman von Auen, Hamburg, den 13. 8. 1951, S. 2; Lodgman-Nachlaß

lassen und nicht zu überstürzen.' ... Meiner Meinung nach ist die Ansicht des Herrn de Vries, der ZvD werde in absehbarer Zeit von selbst an Bedeutung verlieren, unrichtig."[139]

Durch diesen Entschluß hatten sich die VOL die Hände gebunden; zwar war besonders durch die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein die Aufmerksamkeit auf den BHE gerichtet, in seiner Analyse hatte de Vries aber nicht den Umstand beachtet, daß zwischen ZvD und BHE schon damals enge personelle Verbindungen bestanden. Außerdem erschien es höchst unwahrscheinlich, daß die Bedeutung des ZvD in den nächsten Monaten und Jahren entscheidend zurückgehen würde. Die VOL gaben jetzt denen einen Vorwand zum Handeln, die nach einer Gelegenheit suchten, um aus der Solidarität mit den anderen Landsmannschaften auszubrechen.

Am 20. Juni 1951 kam es zu ersten Kontakten zwischen Lodgman und Kather, dabei wurde schon in folgenden Punkten Übereinstimmung erzielt:

"1) Wir hielten die Herbeiführung einer Ordnung im derzeitigen Vertriebenenchaos für notwendig.
2) Wir betrachteten die Autonomie der einzelnen Landsmannschaften als selbstverständlich."[140]

Seinen Entschluß, mit Kather zu verhandeln, ohne die VOL zu informieren, motivierte Lodgman mit folgender Behauptung: "Ich habe nun schon immer die Meinung vertreten, daß der ZvD sich am Leben erhalten werde, wie immer die Entwicklung sein möge, habe den Antrag des Herrn de Vries als eine Vertagung des Beschlusses vom 9. 3. 1951 auffassen müssen und mich entschlossen, meinerseits den Versuch zu einer Vereinheitlichung der Organisation zu übernehmen."[141]

---

139) Lodgman, Rudolf, Warum Herr de Vries mein Vertrauen verloren hat (Denkschrift), 1951, S. 4; Lodgman-Nachlaß
140) Bericht des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft Dr. Lodgman an alle Kreisverbände in Westdeutschland und Berlin, 30. 7. 1951 (gedruckt), S. 2; Lodgman-Nachlaß
141) ders.,daselbst, S. 2

Für Linus Kather ergab sich aus dieser Annäherung Lodgmans ein großer Vorteil, weil er nicht nur über die Unstimmigkeiten in den VOL eingehend informiert wurde und die Landsmannschaften nun weiter auseinanderdividieren konnte, er hatte auch ein großes persönliches Interesse an diesem Konflikt, weil er jetzt die nötige Handlungsfreiheit besaß, um Axel de Vries auszuschalten.

Axel de Vries war bis zu diesem Zeitpunkt Chefredakteur der "Ostdeutschen Zeitung/Die Stimme der Vertriebenen" (OZ). Von dieser Zeitung hielt der ZvD die Mehrheit der Gesellschafteranteile, aber auch die VOL waren an ihr beteiligt. Im Frühjahr 1951 versuchte Axel de Vries einen größeren Anteil an der OZ im Namen der VOL zu erwerben, um die Mehrheit in die Hand zu bekommen. Das Projekt scheiterte, aber Kather wußte nun, daß de Vries versucht hatte, aus der OZ ein Organ der VOL zu machen. Seit dieser Zeit kam es zu ständigen Auseinandersetzungen zwischen Kather und de Vries. Kather warf de Vries vor allem vor, "daß auch aus der Berichterstattung der Zeitung die feindselige Einstellung des Herrn de Vries gegenüber dem ZvD immer wieder ersichtlich wurde".[142] Am 30. Juni 1951 erhielt de Vries von Kather seine fristlose Kündigung. Ausschlaggebend für die Kündigung war die von Keudell an den ZvD-Vorsitzenden weitergegebene Information, daß auf Drängen de Vries' die Einigungsbemühungen zwischen dem ZvD und den VOL erst einmal aufgeschoben werden sollten, weil de Vries die Schwächung des ZvD durch den BHE vermutete.

Auf den folgenden Sprechertagungen der VOL e.V. spitzte sich der Konflikt immer mehr zu, denn Keudell gehörte als einziges Mitglied der Dissidentengruppe den VOL e.V. als ordentliches Mitglied an. Die VOL e.V. waren sehr überrascht, erfahren zu müssen, daß Kather über die letzten Ereignisse der Sprechertagungen genauestens informiert war. Über die gereizte Stimmung

142) s. Brief Dr. Kathers an Herbert v. Bismarck vom 2. 7. 1951, S. 2 und 3; Lodgman-Nachlaß

in den VOL e.V. gibt ein Teil des Protokolls der Tagung vom 30. Juni 1951 deutlichen Aufschluß:
"Herr Tittes wirft die Frage auf, wie das Vorgehen des Z.v.D., insbesondere von Dr. Kather, zu erklären sei. Er habe gehört, daß Gespräche mit der sudetendeutschen Landsmannschaft, der Landsmannschaft der Brandenburger und der Schlesier stattgefunden hätten und daß am 2. 7. weitere Verhandlungen geplant seien. Er frägt Herrn von Keudell, ob an diesen Gerüchten etwas Wahres sei.
Herr von Keudell weist diese Anfrage mit dem Bemerken zurück, daß eine autonome Landsmannschaft verhandeln könne mit wem sie wolle. Er lehne es ab, Rechenschaft darüber abzulegen, ob er mit Herrn Dr. Kather verhandele oder nicht. Ob Herr von Lodgman oder Dr. Rinke mit dem Zentralverband vertriebener Deutscher verhandelt, gibt er nicht an."[143)]

Die VOL e.V. befanden sich in der völligen Defensive, während Lodgman, Keudell, Rinke und später auch Birkner (Landsmannschaft der Karpatendeutschen) in ihren Verhandlungen mit dem ZvD die Zukunft der landsmannschaftlichen Bewegung zu bestimmen schienen.
Am 30. Juli 1951 legten der ZvD und die Vertreter der genannten Landsmannschaften einen Plan zur Bildung eines Einheitsverbandes vor. Sein Name sollte "Bund der Vertriebenen Deutschen" (BVD) sein. In dem Satzungsentwurf war den Landsmannschaften weitgehende Selbständigkeit zugesichert. Für den Gesamtvorstand sollte ein Stimmenverhältnis von 13 : 9 festgelegt werden. Die Mehrheit wurde von den Landesverbänden gestellt, dennoch war sichergestellt, daß in landsmannschaftlichen Fragen eine drei Viertel Mehrheit erreicht werden mußte, so daß der BVD nur unter erschwerten Bedingungen gegen die Landsmannschaften entscheiden konnte. Gegen die Neuaufnahme von Landsmannschaften, die die Interessen einer Mitgliedslandsmannschaft berührten, war eine

143) Protokoll der Sprechertagung am 30. 6. 51 im Ratskeller in Frankfurt/M.; BdV-Archiv

wirksame Sperre eingebaut worden: "Berühren solche Neugründungen die landsmannschaftlichen Interessen einzelner unter IV aufgezählten Landsmannschaften, so kann die Aufnahme nur mit Zustimmung der betreffenden Landsmannschaft erfolgen."[144]

Die Dissidentengruppe hatte zweifellos einen großen Erfolg für sich verbuchen können. Im November 1951 konstituierte sich der "Bund vertriebener Deutscher" (BvD) und wählte ein vorläufiges Präsidium mit Kather (Präsident) und Lodgman (Vizepräsident) an der Spitze.
Die Tage der VOL e.V. schienen jetzt nur noch gezählt zu sein. Für die Landsmannschaften in den VOL e.V. war es eine Frage der Zeit, wann sie sich dem BvD anschließen würden. Die Diskussion in den VOL e.V. konzentrierte sich jetzt auf das Problem, wie man ohne allzu großen Gesichtsverlust zum BvD überlaufen könnte.

3.3 BvD und VOL e.V.

Noch vor dem Abschluß der Verhandlungen zwischen dem ZvD und der Dissidentengruppe bemühten sich die VOL e.V. um Kontaktaufnahme zum ZvD. Da sich Kather gegenüber der Dissidentengruppe zur Loyalität verpflichtet fühlte, kam es zu keiner Annäherung der Standpunkte. Die Atmosphäre zwischen den VOL e.V. und den Dissidenten war in der Zwischenzeit fast unerträglich geworden. Keudell drohte, gegen Baron von Manteuffel und Herbert von Bismarck wegen Beleidigung Gerichtsverfahren anzustrengen.[145] Dr. Rinke bemühte das Bundesvertriebenenministerium mit Anfragen ob es zuträfe, daß das Kommunique der Sprechertagung vom 18. August 1951 mit dem Dienstwagen des Ministeriums zur Pressestelle des Bundeshauses gebracht wurde.[146] Der Kleinkrieg hatte begon-

144) Vgl. Grundsätze zur Bildung eines Einheitsverbandes VI b); Lodgman-Nachlaß
145) Vgl. Brief v. Keudells an Lodgman vom 11. Okt. 1951 (Lodgman-Nachlaß) und Brief v. Bismarcks an Kather vom 5. Nov. 1951; BdV-Archiv
146) Brief Rinkes an des Bundesvertriebenenministerium vom 22. 8. 1951 u. Antwort des Bundesvertriebenenministeriums vom 25. 8. 1951; Lodgman-Nachlaß

nen; die Landsmannschaften konnten froh sein, daß ihre Mitglieder nur am Rande von den kleinlichen Zwistigkeiten ihrer Repräsentanten erfuhren.

Im November 1951 legten die VOL e.V. ihre Verhandlungsstrategie mit dem BvD fest. Die VOL e.V. wollten vor allem durchsetzen, daß auf Bundesebene das Sprechergremium und die ZvD-Landesverbände als selbständige Beschluß- und Initiativorgane bestehen bleiben, wobei die Grundsätze der Aufgabenteilung - so wie sie im Göttinger Abkommen festgelegt wurden - noch einmal betont wurden.[147] Die Landsmannschaften forderten weiterhin volle Beschlußfreiheit "für jede einzelne Landsmannschaft oder Gruppe bezw. der Gesamtheit derselben in heimatpolitischer Beziehung".[148]
In den Führungsgremien bestanden die VOL e.V. auf der Durchsetzung der vollen Parität.

Erst im Dezember konnten die Verhandlungen mit dem BvD beginnen, da bis dahin die persönlichen Auseinandersetzungen der VOL e.V. mit Keudell noch ein zu großes Hindernis bildeten.

Kather lehnte - wie es seine gestärkte Position erwarten ließ - eine selbständige Existenz des Sprechergremiums ab. Auch die Forderung nach einem gleichberechtigten Präsidenten für die Landsmannschaften fand nicht seine Zustimmung, zumal dieser in den heimatpolitischen Fragen federführend sein sollte. In den Verhandlungen betonte Kather noch einmal, daß es den Initiatoren des BvD nicht darum ging, einen Dachverband zu gründen, in dem die Einigung zwischen dem ZvD und den Landsmannschaften nur eine formale war. Vielmehr sollte der BvD ein Einheitsverband werden, der alle Fragen gemeinsam entschied. Die gesonderte Beratung und Beschlußfassung voneinander unabhängiger Gremien traf auf seine entschiedene Ablehnung. Sonderrechte wollte er nur den Landsmannschaften des Südostens und des Sudetenraumes

147) Kurzgefaßter Bericht der VOL e.V. über die Organisationsverhandlungen am 5./6. 11. 51 in Bonn; BdV-Archiv
148) daselbst

gewähren. Für die anderen stellte er fest, "dass z.B. die Fragen der an Polen angrenzenden Landsmannschaften, wie Schlesien, Weichsel-Wartheland, Pommern, Westpreussen, Ostpreussen schon einen Komplex umfasse, der gesamtdeutsche Interessen berühre und infolgedessen von diesen Landsmannschaften oder auch von einzelnen Gruppen unter ihnen nicht gesondert behandelt werden können. Für diese Frage sei der Gesamtvorstand des BvD zuständig."[149]

Alles in allem war die erste große Verhandlungsrunde für die VOL e.V. negativ verlaufen. In allen entscheidenden Punkten erfuhren die Landsmannschaften ablehnende Bescheide. Kather betonte, daß die Landesverbände im BvD sich zunehmend mehr um außenpolitische Fragen kümmern werden - selbst die bisher uneingeschränkten Arbeitsfelder der Landsmannschaften sollten nun angetastet werden. In der Frage der LdO war Kather von der Dissidentengruppe festgelegt worden, er beharrte auf einer kompromißlosen Beseitigung der LdO.

Die Verhärtung der Standpunkte wurde noch durch einen Beschluß der Kreisvertretertagung der LMO vom 17. Februar 1952 verstärkt. Die LMO erklärte sich zwar zu einer sofortigen Mitarbeit im BvD bereit, wollte aber bestimmte Grundsätze gewahrt sehen, die mit den Verhandlungsrichtlinien der VOL e.V. vom November 1951 fast identisch waren.[150]

149) Vermerk des VOL e.V. vom 15. 12. 1951 Bonn, BdV-Archiv

150) Die Kreisvertretertagung der LMO beschloß folgende Punkte:
"1.) Vorbehaltlose Eigenständigkeit der Landsmannschaft Ostpreußen in organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht.
2.) Über den Aufbau der Bundesführung der Landsmannschaft entscheiden ausschließlich die bisher dafür vorgesehenen satzungsmäßigen Organe der Landsmannschaft Ostpreußen. Jede Einwirkung der BvD-Organe in dieser Hinsicht ist unzulässig.
3.) In heimatpolitischer Hinsicht behält die Landsmannschaft Ostpreußen auch im Rahmen des Gesamtverbandes volle Entschlußfreiheit.
4.) Für den Fall einer Majorisierung in heimatpolitischen Fragen muß der Landsmannschaft Ostpreußen das Recht verbleiben, mit sofortiger Wirkung aus dem Gesamtverband auszuscheiden. Diese Möglichkeit muß auch organisatorisch gewährleistet sein.
5.) Bei der Organisation des höchsten Bundesorgans des BvD ist

Der Entschließung der LMO schlossen sich die in den VOL e.V. verbliebenen Landsmannschaften an.

Trotz dieser Diskrepanzen zwischen den Anschauungen der verschiedenen Seiten, läßt sich die Vermutung äußern, daß den VOL e.V. keine andere Wahl mehr blieb, als früher oder später doch nachzugeben.
Auf der Kreisebene der Landsmannschaften zeigte sich schon eine heillose Verwirrung, denn dort war es bereits zu selbständigen Verhandlungen zwischen dem BvD und den Landsmannschaften und zu eigenmächtigen Übertritten gekommen. Die VOL e.V. schienen der Auflösung nahe. Kather hatte durch sein geschicktes Taktieren das Image des großen Vertriebenenführers gewonnen, der auf dem Wege war, alle Vertriebenenverbände unter seiner Leitung zu einigen. Doch verfolgte Kather noch andere, persönliche Ziele. Ihm lag zwar die Einigung der Vertriebenenverbände am Herzen, aber der Eindruck läßt sich nicht verwischen, daß er über diesen Weg sein eigentliches Ziel, das Bundesvertriebenenministerium, niemals aus den Augen verlor. Die Einheitsfront aller Vertriebenenorganisationen sollte den nötigen Druck auf Adenauer ausüben, um den glücklosen Minister Lukaschek von seinem Amt abzulösen und durch den neuen starken Mann der Vertriebenenlobby zu ersetzen.

Die Landsmannschaften in den VOL e.V., die sich fast schon selbst aufgegeben hatten, waren die einzigen Vertriebenenorganisationen, die noch wirksamen Widerstand gegen diese Entwicklung leisten konnten. Solange die Landsmannschaften noch außerhalb des BvD standen, war Kathers Plan gefährdet. Den Gegnern Kathers wurde dieser Umstand bewußt und für die Landsmannschaften begann damit eine Renaissance, mit der sie kaum noch zu rechnen wagten. Die Unterstützung, die die Landsmannschaften von den verschiedensten Seiten jetzt erfuhren, stimulierte sie derartig, daß die Pläne zur Bildung des Einheitsverbandes vorerst zurückgestellt

die Parität zwischen den Vertretern der Landesverbände und den Sprechern der Landsmannschaften zu wahren."
BdV-Archiv

wurden und nach Möglichkeiten gesucht wurde, um Kathers Weg aufzuhalten.

4. Der "Verband der Landsmannschaften" (VdL)

4.1 Kathers unterbrochener Weg ins Bundesvertriebenenministerium

Das Urteil über Dr. Linus Kather ist heute noch geteilt, obwohl er sich seit dem Ende der 50er Jahre immer stärker aus der Politik zurückzog. Wohl kaum eine Persönlichkeit der Vertriebenenbewegung wird im Urteil seiner Mitstreiter und Gegenspieler so schillernd beschrieben wie er. Unbestreitbar für alle, die mit oder gegen ihn arbeiteten ist, daß er für die Eingliederung der Vertriebenen Großes geleistet hat. Kather war der Motor des ZvD, ohne sein persönliches Engagement, seine Hartnäckigkeit, die, wollte man überspitzt formulieren, einer unbeugsamen Sturheit nahe kam, wäre der Zentralverband bald von der politischen Bühne verschwunden.

Dieser energische Mann war frei von diplomatischen Allüren, im Umgang mit Mitarbeitern und Gegnern ließ er es an Offenheit und Grobheiten nicht fehlen. Seine Memoiren sind voll von persönlichen Abrechnungen, bösartigen Seitenhieben, aber auch das Lob für die wenigen loyalen Freunde fehlt nicht.

Die Schwierigkeiten, die sich vor Kather auftürmten, hatte er sich zum Teil selbst geschaffen. Den für richtig erkannten Weg verfolgte er kompromißlos, der Andersdenkende hatte selten eine Chance, wenigstens gehört zu werden. Sachliche Einwände faßte er als persönliche Kritik auf - hierin lag seine größte Schwäche. Er verfügte nicht über die Fähigkeit, in Kooperation mit anderen zu arbeiten. Das Dilemma der Vertriebenenbewegung,

das er so anschaulich beschreibt, war nicht zuletzt auch auf ihn zurückzuführen, denn er duldete keinen ebenbürtigen Partner neben sich. Wenn man bedenkt, daß weder der ZvD noch die Landsmannschaften durch tiefgreifende Interessengegensätze voneinander getrennt wurden, dann erscheint die These schon gerechtfertigt, daß es Persönlichkeiten wie Kather, Lodgman, Rinke und andere waren, die - zum Teil aus übersteigertem Geltungsbedürfnis - die Einigung der Vertriebenenverbände verhinderten. Als die Einigung dann durchgesetzt wurde, da war die originäre Kraft der Verbände nicht mehr vorhanden, die wesentlichsten Aufgaben waren schon getan. Der Zusammenschluß der Verbände zum "Bund der Vertriebenen" (BdV) ist dann auch kein Akt der Stärke. Er wird vollzogen, weil die Vertriebenenbewegung auseinanderzufallen droht. Der Unmut der Mitgliedschaft zwingt zur Bildung des Einheitsverbandes, die Wirkung des Zusammenschlusses nach innen ist zwar stabilisierend, doch im politischen Kräftefeld der Bundesrepublik findet sich nur eine begrenzte Resonanz auf diesen Schritt.

Vieles spricht für die Hypothese, daß eine Einigung der Verbände zu Beginn der 50er Jahre auch bedeutsame Außenwirkung gehabt hätte. Die unterschiedlichen Aufbauprinzipien der Vertriebenenverbände waren nur ein vorgeschobenes Argument, um den Zusammenschluß zu verhindern. Hätten sich die Repräsentanten der Landsmannschaften und Landesverbände schon damals über bestimmte personelle Vorstellungen verständigen können, dann wären die persönlichen Rivalitäten wahrscheinlich nicht mehr so störend in den Vordergrund getreten.

Von Kather war bekannt, daß er mit aller Macht Vertriebenenminister werden wollte. Er fühlte sich seit 1948 gegenüber dem ehemaligen oberschlesischen Oberpräsidenten Lukaschek benachteiligt. Schon zur Jahreswende 1948/49 trafen Lukaschek und Schreiber einerseits und Kather andererseits als Konkurrenten aufeinander, als es um die Besetzung des Hauptamtes für Soforthilfe ging. Lukaschek verfügte über die Unterstützung des ein-

flußreichen Oberdirektors Dr. Pünder, und obwohl sich Adenauer für die Berufung Kathers einsetzte, war für Kather schon damals klar, daß Adenauer hier nur eine Pflichtübung gegenüber dem Kollegen im Parteivorstand absolvierte, denn der Fraktionsvorstand entschied sich für Lukaschek. Lukaschek und Schreiber (Amt für Fragen der Heimatvertriebenen) hatten nun die wichtigsten Posten der staatlichen Vertriebenenarbeit inne, Kather ging leer aus.[151)]

Die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag brachte eine stattliche Anzahl von Vertriebenen ins Parlament, doch die Hoffnungen auf die Zusammenfassung aller Vertriebenenabgeordneten in einer Fraktion mußte Kather früh aufgeben.[152)] Sein Wunsch, dadurch noch für die erste Regierung Adenauer koalitionsfähig zu werden, erfüllte sich somit auch nicht. In der CDU/CSU-Fraktion fand er zwar Verständnis für seinen Wunsch, Vertriebenenminister zu werden, zumal er der Vertriebenensprecher der Fraktion war, doch gehörte es nicht zum Stil des Bundeskanzlers, Personalprobleme in der Fraktionsöffentlichkeit zu diskutieren oder sich vom Votum der Partei abhängig zu machen. Durch sein Zögern und seine unterschiedlichen Stellungnahmen zur Besetzung des Ministeriums, gelang es dem Regierungschef, Kather völlig zu verunsichern: "Adenauer sagte dies und das, er verhandelte mit dem und mit jenem. Bei alledem kam ich mir ziemlich dumm vor."[153)]

Adenauer verfolgte mit dieser Taktik das Ziel, Kather noch ungeduldiger zu machen. Er hoffte darauf, daß Kather sich eine Blöße geben würde. Genau dies geschah, denn Linus Kather gab dem Kanzler unzweideutig zu verstehen, daß er sich nicht noch einmal umgehen lassen wollte und telegrafierte an ihn: "Ich muß schärfstens dagegen protestieren, daß Sie ständig über die

151) Vgl. Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964 (Bd. 1), S. 68 f.
152) ders., daselbst, S. 80
153) ders., daselbst, S. 83

Errichtung und Besetzung des Vertriebenenministeriums Verhandlungen führen, ohne daß ich gehört werde."[154]

Der Kanzler konnte nun behaupten, daß er unter unzulässigen Druck gestellt wurde. Kather selbst lieferte ihm dazu die Handhabe. Erst nach einiger Zeit begriff Kather, daß er einen taktischen Fehler gemacht hatte: "Mir ist erst später klar geworden, daß ich mit diesem Telegramm der Chance, damals Vertriebenenminister zu werden, den Garaus gemacht hatte, falls sie überhaupt bestand."[155]
Hinzugefügt werden muß aber, daß Adenauer durchaus schon damals erkannt haben mußte, daß der Vertriebenenminister Kather im Kabinett kein einfacher Partner gewesen wäre. In Kather hätte Adenauer ein innenpolitischer Kontrahent erwachsen können, der die Kabinettsdisziplin gewiß arg strapaziert hätte. Obwohl in diesem Zusammenhang nur hypothetische Aussagen getroffen werden können, läßt doch das gesamte spätere Verhalten des ZvD-Vorsitzenden solche Annahmen als gerechtfertigt erscheinen. Kather war in erster Linie Verbandspolitiker. Dadurch wurden natürlich von dritter Seite Erwartungen in ihn gesetzt, denen er sich als Vertriebenenminister wahrscheinlich verpflichtet gefühlt hätte. Gleichzeitig war er aber vom Vertrauen des Parteivorsitzenden und von dem der Partei in einem Maße unabhängig, wie nur wenige in der CDU/CSU-Fraktion.

Lukaschek hingegen konnte sich zwar auch auf den ZvD stützen, er wurde selbst von den Landsmannschaften favorisiert, dennoch zählte er nicht zu den Aktivisten in der Vertriebenenbewegung. Dies empfahl Lukaschek für das Amt des Vertriebenenministers. Dabei kalkulierte Adenauer von vornherein ein, daß er mit Lukaschek leichteres Spiel haben würde. Lukaschek war nicht ein Minister der Vertriebenen - wie es Kather zweifellos gewesen wäre - er war ein Minister Adenauers, der bei Schwierigkeiten den Kanzler vor den Vertriebenen abschirmen konnte. Adenauer

154) ders., daselbst, S. 83
155) ders., daselbst, S. 83

nutzte später auch gern die Gelegenheit, bei Unstimmigkeiten zwischen seiner Politik und den Wünschen und Forderungen der Vertriebenen, auf Lukaschek zu verweisen. So gelang es Adenauer, Lukaschek immer dann als "Alibi" zu benutzen, wenn es zu derartigen Differenzen kam. Adenauer wußte nur zu genau, daß Kather dieses Spiel in einem sehr begrenztem Umfange mitgemacht hätte. Deshalb fiel seine Wahl dann schließlich auf Lukaschek.

Lukaschek selbst kam durch diese Entscheidung des Kanzlers in eine prekäre Situation, denn er wußte genau, daß Kather seinen Anspruch auf das Ministerium angemeldet hatte. Gleichzeitig reizte es ihn natürlich auch, von Adenauer so umworben zu werden. Obwohl sich Kather bemühte, vor der endgültigen Entscheidung mit dem Kanzler zu sprechen, scheute dieser die Aussprache[156] und - wenn man Kather glauben darf -, dann hat ihn Adenauer bewußt getäuscht.[157]

Während in der Vorbereitung zur Lastenausgleichsgesetzgebung immer deutlicher wurde, daß Lukaschek sich im Kabinett nicht durchsetzen konnte und ihm in Finanzminister Schäffer ein Gegner erwachsen war, der ihm größte Schwierigkeiten bereitete, wuchs der Einfluß Kathers im Bundestag.
Im ZvD war seine Stellung bald unangefochten. Durch die Spaltung der VOL und den Eintritt der beiden größten Landsmannschaften in den BvD, zeichnete sich auch ein Revirement in der Leitung des Bundesvertriebenenministeriums ab.
Kather galt zur Jahreswende 1951/1952 als der designierte Führer der organisierten Vertriebenen. Was Kather über seine Partei nicht geschafft hatte, schien er nun durch den Druck des ZvD auf die Regierung erreichen zu können. In Großkundgebungen des ZvD wurde der Ruf nach dem "starken Mann" im Bundesvertriebenenministerium immer lauter.

Für Adenauer gab es bald gewichtige Gründe, über die Neubesetzung

156) ders., daselbst, S. 84 f.
157) ders., daselbst, S. 86

des Bundesvertriebenenministeriums ernsthafte Überlegungen anzustellen.

Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (9. Juli 1950), in denen der BHE einen Stimmenanteil von 23,4% errang, dokumentierten die Unzufriedenheit der Vertriebenen eindeutig.

Neumann kommt in seiner Analyse des Wahlergebnisses zu folgender Deutung: "Als Protest gegen Lastenausgleichspolitik und Umsiedlungsprogramme war die Wahlentscheidung vor allem gegen die Politik der Bundesregierung und gegen die CDU gerichtet."[158]

Adenauer brauchte einen zugkräftigen Mann, der ein weiteres Abwandern der Vertriebenenwähler zum BHE verhinderte. Da sich auch die organisierten Vertriebenen auf Kather einzustellen schienen, gab es im Frühsommer 1952 eigentlich keinen Zweifel mehr daran, daß Lukaschek seinen Abschied nehmen müßte, um seinen Platz für Dr. Linus Kather frei zu machen.

Womit eigentlich niemand mehr rechnete war, daß Lukaschek einen politischen Überlebenswillen entwickelte, der selbst Adenauer erstaunte. Obwohl Adenauer Lukaschek am 20. Juli 1952 aufforderte, sein Amt zur Verfügung zu stellen - schon die Wahl des Termins deutet auf eine gewisse Geschmacklosigkeit hin, denn Lukaschek gehörte zu den Männern des Widerstandes - gelang es dem Vertriebenenminister, Verbündete zu finden.

In der parlamentarischen Sommerpause wurde eine Intrige gegen Kather vorbereitet, die ihm endgültig den Weg ins Vertriebenenministerium versperrte und die Einigung der Vertriebenenverbände für die nächsten Jahre unmöglich machte.

---

158)s.d. Neumann, F., Der BHE, S. 35

4.1.1 Die Spannungen zwischen Kather und Lukaschek

Mit der 1949 erfolgten Entscheidung Adenauers, Lukaschek in das Vertriebenenministerium zu berufen, stellte sich Kather auf eine längere parlamentarische Tätigkeit ein. Das Verhältnis zu seinem Duzfreund Lukaschek war durch die jüngsten Ereignisse zwar getrübt, doch die Last der Aufgaben war so groß, daß beide vorerst einen Burgfrieden schlossen, um die Arbeit im Parlament nicht unnötig zu behindern.
Der Beginn der Spannungen zwischen Kather und Lukaschek ist nicht mehr genau festzustellen, Kather behauptet jedenfalls, daß er erst den Bundesvertriebenenminister öffentlich angriff, als bereits hinreichend deutlich geworden war, daß Lukaschek glücklos agierte: "Die ersten Angriffe gegen den Minister sind keinesfalls vom ZvD oder von mir ausgegangen. Seine schlappe Haltung in allen politischen Fragen wurde frühzeitig sichtbar und wurde ihm natürlich verübelt."[159]
Der sachliche Streitpunkt, der eine harte Auseinandersetzung zu rechtfertigen schien, war, daß Lukaschek es nicht verstanden hatte, die Zuständigkeit zum Lastenausgleich für sein Ministerium zu beanspruchen. Lukaschek wurde in dieser Frage von Finanzminister Schäffer überspielt, der zu den Vertriebenenverbänden ein gestörtes Verhältnis hatte und aus fiskalischen Gründen eine großzügige Lastenausgleichsregelung nicht verantworten wollte.

Den Streit um dieses Gesetzeswerk haben sowohl Kather als auch Fritz eingehend geschildert, deshalb werden in diesem Zusammenhang nur noch einige Aussagen gemacht, die sich streng auf den angesprochenen Sachverhalt beschränken.

Die Hilflosigkeit Lukascheks wird aus dem Briefwechsel deutlich, den Friedrich von Wilpert, der Pressereferent des Ministeriums, mit den Landsmannschaften führte.
Schon im Juni 1950 wandte sich Wilpert an Lodgman und gab fol-

159) Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien, 1964 (Bd. 1), S. 87

gende Situationsschilderung:
"Der Referentenentwurf für den Lastenausgleich ist im Bundesfinanzministerium fertiggestellt worden. Obwohl Bundesminister Dr. Lukaschek vor etwa 3 Wochen und dann noch einmal am vergangenen Freitag Herrn Bundesfinanzminister Dr. Schäffer eindringlich schriftlich gebeten hatte, ihn über den Gang der vorbereitenden Arbeiten zu unterrichten und ihm die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben, ist Bundesminister Lukaschek bis heute noch nicht im Besitz dieses Entwurfs."[160]

Trotz dieser für Lukaschek demütigenden Behandlung, mußte er im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf die Politik der Bundesregierung vertreten:
"Dem Drängen der CDU nachgebend und auf Wunsch des Bundeskanzlers hat sich Bundesminister Lukaschek nun doch entschlossen, auf zwei Wahlversammlungen in Schleswig-Holstein zu sprechen. Er hatte das bisher aus guten Gründen abgelehnt und war in dieser Ablehnung durch sämtliche massgebenden Herren des Bundesministeriums für Vertriebene bestärkt worden. Er wollte sich nicht in einen unfruchtbaren Gegensatz zu den Vertriebenen bringen lassen, die zum grossen Teil in Schleswig-Holstein hinter der Flüchtlingspartei stehen."[161]
Durch seine Zusage hatte er in Schleswig-Holstein einen schweren Stand, denn für die Vertriebenenwähler war es nicht einfach, zwischen den Auffassungen von Schäffers und Lukaschek, die ja schließlich dem gleichen Kabinett angehörten, zu differenzieren. Durch sein Amt war es ihm unmöglich, gegen die Regierung zu polemisieren. Lukaschek hatte die beständige Furcht, "dass die CDU von ihm abrückt und ihm dadurch die Verwirklichung seiner im Interesse der Vertriebenen gelegenen Absichten unmöglich macht".[162]
So kam es, daß er wider besseres Wissen Aussagen machte, die

160) Brief von Friedrich v. Wilpert vom 29. 6. 1950 an die SL (Lodgman); Lodgman-Nachlaß
161) ders., daselbst
162) ders., daselbst

von den Vertriebenen nur mit Unmut quittiert wurden.[163]

Der Bundesvertriebenenminister, der sich als Anwalt der Vertriebenen im Kabinett fühlte und mehrmals erklärte, daß er von seinem Amt zurücktreten würde, wenn er sich nicht mehr des Vertrauens der Vertriebenenverbände sicher wüßte, kam in für ihn unüberwindliche Gewissenskonflikte. Nicht nur von Kather war Kritik an seinem Verhalten zu hören.

Die Kreisvertretertagung der LMO machte schon am 18. Februar 1951 deutlich, wann der Minister sein Amt zur Verfügung stellen müßte: "Der Regierungsentwurf zum Lastenausgleich und die Behandlung, die dieser Entwurf erfahren hat, zeigen, daß die Bundesregierung das gegebene Versprechen, einen gerechten Lastenausgleich durchzuführen, nicht einzulösen bereit ist.
Das Verbleiben Dr. Lukascheks in der Bundesregierung erweckt den Eindruck, daß ein Wortführer der Vertriebenen diesen verhängnisvollen Weg mitmacht.
Der Vertretertag verlangt daher das Ausscheiden Dr. Lukascheks aus der Bundesregierung und hält es für untragbar, daß unter diesen Umständen ein anderer Wortführer der Heimatvertriebenen an seine Stelle tritt."[164]

Lukascheks Auftreten fehlte jegliches kämpferische Element. Er hielt nicht viel davon, sich der gleichen Methoden zu bedienen wie Kather. Seine überbetonte Bescheidenheit brachte ihm herbe Kritik ein. Reitzner umschrieb im Bundestag die Position Lukascheks einmal als die eines biederen Bettelmannes, der demütig von Tür zu Tür zieht. Lukaschek war über diesen Vergleich

163) Auf dem Tag der Heimat am 6. 8. 1950 in Stuttgart richteten sich die Angriffe direkt gegen seine Person: "Bundesflüchtlingsminister Dr. Lukaschek, der ebenfalls in Stuttgart gesprochen hatte, wurde von leidenschaftlichen Pfui-Rufen unterbrochen, als er ausführte: 'Ich weiß, daß die Bundesregierung uns Vertriebenen gegenüber ein gutes Gewissen hat.'", in: Pommern-Brief (Mitteilungsblatt der Pommerschen Landsmannschaft), 2. (4.) Jg., Nr. 10 (43), 15. 8. 1950, S. 1
164) "Der Streit um Minister Lukaschek", in: Das Ostpreußenblatt, 3. Jg., Folge 3, 25. 1. 1952, S. 2

keineswegs empört, sondern übernahm dieses Bild: "Ich bin Herrn Reitzner auch sehr dankbar, daß er mich einen Bettelmann genannt hat. Das bin ich, und ich bin stolz darauf, daß ich als Bettelmann auch persönlich das Schicksal mit allen meinen Heimatvertriebenen teilen kann ... Aber wenn man Bettelmann ist, dann muß man betteln und hat die Pflicht, als Bettelmann aufzutreten, nämlich mit dem Geist und der Aura des Armen, nicht mit dem Knüppel in der Hand."[165] Gleichzeitig fügte er hinzu, daß er nicht nur den Vertriebenen verpflichtet ist: "Ich bin ja nicht bloß Anwalt der Vertriebenen und Vater der Vertriebenen, wie man mich manchmal freundlicherweise nennt. Ich bin ja auch Kabinettsmitglied und muß das Problem in seinem ganzen Zusammenhang sehen..."[166]

Diese Äußerungen forderten natürlich die herbe Kritik des ZvD und der Landsmannschaften heraus, denn die Verbände wollten keine Almosen. Der Lastenausgleich wurde von ihnen als Anspruch aufgefaßt, der, wenn es notwendig werden sollte, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln erkämpft werden mußte. Lukaschek wurde somit zu einem Symbol der Schwäche und des Zauderns, von dem keine erneuernde Kraft ausgehen konnte. Der unaufhaltsame Vertrauensschwund wurde auf den verschiedensten Vertriebenenversammlungen deutlich, auf denen der Minister den Unmut seiner Zuhörer immer stärker zu spüren bekam. In der Vertriebenenpresse fand er kaum noch anerkennende Worte, vielmehr wurde er immer häufiger als ein greiser gebrochener Mann charakterisiert, der seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen war.

Lukaschek hatte sich ohne Zweifel in eine außergewöhnlich ungünstige Lage manövriert, sein Versuch, den Wünschen des Bundeskanzlers und denen der Vertriebenenverbände gleichermaßen gerecht zu werden, mußte damals scheitern.

Kather hatte dies sehr wohl erkannt, er bezog gegen den Minister in dem Augenblick Stellung, als er damit rechnen konnte, daß sei

165) "Der biedere Bettelmann", in: Das Ostpreußenblatt, 2. Jg., Folge 9, 5. 5. 1951
166) daselbst

Votum gegen Lukaschek auch die von ihm erhofften personellen Änderungen erbringen würde. Die Kampagne gegen Lukaschek erreichte zur Jahreswende 1951/52 ihren Höhepunkt. Der BvD schien stabilisiert zu sein, und die Landsmannschaften mochten sich auch nicht mehr für den Minister einsetzen. In der LMO hatte sich der neue Sprecher, Dr. Alfred Gille, der zu den engsten Mitarbeitern von Waldemar Kraft im BHE zählte, völlig durchgesetzt und das bedeutete für Lukaschek eine zusätzliche Gefahr. Kather bestreitet zwar, daß persönliche Interessen seine Aktivitäten gegen Lukaschek bestimmten, doch erscheinen diese Beteuerungen nicht unbedingt glaubhaft. 1952 sah er sich am Ziel seiner Wünsche angelangt. Selbst der Kanzler machte Andeutungen, daß es zu Umbesetzungen im Bundesvertriebenenministerium kommen müsse, außerdem war der einzige Bewerber um dieses Amt Kather selbst, der nun aus verständlichen Gründen auch nicht mehr warten wollte.
Am 12. Januar 1952 erklärte der Gesamtvorstand des BvD, daß es dem Vertriebenenminister an der nötigen Entschlossenheit und Zähigkeit mangele und daß er das Vertrauen des ZvD/BvD nicht mehr besäße.[167] Diese Entschließung des BvD kam einer Aufforderung zum Rücktritt nahe. Kather, der sich bisher auf Angriffe gegen Schäffer in der Öffentlichkeit beschränkte hatte und damit indirekt natürlich auch die Schwächen Lukascheks brandmarkte, ließ 1952 alle Rücksichten fallen und setzte nicht nur den Vertriebenenminister, sondern auch den Kanzler unter öffentlichen Druck.

4.1.2 Die Haltung Bundeskanzler Adenauers

Um die Haltung Adenauers zu analysieren, kann leider nur auf das von Kather gelieferte Material zurückgegriffen werden, das von einseitigen Wertungen nicht frei ist. Obwohl in der alleinigen Verwendung dieser Materialien einige Problematik liegt,

167) Vgl. Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 4. Jg., Nr. 3, 25. 1. 1952, S. 1

die zur nötigen Vorsicht veranlassen muß, sind die von Kather geschilderten Sachverhalte bisher noch nicht bestritten worden.

Die Auseinandersetzung zwischen Kather und Lukaschek weist auch auf den Regierungsstil Adenauers hin. Bemerkenswert erscheint zumindest, mit welcher Gelassenheit er die öffentlich ausgetragenen Zwistigkeiten zwischen den beiden Vertriebenenpolitikern hinnahm. Ernst Lemmer charakterisierte Adenauer einmal als jemanden, der "in allem reichlich autoritär" gewesen sei,[168] doch in diesem konkreten Fall vermied er es, ein "Machtwort" zu sprechen. Wollte man Kather glauben, dann scheute sich Adenauer vor einer Konfrontation. Einerseits war Lukaschek für ihn ein bequemer Minister, denn im Kabinett beugte er sich ohne besonderen Widerstand den Vorstellungen Schäffers und Adenauers, andererseits verlor er für den Kanzler bald seinen anfänglichen Wert - es gelang Lukaschek nicht, das Ansteigen der Wählergunst für den BHE zu stoppen. Als Adenauer dies merkte ließ er den Bundesvertriebenenminister nicht lange darüber im unklaren, daß sein Stuhl nicht mehr fest stand. Gleichwohl zauderte Adenauer, eine Kabinettsumbildung vorzunehmen. Hinter diesem Zaudern standen aber durchweg pragmatische Beweggründe. Im Vordergrund seiner Überlegungen stand vor allem, den Einzug des BHE in den Bundestag zu verhindern, doch ob ihm das mit Kather gelungen wäre, war schon deshalb für ihn zweifelhaft, weil der ZvD bis in die Bundesspitze mit BHE-Politikern durchsetzt war.

Die Ernennung Kathers konnte für Adenauer nur eine ungeliebte ultima ratio sein. Die Aufsässigkeit Kathers, der sich durch seine exponierte Stellung im ZvD eine Unabhängigkeit von der Partei, der Fraktion und vom Kanzler bewahrt hatte, ließ Adenauer nicht daran glauben, daß sich der ZvD-Vorsitzende im Kabinett grundsätzlich wandeln würde. Zwar wäre es weit übertrieben, anzunehmen, daß Adenauer in Kather ein Rivale erwachsen wäre. Doch das Bild der Kanzlerdemokratie hätte sich gewiß nicht so früh verfestigen können, wenn der widerborstige Kather ins

168) Lemmer, Ernst, Manches war doch anders - Erinnerungen eines

Kabinett berufen worden wäre.
Es mag müßig sein, darüber zu spekulieren, was geschehen wäre, wenn Kather den Ministersessel erhalten hätte. Solche Überlegungen machen aber transparent, daß zu Beginn der 50er Jahre politische Prozesse noch offen zu gestalten waren, die Machtstrukturen waren nicht so stabilisiert wie etwa in der zweiten, ganz besonders aber in der dritten Legislaturperiode. Der Bundeskanzler und CDU-Parteivorsitzende hatte noch mit Widerspruch zu rechnen, dem er flexibel begegnen mußte, und dieser Widerspruch kam zu einem nicht geringen Teil sogar aus der eigenen Partei und Fraktion. Ganz entscheidend war aber, daß weder die Legislative noch die Exekutive schon der Routine des politischen Alltags verfallen waren, der Grad der Anpassung war relativ gering. Adenauer mußte auf der Hut sein. Er benötigte sein ganzes taktisches Geschick, um sich innenpolitisch durchzusetzen.

Bevor der BvD Lukaschek am 12. Januar 1952 das Vertrauen entzog, ließ Kather Adenauer über diesen Schritt durch Staatssekretär Dr. Lenz informieren. In einem persönlichen Gespräch mit Lenz deutete Kather auch an, daß der BvD Kather zum Nachfolger Lukascheks vorschlagen würde, wenn diese Frage in ein akutes Stadium käme.[169] Adenauer hoffte, das Mißtrauensvotum gegen Lukaschek noch abwenden zu können und bot Kather den Posten Dr. Schreibers an, doch sah sich der BvD-Vorsitzende in der stärkeren Position und lehnte ab. Bei einer Zusage wäre er selbstverständlich zu größerer Loyalität gegenüber Lukaschek verpflichtet gewesen.

Adenauer hatte sich - nach Aussagen Kathers - schon im Januar 1952 entschlossen, im Vertriebenenministerium einen Wechsel herbeizuführen.[170]

---

deutschen Demokraten, Frankfurt am Main 1968, S. 380
169) Vgl. Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964 (Bd. 1), S. 187 ff.
170) ders., daselbst, S. 189 f. Kather weist in diesem Zusammenhang auf eine Sitzung des Parteiausschusses der CDU v. 13. 1. 1951 hin, auf der Adenauer eine diesbezügliche Äußerung gemacht haben soll.

Aber erst Ende 1952 kam die Diskussion um den Ministerwechsel in eine konkrete Phase. Kather, der Adenauer bei jeder sich bietenden Gelegenheit drängte, sich endlich zu entscheiden, führte mit dem Kanzler am 26. Juni 1952 ein Vier-Augen-Gespräch, in dessen Verlauf er die ersehnte Zusage erhielt: "Dann kam der dritte und wichtigste Punkt, der Ministerwechsel. Der Kanzler erklärte mir sehr klar und entschieden: 'Sie übernehmen das Ministerium noch vor den Ferien.' Wir bestätigten diese Abrede mit Handschlag und der Kanzler sprach die denkwürdigen Worte: 'Dann machen Sie mir aber auch den BHE kaputt!'"[171]

Dieser klaren Zusage konnte sich Kather aber nicht lange sicher sein, denn schon am 11. Juli mußte er von Adenauer erfahren, daß sich Widerstände im Kabinett gegen diese Entscheidung zeigen würden. Über Globke ließ der Kanzler dem BvD-Vorsitzenden das Hauptamt für Soforthilfe anbieten, doch Kather war nicht bereit, auf diesen Vorschlag einzugehen.

Adenauer versuchte jetzt vor allem Zeit zu gewinnen. Er war zwar noch bereit, Lukaschek von seinem Posten zu entbinden,[172] hatte aber keine große Eile mehr, Kather noch vor der Sommerpause ins Kabinett zu berufen. Ihn muß die Hartnäckigkeit des bis dahin glücklosen Lukaschek verblüfft haben, der nicht bereit war, seinen Platz zu räumen. Die Widerstände im Kabinett müssen Adenauer auch zum Abwarten veranlaßt haben. Da er persönlich an einer Berufung Kathers gewiß nicht interessiert war, muß er seine Kabinettskollegen aufgefordert haben, nach einer Alternative zu suchen, die ihn aus dem derzeitigen Dilemma befreite. Unklar ist, inwieweit Adenauer schon damals über die Bildung eines neuen landsmannschaftlichen Verbandes unterrichtet

---

171) ders., daselbst, S. 244

172) ders., daselbst, S. 244
Kather berichtet, daß Globke im Auftrage Adenauers bei Lukaschek am 17. 7. 1952 um die Einreichung des Rücktrittes bat. Dem Verf. wurde von Dr. Hans Neuhoff berichtet, daß Lukaschek - entgegen der Darstellung Kathers - am 20. 7. 1952 ein dementsprechendes Schreiben von Adenauer erhielt.

war, zumindest mußte ihm angedeutet worden sein, daß eine Lösung möglich wäre, wenn in der Sommerpause noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen würden.
Am 21. Juli 1952 machte Adenauer gegenüber Kather weitere Bedenken geltend und vertröstete den BvD-Vorsitzenden auf die Zeit nach den Parlamentsferien.

Adenauer wollte den Konflikt erst in dem Augenblick lösen, als er davon ausgehen konnte, daß sich die Kontrahenten in einer Pattsituation befanden, aus der ihnen eine Selbstbefreiung nicht mehr möglich war. Durch seine mehrdeutigen Erklärungen hat er die Eskalation des Konflikts herbeigeführt; nun war es für ihn leicht, die Rolle des "ehrlichen Maklers" zu spielen. Hätte sich Adenauer vorzeitig in diese Auseinandersetzungen ausgleichend eingeschaltet, wäre er in den Hader der Vertriebenenpolitiker hineingezogen worden. Durch seine Taktik reduzierte der Kanzler den Streit um das Bundesvertriebenenministerium auf den der Vertriebenenverbände untereinander. Adenauer konzedierte den Vertriebenenverbänden damit zwar einen partiellen Einfluß auf die personelle Besetzung der Spitze des Bundesvertriebenenministeriums. Wenn er aber der Vertriebenenlobby soviel Spielraum ließ, dann ist der Grund darin zu sehen, daß er den Wert dieses Ministeriums für die Kabinettsarbeit äußerst gering einschätzte.

4.1.3 Ministerkoalition gegen Kather

Obwohl Kather in der CDU/CSU-Fraktion so einflußreiche Fürsprecher wie z.B. Gerd Bucerius hatte, gab es im Kabinett etliche Minister, die einer Berufung Kathers mit größtem Unbehagen entgegensahen. Die Riege der Kather-Gegner wurde natürlich von Dr. Lukaschek angeführt, dessen Motive hinreichend verdeutlicht worden sind. Ihm folgten Dr. Fritz Schäffer, Heinrich Hellwege (DP) und Dr. Seebohm (DP). Welche Haltung Jakob Kaiser einnahm, ist bisher noch nicht bekannt geworden. Da das gesamtdeutsche

Ministerium aber vornehmlich die Landsmannschaften förderte, besteht begründeter Zweifel, daß Kaiser einer Berufung Kathers mit großem Wohlwollen gegenüberstand.
Mit Schäffer verband Kather eine langjährige Intimfeindschaft. Der ZvD hatte seit 1949 beständig an dem Verhalten von Schäffer Kritik zu üben. In einer Erklärung des ZvD vom 22. Juli 1950 stellte der Verband dazu fest: "Bundesfinanzminister Schäffer hat von Beginn seiner Amtstätigkeit an für die Anliegen und Nöte der Vertriebenen keinerlei Verständnis gezeigt."[173] Desweiteren wurde ihm eine Verschleppung der wichtigen Anliegen der Vertriebenen und Kriegsgeschädigten vorgeworfen. In der OZ wurde mehrmals energisch der Rücktritt des Ministers gefordert. Die Ablehnung Schäffers durch die Vertriebenen war einmütig. In der sudetendeutschen Presse wurde er sogar mit Ulbricht verglichen,[174] was zur damaligen Zeit einer ungeheuerlichen Beleidigung gleichkam.

Die Spannungen zwischen Kather und Schäffer wurden dadurch besonders verschärft, weil sich Schäffer zum entschiedenen Gegner des vom ZvD propagierten Lastenausgleichs profilierte. Auf Versammlungen sprach sich Schäffer offen gegen diesen Lastenausgleich aus und äußerte die Befürchtung, daß es sogar zum Bürgerkrieg kommen könnte, wenn man die ZvD-Pläne verwirklichte. Solche emotionalen Bemerkungen brachten den ZvD und die Landsmannschaften natürlich in Harnisch.
Auf Schäffer war aber auch eine Kampagne gegen Kather zurückzuführen, die den Ruf des ZvD-Vorsitzenden nicht unbeträchtlich schädigte.[175]
Obwohl die persönliche Abneigung, die Schäffer gegenüber Kather

173) Vgl. Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964 (Bd. 1), S. 101
174) s. d. "Ulbricht und Schäffer: Die Helfer wider Willen!", in: Der Sudetendeutsche (Sudetenland-Heimatland), Vereinigtes offizielles Organ der Sudetendeutschen Volksgruppen in Deutschland, 3. Jg., Nr. 22, 29. 6. 1950
175) Vgl. Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964 (Bd. 1), S. 142 u. 143

verspürte, sein negatives Votum gegen eine Berufung Kathers ins Vertriebenenministerium nicht unwesentlich bestimmt haben mochte, hatte er natürlich auch durchaus sachliche Beweggründe für seine Ablehnung.

Mit Lukaschek hatte Schäffer bisher leichtes Spiel - wie die Bearbeitung des Lastenausgleichsgesetzentwurfs zeigte. Von Kather hingegen mußte er annehmen, daß dieser mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit gegen ihn kämpfen würde. Eine Desavouierung Kathers hätte sich das Kabinett nur schwerlich leisten können, da sonst der BHE gestärkt worden wäre. Auch Adenauer war klar geworden, daß ein Bundesvertriebenenminister Kather mit Erfolgen hätte aufwarten müssen, um den Einfluß der CDU unter den Vertriebenen zu erhalten. Diese Erfolge wären aber nur durch ein Nachgeben Schäffers möglich gewesen. Die Berufung hätte somit die Position des Finanzministers im Kabinett wesentlich einschränken können.

Zu Seebohm hatte Kather ebenfalls ein gestörtes Verhältnis. Seebohm, von dem Kather behauptete, daß er seine Vertriebeneneigenschaft erst entdeckte, als sie für ihn vorteilhaft wurde, trat im Frühjahr 1950 durch die spektakuläre Wahl zum stellvertretenden Sprecher der SL in die Vertriebenenpolitik ein. Dennoch stimmte er noch im Oktober 1950 dem Kabinettsentwurf Schäffers zum Lastenausgleich zu, der von den organisierten Vertriebenen einhellig abgelehnt wurde. Diese Zustimmung wurde ihm vom ZvD öffentlich vorgehalten. Die SL nahm Seebohm damals in Schutz und bestritt seine Zustimmung. Das Verhältnis zwischen dem ZvD und der SL spitzte sich auch aufgrund dieser Episode 1950 derart zu, daß die Kontakte zueinander völlig abgebrochen wurden. In Kathers nachträglicher Beurteilung Seebohms blieben die negativen Eindrücke schließlich bestehen: "Diese Landsmannschaft braucht einen unabhängigen und starken Sprecher mit Fingerspitzengefühl. Abgesehen von der Lautstärke hat Dr. Seebohm diese Eigenschaften nicht."[176]

176) ders., daselbst, S. 151

Da Kather aus seiner Ablehnung gegenüber Seebohm keinen Hehl machte und dieser äußerst nachtragend war, hatte er in Seebohm einen zusätzlichen Gegner. Diese Gegnerschaft beruhte nicht auf sachlichen Differenzen, denn die SL war zu dieser Zeit ja noch Mitglied des BvD und stellte in Lodgman deren Vizepräsidenten.
Worauf die Ablehnung Kathers durch Hellwege zurückzuführen war,[177] läßt sich nicht mehr feststellen, vermutet werden kann, daß Seebohm seinen Parteivorsitzenden in dieser Hinsicht beeinflußt hatte. Es ist zwar nicht denkbar, daß die DP wegen der Berufung Kathers die Koalitionsfrage gestellt hätte, dennoch mußte Adenauer daran gelegen sein, eine nachhaltige Verstimmung der DP zu vermeiden. Die Bedenken der DP-Minister und ihrer CDU-Kollegen reichten aus, um das Revirement im Bundesvertriebenenministerium vorerst zu verhindern. Nun hing alles davon ab, ob es gelingen könnte, die Basis Kathers, den BvD, entscheidend zu schwächen.

Lukaschek hatte durch die Haltung seiner Kabinettskollegen einen derartigen Aufwind erfahren, daß er fieberhaft nach einer Lösung suchte.

4.1.4 Spaltung des BvD

Um die Spaltung des BvD ranken sich in Vertriebenenkreisen äußerst pittoreske Geschichten. Nach der Aussage eines der Hauptakteure, der an der Vorbereitung dieser Aktion beteiligt war, soll Kather seine Siegesfeier durch umfangreiche Sektbestellungen schon vorbereitet haben.[178] Bemerkenswerterweise versuchen die engsten Mitarbeiter Lodgmans, Dr. Hilf und Albert Karl Simon, für sich in Anspruch zu nehmen, daß von ihnen die Bildung des neuen landsmannschaftlichen Verbandes initiiert

177) ders., daselbst, S. 245
178) Diese Mitteilung erhielt der Verf. mündlich von Albert Karl Simon

wurde.[179] Es war nicht zu erfahren gewesen, inwieweit Seebohm in dieser Richtung Denkanstöße vermittelt hatte. Bezweifelt werden muß aber, daß Hilf und Simon von sich aus aktiv wurden.

Obwohl bekannt ist, daß das Bundesvertriebenenministerium größte Anstrengungen unternahm, um sich vom Druck Kathers zu befreien, ist das taktische Vorgehen des Ministeriums nicht genau zu rekonstruieren, hingegen sind die strategischen Schritte heute nachvollziehbar. Es war insbesondere Dr. Schreiber, der die Vorbereitungen leitete, denn es mußte vermieden werden, daß Lukaschek durch eine Indiskretion aus seinem Hause belastet würde.

Die Akteure im Bundesvertriebenenministerium standen vor zwei eng miteinander verbundenen Problemen:

a) Kather konnte vom Ministersessel nur ferngehalten werden, wenn man im BvD das schwächste Glied in der Kette finden würde. Es konnte nicht sinnvoll sein, Kathers eigene Hausmacht, die Landesverbände im BvD, zu spalten. Zwar regte sich insbesondere in Hamburg schon Unmut gegen ihn und auf den Landesverband Schleswig-Holstein konnte er sich auch nicht verlassen, denn dessen Vorsitzender war Dr. Gille, der nicht nur Sprecher der LMO war, sondern neben der Gräfin Finckenstein zu den engsten Mitarbeitern Waldemar Krafts zählte. Die Spaltung einiger BvD-Landesverbände konnte nur eine isolierte Maßnahme sein, weil Kather auf die Solidarität der anderen Landesverbände hoffen konnte. Selbst die unsicheren Landesverbände hatten kein Interesse daran, Lukaschek im Ministerium zu halten. Für die ehemaligen ZvD-Gliederungen im BvD war es vielmehr eine selbstverständliche Pflicht, Kather auf seinem Weg ins Ministerium zu unterstützen. Dahinter standen nicht nur Erwägungen der persönlichen Loyalität gegenüber dem Vorsitzenden. Unzweifelhaft spielten Fragen der eigenen Versorgung eine bedeutsame Rolle. Von Lukaschek war bekannt, daß er eine Personalpolitik betrieb, die sich mehr

179) Besonders Albert Karl Simon wies in persönlichen Gesprächen mit dem Verf. mit einigem Stolz auf diesen Umstand hin.

an der Konfessionszugehörigkeit orientierte, als an der tatsächlichen Leistung der jeweiligen Bewerber. Es wäre von den ZvD/BvD-Funktionären in höchstem Maße unklug gewesen, wenn sie kurz vor dem Ziel durch eine eigenwillige Aktion ihrem Vorsitzenden und sich selbst derartige Schwierigkeiten bereitet hätten.

b) Der BvD ruhte auf zwei Säulen, neben den Landesverbänden waren es die Landsmannschaften, die ihn prägten. Die Landsmannschaften im BvD hatten zu Kather kein besonders enges Verhältnis, ihre Bezugsperson war Rudolf Lodgman. Bei der Bildung des BvD war es den Landsmannschaften, die immer ihre Eigenständigkeit betonten, nicht gelungen, die volle Parität durchzusetzen. Die weitgehenden Verhandlungsrichtlinien der VOL[180] erinnerten die Landsmannschaften im BvD schmerzlich daran, was sie 1951 versäumt hatten. So war ein Potential der Unzufriedenheit vorhanden, welches nur geschickt angesprochen werden mußte, um die latent vorhandenen Isolationsbestrebungen zu fördern. Zum anderen empfahl es sich, einen Weg zu suchen, um das Geltungsbedürfnis der führenden landsmannschaftlichen Funktionäre zu wecken. Ihnen mußte deutlich werden, daß es von ihrem Verhalten abhängt, welchen Weg die Vertriebenenbewegung gehen wird. Im BvD waren die Landsmannschaften nur der Juniorpartner des ehemaligen ZvD, bei einer erneuten Diskussion um die Gestalt der Vertriebenenbewegung konnte gerade diesen Landsmannschaften ein entscheidender Anteil an der neuen Führung zufallen. Aus diesen Gründen spielte das psychologische Moment in der Behandlung Lodgmans und Rinkes eine wesentliche Rolle. Die Betonung ihrer Unentbehrlichkeit durch das Bundesvertriebenenministerium mußte ihnen natürlich schmeicheln. Doch waren es auch sachliche Argumente, die sie zu einem Überdenken ihrer Position im BvD anregen mußten.

---

180) s. Entschließung des Kreisvertretertages der LMO, Anm. 150

Linus Kather hatte sich trotz der Entwicklung der letzten Monate nicht zu einem Freund der Landsmannschaften gewandelt. Als Bundesvertriebenenminister hätte er die Landsmannschaften zwar nicht übergehen können, doch eine gezielte Personalpolitik und Mittelvergabe wäre für die Landsmannschaften zu einem Problem geworden. Deshalb darf ihre Haltung zu Kather nicht allein von den subjektiven Beweggründen der Spitzenfunktionäre her beurteilt werden. Damit verbunden waren auch vitale Interessen der landsmannschaftlichen Organisationen, die ohne Zweifel tangiert worden wären, wenn Kather seine Berufung hätte durchsetzen können.

Die Erkenntnis, daß die Landsmannschaften im BvD unsichere Gefolgsleute Kathers waren, beseitigte aber noch nicht das bedeutsamste Folgeproblem für das Bundesvertriebenenministerium. Zwischen den landsmannschaftlichen Sprechern der VOL und des BvD hatte sich seit 1951 ein Berg von persönlichen Feindseligkeiten aufgetürmt, der nur schwerlich abzubauen war. Es ist nicht überspitzt, wenn man behauptet, daß ein Grad gegenseitiger Abneigungen bestand, der eine Vereinigung beider Gruppen nur zuließ, wenn eine Seite erhebliche Opfer erbringen würde. Da sich beide Gruppen in vollem Recht wähnten, bedurfte es schon außerordentlichen diplomatischen Geschicks, die Einigung doch noch herbeizuführen. Die Akteure im Bundesvertriebenenministerium mußten nun abwägen, welche der beiden Gruppen die größten Nachteile aus einer Berufung Kathers zu erwarten hatte; danach bemaß sich der Anteil der Konzessionsbereitschaft.

Aus diesen Überlegungen ergab sich, daß die Landsmannschaften der VOL von Kather die größten Schwierigkeiten zu erwarten hatten. Eine finanzielle Unterstützung der VOL durch die neue Führung des Ministeriums wäre äußerst fraglich geworden, zur Erhaltung der Organisation blieb nur noch die Alternative des Eintritts in den BvD zu dessen Bedingungen. Den VOL wurde diese Zukunft in plastischen Farben ausgemalt. An der Bereitschaft zu weitgehenden Zugeständnissen seitens der VOL konnte nun nicht

mehr gezweifelt werden. Es begannen die schwierigen Vorverhandlungen zur Bildung eines neuen landsmannschaftlichen Verbandes; im Sommer 1952 bestand der BvD nur noch auf dem Papier. Die landsmannschaftlichen Gruppen waren von der Notwendigkeit eines neuerlichen Zusammengehens überzeugt worden. Hilfreich für die Einigung war der Zeitdruck. Hätte dieser Zwang nicht bestanden, wäre zu befürchten gewesen, daß die alten Spannungen erneut aufgebrochen wären.

4.2 Gründung des VdL

4.2.1 Vorverhandlungen

Bis zum 19. Juli 1952, dem ersten Tag der Parlamentsferien, hoffte Kather noch auf ein Zeichen des Kanzlers, doch Adenauer empfing ihn erst am 21. Juli zu einer Unterredung, an der auch Globke teilnahm.[181] Der Kanzler, der an seine Zusage vom 26. Juni nicht mehr gern erinnert werden wollte, hielt Kather hin, wollte aber vermeiden, daß der BvD-Vorsitzende öffentlich auf das Ministeramt verzichtet.[182]

Zu diesem Zeitpunkt mußte Kather von den Vorbereitungen im Bundesvertriebenenministerium schon gewußt haben, denn am 25. Juli teilte er Adenauer folgendes mit:
"Wie mir von zwei Seiten übereinstimmend mitgeteilt wurde, hat am Dienstag im Anschluß an Ihre Unterredung mit Herrn Dr. Lukaschek im Ministerium ein Kriegsrat im engeren Kreis stattgefunden. Der Kampf wird jetzt nicht mehr geführt werden unter der Devise pro Lukaschek - dieser Kampf wird aufgegeben - sondern nur noch unter dem Motto: keinesfalls Dr. Kather! Zu diesem Zweck soll zunächst versucht werden, den BvD zu spalten. Man wird den beiden großen Landsmannschaften das Angebot eines neuen landsmannschaftlichen Zusammenschlusses machen unter Führung von Dr. Lodgman und unter Ausschaltung von Herrn Axel de Vries."[183]

181) Vgl. Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, München Wien 1964 (Bd. 1), S. 244
182) ders., daselbst, S. 246
183) ders., daselbst, S. 246

Zu diesem Zeitpunkt waren nur wenige Vertriebenenpolitiker so eingehend informiert wie Dr. Kather.

Lodgman erhielt von diesen Aktivitäten erst Anfang August Kenntnis, er aber war für das Vertriebenenministerium der schwierigste Partner, da er sich mit der Politik des BvD bis dahin identifiziert hatte. Das Angebot an ihn mußte dementsprechend reichhaltig ausfallen, damit sich die Abkehr vom BvD auch auszahlte.

Um Lodgman zu überzeugen, wurden besondere Vorarbeiten geleistet. Albert Karl Simon und Dr. Hilf übernahmen es, Lodgman auf den Coup gegen Kather vorzubereiten. Der Sprecher der SL, der sich zu diesem Zeitpunkt noch auf einem Erholungsurlaub in Bregenz befand, erhielt von Simon einen äußerst pathetischen Brief, in dem er die Perspektiven für einen landsmannschaftlichen Verband verdeutlichte:

"Die Landsmannschaften senden mich als Vermittler zu Ihnen. Es ist ihr Wunsch, daß Sie sich an die Spitze der Landsmannschaften und damit der Vertriebenen stellen. Ich komme wie vor Jahrhunderten der Gesandte der Kurfürsten zu dem Grafen Rudolf von Habsburg mit der Bitte, die deutsche Königskrone anzunehmen, damit die 'kaiserlose, schreckliche Zeit' ein Ende finde. Meine Botschaft ist an Rudolf Lodgman von Auen gerichtet, um dem Durcheinander, das unter den Vertriebenen herrscht, ein Ende zu setzen. An der Spitze der Landsmannschaften werden Sie Präsident des größeren Deutschland.

Wenn Sie das Angebot annehmen, sind Sie sofort ein entscheidender Machtfaktor in der westdeutschen Innenpolitik geworden. In welchem Maße sich das für die sudetendeutsche Außenpolitik auswirken wird, brauche ich Ihnen nicht zu schreiben. Da Sie in dieser Stellung weder Regierungsmitglied noch Beamter sind, werden Sie zum Sprecher Gesamtdeutschlands und werden entscheidenden Einfluß gewinnen oder machtmäßigen Druck auf den Bundeskanzler und die ganze Regierung ausüben können."[184]

184) Brief Albert Karl Simons an Lodgman vom 7. 8. 1952 (Abschrift); Lodgman-Nachlaß

Mit dem Hinweis, daß neben Seebohm, Kaiser, Lukaschek, Schäffer selbst der Bundespräsident "schon heute Verbündete" wären und dem Aufruf an Lodgman, daß ihn "der Herrgott bis jetzt so gesund erhalten hat, damit Sie diesen Auftrag der Geschichte erfüllen können",[185] hoffte Simon, Eindruck auf Lodgman zu machen. Wie überzogen die Vorstellungen Simons waren, dokumentiert der Schlußsatz seines Briefes: "In der Zeit Deutschlands tiefster Erniedrigung können Sie Wegbereiter für ein kommendes, übernationales Reich sein."[186]

Lodgman, der durch diesen Brief überrascht wurde, fand Geschmack an dem Gedanken, sich an die Spitze der Landsmannschaften zu setzen. Die Zielerwartungen seines Mitarbeiters betrachtete er zwar weitaus nüchterner, doch es schmeichelte ihm auch, nun ein umworbener und entscheidender Partner für Lukaschek und indirekt auch für Adenauer geworden zu sein.
Die Bedeutung seiner Entscheidung wurde noch dadurch betont, daß sich der Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium, Dr. Schreiber, auf den Weg machte und Lodgman an der deutschen Grenze erwartete, um mit ihm die ersten Vorgespräche zu führen.[187]

Die Streitfragen zwischen den VOL und den BvD-Landsmannschaften wurden erörtert und nach Lösungen gesucht, dabei ging es um folgende Schwerpunkte:

a) Stellung von Axel de Vries im neuen Verband
b) Schlesier - Oberschlesier
c) Stimmengewichtung nach Größe der Landsmannschaften

Eine Zusammenarbeit mit dem federführenden Sprecher der VOL war für Lodgman nur schwerlich denkbar, denn de Vries war immerhin der äußere Anlaß für die Sprecher der Dissidentengruppe gewesen, um die VOL endgültig zu verlassen. Zwar vertrat de Vries auf dem Höhepunkt der VOL-Krise die Meinung der Mehrheit der Landsmann-

185) daselbst
186) daselbst
187) mündliche Mitteilung der ehemaligen Sekretärin Lodgmans, Ilse Dreiseitel, an den Verf.

schaften, da diese Auseinandersetzungen aber sehr emotional gefärbt waren und der sachliche Kern fast schon nicht mehr erkennbar war, meinte man, de Vries opfern zu müssen. Die exponierte Stellung, die er in den VOL inne hatte, sollte ihm im neuen Verband verwehrt werden. Der designierte Präsident des VdL wollte keine unkontrollierbare Geschäftsführung in Bonn arbeiten lassen, während er in München saß. De Vries hatte nach seiner Ansicht zu viele eigene Initiativen entwickelt und dadurch seine innerhalb der VOL gewonnene Position so gefestigt, daß er unentbehrlich schien. Lodgman wollte in der Bonner Zentrale nur einen ergebenen Zuarbeiter dulden, der sich seiner Abhängigkeit bewußt war. Man einigte sich schließlich auf den ehemaligen Gutsbesitzer von Doetinchem, der schon die VOL in Bonn vertreten hatte.

Unter dem Zwang der Ereignisse war man auch guter Hoffnung, daß sich die Divergenzen der LS und der LdO beseitigen ließen. Der LdO wurden die größten Opfer bei der Bildung des neuen Verbandes abgerungen.
In der Krise der VOL hatte die Mehrheit der Landsmannschaften zur LdO gehalten, damals konnte es sich die LdO noch leisten, Lodgmans Qualifikation anzugreifen. So wurde ihm damals vorgeworfen, daß er nur intrigiere und seine Anschauungen über das schlesisch-oberschlesische Problem nur verständlich seien, wenn man berücksichtige, daß er über mangelhafte geschichtliche Kenntnisse verfüge.[188] Jetzt - ein Jahr später - schickte die LdO an Lodgman, der durch diese Angriffe sich persönlich verletzt fühlte, eine Ergebenheitsadresse:
"Wir stehen nicht an, sehr verehrter Herr von Lodgman, Ihnen zu versichern, daß wir es begrüßen würden, wenn Sie die Teile des erwähnten Schreibens, die sich unmittelbar an Ihre Person richteten, als nicht gesagt ansehen würden. Wir bitten Sie, unser Bedauern über diesen Vorfall zur Kenntnis nehmen zu wollen."[189]

188) Vgl. Brief der LdO an Lodgman vom 13. 8. 1951; Lodgman-Nachlaß
189) Brief der LdO an Lodgman vom 4. 8. 1952;Lodgman-Nachlaß

Doch die schlesisch-oberschlesischen Differenzen waren tiefergehend. Es reichte noch nicht aus, sich bei Lodgman zu entschuldigen, wichtig war aber, sein Wohlwollen zu besitzen.
Um dieses Problem wenigstens für die Gründungsphase zu überdekken, mußte die LS in ihren Ansprüchen befriedigt werden. Der LS war zwischenzeitlich klar geworden, daß sie mit ihrer Maximalforderung, der Inkorporation der LdO, sich nicht mehr durchsetzen konnte. Die Suche nach einem modus vivendi wurde dadurch erleichtert, daß der erfahrene, aber sehr streitbare Dr. Rinke zur Zeit sein Sprecheramt nicht ausübte. Derzeitiger Sprecher war Dr. Hausdorff, der gegenüber einem Kompromiß aufgeschlossener war.
Es bedurfte aber dennoch größerer Anstrengungen, um einen Ausweg zu finden. Wie wichtig alle Beteiligten diese Angelegenheit nahmen, zeigt sich schon an der Tatsache, daß sich Lukaschek selbst einschaltete. Auf seine Einladung und unter seinem Vorsitz kam es am 11. August 1952 zu einem Spitzengespräch zwischen den landsmannschaftlichen Führungen der LS und LdO in Kempten. Da schon eine Woche später die Konstituierung des VdL erfolgen sollte, war man dem Zwang zum Erfolg ausgesetzt. Was vor einigen Wochen noch undenkbar war, gelang während dieser "konzertierten Aktion" in wenigen Stunden. Beide Seiten rangen sich zu der Ansicht durch, "daß bei den Verhandlungen in Kissingen am 18. August 52 über den Zusammenschluß zu einer Arbeitsgemeinschaft aller Landsmannschaften, Ober- und Niederschlesien einheitlich vertreten sein müssen. Bevollmächtigt hierfür wurde Herr Dr. Hausdorff".[190] Die Verhandelnden waren sogar übereingekommen, die Zusammenarbeit fortzusetzen und bildeten einen Ausschuß, der die Koordination in Zukunft vorbereiten sollte.

Die wesentlichsten Hindernisse waren aus dem Weg geräumt. Ein schwieriges Problem, das noch der Behandlung bedurfte, wurde auf den 18. August verschoben. Hierbei ging es um die Stimmengewichtung für die einzelnen Landsmannschaften, wobei schon vor

190) Protokoll der Besprechung zwischen der LS und LdO in Kempten (11. 8. 1952); Lodgman-Nachlaß

dem 18. abgeklärt war, daß das bisher geltende Prinzip, wonach jeder Landsmannschaft nur eine Stimme zustand, durchbrochen werden sollte.

4.2.2 Konstituierung

Auf der konstituierenden Sitzung des Verbandes der Landsmannschaften in Bad Kissingen herrschte eine entspannte Atmosphäre, die Kontrahenten von Gestern behandelten sich mit Umsicht und Takt. Unter diesen Umständen war ein Sachgespräch um die Verteilung der Macht im neuen Vorstand möglich. Kather hatte die Situation treffend charakterisiert, als er von der Devise sprach, daß man nun nur noch seine Ernennung zum Minister verhindern wollte. Die Sprecher beider Richtungen hatten sich zu diesem Zeitpunkt so weitgehend engagiert, daß der Rückzug auf frühere Positionen nicht mehr möglich war.

Der gewichtigste Diskussionsgegenstand war die Satzung des VdL. Während der Verhandlungen in Kissingen standen die Sprecher in dauernder Verbindung zum Vertriebenenministerium in Bonn. Lodgman, der bei seinen Vorstellungen über die Machtverteilung immer noch auf Widerstand stieß, deutete mehrmals an, daß er unter diesen Umständen ein Scheitern der Verhandlungen nicht verhindern würde. Das Bundesvertriebenenministerium, das durch Dr. Abendroth vertreten war, schaltete sich in diesen Momenten immer ein, um die Konzessionsbereitschaft der VOL-Landsmannschaften zu fördern.

Durch diese Taktik erreichte Lodgman die Einteilung der Landsmannschaften in vier ungleich starke Gruppen. Seither besteht die Unterscheidung zwischen der Nordostdeutschen, der Südostdeutschen, der Schlesischen und der Sudetendeutschen Gruppe.[191]

191) Diesen Gruppen gehörten folgende Landsmannschaften an:
I. Nordostdeutsche Gruppe: (1) Landsmannschaft Ostpreußen (2) Pommersche Landsmannschaft (3) Landsmannschaft Westpreußen (4) Deutsch-Baltische Landsmannschaft(5) Landsmannschaft Weichsel-Warthe (6) Landsmannschaft der Litauendeutschen (7) Bund der Danziger (8) Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg

Insgesamt verfügten die Landsmannschaften über 52 Stimmen, von denen die Nordostdeutsche 15, die Südostdeutsche 8, die Schlesische 16 und die Sudetendeutsche Gruppe 13 Stimmen erhielten.[192] Damit verfügten die schlesischen Landsmannschaften und die SL über die absolute Mehrheit im VdL. Lodgmans Zielvorstellungen war mit dieser Regelung weitestgehend entsprochen worden. Die anderen Landsmannschaften vertrösteten sich mit der Hoffnung, daß es nicht auf die formale Stärke innerhalb des VdL ankäme, sondern auf eine gutdurchdachte Politik, die dann trotz dieser Mehrheitsverhältnisse ihre Anhänger finden müßte.

Die SL hatte mit der Gründung des VdL und der Wahl Lodgmans zu dessen Präsidenten einen ganz entscheidenden Schritt tun können. Für sie standen nicht nur innerverbandliche Gesichtspunkte oder innenpolitische Probleme im Vordergrund. Bisher gab es zwischen den Landsmannschaften, die Landsleute des ehemaligen Deutschen Reiches vertraten und der SL noch erhebliche heimatpolitische Probleme und Differenzen. Die reichsdeutschen Landsmannschaften waren bis 1952 noch der festen Überzeugung, daß ein Friedensvertrag die Rückkehr in die Heimat ermöglichen werde. Die Mitvertretung der sudetendeutschen Interessen empfanden die reichsdeutschen Landsmannschaften - ohne dies natürlich offen auszusprechen - als Ballast. Sollte es wirklich zu territorialen Abmachungen kommen, bestand bei der SL begründeter Zweifel, daß sie auf die Solidarität der anderen Landsmannschaften hoffen

---

II. Südostdeutsche Gruppe: (9) Karpatendeutsche Landsmannschaft Slowakei (10) Landsmannschaft der Deutschen aus Jugoslawien (11) Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen (12) Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen (13) Landsmannschaft der Banater Schwaben aus Rumänien (14) Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn (15) Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland (16) Gemeinschaft der deutschen Umsiedler aus Bessarabien (17) Landsmannschaft der Dobrudschadeutschen
III. Schlesische Gruppe: (18) Landsmannschaft Schlesien (19) Landsmannschaft der Oberschlesier
IV. Sudetendeutsche Gruppe: (20) Sudetendeutsche Landsmannschaft

192) Vgl. Art. 6 Nr. 2 der Satzung des VdL; BdV-Archiv

durfte. Es wurde eher angenommen, daß man bereit sein würde, die eigenen Forderungen unter Preisgabe der sudetendeutschen Wünsche durchzusetzen. Deshalb versuchte die SL schon vor 1952 mit unterschiedlichem Erfolg, die anderen Landsmannschaften auf das vage "Recht auf Heimat" festzulegen. Die Wahl Lodgmans zum Vorsitzenden des VdL war nun auch äußeres Zeichen dafür, daß sich die übrigen Landsmannschaften den heimatpolitischen Vorstellungen der SL gebeugt hatten.

Während die innerverbandliche Machtverteilung abgeschlossen wurde, vergaßen die Sprecher nicht den Anlaß ihres Zusammentreffens. Zur Rettung Lukascheks mußte noch etwas unternommen werden. In den Archiven, die zur Verfügung standen, war nur ein Hinweis auf die eigentliche Ursache des Zusammentreffens in Bad Kissingen zu finden. Es handelt sich dabei um das Konzept eines Briefes an Adenauer, das von Lodgman verfaßt wurde. Da nicht zu ermitteln war, ob dieser Brief seinen Empfänger wirklich erreicht hat, muß diese Quelle mit der notwendigen Vorsicht betrachtet werden.
Bemerkenswert ist, daß Lodgman gegenüber Kather - mit dem er immerhin mehrere Monate zusammengearbeitet hatte - keine Schonung walten ließ. Die Angriffe gegen Kather stützen nachträglich die These, daß der Eintritt in den BvD für Lodgman ein reines Zweckbündnis war, das jederzeit von den Landsmannschaften ohne große Skrupel gelöst werden konnte.

In seiner Kritik benutzte Lodgman ähnliche Argumente wie 1950: "Ich habe schon immer den Standpunkt vertreten, daß es verhindert werden muß, die Vertriebenen als neuen Stand, als Klasse zu organisieren. Sie würden so ein Staat im Staate oder als radikaler Volkshaufen die Stabilität der Bundesrepublik stören. Dies kann nur verhindert werden, wenn sich die Heimatvertriebenen organisch in Landsmannschaften gruppieren und dann zu einem Dachverband zusammenschließen ... Der soziale Ausgleich ist keine Angelegenheit einer klassenkämpferischen Gruppe und die Lösung des Problems wird nicht von Einzelpersonen, sondern von der Ein-

stellung der Vertreter des gesamten Volkes abhängen."[193]

Dieser Angriff gegen den ZvD/BvD war in höchstem Maße unredlich, weil gerade in der Durchsetzung der Forderungen zum Lastenausgleich alle Vertriebenenverbände Kather unterstützten, er konnte nur dazu dienen, Kather in den Augen von Adenauer zu diskreditieren. Während Kather in Massenversammlungen sich den nötigen plebiszitären Rückhalt holte, taten die Landsmannschaften nun so, als ob sie damit überhaupt nichts zu tun hätten und sie allein die staatstragenden vertriebenenpolitischen Organisationen repräsentierten.

Auf die Lukaschek-Krise eingehend, setzte Lodgman sich eindeutig für den Bundesvertriebenenminister ein: "Ruhe und Ordnung in der Bundesrepublik ist unser aller Wunsch. Es muß deshalb mit Befremden festgestellt werden, daß in den letzten Wochen um den Stuhl des Vertriebenenministers ein Kampf entbrannt ist, der meiner Ansicht nach mehr um Personen als um die Sache geht."[194]

Er betonte, daß Lukaschek und Kaiser Vertrauen in den westlichen Ländern genießen und daß dieses Vertrauen notwendig ist, um eine größere finanzielle Unterstützung für die Vertriebenen vom westlichen Ausland zu erhalten. "Unter diesen Gesichtspunkten und in Anbetracht der bevorstehenden Neuwahlen für den Bundestag im Laufe des nächsten Jahres halte ich es für wünschenswert, wenn Sie, verehrter Herr Bundeskanzler, im Vertriebenenministerium keine Umbesetzung vornehmen. Ich würde es aber begrüßen, wenn Sie den Herrn Vertriebenenminister darauf hinweisen würden, daß er im Interesse der Regierung und der Vertriebenen alles tun muß, um das Programm der sozialen Gerechtigkeit endlich zu verwirklichen."[195]

Obwohl die Kritik an Lukaschek nicht ausblieb, stellte sich der VdL hinter den Minister und gab dem Kanzler somit eine Handhabe, um seine Zusage an Kather endgültig zurückzunehmen.

193) Briefkonzept des VdL-Präsidenten Lodgman an Adenauer, ohne Datum; Lodgman-Nachlaß
194) daselbst
195) daselbst

Der Bruch zum BvD war mit der Gründung des VdL und der Berichterstattung an Adenauer vollzogen, nach außen hin sollte aber der Anschein erhalten bleiben, daß der VdL weiterhin an einer Zusammenarbeit mit dem ZvD/BvD interessiert war. In einem Communique der vier Sprecher die bislang dem BvD angehörten, erklärten diese: "Von allen landsmannschaftlichen Sprechern wurde einmütig erklärt, daß sie im Interesse ihrer Landsleute eine gemeinsame Dachorganisation der Vertriebenen für erforderlich halten und daher, wie schon immer von ihnen betont worden ist, hierüber zu Verhandlungen mit dem ZvD bereit sind. Wenn diese Bereitwilligkeit auch auf ZvD-Seite vorhanden ist, so werden die 4 Landsmannschaften dafür eintreten, daß nunmehr mit sämtlichen Landsmannschaften über diese Angelegenheit verhandelt werde."[196]
Es kam in den folgenden Monaten daraufhin noch zu einigen fruchtlosen Begegnungen zwischen dem ZvD/BvD und dem VdL, der Wille zur Bildung einer Dachorganisation war - entgegen der gegenteiligen Beteuerungen - vorerst auf beiden Seiten nicht vorhanden.

Wie sehr die Gründung des VdL unter dem Zwang der Ereignisse des Jahres 1952 stand, wurde daran deutlich, daß wenige Wochen nach dessen Konstituierung der Streit zwischen der LS und der LdO sich in unverminderter Schärfe wieder entfachte und eigentlich bis zur jüngsten Gegenwart nicht völlig überwunden ist.

Der VdL war das Produkt der Intrige gegen Dr. Linus Kather. Heute läßt sich die These vertreten, daß die kurzfristige Zielsetzung der Akteure zwar erreicht wurde, die Stärkung der Vertriebenenverbände aber ausblieb. Linus Kather wurde vom Stuhl des Vertriebenenministers erfolgreich ferngehalten. Für Dr. Ottomar Schreiber zahlte sich das bewiesene Engagement nicht aus, denn er wurde wenige Monate später aus seinem Amt entlassen,[197] auch Lukaschek konnte sich nur bis zum Ende der Legislaturperiod halten. Längerfristig wurde sowohl die Einigung der Vertriebener

196) Vgl. Communique der 4 Sprecher im BvD, Bad Kissingen 18. 8. 1952; Lodgman-Nachlaß
197) Vgl. Gille, Alfred, Im Dschungel politischer Intrigen, in: Das Ostpreußenblatt, 4. Jg., Folge 18, 25. 6. 1953

bewegung durch diese Intrige vertan als auch die Bedeutung des Vertriebenenministeriums stark reduziert. Die organisierten Vertriebenen verloren 1952 die Chance, über das Vertriebenenministerium gestaltende Kraft auf die Politik des Kabinetts zu erlangen. Von Kather kann angenommen werden, daß er eine initiativenreiche Politik versucht hätte; zumindest wären von ihm Maßstäbe gesetzt wordon, die dem Vertriebenenministerium die Stellung eingeräumt hätte, die von den organisierten Vertriebenen vor und nach 1952 immer beansprucht wurde. Da die Verbände nicht bereit waren, einen kraftvollen Mann wie Kather für das Ministeramt zu protegieren, weil sie befürchteten in seine Abhängigkeit zu geraten, einigten sie sich auch in der Zukunft auf einen Kandidaten, der möglichst wenig verbandliche Angriffsflächen bot.

An diesem signifikanten Beispiel erweisen sich m.E. die Grenzen des Verbandseinflusses mit besonderer Deutlichkeit. Zwar wurden Vertriebenenminister nicht ohne die ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung der Vertriebenenverbände insbesondere der Landsmannschaften ernannt, mit diesem personellen Einfluß war aber ein gleichzeitiger Verzicht auf die Durchsetzung sachlicher politischer Alternativen verbunden. Wenn die Landsmannschaften in Zukunft über ihre schwindende Autorität im politischen Leben der Bundesrepublik klagen sollten, dann hatten sie dies nicht der Böswilligkeit dunkler Maächte zu verdanken, sondern ihrer eigenen Prioritätensetzung.

Die Vertriebenenverbände verloren durch ihren Drang nach personeller Mitbeteiligung in der Regierung die Unabhängigkeit, die ein Verband braucht, um im vorparlamentarischen Raum wirksame Arbeit zur Durchsetzung der eigenen Interessen leisten zu können.

5. Der Einfluß der Landsmannschaften auf die erste Regierung Adenauer

Während im bisherigen Verlauf der Untersuchung innerverbandliche Probleme im Vordergrund standen und die Außenbeziehungen nur insoweit Berücksichtigung fanden, wie sie zum Verständnis dieser Vorgänge notwendig waren, soll im folgenden Teil versucht werden, den Verbandseinfluß auf die Politik der ersten Regierung Adenauer zu analysieren. Der sozialpolitische Bereich wird von vornherein ausgeklammert, weil die umfangreiche Untersuchung von Fritz keiner Ergänzung mehr bedarf.

Manfred Max Wambach hat in seiner Studie über den Verbändestaat und Parteienoligopol[198] bereits den Versuch gemacht, den Verbandseinfluß zu untersuchen. Insoweit seine Aussagen sich auf den angegebenen Zeitraum beziehen, sollen sie auch im folgenden Berücksichtigung finden. Da Wambach eine zeitliche Abgrenzung nicht vornimmt, leidet seine Darstellung zum Teil an mangelnder Übersichtlichkeit; dies hat gewisse Auswirkungen auf seine generellen Aussagen.
Es erscheint m.E. sinnvoller zu sein, die konkreten heimatpolitischen Forderungen der Landsmannschaften in einem bestimmten Zeitraum zu untersuchen, um dann feststellen zu können, welche Wirkungen damit erzielt worden sind.

Der Einfluß der ostdeutschen Landsmannschaften - bezogen auf den Untersuchungszeitraum - wird heute noch sehr hoch eingeschätzt. Klaus von Beyme, der den Einfluß der Interessenverbände nicht überschätzt wissen will,[199] versucht gerade am

198) Vgl. Wambach, Manfred Max, Verbändestaat und Parteienoligopol - Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände, Stuttgart 1971 (künftig. zit. als: Wambach, M.M., Verbändestaat und Parteienoligopol, S.)
199) s. Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969, S. 107 ff.

Beispiel der Vertriebenenverbände nachzuweisen, daß sie in personellen Fragen gute Chancen hatten, ihre Forderungen durchzusetzen.[200] Er verweist auf die Lebenserinnerungen Felix von Eckardts, der zur Ernennung Theodor Oberländers zum Bundesvertriebenenminister Stellung nahm: "Für die Vertriebenen und Flüchtlinge war als Nachfolger von Dr. Lukaschek ein anderer Minister in das Kabinett eingezogen, nämlich Professor Oberländer. Als ich von seiner bevorstehenden Ernennung hörte, machte ich den Kanzler auf die Vergangenheit dieses Mannes während der Nazizeit aufmerksam und warnte vor den zu erwartenden Angriffen, denn ich kannte einen Teil des Materials, das die Zonenmachthaber bereithielten. Adenauer wußte selbst genug über Oberländer, meinte allerdings resignierend: 'Ich habe die Flüchtlingsverbände mehrmals gebeten, mir einen anderen Mann zu präsentieren, aber sie bestehen auf Oberländer!'"[201] Eckardt und auch Beyme, der Adenauers Entgegnung an Eckardt zitiert, erwecken damit den Eindruck, daß der Kanzler den personellen Forderungen der Vertriebenenverbände hilflos gegenüberstand.

Diese Einschätzung erscheint schon deshalb bemerkenswert, weil sie im Widerspruch zu den Tatsachen steht und sowohl Eckardt als auch indirekt Beyme auf eine Finte Adenauers hereingefallen sein müssen.

Die Berufung Oberländers fand zweifellos nicht unter dem Druck der Vertriebenenverbände statt. Wambach z.B. berichtet, daß nach den Bundestagswahlen von 1953 der ZvD/BvD noch einmal versuchte, "das Vertriebenenministerium mit einem seiner Aktivführer zu besetzen".[202]

Adenauer war keineswegs durch die Vertriebenenverbände in diese mißliche Situation gebracht worden. Vieles spricht dafür, daß er mit voller Berechnung Oberländer berief, denn die Bundestags-

200) ders.,daselbst, S. 110
201) Eckardt, Felix von, Ein unordentliches Leben (Lebenserinnerungen), Frankfurt/M.-Berlin-Wien o.J. (Ullstein-Taschenbuch), S. 176
202) Wambach, M.M., Verbändestaat und Parteienoligopol, S. 127

wahlen brachten der CDU/CSU die absolute Mehrheit der Mandate und konnten - wie Neumann feststellt[203]- als persönlicher Sieg des Kanzlers gewertet werden. "Dadurch hatte die Stellung des Kanzlers gegenüber potentiellen Koalitionspartnern, aber auch in der eigenen Partei, eine außerordentliche Stärkung erfahren, und die letzte Entscheidung über die Zusammensetzung der neuen Bundesregierung lag praktisch allein in seiner Hand."[20

Mit der Aufnahme Oberländers und Krafts in das Kabinett begann vielmehr die für den BHE so gefährliche Umarmungstaktik Adenauer: Die Bereitschaft des BHE mit der CDU/CSU zu koalieren, setzte den ersten Keim der Spaltung in die Partei Krafts.[205] Wie wenig die Berufung Oberländers den Kanzler beunruhigte, zeigt, daß "die Übernahme des Bundesvertriebenenministeriums durch einen BHE-Politiker so selbstverständlich (war), daß darüber von beiden Seiten überhaupt kein Wort verloren wurde".[206]
Aus den verfügbaren Quellen ist nicht ersichtlich, ob sich die Landsmannschaften besonders für Oberländer einsetzten.
Dieses Beispiel veranschaulicht, daß Einzelaussagen wie die Eckardts[207] nicht ausreichen können, um die Problemstellung schon zu erhellen. Eine unreflektierte Übernahme subjektiver Eindrücke verleitet zu fragwürdigen Schlußfolgerungen.

Um einer Beantwortung der Frage nach dem Einfluß der Landsmannschaften näher zu kommen, wurde aus der Kenntnis der innerverbandlichen Schwierigkeiten die Hypothese aufgestellt, daß diese Zwistigkeiten eine wirksame Vertretung der Verbandsinteressen - über den sozialpolitischen Rahmen hinaus - außerordentlich erschwerte, folglich auch eine gestaltende Mitwirkung unmöglich war.

203) Neumann, F., Der BHE, S. 97
204) ders., daselbst, S. 98
205) ders., daselbst, S. 104
206) ders., daselbst, S. 107
207) Um den genauen Sachverhalt noch einmal zu überprüfen, wandte sich der Verf. brieflich an Felix von Eckardt. Herr von Eckar war zeitlich so überlastet, daß ihm eine Stellungnahme nicht möglich war.

Da diese Hypothese nur von den innerverbandlichen Differenzen abgeleitet wurde, mußte versucht werden, noch andere Determinanten zu finden, um der Zweifelhaftigkeit eines monokausalen Erklärungsversuches auszuweichen.

Die Landsmannschaften waren nicht nur durch ihre Konkurrenz zum ZvD auch in heimatpolitischen Angelegenheiten behindert. In ihrer Beurteilung heimatpolitischer Fragen kam noch hinzu, daß eine zusätzliche Determinante in der Informationspolitik der Regierung selbst bestand. Im wesentlichen verfügten landsmannschaftliche Funktionäre über historische Erfahrungen im Umgang mit den östlichen Nachbarvölkern; da diese Erfahrungen durch die Ereignisse der Zwischenkriegs- und jüngsten Nachkriegszeit subjektiv gefärbt waren, konnte die Regierung nur in begrenztem Umfang von ihnen Gebrauch machen. Der Wert der Landsmannschaften als "Wissensträger" war somit fragwürdig; eine Veranlassung, die Landsmannschaften in den Meinungsbildungsprozeß der Regierung einzubeziehen, konnte demnach nur bedingt bestehen.

Andererseits entwickelte sich nach 1945 zwischen den europäischen Staaten eine Konfrontation besonderer Qualität. Nationalpolitische Differenzen verloren zunehmend an Bedeutung, an ihre Stelle trat der ideologische Kampf zwischen den westlich-demokratischen und den kommunistischen Systemvorstellungen.

Die besondere Schwierigkeit der deutschen Situation ergab sich daraus, daß m.m. nur der westliche Teil des ehemaligen Deutschen Reiches zu einer Entscheidung über den künftigen Weg fähig war. Eine Option für die Einheit bildete nach den Vorstellungen Adenauers den Verzicht, in einer freiheitlich demokratischen Ordnung zu leben. Um dieser Überzeugung in der westdeutschen Öffentlichkeit Gewicht zu verleihen, reichte das abschreckende Beispiel der sowjetischen Besatzungsherrschaft in Mitteldeutschland allein nicht aus, denn selbst in seiner eigenen Partei gab es Persönlichkeiten wie Kaiser und Lemmer, die an-

fangs einen dritten Weg noch für möglich hielten. Was Adenauer brauchte, waren Katalysatoren, die seine Politik der strikten Abgrenzung mitvollziehen wollten. Hierin lag nun eine der wichtigen Funktionen der Vertriebenenverbände im allgemeinen und der Landsmannschaften im besonderen.
Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß aus dieser Funktion noch kein wirklicher Einfluß erwachsen konnte, denn sie war in der Tat nur von untergeordneter Natur.

Dennoch wird die Rolle der Landsmannschaften in dieser Frage noch überschätzt. Der Referent für Heimatvertriebene und Flüchtlingsbetreuung beim Parteivorstand der SPD, Hans Stephan, ist folgender Ansicht: "Der Einfluß der Landsmannschaften, der Vertriebenen- und Flüchtlingsverbände, hat immer einen entscheidenden Einfluß auf die Außen- und Deutschlandpolitik der 1. Bundesregierung ausgeübt. Schon allein die Massenkundgebungen der Landsmannschaften zu den Bundestreffen, wo keine unter 150 000 Menschen war, übten einen suggestiven Einfluß aus."[208]

Diese Einschätzung geht von der irrigen Vorstellung aus, daß die Bundesregierung unter einen plebiszitären Druck gestellt wurde, dem sie sich gebeugt hat. Durch die Entscheidung der Vertriebenenverbände für Adenauers außenpolitischen Weg, waren sie nicht mehr imponderabel. Für den Kanzler hatten sie vielmehr einen instrumentalen Charakter bekommen, der sie kalkulierbar machte.

Der Einfluß der Interessenverbände auf Entscheidungen der Bundesregierungen während der Ära Adenauer ist in seinen Auswirkungen oft übertrieben dargestellt worden. Dazu trug ohne Zweifel Adenauers eigenes Verhalten bei, der durch direkte Verhandlungen mit Spitzenfunktionären, seine Richtlinienkompetenz sehr weit auszudehnen pflegte. Der Eindruck, daß es nur der direkten Intervention beim Kanzler bedürfe, um mißliebige Regierungsprojekte abzuwehren, führte schließlich zu der Frage, ob die Ver-

208) Brief von Hans Stephan vom 5. 10. 1973 an den Verf.

bände zur Nebenregierung geworden seien.[209]

Klaus von Beyme vertritt die Ansicht, daß "die Bedeutung direkter Kanzlergespräche für die Verbände jedoch häufig überschätzt worden (ist)",[210] weil die Zugeständnisse oft nicht eingehalten wurden. Wambach weist in diesem Zusammenhang auf das Institut der Kanzlerdelegation hin, dem er gewisse Wirkungen nicht abspricht: "Selbst dann, wenn die Zusagen des Kanzlers vage oder substanzlos waren, hatten sie für die Agitation der Verbände in der politischen Öffentlichkeit die Bedeutung von Berufungsmöglichkeiten oder von unterstellten Kanzlerdirektiven."[211]

In den heimatpolitischen Fragen aber, auf die sich die Landsmannschaften immer stärker konzentrierten, weil sie darin auch ein Mittel der Abgrenzung zum ZvD erblickten, mußten auch diese Instrumente versagen.
Zum Teil lag dies in der spezifischen Situation der Bundesrepublik in ihren Anfangsjahren begründet. Arnulf Baring leitet seine Untersuchung über die Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie nicht ohne Grund mit der ironischen Sentenz ein, daß im Anfang Adenauer war.[212] Wenn man auf die Schilderungen des ersten Bundeskanzlers selbst zurückgreift, kann man erkennen, welche Schwierigkeiten er anfangs hatte, sich bei den Hohen Kommissaren Respekt zu verschaffen.[213]
Aus dieser zunächst beklemmenden Situation verstand Adenauer das Beste zu machen. Den exklusiven Kontakt zu den Repräsentanten der westalliierten Siegermächte reservierte er für sich allein

209) Vgl. Eschenburg, Theodor, Nebenregierung durch Verbände? - Die Lehre aus dem Fall Berg, S. 226 ff., in: ders., Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik, Kritische Betrachtungen 1957 bis 1961, Bd. I, 2. überarb. Aufl., München 1967
210) Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969, S. 108
211) Wambach, M.M., Verbändestaat und Parteienoligopol, S. 119
212) Baring, Arnulf, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie - Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München und Wien 1969, S. 1 (Künftig zit. als: Baring, A., Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, S.)
213) Vgl. die Schilderung Adenauers bei der Übergabe des Besatzungsstatuts durch die Hohen Kommissare, in: Adenauer, Konrad,

und kam somit in eine Position, die Baring treffend umschreibt: "So fand sich Adenauer in einer dem Hohepriester der alten Juden vergleichbaren Rolle, der nicht nur zwischen Gott und den Menschen vermitteln und die Weisungen des Höchsten seinem Volke mitzuteilen hatte, sondern auch allein das Allerheiligste des Tempels betreten durfte."[214]

Zum anderen konnte Adenauer nicht daran gelegen sein, auch als ein offenerer Kontakt zu den Westalliierten möglich war, die interessierten Verbände in den Entscheidungsprozeß seiner Außenpolitik miteinzubeziehen. Baring neigt mit James Rosenau zu der Auffassung, daß Verbandsführungen auf die Alternativen beschränkt sind, Regierungsprojekten zuzustimmen oder sie abzulehnen, weil "im eigentlich außenpolitischen Bereich selbst die Spitzen der Verbände vom Strom allgemein außenpolitischer Informationen abgeschlossen und vom Zentrum der Entscheidung weit entfernt (sind). Ihnen fehlt damit die Gelegenheit wie die Kompetenz zu eigenständiger und umfassender außenpolitischer Meinungsbildung und Willensbetätigung."[215]
Diesem Dilemma konnten die Landsmannschaften nicht ausweichen.

Die landsmannschaftlichen Verbände hatten zwar durch ihren Hader mit dem ZvD dem Bundeskanzler einen nicht zu unterschätzenden Dienst geleistet. - Heinrich Windelen bestätigte dem Verfasser diesen Eindruck: "Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Spaltung der Vertriebenenverbände und vor allem ihr Kampf untereinander dazu beigetragen haben mag, daß Adenauer dadurch von einem innerpolitischen Druck befreit wurde."[216]
Die solcherart geschwächten Landsmannschaften, die nach der Spaltung nur den kleineren Teil der organisierten Vertriebenen repräsentierten, konnten in dieser Situation nicht darauf hoffen, von Adenauer umfassend informiert zu werden. Der Kanzler,

Erinnerungen 1945 - 1953, Frankfurt a.M. und Hamburg 1967 (Fischer-Taschenbuch), S. 223 f.
214) Baring, A., Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, S.1
215) ders., daselbst, S. 187
216) Brief Heinrich Windelens vom 14. 1. 1974 an den Verf.

der von den Landsmannschaften des öfteren als "Schiedsrichter" zwischen ihnen und dem ZvD angerufen wurde, war somit in einer angenehmen Lage, denn er konnte sicher sein, daß ihn die Landsmannschaften schonen würden. In dem Maße, wie sich der organisatorische Streit zwischen den Vertriebenenverbänden verschärfte und sich herausstellte, daß eine friedliche Regelung ihres Innenverhältnisses vorerst nicht möglich sein würde, glaubten sich die Landsmannschaften von dem Wohlwollen des Kanzlers abhängig. Die landsmannschaftliche Presse hütete sich deshalb vor Angriffen gegen Adenauer, während andere Mitglieder seines Kabinetts teilweise herbe Kritik einstecken mußten.

Eine Ablehnung der außenpolitischen Konzeption Adenauers verbot sich deshalb schon aus der innerverbandlichen Schwäche heraus. So waren die Landsmannschaften auf die gelegentlichen Treffen mit dem Kanzler angewiesen. Sie konnten ihren Mitgliedern damit wenigstens vortäuschen, daß sie ihrer Stimme Gehör verschafften.

Dabei muß festgehalten werden, daß sich auch die Landsmannschaften anfänglich schwer damit taten, Adenauer zu folgen. Die beabsichtigte Westintegration z.B. mußte im günstigten Fall die Rückwanderung in die östliche Heimat verzögern; es war aber auch nicht auszuschließen, daß damit eine Rückkehr auf unabsehbare Zeit unmöglich gemacht wurde. Vielmehr war die vorbehaltlose Zustimmung zu Adenauers Weg mit nicht unbeträchtlichen Unwägbarkeiten für die Durchsetzung der eigenen heimatpolitischen Interessen versehen.

Adenauer konnte nur auf die Gefolgschaft der Landsmannschaften rechnen, wenn er selbst durch Erfolge überzeugte. Immer dann, wenn die westlichen Siegermächte das Tempo der Normalisierung ihres Verhältnisses zur Bundesrepublik drosselten, tauchten bei den Landsmannschaften Forderungen nach einer unabhängigen Politik auf, die einen Weg zwischen Ost und West verfolgen sollte.

Den Landsmannschaften wurde bewußt, daß die Abgrenzung zum Osten auch eine Entfremdung der Menschen im geteilten Deutschland nach

sich ziehen mußte: "Die Wahrscheinlichkeit nimmt also ständig zu und wird immer mehr zur Gewißheit, daß diese Jugend, je länger die Separation dauert, uns desto sicherer verloren geht. Der Jugend aber gehört die Zukunft! Noch mehr zu bedenken jedoch bleibt, daß die Ausstrahlungen aus der Sowjetzone auf die Jugend in der Bundesrepublik doch nicht so harmlos sind, wie sie von Regierungsseite oft hingestellt werden."[217]

Die Ergebnisse der Adenauerschen Politik erschienen ihnen für diesen Preis zu vage: "Die Ruhrbehörde hat die Herabsetzung der deutschen Kohlenausfuhr-Quote abgelehnt und damit eine innerdeutsche Brennmaterial-Katastrophe im kommenden Winter mit allen Folgen bewußt in Kauf genommen. Und die Besatzungsmächte verlangen nach wie vor Besatzungskosten und "Verteidigungsbeiträge" in einer Höhe, daß sich daran die Bundesrepublik verbluten muß ... Diesseits wie jenseits des "Eisernen Vorhangs" weitet sich der Kreis derjenigen, die sich darüber klar geworden sind, weder "Erfüllungspolitik" im Rahmen des Möglichen, noch ehrlichste Freundschaft genügen, die Ansprüche des Auslandes zufriedenzustellen. Die Großen wie die Kleinen verlangen nicht viel weniger als blinden Gehorsam gegenüber ihren Forderungen."[218]

Diese Situationsanalyse führte schließlich zu der Forderung nach einer neuen Politik: "Noch glimmt zweifellos in den Herzen nicht nur der Alten sondern auch der Jungen ein Sehnsuchtsfunken, ähnlich dem vor hundert Jahren, als "Schwarz-Rot-Gold" zum Symbol der deutschen Einheit wurde. Noch allerdings nur! In wenigen Jahren kann und wird auch dieser Funke ausgelöscht sein. Deshalb gilt es, die Zeit zu nutzen. Ein vereintes Deutschland vermag Mittler zwischen Ost und West zu sein, woraus sich allerdings mehr oder minder die Notwendigkeit zu einer Synthese ergibt. Nicht in weltanschaulicher wohl aber in wirtschaftspoli-

217) Petzold, Curt, Ketzerische Heimatgedanken, in: Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 3. Jg., Nr. 24, 25. 8. 1951, S. 2
218) ders., daselbst

tischer und sozialer Hinsicht. Wird dieser Weg nicht beschritten, wie ihn auch der deutsche Gewerkschaftsbund propagiert, dürfte es in wenigen Jahren auch auf deutschem Boden nur ein kommunistisches und ein konträres Gebilde geben, welcher Zustand nicht nur ein Satellitendasein, sondern auch eine stete Bruderkriegsgefahr in sich schlösse. Wir werden klug tun, nicht das Heil vom Ausland - auch nicht von den Vereinten Nationen - zu erwarten, sondern allein von der Kraft, die in unserm Gesamtvolk wohnt."[219]

Obwohl diese Gedankengänge eine naive Einschätzung der wirklichen Möglichkeiten deutscher Außenpolitik offenbaren, lassen sie aber doch das Unbehagen landsmannschaftlicher Kreise, das die Politik Adenauers zeitweise ausgelöst hatte, erkennen. Dennoch brauchte die Regierung Adenauer solche Vorschläge nicht zu fürchten. Ihnen haftete nichts revolutionäres an, eher wurde damit klar, wie hilflos die Landsmannschaften bei der Beurteilung außenpolitischer Fragen waren. Dr. Rinke forderte in einem Zehn-Punkte-Programm zur Aktivierung der Ostpolitik z.B. nur äußerliche Veränderungen, so u.a., daß Schlesien Sitz und Stimme im Bundesrat erhalten sollte und die Landsmannschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt werden müßten - eine Forderung, die auch von der PLM vehement aber erfolglos vertreten wurde - , daß kommunistische Tarnorganisationen bekämpft und ostdeutsche Straßennamen in westdeutschen Städten verwendet werden und die Landsmannschaften Träger der Kulturpolitik sein sollten.[220]
Dieser Forderungskatalog läßt erkennen, daß die Landsmannschaften die eigentlichen Probleme deutscher Außenpolitik nicht klar analysieren konnten, ihnen fehlten die nötigen Instrumentarien und Informationen zur sicheren Lageeinschätzung. Deshalb bedurfte es auch nicht großer Anstrengungen des Kanzlers, um die Vertriebenenverbände auf seine Linie zu bringen. Auf Vertriebenen-

219) ders., daselbst
220) Vgl. Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 3. Jg., Nr. 27, 25. 9. 1951, S. 2

versammlungen warb Adenauer für seine Pläne. Vor allem versuchte er, das Interesse an einem deutschen Wehrbeitrag zu fördern. Um die Vertriebenen bemühte er sich aus den oben erwähnten Gründen mit besonderer Eindringlichkeit, ohne es zu versäumen, ihre Hoffnungen auf Rückkehr in die Heimat anzusprechen:
"Ich glaube, daß für uns Deutsche doch eine Wende eintreten wird. Ich glaube nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen berechtigt zu sein, anzunehmen, daß wir, daß die Bundesrepublik Deutschland als gleichberechtigter Partner in die neue Verteidigungsgemeinschaft in die atlantische Verteidigungsgemeinschaft eintreten wird. Ich glaube, meine Freunde, daß das gerade für Sie eine Frage ist von entscheidender Bedeutung ... Sie können davon überzeugt sein, daß bei den Verhandlungen, die ich mitmachen werde, nichts außer acht gelassen werde, was Ihnen so sehr am Herzen liegt: Die Rückgewinnung der Heimat."[221]

Mit derartigen Äußerungen des Kanzlers gaben sich die Landsmannschaften zufrieden, denn sie konnten und wollten ihnen entnehmen, daß für den deutschen Osten etwas getan wird und der Umweg über die EVG und die Westintegration notwendig ist, um den Weg in die Heimat freizumachen. Schließlich gaben sich die Landsmannschaften schon mit verbalen Bekundungen zufrieden: "Auch auf dem Gebiet der Heimatpolitik (ist) die Forderung auf Rückgabe unserer Heimatgebiete immer klarer und deutlicher von den verantwortlichen politischen Stellen Westdeutschlands herausgestellt worden, zuletzt noch im Zusammenhange mit den Gesprächen um die gesamtdeutschen Wahlen ... Außerhalb Deutschlands (ist) die Entwicklung vielleicht noch klarer sichtbar als in Deutschland selbst, denn einige Monate nach der Errichtung der Landsmannschaft Ostpreußen (hat) General Clay noch das Vertriebenenproblem als rein deutsches bezeichnet. Heute beschäftigen sich mit dem Vertriebenenproblem nicht nur die Regierung und das Parlament der Vereinigten Staaten, sondern praktisch alle bedeutenden

221) Vgl. Der Schlesier (Breslauer Nachrichten), 3. Jg., Nr. 33, 25. 11. 1951, S. 1 u. 2: "Dr. Adenauer vor den Vertriebenen"

internationalen Organisationen."[222]

Die Landsmannschaften konnten sich mithin nur auf Versicherungen der Bundesregierung, für den deutschen Osten alles zu tun, stützen. Diese öffentlich oder vertraulich gemachten Bekundungen betrachteten die Landsmannschaften als Garantie, daß in der Ostpolitik nichts hinter ihrem Rücken geschehen würde. Im Vertrauen auf die Wirksamkeit und Ernsthaftigkeit der Versprechungen Adenauers, wurden die Vertriebenenverbände in der Außenpolitik seine treuesten Anhänger.

Dies bedeutete aber auch für Adenauer, daß er sich vor unvorsichtigen Äußerungen hüten mußte. Als er nach der zweiten Bundestagswahl als vordringlichstes Ziel "die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten" herausstellte,[223] kam es zu kritischen Kommentierungen in der Auslandspresse, denen der Kanzler - eine von ihm gern geübte Praxis - mit einem Interview für eine amerikanische Nachrichtenagentur (AP) begegnete. Seine umstrittene Äußerung wollte er folgendermaßen verstanden wissen: "Das Problem der deutschen Ostgebiete darf niemals Anlaß zu einem Krieg zwischen Deutschland und Polen werden. Es muß Ziel der deutschen Politik sein, freundschaftliche Beziehungen zu einem freien Polen anzuknüpfen.. Mit der freien Regierung eines solchen Polen müßten wir gute Beziehungen unterhalten. Die deutschen Ostgebiete könnten dann möglicherweise als deutsch-polnisches Kondominium verwaltet oder den Vereinten Nationen unterstellt werden.[224]
Die Landsmannschaften reagierten auf Adenauers Kondominium-Plan außerordentlich kritisch, sie erblickten allein in der Erwägung solcher Gedanken den vollzogenen Landesverrat.[225]

222) "Drei Jahre Landsmannschaft Ostpreußen", in: Das Ostpreussenblatt, 2. Jg., Folge 20, 20. 10. 1951, S. 2
223) "Unser Ziel ist die Befreiung/Adenauer über die Wiedervereinigung", in: Das Ostpreußenblatt, 4. Jg., Folge 26, 15. 9. 1953 S. 2
224) "Möglicherweise ... ", Interview des Bundeskanzlers über die deutschen Ostgebiete, in: Das Ostpreußenblatt, 4. Jg., Folge 26, 15. 9. 1953, S. 2
225) "Was wir dazu sagen", in: Das Ostpreußenblatt, 4. Jg., Folge 27, 25. 9. 1953, S. 1 u. 2

Wenn man abschließend den Einfluß der Landsmannschaften auf die Außenpolitik der ersten Regierung Adenauer charakterisieren will, kann man folgende Feststellungen treffen:
In den Entscheidungsprozeß außenpolitischer Fragen wurden die Landsmannschaften nicht einbezogen, sie erhielten auch keinerlei Informationen, die ihnen möglicherweise einen Vorsprung vor anderen Interessenten gegeben hätten. Das exklusive Verhältnis zum Kanzler, das sie ihrer Mitgliedschaft glauben machen wollten, bestand nicht. Die Landsmannschaften waren - ebenso wie die parlamentarische Opposition oder die Massenmedien - auf Spekulationen über die Pläne Adenauers angewiesen.

Trotz anfänglicher Zweifel an der außenpolitischen Konzeption des Bundeskanzlers, schwenkten die Landsmannschaften bald voll auf seinen Kurs ein. Dies lag zum einen begründet in der Zuspitzung des Verhältnisses zum ZvD, dann hoffte man aber auch, daß das Bündnis mit dem Westen eine Wende im Osten herbeiführen würde. Diese Hoffnungen verbanden sich mit einer ausgeprägten irrationalen Komponente. Man wollte einfach nicht wahrhaben, daß die Vertreibung endgültig war. Deshalb klammerten sich die Landsmannschaften an jedes ermunternde Wort eines in- oder ausländischen Politikers. Je größer der zeitliche Abstand von der Vertreibung wurde, desto stärker war das Verlangen der Landsmannschaften nach solidarischer Unterstützung durch andere gesellschaftliche Gruppen.
Die Landsmannschaften drängten sich noch während der Amtszeit der ersten Regierung Adenauer in eine Rolle hinein, die sie dann noch bis in die jüngste Vergangenheit spielen wollten. Wenn sie nicht schon das außenpolitische Konzept des Bundeskanzlers beeinflussen konnten, wollten sie wenigstens seine eifrigsten Verfechter sein.

Die Landsmannschaften fühlten und fühlen sich als die berufenen Interpreten der Ost- und Deutschlandpolitik Adenauers. Abweichende Vorstellungen, die auf eine Annäherung zu den osteuro-

päischen Staaten auf der Grundlage des status quo zielten, wurden von ihnen heftig zurückgewiesen und in die Nähe des Verrats gebracht.
Mit der bedingungslosen Zustimmung zur Politik Adenauers gaben die Landsmannschaften jegliche Flexibilität auf. Da ihnen von Adenauer wenigstens verbal die Anerkennung ihrer Ansprüche auf die Heimat zugesichert wurde, erblickten sie in jedem Denkansatz zur Überwindung der starren Fronten eine Gefährdung ihrer heimatpolitischen Positionen. Die Landsmannschaften erkannten mit der Zeit sehr wohl, daß die Sowjetunion in ihrem Machtbereich keinen freiwilligen Rückzug vornehmen würde. Sie sahen auch, daß eine Politik der Annäherung dieses Faktum berücksichtigen müßte. Von einer solchen Politik befürchteten die Landsmannschaften aber eine Vernichtung ihrer bisherigen Basis, deshalb begaben sie sich zunehmend mehr in eine defensive und bewahrende Haltung. Die Landsmannschaften waren somit nur noch in der Lage, auf neue ostpolitische Aktivitäten zu reagieren, dies taten sie dann oftmals sehr gereizt und mit mangelndem Augenmaß. Dieser Weg versperrte den Landsmannschaften für die Zukunft die Chance, konstruktiv an der Neuorientierung der westdeutschen Deutschland- und Ostpolitik beteiligt zu werden.

Dokumentarischer Anhang

Quelle 1:

Betr.: Soziale Wohlfahrtsorganisation der Flüchtlinge in Dithmarschen 2/9

An: die Herren Landräte in Süder- und Norderdithmarschen 6. 6. 46.

Von: 520 HQ Mil Reg DITHMARSCHEN

---

1. Bezug: Schreiben von Norderdithmarschen 344/35 vom 23. 5. 46. mit einem Antrag von W. Hoffmann in B a r l t auf Genehmigung der "Sozialen Wohlfahrts-Organisation der deutschen Flüchtlinge in Dithmarschen".

2. Die Mil Reg kann die Genehmigung oder Bestätigung zur Bildung dieser Vereinigung nicht erteilen. Die Mil Reg ist der Ansicht, dass ein Flüchtling nur ein Flüchtling ist, solange er auf dem Wege der Unquartierung ist, danach ist er oder sie ein gewöhnliches Mitglied der Einwohnerschaft.

3. Sie wollen den Kreistag bei seiner nächsten Versammlung von dieser Regel in Kenntnis setzen und Sie müssen das betonen, was wir Ihnen dauernd gesagt haben, nämlich, dass Flüchtlinge behandelt werden MÜSSEN als ein Teil der eingesessenen Bevölkerung.

4. Norderdithmarschen soll W. Hoffmann die verbliebene Ausfertigung dieses Briefes übergeben, so dass er weiss, dass die Bildung seiner Vereinigung NICHT genehmigt worden ist.

(GEZ) Morgans, Lieut Col
Comd

Quelle 2:

Die Aufgaben des Hauptausschusses sind:

1. Die von jeder Bevormundung unabhängige Stimme der Vertriebenen und das Gewissen neben dem Hauptamt der staatlichen Flüchtlingsbetreuung der Landesregierung zu sein (Sitz des Hauptausschusses ist die Stadt der Landesregierung).
2. Der HA. ist keine Behörde, sondern schafft sich durch dynamische Persönlichkeitswirkung auf Regierung, Behörden, Parteien ohne Gesetz oder Rechtsstellung seine Kompetenz und Stellung selbst und sorgt für lebendige Berührung mit den Sorgen der Betreuten.
3. Für die Kosten des HA. muß unter Hinweis auf das Beispiel Bayern (nötigenfalls mit Nachdruck der Militärregierung) die Landesregierung eintreten, weshalb die Mitgliederzahl nicht vergrößert werden kann.
4. Hauptaufgabe ist für die Durchsetzung der Gleichberechtigung mit den Einheimischen auf allen Gebieten die Erarbeitung eines Rahmen-Vertriebenengesetzes und danach die Erkämpfung der entscheidenden Ausführungsverordnung und die Überwachung der Durchführung.
5. Der HA. vermeidet peinlichst die Übernahme von Aufgaben, die auch von anderen Stellen oder bestehenden berufsständischen oder politischen Vertretungen der Vertriebenen durchgeführt werden können. Er stellt sich die Aufgaben selbst und greift nur große Fragen auf (z.B. Beschäftigungsquoten für Vertriebene in den Berufsgruppen).
6. Der HA. stellt schon durch seine Existenz einen ständigen Antrieb für die Regierungen, Behörden und Organe der staatlichen Vertriebenenbetreuung wie auch für die Parteien dar und ein Gegengewicht gegen einseitige Einwirkungen der Einheimischen auf die Militärregierung.
7. Er setzt die anteilgerechte Vertretung der Ostvertriebenen in allen Wahlvorschlägen von Parteien, Berufsvertretungen und Ausschüssen aller Art durch.

8. Den Mitgliedern des HA. und der Geschäftsstelle stehen alle für ihre Arbeit notwendigen statistischen Unterlagen usw. der staatlichen Behörden zur Verfügung. Der HA. verkehrt direkt mit allen für die Vertriebenenbetreuung zuständigen staatlichen Organen.
9. Der HA. unterrichtet laufend durch Rundschreiben oder Mitteilungsblatt die Ostvertriebenen über die von ihnen zu unternehmenden Schritte und die Verhandlungsergebnisse. Die Arbeit etwa bestehender berufsständischer Vertriebenenvertretungen wird von ihm benutzt, bis nach Durchführung von Wahlen zu den Berufsvertretungen die Ostvertriebenen ihre Vertretung durchgesetzt haben.
10. Die Schaffung von Beiräten bei den Organen der staatlichen Vertriebenenbetreuung durch das Vertriebenengesetz beendet die Aufgaben des Hauptausschusses nicht.

Wesen und Aufgaben eines "Großen Rates" (Senat) der Ostdeutschen

1. Repräsentation der Ostdeutschen vor der Welt und vor Deutschland in Ermangelung einer Reichsregierung.
2. Abgabe von Erklärungen und Aufrufen im Namen der Vertriebenen.
3. Vorläufer eines Nationalrates der Ostdeutschen und Sudetendeutschen, für den Fall der Notwendigkeit.
4. Rückhalt für alle Unterhändler der Ostvertriebenen in den Gastländern und für die ostvertriebenen Vertreter in den Parteien.
5. Beratungsbereitschaft im Namen der Gesamtheit der Ostdeutschen auf ausländische Politiker und Staatsmänner bei ihren Besuchen.
6. Gegengewicht gegen die hemmenden Wirkungen von Landesregierungen und politischen Parteien auf die Ostarbeit durch außenpolitische Monopolforderungen.

---

in: 3. Arbeitsbesprechung des Hauptausschusses der Ostvertriebenen in Münster, 22. Juli 1947, S. 6 u. 7; Privatarchiv Spaeth-Meyken

Quelle 3:

Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen,
im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis,
im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker
haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebener nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.
2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.
3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet ihn im Geiste töten.
Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.
Solange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern

in neuen geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken. Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:

a) Gleiches Recht als Staatsbürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags.
b) Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.
c) Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes.
d) Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht.

Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.

Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.

Quelle 4:

Grundsätzliches Programm der "Deutschen Notgemeinschaft" (DNG)

Die "Deutsche Notgemeinschaft" (DNG) ist die politische Organisation des deutschen Volkes, die einen auf dem Grundsatze von Recht und Gerechtigkeit gegenüber dem Einzelmenschen und der Gesamtheit fussenden sozialen deutschen Volksstaat im Rahmen einer europäischen Staatenföderation anstrebt und sich zu diesem Zwecke folgendes grundsätzliches Programm setzt:

1. Die staatliche Ordnung muss auf Recht und Gerechtigkeit gegenüber der den Staat bildenden Menschen, ihren berechtigten Ansprüchen an das Leben, ihrem Fortkommen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Lebensforderungen beruhen, hat die Ursachen und Voraussetzungen jeder Klassenbildung und jedes Klassenkampfes zu beseitigen und muss zu einer wahren und sozialen Lebensordnung werden.
2. Der gesamte Staatsaufbau vom Reich bis zu den Gemeinden ist nach demokratischen Grundsätzen zu gestalten. Die Grundrechte sind zu gewährleisten.
3. Die völlige Unabhängigkeit der Rechtspflege ist zu garantieren. Der Richter soll lediglich durch das Gesetz gebunden sein.
4. Ein Staatsgerichtshof, besetzt mit unabhängigen und unabsetzbaren Richtern, hat darüber zu wachen, dass die demokratische Verfassung, die Grundrechte der Menschen, die Unabhängigkeit der Gerichte und die Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit gegenüber den Gliedern der Gemeinschaft und dieser selbst durch die Staatsgewalt im Gesetz- und Verordnungsweg nicht verletzt wird.
5. Die DNG fordert Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz und in der Tat.
6. Die DNG steht auf dem Boden der christlichen Weltanschauung. Sie fordert Schutz der Kirchen als sichersten Garanten für die Erhaltung und Entfaltung der europäisch-abendländischen Kultur.

7. Die DNG sieht in der Familie die erste und wichtigste Grundlage der Gemeinschaft. Sie verlangt die Sicherung und den Schutz dieses Lebensborns des Volkes.
8. Der Jugenderziehung und Jugendbildung hat der Staat sein Hauptaugenmerk zu schenken. Er hat dafür zu sorgen, dass jeder ohne Rücksicht auf seine Herkunft eine seinen Fähigkeiten entsprechende Aus- und Fortbildung erfährt.
9. Die DNG anerkennt das Privateigentum. Sind jedoch unabdingbare Menschenrechte bedroht oder verlangt die soziale Gerechtigkeit einen Ausgleich, so hat die Sicherung dieser Rechte im Rahmen der unbedingten Notwendigkeit den Vorrang.
10. Die DNG fordert für alle Schichten des Deutschen Volkes Betätigungs- und Arbeitsbedingungen und für die Erzeugnisse und Leistungen einen Gegenwert, die zum bestmöglichen Einsatz und zur restlosen Entfaltung der Initiative anfeuern.
11. Für alle Werktätigen ist eine Sozialfürsorge zu schaffen, die bei Verlust der Arbeitsfähigkeit und im Alter den erforderlichen Unterhalt gewährleistet.
12. Die DNG fordert einen gerechten Lastenausgleich zu Gunsten aller durch den Krieg besonders betroffenen Personen. Für die Opfer des Krieges - Kriegsinvalide, Hinterbliebene nach Gefallenen oder Vermissten - ist von Staatswegen zu sorgen.
13. Die DNG fordert eine tragbare Bodenreform und eine durch die Verhältnisse bedingte Mietrechtsregelung zum Zwecke der Schaffung neuer Hofstellen, Gewinnung von Siedlungsland und restloser Ausnützung des vorhandenen Wohnraumes.
14. Die DNG strebt die Vereinigung der europäischen Staaten auf föderalistischer Grundlage in einem europäischen Staatenbund an.
15. Die DNG lehnt den Krieg als Mittel der Lösung politischer Fragen ab. Sie sieht im friedlichen Zusammenleben und in der gegenseitigen Achtung der Völker die einzige Garantie für die Erhaltung der Völker und ihrer Kulturen.

Quelle 5:

Tatgemeinschaft freier Deutscher

Programm

Unser politisches, gesellschaftliches, moralisches und wirtschaftliches Leben ist in seinen Grundlagen erschüttert. Eine wirksame Ordnung herzustellen, ist nur möglich,

wenn die Grundsätze der vom Christentum geformten abendländischen Kultur zur Tat werden,

wenn die Menschenwürde uneingeschränkt anerkannt und das Recht des einzelnen gegenüber jeder Obrigkeit geschützt wird,

wenn sich jeder Deutsche in allen seinen Handlungen von seiner Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft bestimmen lässt,

wenn das deutsche Volk als gleichwertiges Glied der europäischen Völkerfamilie für Frieden und Wohlfahrt mitarbeitet.

Die Bemühungen der bisherigen, von einer doktrinären Bürokratie geleiteten und in ihren Entschlüssen durch Fraktionszwang bestimmten Parteien, eine neue Ordnung zu schaffen, mußten erfolglos bleiben. Die Verantwortlichkeit für das öffentliche Leben darf lediglich unabhängigen Einzelpersönlichkeiten übertragen werden, die nur ihrem Gewissen und ihren Wählern Rechenschaft schuldig sind.

I. Wir fordern deshalb:

1. Zur Ueberwindung des Parteienmonopols volles Mitbestimmungsrecht berufsständischer Vertretungen bei der Gesetzgebung.
2. Das Verbot hauptamtlicher Tätigkeit in politischen Partei- oder Berufsvertretungen für die Abgeordneten aller Parlamente.
3. Abbau der Funktionen der Behörden, soweit sie nicht zur Aufrechterhaltung eines geordneten Gemeinschaftslebens

allein durch staatliche oder kommunale Organe wahrgenommen werden müssen, und Ueberleitung auf Organe berufsständischer Selbstverwaltung.

4. Unabhängige Berufsbeamte in Staats- und Kommunalverwaltungen, denen parteipolitische Betätigung und Zugehörigkeit untersagt sind.
5. Einen Richterstand, unbeeinflussbar durch wirtschaftliche oder parteipolitische Interessen.
6. Hochschulen, frei von weltanschaulichen und politischen Einflüssen.

II. Die sozialen Spannungen im deutschen Volk zu beseitigen, sehen wir als die entscheidende Aufgabe an. Hierfür soll ein wesentlicher Beitrag die Beteiligung des Arbeitnehmers in der Industrie am Betriebsertrag sein.

Als vordringlich fordern wir:

1. Gleichstellung der Vertriebenen, nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes, sondern auch in der praktischen Durchführung.
2. Gerechte Lösung des gesamten Kriegsschadenproblems unter Anerkennung eines Rechtsanspruches für die Geschädigten.
3. Schaffung ausreichender Lebensgrundlagen für alle durch den Krieg und seine Folgen vernichteten Existenzen.
4. Schärfste Drosselung der öffentlichen Ausgaben und stärkste Besteuerung des privaten Luxus zu Gunsten einer wirksamen Soforthilfe.
5. Unbedingten Vorrang des Wohnungsbaues vor Verwaltungsbauten.

III. Wir bekennen uns rückhaltlos zu den anerkannten Grundsätzen des Völker- und Menschlichkeitsrechts.

Wir fordern für ein ungeteiltes Deutschland das Recht der Selbstbestimmung und die Anwendung der Atlantik-Charta.

Wir erstreben die gleichberechtigte Zusammenarbeit aller freien demokratischen Völker im Dienste ihrer Wohlfahrt, die Einigung Europas und die Sicherung des Weltfriedens.

den 10. Juli 1949

gez. Georg Goebel gez. Gert Spindler gez. Paul Mertens

Es folgen weit über 10. 000 Unterschriften aus allen Schichten der Bevölkerung

---

Lodgman-Nachlaß

Quelle 6:

Die "Notgemeinschaft" spricht!

Wir rufen alle sich politisch entrechtet Fühlenden, wie Heimatvertriebenen, Besatzungs-, Flieger-, Kriegs- und Währungsgeschädigten, Sparer, Körpergeschädigten, Heimkehrer und alle, die zu unserem schwergeprüften Deutschen Vaterlande stehen

zum FLAMMENDEN PROTEST DES AKTIVEN WAHLBOYKOTTES auf.

DIE "NOTGEMEINSCHAFT" SPRICHT:

Wir fordern unsere Anhänger auf zur Wahlurne zu gehen, aber keiner Partei die Stimme zu geben, sondern den Stimmzettel nur mit der Aufschrift "ENTRECHTET" zu versehen.

DIE "NOTGEMEINSCHAFT" SPRICHT:

Wir haben vor mehr als einem Jahr mit Euren Vertretern diese Partei gegründet und bei der Mil.-Regierung zur Lizenzierung angemeldet.
Die Mil.-Regierung hat diese Lizenzierung nicht vorgenommen, trotz unseres demokratischen Programmes und trotz des klaren demokratischen Bekenntnisses unserer Anhänger.

DIE "NOTGEMEINSCHAFT" SPRICHT:

Damit ist Eure politische Vertretung, die die Interessen von fast 40% des deutschen Volkes zu wahren hat, politisch ausgeschaltet und Ihr als Wähler Eurer verfassungsmäßigen Rechte auf freie und uneingeschränkte Teilnahme an der Bundesratswahl rücksichtslos beraubt.

Die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag wird daher niemals von uns anerkannt werden, da sie durch Ausschaltung unserer Anhänger niemals den freien politischen Willen des deutschen Volkes aufzeigen kann.
Wir werden mit allen legalen Mitteln gegen die Ungesetz-

lichkeit dieser Wahl vorgehen und ihre Ungültigkeit erzwingen.

DIE "NOTGEMEINSCHAFT" SPRICHT:

Wir fordern unsere Anhänger dringendst auf, durch strengste Disziplin bei Durchführung des Boykottes dem ernsten Willen wirkungsvollen Ausdruck zu verleihen, der auf das Zustandekommen eines deutschen Bundestages auf Grund einwandfreier demokratischer Wahlen ausgerichtet ist.

Wir werden niemals einen Bundestag anerkennen können, der durch undemokratische Wahlmanöver gewählt worden ist.

DIE "NOTGEMEINSCHAFT" SPRICHT:

Das Verhalten der Mil.-Regierung bietet keine Sicherheit mehr dafür, daß sie überhaupt gewillt ist, die demokratischen Kräfte in Deutschland zu fördern.

DIE "NOTGEMEINSCHAFT" SPRICHT:

Wir bekennen uns zu einem Deutschland, in dem Deutsche nur leben können, wenn es von deutschen Demokraten und nicht von Ausländern regiert wird.

DARUM:

DEIN BOYKOTT DIENT DEUTSCHLAND
KEINE STIMME DER UN-DEMOKRATIE

Quelle 7:

Wahlaufruf der WAV und des Neubürgerbundes

HEIMATVERTRIEBENE!

Eine tiefe Bestürzung und Verbitterung hatte die Heimatvertriebenen dieses Landes ergriffen, als vor einigen Wochen die Besatzungsmacht mit einem Federstrich die Flüchtlingswahlkreise verbot. Es sah so aus, als wolle man den Zustand verewigen, daß die Ausgewiesenen als Menschen zweiter Klasse vor der Tür des Bayerischen Hauses stehen. Es sah so aus, als böte sich den Heimatvertriebenen keine Chance mehr, ihrer Millionenzahl entsprechend im deutschen Bundestag vertreten zu sein, als würde sich das

BESCHÄMENDE BEISPIEL

des Bayerischen Landtages wiederholen, in dem unter 180 Abgeordneten 4 (!) Flüchtlinge das soziale Gewicht von zwei Millionen Ausgewiesenen repräsentieren. Die Aussicht, über die Weimarer Parteien eine gerechte parlamentarische Vertretung im ersten deutschen Bundestag zu erreichen, war nicht gegeben. Nur ein Ignorant kann meinen, daß die Flüchtlinge bedenkenlos ihre Stimme den alten Parteien geben, die sie in den vergangenen Jahren mit leeren Redensarten abgespeist und

AUFS TIEFSTE ENTTÄUSCHT

haben. Die weitaus größte Zahl der Ausgewiesenen sah sich vor die Frage gestellt, entweder der Wahl fernzubleiben und so ihr Mißtrauen gegenüber diesen Parteien zu demonstrieren, oder aber sich als letztes Mittel und als Protest gegen die menschenunwürdigen Zustände in ihren Lebensbedingungen dem Kommunismus in die Arme zu werfen. Dieses Spiel mit dem Feuer würde in ein unabsehbares Chaos führen und in Blut und Tränen ersticken. Dieser Entwicklung konnte der Neubürgerbund als die stärkste Organisation der Heimatvertriebenen in Restdeutschland nicht tatenlos zusehen. Das hoffnungslose Elend, in dem wir Ausgewiesenen zu ersticken drohen, braucht Männer im deutschen Bundestag, die sich aus tiefer Verpflichtung und nicht als Parteifunktionäre für die Besserung unserer Notlage einsetzen. Das sich wieder aus dem Staube erhebende

deutsche Vaterland muß aus seiner Erstarrung herausgerissen und zu einer rücksichtslosen Hilfsaktion für uns aufgerüttelt werden, die wir als einzige den Krieg bezahlt haben mit dem Verlust unserer Habe und Existenz und mit dem Raub unserer Heimat. Nicht Speichellecker und Leisetreter, sondern aufrechte Männer, die sich in Jahren harter Arbeit um die Vertriebenen verdient gemacht haben, sollen Anwälte unserer Rechte sein. Weder ließ die Militärregierung eine Flüchtlingspartei zu, noch genehmigte sie den von uns zur Lizenzierung eingereichten

"BLOCK DER HEIMATVERTRIEBENEN".

Wir haben in letzter Minute gehandelt. Die alten Parteien forderten von uns die Parteimitgliedschaft und wollten uns mit einem lächerlichen Anteil auf der Kandidatenliste abspeisen. Sie waren auch nicht bereit, unsere Forderungen vollinhaltlich anzuerkennen. Wir Heimatvertriebenen aber sind mißtrauisch geworden gegenüber den Sirenenklängen der alten Parteien, die uns

ALS STIMMVIEH MISSBRAUCHEN

aber uns die primitivsten Menschenrechte vorenthalten wollen. Wir haben kein Verständnis für weltanschauliche Streitigkeiten oder Parteigezänk. Lediglich die WAV, vertreten durch den vielbelästerten Alfred Loritz, schloß mit uns ein großzügiges Abkommen, ohne uns zu Parteiknechten abzustempeln. Wir wurden als Gleichberechtigte anerkannt und erhielten den uns gebührenden Anteil an der Kandidatenliste. Alfred Loritz erkannte unsere Forderungen nach einem gerechten Lastenausgleich, nach Verwirklichung der Boden- und Siedlungsreform, nach Flüchtlingskrediten und Regelung der Pensions- und Rentenfrage, nach Erhöhung der Fürsorgesätze, nach Einstellung von Flüchtlingen im öffentlichen Dienst usw. schriftlich an. In der WAV wollen wir als sozial Entrechtete gemeinsam kämpfen mit den Habenichtsen der einheimischen Bevölkerung, mit jenen Millionen, die ähnlich uns in den drückenden Verhältnissen der Armut leben. Wir wollen kämpfen für ein sozial gerechtes, anständiges und sauberes Deutschland. Rücksichtslos werden wir sein gegen Währungsgewinnler und Schie-

ber, gegen Stammesegoisten und politische Ehrgeizlinge. Die sudetendeutsche, die schlesische, die ostpreußische und die südostdeutsche Volksgruppe haben sich unter Zurückstellung aller Sonderinteressen in einem feierlichen Vertrag geeinigt, die Liste der WAV zu wählen.

ES GIBT KEINEN ANDEREN WEG

das soziale Gewicht der zwei Millionen Vertriebenen in Bayern durch ihre Repräsentanten im ersten deutschen Bundestag zum Ausdruck zu bringen. Unser Programm ist kurz: mit kühlem Verstand eintreten für die Behebung der furchtbaren materiellen und seelischen Not unserer Schicksalsgefährten, und mit heissen Herzen die Welt aufzufordern, uns die gegen alles göttliche und menschliche Recht geraubte Heimat wiederzugeben. Dafür wollen wir ehrlich und treu eintreten. So wahr uns Gott helfe!

N E U B Ü R G E R B U N D
Günter Goetzendorff
Landesvorsitzender

WILLST DU WIEDER STIMMVIEH SEIN?

Bisher hat man uns belogen und betrogen, wenn es um unsere Stimmen ging.

MÄNNER DES VERTRAUENS

,in der größten Vertriebenen Organisation des Neubürgerbundes und den Verbänden der Volksgruppen, jahrelang als unerschrockene Anwälte unserer Forderungen erprobt, sollen

SPRECHER DER VERTRIEBENEN

im ersten deutschen Bundestag sein! Keine der alten Parteien hat uns ausreichende Plätze auf ihrer Liste gesichert oder eine entsprechende Anzahl Heimatvertriebener nominiert.

NUR DIE WAV

hat uns als Gleichberechtigte anerkannt. Keine Stimme darf verloren gehen! Zaudert nicht, handelt! Laßt Euch durch lügnerische Verdrehungen nicht beeinflussen. Schaut Euch die Männer an!

Wer die wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung wählt, gibt seine Stimme einem h e i m a t v e r t r i e b e n e n S c h i c k s a l s g e f ä h r t e n.

WÄHLT ALLE WAV

Verantwortlich: Neubürgerbund, Landesleitung Passau

Lodgman-Nachlaß

Quelle 8:

Göttinger Beschlüsse

1) Die Arbeit an der Lösung der Frage der Heimatvertriebenen erfordert Geschlossenheit und Einigkeit; die Arbeit ist durch Organisationen zu leisten, die der Verschiedenartigkeit der Aufgabe Rechnung tragen. Man war sich darüber einig, dass grundsätzlich dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen und seinen Landesverbänden die sozial- und wirtschaftspolitischen, den Landsmannschaften die heimatpolitischen und kulturellen Aufgaben zukommen.

2) Die Beteiligten legen ihre gemeinsamen Forderungen und Ziele in einer Magna Charta der Heimatvertriebenen fest. Die organisatorischen Massnahmen zur Durchführung dieses Vorhabens sind eingeleitet.

3) Die Beteiligten bekannten sich zu dem Grundsatz, alles zu tun, um auch in Zukunft eine einheitliche Willensbildung herbeizuführen und sicherzustellen.

4) Hinsichtlich der Organisationsform soll von einem Zwang zu einer uniformen Regelung abgesehen und auf das gesund gewachsene Rücksicht genommen werden. Man war sich im Grundsatz darüber einig, dass Formen zu finden sind, nach denen die Vertriebenen als Einzelpersonen oder als Korporation landsmannschaftliche Gruppen dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen angehören und der Vertriebene nur an einer Stelle beitragspflichtig ist.

---

aus: Sonderdienst des hvp (Göttingen) v. 21. 11. 1949

Quelle 9:

Richtlinien: "Tag der Heimat"

Am Sonntag, den 9. 10. 1949 wird von allen aus ihrer Heimat vertriebenen Deutschen im Bundesgebiet und in Westberlin ein

"Tag der Heimat"

veranstaltet.

An dem Tage soll in würdiger Form der Heimat gedacht werden, die kulturellen Werte betont werden, die von uns Heimatvertriebenen als unverlierbares Gut mitgebracht worden sind und ohne einen Gegensatz zu den Einheimischen zu schaffen soll unsere selbstbewußte Eigenständigkeit zum Ausdruck kommen.

1. Ort:
Die Veranstaltung wird in ähnlicher Form selbständig in möglichst vielen Gemeinden durchgeführt. Kirchorte werden zweckmässiger Weise bevorzugt.
2. Zeitpunkt:
Die Veranstaltung soll möglichst im Anschluß an den örtlichen Gottesdienst durchgeführt werden.
3. Veranstalter:
Die Durchführung des "Tages der Heimat" übernimmt die örtliche Vereinigung der Heimatvertriebenen. Bestehen mehrere Vereinigungen nebeneinander, müßte ein gemeinschaftliches Handeln unter Leitung der zahlenmäßig oder organisatorisch stärksten Vereinigung angestrebt werden.
4. Vorbereitungen und Durchführung:
   a) Behörden:
   Erwirkung evtl. erforderlicher Genehmigungen. Einladung der Leiter staatlicher und kommunaler Behörden und Dienststellen sowie evtl. ortsansässiger Vertreter der Besatzungsmächte.
   b) Presse:
   Rechtzeitige Ankündigung der Veranstaltung und Mitteilung des Programms an die Redaktionen der örtlichen Zeitungen. Einladung der Redaktionen zur Berichterstattung.

Hinweis, daß nähere Einzelheiten durch den "Pressedienst der Heimatvertriebenen" (hdp) Göttingen, Bürgerstr. 32, zu erfahren sind.

c) Werbung:

Anfertigung von Plakaten und Schaufensteraushängen evtl. Transparenten. Vereinbarung mit den örtlichen Lichtspieltheatern über Aufnahme von Diapositiven in die Kinoreklame. Lautsprecherwerbung.

Für den 9. 10. 49 wird von der Post ein besonderer Stempel "Tag der Heimat" in Orten mit eigenem Postamt verwandt werden. Die Veranstalter in solchen Orten werden gebeten, bis spätestens 25. 9. 49 den Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Landsmannschaften, Herrn Hoffmann, (16) Twiste bei Arolsen, über Durchführung der Veranstaltung zu unterrichten, damit von dort aus, der mit der Post getroffenen allgemeinen Abrede entsprechend, der Poststempel für die einzelnen Ortschaften rechtzeitig beantragt werden kann.

d) Gottesdienste:

Durch Vereinbarung mit den örtlichen Geistlichen wäre anzustreben, daß diese im Gottesdienst des "Tages der Heimat" gedenken.

Für evgl. Gottesdienste kann vielleicht erreicht werden, daß die heimische Liturgie verwandt wird, die der Mehrzahl der am Ort ansässigen Vertriebenen vertraut ist.

e) Kundgebung selbst:

Zweckmäßiger Weise im Freien, dazu rechtzeitige Vereinbarung über geeignetes Gelände und ersatzweise Räumlichkeiten, ggf. Errichtung einer Lautsprecheranlage:

1) Musikalische Umrahmung durch heimatliche Volkslieder und Musikstücke.
2) Kurzes Gedicht oder Sinnspruch (z.B. "Gebet der Heimatlosen" von Otfried Graf Finckenstein (Anlage 1))
3) Ansprache. Für diese ist, nur als Richtlinie und Vorschla gedacht, in der Anlage ein Entwurf beigefügt (Anlage 2)

4) Niederländisches Dankgebet oder gemeinsames Heimatlied. Zweckmäßiger Weise wird der Text in genügender Menge verteilt.

f) Abendliche Veranstaltungen:

Die Planung abendlicher und geselliger Veranstaltungen muß dem örtlichen Veranstalter überlassen werden. Es wird nur gebeten, diese ggf. dem Ernst des Tages entsprechend würdig zu gestalten. Damit könnten Ausstellungen heimatvertriebener Künstler oder heimatlichen Gewerbefleißes verbunden werden. Zweckmäßig dürfte eine Ausstellung neuerer Literatur über den deutschen Osten sein.

g) Unkostenbeiträge:

Es wird gebeten Unkostenbeiträge nur zu erheben, soweit dies zur örtlichen Durchführung unvermeidlich ist.

h) Berichte:

Zur Auswertung der Veranstaltungen im Inland und gegenüber dem Ausland wird dringend gebeten, dem Göttinger Arbeitskreis, Göttingen, Bürger Str. 32, über folgende Punkte bis zum 14. 10. 49 zu berichten:

1) Veranstaltende Organisation und verantwortlicher Leiter der örtlichen Veranstaltung.
2) Art der durchgeführten Veranstaltungen.
3) Zahl der Teilnehmer.

i) Wir weisen darauf hin, daß der vom Göttinger Arbeitskreis wöchentlich im Auftrage der vereinigten Landsmannschaften und berufsständischen Organisationen herausgegebene

PRESSEDIENST DER HEIMATVERTRIEBENEN (hpd)

laufend Nachrichten - und Informationsmaterial enthält, das zur Unterrichtung der örtlichen Gruppen und zur Ausgestaltung ihrer Veranstaltungen dient. Der Dienst steht zur Information den örtlichen Gruppen für DM 4,-- zur Verfügung.

Anlage I

Gebet der Heimatlosen

Ja, darauf freuen wir uns Tag und Nacht:
einmal im Abendsonnenschein
am heimatlichen See zu stehen,
in dem die Kiefernstämme rot verglühn;
einmal den Schwänen nachzusehen,
die läutend durch den Frühling ziehen -
einmal in heißen Wellen zu versinken,
einmal den Duft des Thymians zu trinken,
die über reife Roggenfelder wandern -
einmal weitab von allen anderen
mit unserem Gott allein zu sein
in einer sternenklaren Winternacht!

Und darauf freuen wir uns auch
mit jener Freude, die sonst Kindern eigen,
wenn sie dem Weihnachtstag entgegenwachsen:
einmal nur Gleicher unter Gleichen sein
und nicht mehr Bettler unter Reichen sein,
einmal die Seele unverhüllt zu zeigen
und nichts hinunterwürgen, nichts verschweigen,
einmal ganz unbefangen lachen
nach unserer Art und unserem Brauch!
Einmal erwachen
und wissen: diesmal war es nicht ein Traum,
der uns narrte.
Der Tag ist da, der lang verharrte,
wir sind daheim! Um uns der weite Raum
des Ostens .... süße Seligkeit ....

Es stockt die Zeit -
das Herz setzt aus -
wir sind zuhaus!

Und darauf freuen wir uns noch viel mehr:
den Nacken, der sich beugte, hochzurecken,
den Kopf zu heben und die Brust zu strecken,
niemand zu bitten, keine Last zu sein!
Als freier Mensch zu leben und zu sorgen
für unser Land, das uns gebar.
Die toten Häuser aufzubauen
und sie zu schmücken wie gepflegte Frauen
und dann einmal - nach Tag und Jahr
an einem hellen Frühlingsmorgen
voll Stolz zu sagen: dies ist wieder mein!
Das wird die schönste Stunde unseres Lebens sein!
Herrgott, laß unsere Hoffnung nicht vergebens sein!

Otfried Graf Finckenstein

Anlage II

Richtlinien für Ansprachen am Tag der Heimat dem 9. 10. 1949

1) Den Tag der Heimat begehen Millionen Vertriebener in fast allen Kirchdörfern der Westzonen. So umschlingt uns alle ein unsichtbares Band.
   Diese machtvolle Kundgebung muß auch dem Ausland die Augen darüber öffnen, daß das Vertriebenenproblem eine Angelegenheit europäischen Ausmaßes ist.
2) Die Einmütigkeit des Gedenkens an die Heimat von Millionen zu der gleichen Stunde macht uns stark aus der Erinnerung für Gegenwart und Zukunft.
3) Aus der Vergangenheit bringen wir Vertriebenen die Verwurzelung in der Heimat mit, einem Boden, der heute noch deutsche Erde ist.
   Unsere in Generationen geschlagenen Wurzeln sind stark und

kraftvoll genug uns auch über noch solange Zeiten der Not und Trennung fest in der Heimat verankert zu wissen.

4) Unsere landsmannschaftliche Gliederung trägt der Tatsache Rechnung, daß Mundart, Sitten und Gebräuche in unserer Heimat den Zusammenhang gaben, der sich in unserer Lebensführung wiederspiegelt und die das Bindeglied zu uns selber in der Fremde und zu unserer engeren Heimat ist.
Am Tage der Heimat denken wir Alle gemeinsam an die verlorene Heimat auf der uns geraubten deutschen Erde und in fast allen Ost- und Südosteuropäischen Staaten.

5) Die Trennung von unserer Heimat ist uns Vertriebenen umso schmerzlicher, als wir in besonders inniger Weise mit ihrer Landschaft, mit ihrer Natur, mit unseren Seen und Bergen, unseren Wäldern und Feldern verbunden waren.
In dieser Verwurzelung spiegelte sich die tausendjährige Geschichte mit ihren tausendfältigen Schicksalsschlägen wieder, an denen unsere Vorfahren und letzten Endes wir selber Anteil hatten.

6) So haben wir es unser Leben lang als Pflicht und Aufgabe empfunden die ererbte Heimat unseren Kindern unversehrt, ja verbessert zu erhalten und zu überlassen und das ist von Generation zu Generation so gewesen.
Wenn heute ein grausames Schicksal uns hieran hindert, so tragen wir dieses Erbe in Gedanken bei uns und werden nicht lassen den Anspruch auf unsere Heimat durch uns und nach uns durch unsere Kinder zu erheben.

7) Aus dieser Verwurzelung und der inneren Verpflichtung unserer Heimat, unseren Vorfahren und unseren Kindern gegenüber ist der Anspruch auf unsere Heimat nicht eine territoriale Forderung, sondern ein Menschenrecht.

8) Die Verweigerung dieses Menschenrechtes aber ist unmöglich, in einer Welt, die die Sicherung des Friedens und der Ordnung in der Gewährung der Menschenrechte an möglichst alle

Menschen sieht.

9) Der Anspruch der Vertriebenen auf ihre Heimat ist nach allen Grundsätzen des Völkerrechtes und der Moral unanfechtbar und gut begründet, wie der Anspruch irgendeiner Gruppe der Menschheit irgendeines anderen Volkes auf die angestammte Heimat.

10) Wir Vertriebenen brauchen uns nicht nur auf die Vergangenheit zu stützen. Wir tragen in der Gegenwart sehr starke geistige und seelische Kräfte, die seit Jahrhunderten in uns hineingelegt worden sind und in uns fortleben. Sie sind der innere Halt für uns Alle, der uns befähigt das Schicksal, die Not und die Sorgen bis heute und auch noch ferner zu tragen.

11) Wir Vertriebene verfügen über wirtschaftliches Können und über Leistungen, die angesichts der europäischen Not nicht ungenutzt bleiben sollten.
Es muß erkannt werden, daß eine Gesundung Europas unserer Arbeitskraft und unserer Heimat bedarf, die heute als Wildnis ungenutzt daliegt.
Im Interesse der Entwicklung Europas zu einer Einheit ist es notwendig den Vertriebenen in ihrer angestammten Heimat die natürliche Grundlage ihrer wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten zu geben.

12) Fest verwurzelt in der Heimat, aus deren Vergangenheit die Vertriebenen die nie versiegenden Kräfte ziehen, ausgestattet mit geistigen und seelischen Kräften eigener Prägung, gereift zu großen Leistungen auf allen Gebieten schlagen die Vertriebenen die Brücke aus der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft.

13) Wir gedenken am heutigen Tage mit Millionen unserer Brüder und Schwestern in allen Zonen und in allen Landen unserer heiß geliebten Heimat und unserer Angehörigen in der Ferne. Wir wissen, daß Liebe und Treue zur Heimat uns selbstverständliche Pflicht ist.

Der Anspruch auf unsere angestammte Heimat ist uns unabdingbares Recht.
Mit starken, gläubigen Herzen werden wir auch weiterhin die Nöte und Sorgen der Gegenwart überwinden für eine bessere Zukunft, die nur in unserer Heimat liegen kann.

Lodgman-Nachlaß

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen

Archiv des Bundes der Vertriebenen, 53 Bonn, Corch-Fock-Str. 1

Pressearchiv des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen e.V., 1 Berlin 64, Stresemannstr. 90

Privatarchiv Spaeth-Meyken, 5431 Molsberg/Westerwald, Haus Meyken

Sudetendeutsches Archiv (Lodgman-Nachlaß), 8 München 22, Thierschstraße 11-17

Schriftwechsel des Verfassers mit

Prof. Dr. Alfred Domes, Geschäftsführer der Deutschen Stiftung für europäische Friedensfragen

Privatbüro Felix von Eckardts

Werner Guillaume, Geschäftsführer des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen e.V.

Dr. Kurt Georg Kiesinger

Karl August Knorr, Heimatauskunftsstellenleiter

Friedhelm Maier, Persönlicher Referent der Präsidentin des Deutschen Bundestages

Parteivorstand der SPD, Abt. Organisation - Referat Heimatvertriebene - Flüchtlingsbetreuung

Heinrich Windelen, Bundesvertriebenenminister a.D.

Tonbandinterviews

Otto Freiherr von Fircks, MdB

D. Gerhard Gülzow, Ostkirchenausschuß

Wilhelm Hoffmann, Bundesgeschäftsführer der Pommerschen Landsmannschaft

Karl August Knorr

Hermann Kreutzer, Ministerialdirektor im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

Franz Weiss, Heimatvertriebenes Landvolk

Gedächtnisprotokolle und Notizen von Gesprächen mit

Prof. Dr. Alfred Domes

Ilse Dreiseitel, ehemalige Sekretärin Lodgmans

Werner Guillaume

Dr. Rudolf Hilf, ehemaliger persönlicher Referent Lodgmans

Adolf Kunzmann, Geschäftsführer der Ackermann-Gemeinde

Joachim von Loesch, Bundeslandsmannschaften

Hans Schütz, Staatsminister a.D.

Albert Karl Simon, ehemaliger persönlicher Referent Lodgmans

Karl Simon, Bundesgeschäftsführer der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Desweiteren wurden folgende Presseorgane der Vertriebenenbewegung durchgesehen

Das Ostpreußenblatt	1950 - 1953
Pommernbrief	1949 - 1950
Der Schlesier (Breslauer Nachrichten)	1950 - 1953
Ostdeutsche Zeitung/Die Stimme der Vertriebenen	1950 - 1953

sowie verschiedene Organe der sudetendeutschen Volksgruppe

Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916 - 1967, hrsg. von Nittner, Ernst, im Auftrag der Ackermann-Gemeinde, überarbeitete und ergänzte Auflage der "Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1918 - 1959", München 1967

Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, o.O, o.J.

Habel, Fritz, Dokumentensammlung zur Sudetenfrage, 3. erw. Aufl. München 1962

HOK 25 Jahre kirchlicher Suchdienst, Ein Vierteljahrhundert gemeinsame Aufgabe der Caritas und Diakonie, o.O., o.J.

Neuhoff, Hans, Die Lastenausgleichsgesetze - Dokumente zur Entwicklung des Gedankens, der Gesetzgebung und der Durchführung - Bd. VI: Die Verwaltungsrechtsprechung, hrsg. vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1968

Die Landsmannschaften (Skizzenhaftes Arbeitsmaterial über Entstehung, Wesen und Aufgaben - Zeittafeln und graphisches Schema der Organisation), hrsg. vom Verband der Landsmannschaften, Bonn 1958 (hektographiert)

10 Jahre Landsmannschaft Oberschlesien, o.O., o.J.

Landsmannschaft Ostpreußen 1948 - 1963, hrsg. von der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Hamburg 1963

Zehn Jahre Pommersche Landsmannschaft 1948 - 1958, hrsg. von der Pommerschen Landsmannschaft, Hamburg 1958

20 Jahre Pommersche Landsmannschaft, hrsg. vom Pommerschen Zentralverband e.V., Hamburg 1968

20 Jahre Landsmannschaft Westpreußen 1949- 1969, hrsg. von der Landsmannschaft Westpreußen, Münster/Westfalen 1969

2. Literatur (zum Vertriebenenproblem)

Boehm, Max Hildebert, Gruppenbildung und Organisationswesen, in: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. I, Kiel 1959

Bohmann, Alfred, Menschen und Grenzen, 4 Bde., Köln ab 1969

Czaja, Herbert, Ausgleich mit Osteuropa, Versuch einer europäischen Friedensordnung, Stuttgart 1969

Der Weg zu Frieden und Einheit, 1. Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen am 22. März in Bonn, Entschließung und Reden, Leer (Ostfriesland) 1964

Die ostdeutschen Landsmannschaften - Vom landsmannschaftlichen Gedanken, hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis, Göttingen 1951

Fircks, Otto Freiherr von, Die politisch-historische Grundlage als Ausgangsbasis und belastungsfähigen und politischen Standort, in: Der geistige und politische Standort der Heimatvertriebenen, Referate des ersten Barsinghausener Gespräches vom 20. Februar bis 2. März 1958, hrsg. vom Arbeitskreis für Ostfragen, Hannover 1958

Gaida, Hans-Jürgen, Die offiziellen Organe der ostdeutschen Landsmannschaften, Berlin 1973

Kerde, Georg, Keimzellen des Neofaschismus "Der Witikobund", in: gestern und heute, München 1968

Milf, Rudolf, Die Presse der Sudetendeutschen nach 1945 und ihre Stellungnahme zum Schicksal der vertriebenen Volksgruppe (Diss.), München 1950

Jückel, Hartmut, Die Heimatvertriebenen und das Völkerrecht, in: Neue politische Literatur, Bericht über das internationale Schrifttum, Heft 8, 1960

Jaksch, Wenzel, Der geistige Standort der Heimatvertriebenen, in: Der geistige und politische Standort der Heimatvertriebenen, Referate des ersten Barsinghausener Gespräches vom 28. Februar bis 2. März 1958, hrsg. vom Arbeitskreis für Ostfragen, Hannover 1958

ders., Europas Weg nach Potsdam, Köln 1970²

Kather, Linus, Die Entmachtung der Vertriebenen, 2 Bde., Bd.I: Die entscheidenden Jahre, München Wien 1964, Bd.II: Die Jahre des Verfalls, München Wien 1965

Kindermann, Adolf, Religiöse Wandlungen und Probleme im katholischen Bereich, in: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. I, Kiel 1959

Krause, Martha, Der Flüchtlingsbeauftragte, in: Ein Leben ___ Drei Epochen, Festschrift für Hans Schütz zum 70. Geburtstag, Ackermann-Gemeinde, München 1971

Kurth, Karl O., Wesen und Bedeutung des landsmannschaftlichen Gedankens, in: Wesen und Bedeutung des landsmannschaftlichen Gedankens, hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis, München 1952

Lemberg, Eugen, Die Ausweisung als Schicksal und Aufgabe - Zur Soziologie der Ostvertriebenen, Gräfeling b. München 1949

ders. und Edding, Friedrich (Hrsg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland - Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben - , 3 Bde., Kiel 1959

ders., Umdenken in der Verbannung - Ein neues Verhältnis zu Ostmitteleuropa?, hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn/Wolfenbüttel 1957⁴

ders., Völker und Volksgruppen im Exil, Schriftenreihe der Ackermann-Gemeinde, Heft 5, München 1953

Bendl, Egon, Wandel der Kulturlandschaft, in: Lemberg, Eugen und Edding, Friedrich, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. I, Kiel 1959

Leukert, Edmund, Von der "Hilfsstelle für Flüchtlinge" zum "Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen" in Bayern, in: Ein Leben ___ Drei Epochen, Festschrift für Hans Schütz zum 70. Geburtstag, Ackermann-Gemeinde, München 1971

Lodgman von Auen, Rudolf, Reden und Aufsätze, München o.J.

Lukaschek, Hans, Die deutschen Heimatvertriebenen - Als zentrales deutsches Problem, Bonn Februar 1951

Meyer-Sevenich, Maria, Impressionen und Gedanken - Aus dem Alltag eines Vertriebenenministers - Gesamtdeutsche Fragen in ihrem Verhältnis zu Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und Einheimischen, Schriften zur deutschen Frage, Bd. 16, Leer (Ostfriesland) 1967

Müller, Georg und Simon, Heinz, Aufnahme und Unterbringung, in: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. I, Kiel 1959

Mehm, Peter Paul, Eingliederung und Heimatanspruch, in: Ostdeutsche Wissenschaft, Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrates, Bd.XI, hrsg.von Boehm, Max Hildebert und Savia, Balduin, München 1964

ders., Doch das Leben ging weiter - Skizzen zur Lage, Haltung und Leistung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Eingesessenen nach der Stunde Null, Köln und Bonn 1971

Nelhiebel, Kurt, Die Henleins von gestern und heute, Hintergründe und Ziele des Witiko-Bundes, Frankfurt am Main 1962

Neumann, Franz, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950 - 1960, Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei, Meisenheim am Glan 1968

Paul, Ernst, Was nicht in den Geschichtsbüchern steht, Ruhm und Tragik der sudetendeutschen Arbeiterbewegung, I. Teil: Im alten Österreich, München 1961, II. Teil: Schicksalhafte Jahre 1914-1938, München 1966

Rhode, Gotthold, Phasen und Formen der Massenzwangswanderung in Europa, in: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. I, Kiel 1959

Schoenberg, Hans W., Germans from the East, A Study of their Migration, Resettlement, and Subsequent Group History since 1945, The Hague 1970

Schreiber, Ottomar, Erbe und Aufgabe des deutschen Ostens - Reden und Aufsätze, hrsg. von Gause, Fritz, München 1955

Simon, Albert Karl, Rudolf Ritter Lodgman von Auen, in: Ein Leben ___ Drei Epochen, Festschrift für Hans Schütz zum 70. Geburtstag, Ackermann-Gemeinde, München 1971

Snejdarek, Antonin, Über die Anfänge des sudetendeutschen Revanchismus, in: Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart, Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Sonderband 4, Leipzig 1964

Spiegel-Schmidt, Friedrich, Religiöse Wandlungen und Probleme im evangelischen Bereich, in: Lemberg/Edding, Die Vertriebenen in Westdeutschland, Bd. I, Kiel 1959

Stika, Jan, Die heutige Taktik des westdeutschen Revanchismus (Übersetzung aus Nova mysl, 1962, 4), München 1962

Wambach, Manfred Max, Verbändestaat und Parteienoligopol - Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände, Stuttgart 1971

Ziemer, Gerhard, Deutscher Exodus - Vertreibung und Eingliederung von 15 Millionen Ostdeutschen, Stuttgart 1973

Zillich, Heinrich, Die Ostdeutschen als Schutzwall des Abendlandes, in: Heimat Deutschland und Europa, Vorträge gehalten auf dem Ersten Bundeskongreß der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL) in Frankfurt am Main am 1. Juli 1951, hrsg. von den VOL, Leer (Ostfriesland) o.J.

(allgemein)

Adenauer, Konrad, Erinnerungen, 4 Bde., Frankfurt am Main und Hamburg ab April 1967 (Taschenbuchausgabe der Fischer Bücherei)

Baring, Arnulf, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie - Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, München und Wien 1969

Behr, Wolfgang, Sozialdemokratie und Konservativismus - Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte und Nachkriegsentwicklung Bayerns, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, B. Historisch-politische Schriften, Hannover 1969

Besson, Waldemar, Die Außenpolitik der Bundesrepublik - Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970

Beyme, Klaus von, Interessengruppen in der Demokratie, München 1969

Bracher, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur, Köln und Berlin 1969

Breitling, Rupert, Die Verbände in der Bundesrepublik - Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise, Meisenheim am Glan 1955

Fetscher, Iring (Hrsg.), Rechtsradikalismus, Frankfurt am Main 1967²

Feuerlein, Ernst, Potsdam 1945 Ende und Anfang, Köln 1970

Gerhardt, Felix von, Ein unordentliches Leben (Lebenserinnerungen), Frankfurt am Main Berlin Wien o.J. (Ullstein-Taschenbuch)

Hättich, Thomas, Die großen Interessenverbände und ihr Einfluß, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/73 (Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament")

Fritz, Rudolf, Der Einfluß der Parteien und Geschädigtenverbände auf die Schadensfeststellung im Lastenausgleich (Diss.), Berlin 1964

Eschenburg, Theodor, Nebenregierung durch Verbände? - Die Lehre aus dem Fall Berg, in: ders., Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik, Kritische Betrachtungen 1957 bis 1961, Bd. I, 2. überarb. Aufl., München 1967

Graml, Hermann, Rapallo in der westdeutschen Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Oktober 1970

Grosser, Alfred, Deutschlandbilanz, Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1970

Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.), Mißtrauische Nachbarn, Deutsche Ostpolitik 1919 - 1970, Düsseldorf 1970

Jenke, Manfred, Verschwörung von rechts? - Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961

Kaack, Heino, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971

Kogon, Eugen, Die Aussichten der Restauration, Frankfurter Hefte (Zeitschrift für Kultur und Politik, 7. Jg., Heft 3, März 1952

Lemmer, Ernst, Manches war doch anders - Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt am Main 1968

Maunz, Theodor, Deutsches Staatsrecht, München 1968[16]

Meier-Welcker, Hans, Hans von Seeckt (Biographie), Frankfurt am Main 1967

Menzel, Eberhard, Das Potsdamer Abkommen und die Ostpolitik der Bundesregierung, in: Potsdam und die deutsche Frage, Köln 1970

Pünder, Thomas, Das Bizonale Interregnum - Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1946 - 1949, Waiblingen 1966

Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1965, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B II/66 (Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament")

Schleu, Wilfried, Politik und Bewußtsein - Voraussetzungen und Strukturen politischer Bildung in ländlichen Gemeinden, Sonderdruck der Kapitel 1 und 2 des Fünften Teils, Köln o.J.

Schumacher, Kurt, Bundestagsreden, hrsg. von Renger, Annemarie, Bonn 1972

Schütz, Wilhelm Wolfgang, Deutschland-Memorandum, Eine Denkschrift und ihre Folgen, Frankfurt am Main und Hamburg 1968

Siegler, Heinrich von, Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands, 2 Bde., 6. erw. Aufl., Bonn Wien Zürich, Dezember 1967

Sontheimer, Kurt, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik - Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, Studienausgabe mit einem Ergänzungsteil: Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik, München 1968

Stehle, Hansjakob, Nachbar Polen, Frankfurt am Main 1963

Stuber, Kurt P., Beyond Eagle and Swastika, German Nationalism since 1945, Middletown 1967

Vogelsang, Thilo, Das geteilte Deutschland, Bd. 11 der dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München November 1966[2]

Weick, Edgar, Gibt es einen "Rechtsradikalismus" in der Vertriebenenpresse?, in: Fetscher, Iring (Hrsg.), Rechtsradikalismus, Frankfurt am Main 1967[2]

Verzeichnis der Abkürzungen

a.D.	außer Dienst
Anm.	Anmerkung
AP	Associated Press
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BDL	Bund der Landwirte
BdV	Bund der Vertriebenen
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BvD	Bund vertriebener Deutscher
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSR	Cesko-slovenska Republika
CSU	Christlich-Soziale Union
d.h.	das heißt
DCSVP	Deutsche Christlichsoziale Volkspartei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DNG	Deutsche Notgemeinschaft
DNP	Deutschnationale Partei
DP	Deutsche Partei
DSAP	Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei
EKD/EKiD	Evangelische Kirche in Deutschland
erw.	erweitert
e.V.	eingetragener Verein
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
f./ff.	folgende
FDP	Freie Demokratische Partei
FG	Feststellungsgesetz
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HOK	Heimatortskartei
Jg.	Jahrgang
KB	Kameradschaftsbund
LA	Lastenausgleich
LdO	Landsmannschaft der Oberschlesier
LM	Landsmannschaft
LMO	Landsmannschaft Ostpreußen
LS	Landsmannschaft Schlesien
m.E.	meines Erachtens
m.m.	mutatis mutandis
NG	Notgemeinschaft
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
o.J.	ohne Jahr

o.O	ohne Ort
OZ	Ostdeutsche Zeitung/Stimme der Vertriebenen
PLM	Pommersche Landsmannschaft
resp.	respektive
s.	siehe
SdP	Sudetendeutsche Partei
SHF	Sudetendeutsche Heimatfront
SL	Sudetendeutsche Landsmannschaft
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
überarb.	überarbeitet
u.a.	unter anderem/und andere
u.ä.	und ähnliche
usw.	und so weiter
v.	von/von
VdL	Verband der Landsmannschaften
vgl.	vergleiche
VOL	Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
zit.	zitiert
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

Lebenslauf

Am 23. Juni 1947 wurde ich, Bernd Sonnewald, als Sohn des Polizeibeamten Robert Sonnewald und seiner Ehefrau Herta, geb. Hopp, in Berlin geboren.
Von 1953 bis 1960 besuchte ich die 3. Grundschule in Berlin Tempelhof, danach wechselte ich auf die Hugo-Gaudig-Schule (Mittelschule). Nach der Erlangung der Mittleren Reife ging ich auf die Luise-Henriette-Schule (Gymnasium), um mein Abitur zu machen.

Ich begann im Sommersemester 1967 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Politologie zu studieren. Ich belegte auch Vorlesungen und Übungen am Friedrich-Meinecke-Institut und am Geographischen Institut.
Das Studium der Politologie regte mich an, Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften der Juristischen Fakultät zu besuchen.

Im Sommersemester 1969 legte ich die Zwischenprüfung am Otto-Suhr-Institut ab. Meine Diplomprüfung erfolgte am 19. November 1971. Die Diplomarbeit schrieb ich zum Thema: Die Einstellung der Vertriebenenverbände zu den Bundesregierungen Kiesinger und Brandt bis Ende 1970 anhand repräsentativer Aussagen.
Auf Anregung von Herrn Prof. Dr. Georg Kotowski und Herrn Prof. Dr. Hartmut Jäckel habe ich seit 1971/72 auf diesem Sektor wissenschaftlich weitergearbeitet. Als Ergebnis meiner Untersuchungen lege ich eine Arbeit zur Entstehung und Entwicklung der ostdeutschen Landsmannschaften bis 1952 vor.

Seit November 1971 war ich am Ulrich-von-Hutten-Gymnasium als Lehrer ohne volle Lehrbefähigung beschäftigt. Zur Zeit bin ich Regierungsreferendar und bereite mich auf die Tätigkeit im höheren Verwaltungsdienst vor.